

# Informationen

zur politischen Bildung / izpb



324 4/2014

B6897F



## Sozialer Wandel in Deutschland

# Inhalt



10



37



25

<b>Struktur und Entwicklung der Bevölkerung</b>	<b>4</b>	<b>Migration und Integration</b>	<b>40</b>
Bevölkerungswachstum	4	Geschichtliche Entwicklung	40
Wanderungen	7	Migrantengruppen	44
Perspektiven	9	Soziallage und Lebenschancen	48
		Soziale Integration	51
<b>Materielle Lebensbedingungen</b>	<b>10</b>	Politische Integration	52
„Wirtschaftswunder“ und Stagnation auf hohem Niveau	10	Resümee und Perspektiven	53
Rückstand in der DDR	12		
Annäherung seit der Einheit	12	<b>Bildungsexpansion und Bildungschancen</b>	<b>54</b>
Einkommensungleichheiten und Polarisierung	15	Bildungsexpansion	54
Vermögensungleichheiten	20	Ursachen und Folgen	56
		Höhere Erfolgsaussichten	57
<b>Rolle der Eliten in der Gesellschaft</b>	<b>24</b>	Ungleiche Chancen	58
Elitenpluralismus	24	Der soziale Filter	60
Eliten in den neuen Bundesländern	27		
		<b>Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern</b>	<b>64</b>
<b>Armut und Prekarität</b>	<b>30</b>	Bildung und Ausbildung	64
Einkommensarmut	31	Arbeitswelt	66
Risikogruppen	34	Politik	69
Obdachlose	35	Familie	70
Armut auf Zeit	37	Ostdeutsche Frauen – Verliererinnen der Einheit?	71
Soziale und psychische Folgen	38		
Prekarität	39		

# Editorial



42



71

## Facetten der modernen Sozialstruktur 74

Soziale Schichten und Klassen	74
Soziale Lagen	77
Soziale Milieus	77
Exklusion/Inklusion	80
Jenseits von Klasse und Schicht?	80

## Literaturhinweise 82

## Der Autor 83

## Impressum 83

Bei einer repräsentativen Online-Studie des Marktforschungsunternehmens GfK in 20 Industrie- und Schwellenländern 2014, die seit 2005 das Image von 50 Nationen anhand verschiedener Indikatoren misst, liegt Deutschland an erster Stelle und erzielt u. a. im Bereich „soziale Gleichheit“ Spitzenwerte. Werden die Deutschen gefragt, so sehen sie sich im internationalen Vergleich an zweiter Stelle hinter Schweden, was die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit angeht.

Im 65. Jahr ihres Bestehens präsentiert sich die Bundesrepublik Deutschland als politisch stabile und wirtschaftlich starke Nation. Dieser Wohlstand, verbunden mit durch das Grundgesetz garantierten Freiheits- und Gleichheitsrechten sowie einer hohen Rechtssicherheit, trägt zur hohen Attraktivität auch für Außenstehende bei. So gehörte – neben einer beispiellosen innerdeutschen Wanderung – insbesondere Westdeutschland immer schon zu den wichtigen Einwanderungsländern. Heute beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Trotz der fortdauernden Herausforderungen des Vereinigungsprozesses konnten Strukturschwächen wie die hohe Arbeitslosigkeit in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts durch Reformen relativ rasch behoben werden. Zudem hat Deutschland die Finanzkrise 2008/2009 weitgehend unbeschadet überstanden. Im Land herrscht sozialer Frieden.

Doch bei genauerer Betrachtung bekommt das Bild Risse: Befragt man die Deutschen zur Situation im eigenen Land, so glauben 64 Prozent, fast zwei Drittel, dass in den vergangenen Jahren die soziale Gerechtigkeit abgenommen hat. Die Wohlstandsschere hat sich nachweislich weiter geöffnet. Immer größere Teile der Gesellschaft fühlen sich abgekoppelt. Betrachtet man die Armutsquote, ist Deutschland im vergangenen Jahrzehnt ins europäische Mittelfeld zurückgefallen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar zurückgegangen, aber die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse hat zugenommen. Der Aufstieg insbesondere für die Unterschichten ist schwieriger geworden. Daran hat auch die Bildungsexpansion nur wenig ändern können.

Auch die Integration der Migrantinnen und Migranten bleibt eine Daueraufgabe der Gesellschaft. Und trotz aller Anstrengungen klafft noch immer nicht nur eine Wohlstandslücke zwischen Ost- und Westdeutschland. Der demografische Wandel stellt die Gesellschaft vor zusätzliche Herausforderungen.

Dieses Heft untersucht, gestützt auf eine Fülle von empirischen Daten und veranschaulicht durch zahlreiche Tabellen und Grafiken, den sozialen Wandel in Deutschland seit 1945 und geht dabei auf die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland ein. Denn – so der Autor – „man kann die Gesellschaft von heute besser verstehen, wenn man weiß, wie sie geworden ist“. Anhand der aktuellen Bestandsaufnahme der deutschen Gesellschaft wird deutlich, welche Zukunftsaufgaben zu bewältigen sind.

Jutta Klaeren

RAINER GEISSLER

# Struktur und Entwicklung der Bevölkerung

Die Struktur und Entwicklung einer Bevölkerung stehen in enger Wechselbeziehung zu anderen Teilen der Sozialstruktur. Weil die Geburtenraten hierzulande seit Jahrzehnten sehr niedrig sind und die Bevölkerung zunehmend altert, braucht Deutschland aus ökonomischen und demografischen Gründen Einwanderer und wird auch in absehbarer Zukunft auf zusätzliche Einwanderer angewiesen sein.

Unter Bevölkerung versteht man die Gesamtzahl der Bewohner innerhalb eines politisch abgrenzbaren Gebietes. Sie ist ein Grundelement jeder Gesellschaft. Als Demografie bezeichnet man die wissenschaftliche Betrachtung von Bevölkerungen, ihren Strukturen und Entwicklungen. Die Bevölkerungsbewegung – Geburtenziffern, Lebenserwartung sowie Wanderungen – wird wesentlich durch soziale Faktoren mitbestimmt. So haben zum Beispiel die gesellschaftlichen Vorstellungen von Ehe und Familie Einfluss darauf, wie viele Kinder zur Welt gebracht werden, und das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft wirkt sich sowohl auf die Höhe der Lebenserwartung als auch auf die Aus- und Einwanderungen aus: Not produziert Auswanderungsdruck, Wohlstand zieht Einwanderer an. Andererseits haben die quantitativen Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur vielfältige Rückwirkungen auf die Gesellschaft, auf die sozialen Institutionen und die Lebenschancen der Menschen – beispielsweise auf das Wirtschaftsleben, die Erwerbs- und Einkommenschancen, die Familien- und Haushaltsformen, das Bildungswesen und die Bildungschancen sowie auf das System der sozialen Sicherung und die verschiedenen Lebensrisiken.

Deutschland war in den vergangenen Jahrzehnten langfristigen demografischen Tendenzen unterworfen, die alle industriellen Dienstleistungsgesellschaften Europas und Nordamerikas in ähnlicher Form erfasst haben:

- **Geburtenrückgang:** Die Geburtenraten sind gesunken und bewegen sich seit Langem auf einem niedrigen Niveau.
- **Steigende Lebenserwartung:** Die Menschen werden immer älter – ein Prozess, der seit fast eineinhalb Jahrhunderten anhält und dessen Ende noch nicht abzusehen ist.
- **Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung:** Die einheimische Bevölkerung nimmt ab und wird immer älter.
- **Einwanderung und Multiethnizität:** Aufgrund der skizzierten Entwicklungen entsteht in vielen Ländern ein demografisch und ökonomisch bedingter Zuwanderungsbedarf; es kommt zu Einwanderungen mit entsprechenden Integrationsproblemen, weil die Eingewanderten verschiedenen Ländern und kulturellen Hintergründen entstammen (Multiethnizität). In Deutschland wurde und wird die Wanderdynamik noch durch die Folgen und Spätfolgen des Zweiten Weltkrieges verstärkt: Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, (Spät-)Ausiedler aus Osteuropa, Flüchtlinge und Übersiedler aus Ostdeutschland sind die diesbezüglichen Stichworte.

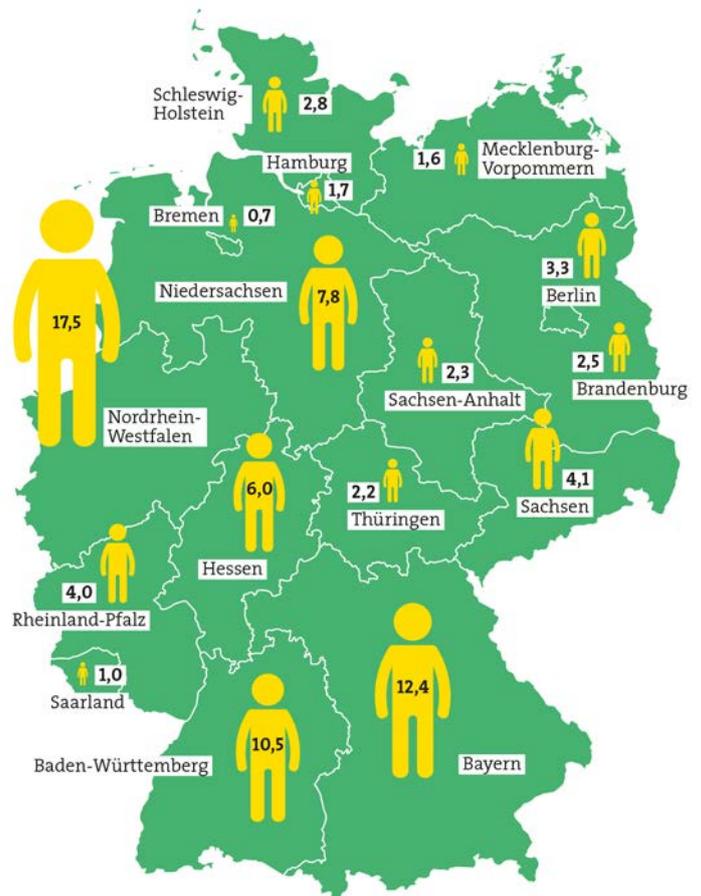
## Bevölkerungswachstum

Nach der Volkszählung im Jahr 2011 – Zensus 2011 genannt – leben auf dem Gebiet der Bundesrepublik 80,3 Millionen Menschen, das sind 15,6 Millionen oder fast ein Viertel mehr als 1946. 64,3 Millionen wohnen im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin), 12,7 Millionen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) und 3,3 Millionen in Berlin.

Dieses Bevölkerungswachstum setzt einen langfristigen, bis etwa zur Jahrtausendwende andauernden Trend fort, der sich in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts beobachten lässt. 1814 lebten auf dem Gebiet des Deutschen Reiches erst knapp 25 Millionen Einwohner.

## Die Bevölkerung Deutschlands

80,3 Mio. Menschen (Ende 2011\*) davon in den Bundesländern



\* Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 24 111; Quelle: Destatis

Die Bevölkerung nahm nach 1948 ausschließlich in Westdeutschland zu; dort erfolgten zwei Wachstumsschübe, denen unterschiedliche Ursachen zugrunde lagen. Der erste Schub in den 1950er- und 1960er-Jahren wurde durch drei große Zuwanderungswellen ausgelöst – Flüchtlinge bzw. Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten (etwa 8 Millionen), Übersiedler aus der DDR (gut 3 Millionen), angeworbene Arbeitsmigranten aus Südeuropa (etwa 3,5 Millionen) –, aber auch durch die hohen Geburtenziffern während des sogenannten Babybooms. Der zweite Schub (etwa 6 Millionen) erfolgte zwischen 1985 und 2000 und ist ausschließlich auf weitere Zuwanderungen zurückzuführen. Im Jahr 2002 ist die langfristige Wachstumsphase bei etwa 67,5 Millionen beendet, es gibt nur noch geringfügige Auf- und Ab-Bewegungen.

Während die Bundesrepublik zu den wichtigsten Einwanderungsländern der westlichen Welt gehörte, stellte die DDR einen „Sonderfall“ mit umgekehrten Vorzeichen dar. Sie war das einzige Land der Erde, dessen Bevölkerungsentwicklung seit den 1950er-Jahren durchgängig durch schrumpfende Zahlen gekennzeichnet war. Ihre Einwohnerzahl ging von 19,1 Millionen im Jahr 1948 auf 16,4 Millionen 1989 zurück. Nach der deutschen Vereinigung sank sie in den fünf neuen Bundesländern weiter, und zwar um 15 Prozent von 14,8 Millionen im Jahr 1990 auf 12,7 Millionen im Jahr 2011.

### Geburtenrückgang

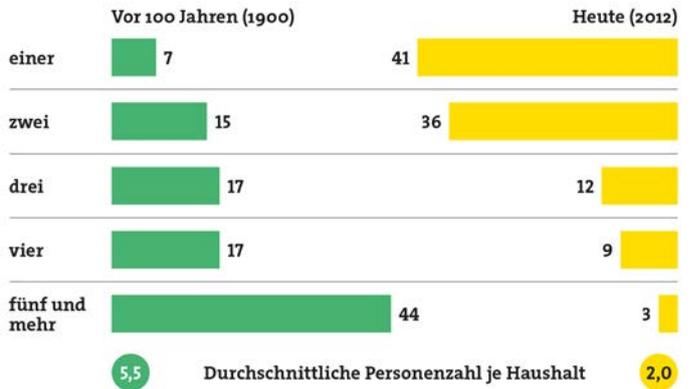
Der westdeutsche Babyboom in den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren war eine Spätfolge des Zweiten Weltkrieges. Aufgeschobene Eheschließungen wurden nachgeholt, und die wirtschaftliche Stabilisierung nach den Wirren der Nachkriegszeit ermutigte zur Gründung von Mehrkinderfamilien. Dem Gipfel des Geburtenanstiegs Mitte der 1960er-Jahre folgte allerdings eine rasante Talfahrt (siehe Schaubild unten). Innerhalb eines Jahrzehnts halbierte sich die Zahl der Geburten nahezu: 1965 brachten 100 Frauen noch durchschnittlich 250 Kinder zur Welt, 1975 nur noch 145, und 1985 war mit 128 Kindern die bisherige Talsohle erreicht. Im vergangenen Jahrzehnt lag die Zahl im früheren Bundesgebiet unter 140 Kindern – 2012 waren es 137.

Soll die Kindergeneration über Geburten zahlenmäßig genauso stark werden wie die Elterngeneration, müssten 100 Frauen durchschnittlich 208 Kinder zur Welt bringen. In diesem Fall läge die „Nettoreproduktionsrate“ der Bevölkerung – wie die Bevölkerungswissenschaftler sagen – bei 100 Prozent. Seit 1975 beträgt sie in Westdeutschland lediglich etwa zwei Drittel. Jede Kindergeneration schrumpft also im Vergleich zur Elterngeneration um circa ein Drittel.

In der DDR hatten die Geburtenziffern über den westdeutschen gelegen. Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems löste jedoch schockartige Lähmungserscheinungen im Familienleben der Ostdeutschen aus. So halbierten sich quasi über Nacht die Geburtenzahlen, und auch die Zahl der Eheschließungen und Scheidungen ging in einem ähnlich dramatischen Ausmaß zurück. Nach 1993 stiegen die Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern wieder langsam an. Seit 2008 liegen sie über dem westdeutschen Niveau – 2012 bei 145 im Vergleich zu 137 im Westen.

### Familienleben 1900 und 2012

Von je 100 privaten Haushalten in Deutschland bestanden/ bestehen aus so vielen Personen:



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

### Geburten je 100 Frauen (1950-2012)



Seit 2001 werden die Daten ohne Einbeziehung Berlins erhoben.

Datenquelle: Statistische Jahrbücher, Statistisches Bundesamt

Der Geburtenrückgang ist ein langfristiger Prozess, der alle modernen Gesellschaften erfasst hat. Deutschland gehört allerdings zu den Ländern mit besonders niedrigen Geburtenraten. Diese hängen mit dem enormen Anstieg der Kinderlosigkeit und dem starken Rückgang kinderreicher Familien zusammen: Von den westdeutschen Frauen des Geburtsjahrganges 1935 brachten nur 9 Prozent kein Kind zur Welt. Unter den 1945 Geborenen waren es 15 Prozent, und von den Geburtsjahrgängen 1964 bis 1968 sind es bereits 24 Prozent. Auf der anderen Seite hat sich der Anteil von Müttern mit mehr als zwei Kindern innerhalb von drei Jahrzehnten halbiert: Von den 1933 bis 1938 geborenen Frauen hatten 33 Prozent mindestens drei Kinder, von den 1964 bis 1968 geborenen sind es nur noch 17 Prozent. Es dominiert das Ideal der Zweikinderfamilie.

Dem Geburtenrückgang liegt in Deutschland ein vielschichtiges Bedingungsgefüge zugrunde. Es lassen sich mindestens vier zentrale Ursachenkomplexe ausmachen:

- **Der Funktions- und Strukturwandel der Familie:** Der kontinuierliche Rückgang der Familienbetriebe und die stärkere Übernahme von Fürsorgeleistungen durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat vermindern die „ökonomische“ Bedeutung der Kinder für die Eltern. Kinder sind heute in erster Linie „ein Wert an sich“; sie sollen Freude machen und die Lebensintensität steigern.
- **Die Emanzipation der Frau und Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Die große Mehrheit der jungen Frauen möchte Beruf und Familie miteinander in Einklang bringen (siehe S. 72 f.). Bei der Umsetzung dieses „doppelten weiblichen Lebensentwurfs“ stoßen sie in der Arbeitswelt weiterhin auf große Probleme. Deren Strukturen orientieren sich auch heute noch stark an der für Männer typischen Lebenswirklichkeit wie Zeitsouveränität und Abkömmlichkeit. In Westdeutschland kommt hinzu, dass sich der Staat erst in den vergangenen Jahren intensiver um den Ausbau der Kinderbetreuung außerhalb der Familie bemüht. Es fehlt weiterhin an Kinderkrippen und Tagesmüttern sowie an Kindergärten und schulischer Ganztagsbetreuung. Auch die Höherqualifizierung der Frauen im Zuge der Bildungsexpansion spielt in diesem Ursachengeflecht eine Rolle. Von den Frauen ohne Schulabschluss, die in den Jahren 1964 bis 1968 geboren sind, hat noch fast jede Zweite (46 Prozent) drei oder mehr Kinder; von den Müttern mit Hochschulabschluss sind es lediglich 12 Prozent.
- **Die Ausbreitung von anspruchsvollen und individualistischen Lebensstilen:** Gestiegene materielle und individualistische Ansprüche geraten zunehmend in Konflikt mit

den Kosten, den zeitlichen Bindungen und den langfristigen Festlegungen, die Kinder verursachen.

- **Die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber der Familie** (wie es der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann nennt): Die gesellschaftlichen Strukturen sind stark auf die Bedürfnisse der Erwachsenen zugeschnitten. Kinder werden zwar nicht abgelehnt, aber den familialen Leistungen fehlt es an gesellschaftlicher Anerkennung und materieller Unterstützung. Mehr noch: Die bereits erwähnte Arbeitswelt, die Steuer- und Versicherungssysteme und andere Gegebenheiten verschaffen denjenigen Vorteile, die auf die Übernahme von Elternverantwortung verzichten.

Diese vier Hauptkomplexe sind mit weiteren Entwicklungstendenzen verknüpft, die ebenfalls zu den Ursachen für sinkende Geburtenziffern gezählt werden können:

- **Zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit:** Private Lebensformen ohne Kinder werden zunehmend gesellschaftlich akzeptiert und als legitime Alternative zur „Normalfamilie“ angesehen.
- **Fehlende (verlässliche) Partnerschaften:** Kinderwünsche werden aufgeschoben oder nicht realisiert, weil der geeignete Partner oder die geeignete Partnerin fehlt. Die Tragfähigkeit bestehender Beziehungen wird oft bezweifelt.
- **Emotionalisierte und verengte Paarbeziehungen:** Die Ergebnisse der Familienforschung zeigen, dass bei der Partnerwahl ökonomische und soziale Gründe tendenziell an Gewicht verlieren und Emotionen (Liebe) in den Vordergrund getreten sind. In stark emotionalisierten Zweierbeziehungen, die sich manchmal zum „Zweck an sich“ verengen, können Kinder als Last, Konkurrenz oder Störung erlebt werden.
- **„Pädagogisierung“ der Elternrolle:** Eltern sind bei der Erziehung nachweislich zunehmend verunsichert, weil sich die Anforderungen an die Elternrolle erheblich erhöht haben. In Deutschland befürchten Eltern stärker als in anderen Ländern, bei der Erziehung Fehler zu machen.

### Lebenserwartung und Alterung

Neben dem Geburtenrückgang ist der Anstieg der Lebenserwartung der zweite langfristige Trend von Bedeutung. Fortschritte in Medizin, Gesundheitsvorsorge, Hygiene und Unfallverhütung sowie die allgemeine Wohlstandssteigerung hatten zur Folge, dass sich die durchschnittliche Lebenserwartung westdeutscher Frauen von 68,2 Jahren im Jahr 1950 auf 83,1 im Jahr 2012 erhöht hat, die der westdeutschen Männer von 64,3 auf 78,5 Jahre. Frauen leben im Durchschnitt also gut viereinhalb Jahre länger als Männer.

Die Gründe für die höhere Lebenserwartung der Frauen sind nicht bis in alle Einzelheiten geklärt; es ist jedoch sicher, dass soziale Ursachen, die mit den traditionellen geschlechtstypischen Rollenbildern zusammenhängen, eine wichtige Rolle spielen. So pflegen Frauen einen gesundheitsbewussteren Lebensstil als Männer, gehen weniger Risiken ein und leben unter Bedingungen, die teilweise der Gesundheit förderlicher sind: Sie haben weniger belastende und gefährliche Arbeitsplätze, sie gehen schonender und achtsamer mit ihrem Körper um, sie ernähren sich gesünder und konsumieren weniger Tabak, Alkohol und Drogen. Zudem werden sie seltener Opfer von Unfällen mit Todesfolge oder von Mord und Totschlag, und ihre Selbstmordrate ist deutlich niedriger (2010: 2600 Frauen im Vergleich zu 7500 Männern).

In Ostdeutschland lag die Lebenserwartung 1990 niedriger als in Westdeutschland – bei den Frauen um 2,9 und bei den

Thomas Pfaffmann / Baaske Cartoons



## Anstieg der Lebenserwartung 1871-2012

	Männer		Frauen	
	West	Ost	West	Ost
1871/ 1881		35,6		38,5
1901/ 1910		44,8		48,3
1950	64,3	62,9	68,2	67,4
1960	66,5	66,5	71,8	71,4
1970	67,3	68,2	73,6	73,4
1980	69,9	68,7	76,7	74,6
1990	72,7	69,2	79,1	76,2
2000	75,3	73,8	81,2	80,8
2012	78,5	77,3	83,1	83,1

Zusammengestellt nach Marc Luy, Lebenserwartung in West- und Ostdeutschland, Wien 2014

## Demografische Alterung 1871-2040



Ab 2020 liegt eine Bevölkerungsvorausberechnung zugrunde, bei der eine annähernd konstante Geburtenhäufigkeit, ein moderater Anstieg der Lebenserwartung sowie ein jährlicher Wanderungssaldo von 200 000 Zuwanderern angenommen werden.

Eigene Grafik nach Daten des Statistischen Bundesamtes

Männern um 3,5 Jahre. Nach der Vereinigung sind diese Differenzen bei den Frauen 2012 verschwunden, bei den Männern sind sie um fast zwei Drittel auf 1,2 Jahre gesunken.

## Bedeutung für die soziale Sicherung

Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartungen haben eine demografische Alterung der Bevölkerung mit erheblichen Auswirkungen und Problemen für die sozialen Sicherungssysteme zur Folge. Demografische Alterung bedeutet: Der Anteil der jüngeren Menschen an der Gesamtbevölkerung geht zurück, während gleichzeitig derjenige älterer Menschen zunimmt. 1950 entfielen auf einen Menschen im „Ruhestandsalter“ (über 60 Jahre) fast vier Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 60 Jahren, 2010 waren es nur noch gut zwei. Obwohl Prognosen und Modellrechnungen einen jährlichen Überschuss von 200 000 Einwanderern voraussetzen, zeigen sie, dass sich die Relationen immer mehr zuungunsten der erwerbsfähigen Jahrgänge verschieben werden. Ab 2030 werden auf einen „Ruheständler“ nur noch 1,3 „Erwerbsfähige“ kommen. Aus der internationalen Perspektive kann Deutschland als das „Altersheim Europas“ angesehen werden: Im Jahrbuch des Europäischen Statistikamtes hat die deutsche Gesellschaft das höchste Durchschnittsalter (44,2 Jahre), den geringsten Anteil an Jugendlichen und den größten Anteil an Rentnern.

Der ausgedehnte „moderne Ruhestand“ ist durchaus eine demografische „Erfolgsgeschichte“ (Martin Kohli 2001), verwirklicht er doch einen lang gehegten Wunsch der arbeitenden Menschen. Auf der anderen Seite bringt die Alterung enorme Belastungen für die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen mit sich. So ist der traditionelle „Generationenvertrag“ der Alterssicherung – das heißt, die erwerbstätige Generation finanziert über ihre Beiträge zur Rentenversicherung im Wesentlichen die Renten der Ruhestandsgeneration (Umlageverfahren) – bereits seit längerem auf zusätzliche Steuermittel angewiesen. Daher wird derzeit neben dem Generationenvertrag eine zweite Säule der Alterssicherung aufgebaut, die auf privater Vorsorge beruht („Riester-Rente“, „Rürup-Rente“, Eigentum, Pensionsfonds, Lebensversicherungen). Die große Mehrheit der Expertinnen und Experten geht davon aus, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die schrittweise Anhebung des Renteneinstiegs vom 65. auf (vorläufig) das 67. Lebensjahr erforderlich ist. Sonst sind die Probleme der Alterssicherung nicht zu lösen, zumal es absehbar ist, dass die umfangreiche „Babyboom-Generation“ demnächst in den Ruhestand gehen wird. Manche Ökonomen argumentieren, dass auch eine gleichmäßigere Verteilung der Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum einen Beitrag zur Lösung der Rentenprobleme leisten kann.

## Wanderungen

Wanderungen sind in Deutschland ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Bevölkerungsentwicklung; sie beeinflussen maßgeblich die Einwohnerzahl und wichtige Aspekte der Sozialstruktur wie etwa die Alters-, Geschlechts- und Schichtstrukturen. Die Migration innerhalb Deutschlands ist in ihrem Ausmaß und in ihrer Größenordnung nahezu einzigartig unter den Industriegesellschaften. Die Bundesrepublik hätte ohne Vertriebene, Flüchtlinge und Übersiedler im Jahr 1989 nur etwa 41 statt 62 Millionen Einwohner gezählt, und in der



picture alliance / dieKLEINERTEIDE / Kostias Koufoglou

DDR hätten ohne Ost-West-Wanderungen 1987 etwa 20 statt lediglich 16,6 Millionen Menschen gelebt. Während der Geburtenrückgang und die Alterung der Bevölkerung in beiden deutschen Gesellschaften – trotz aller Unterschiede – ähnlich verlief, vollzogen sich in der Bundesrepublik und in der DDR völlig gegensätzliche Wanderungsprozesse mit sehr unterschiedlichen Folgen für das Bevölkerungswachstum und für die damit zusammenhängenden sozioökonomischen und auch politischen Entwicklungen.

Die Bundesrepublik zählt seit ihrer Gründung zu den wichtigsten Einwanderungsländern der Welt. Hier lösten Einwanderungen ein starkes Bevölkerungswachstum aus und stimulierten die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. In der DDR dagegen verursachten Abwanderungen ein Schrumpfen der Bevölkerung und waren eine der Ursachen für wirtschaftliche, soziale und politische Krisen. Der Auswanderungsdruck und die Massenflucht am Ende der 1980er-Jahre waren schließlich ein wichtiger Grund für den Zusammenbruch der DDR.

In Deutschland lassen sich nach dem Zweiten Weltkrieg fünf bedeutende, sich teilweise überlagernde Wanderungsströme unterscheiden. So kamen

- über 12 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Osten, davon zogen etwa 8 Millionen in die Bundesrepublik und circa 4 Millionen in die DDR (1944-1950);
- bis zur Wiedervereinigung 4,6 Millionen Flüchtlinge und Übersiedler aus der Sowjetischen Besatzungszone / DDR in die Bundesrepublik (1945-1990);
- Arbeitsmigranten, vor allem aus der Türkei, aus (Ex-)Jugoslawien, Italien, Griechenland, Spanien und Portugal (insbesondere 1961-1973 sowie seit 1987); 2011 lebten 6 Millionen von ihnen – einschließlich ihrer Familienangehörigen – in Deutschland, davon 2 Millionen mit deutschem Pass;
- seit 1950 4,5 Millionen deutschstämmige (Spät-)Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa, davon allein etwa 2,5 Millionen zwischen 1990 und 2004; von ihnen leben 2011 noch 3,2 Millionen mit einer weiteren Million hier geborener Nachkommen in Deutschland;
- seit der Krise und dem Zusammenbruch der DDR 2,6 Millionen Übersiedler aus Ostdeutschland nach Westdeutschland (1989–2011); diesen stehen etwa 1,6 Millionen Umzüge von Westdeutschland in die neuen Bundesländer gegenüber.

### Vertriebene und Flüchtlinge

In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden über 14 Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung gezwungen, Ostmitteleuropa zu verlassen. Die größten Gruppen stellten neben den Schlesiern mit knapp 3,2 Millionen die Sudetendeutschen mit 2,9 Millionen und die Ostpreußen mit 1,9 Millionen. Bis 1950 waren etwa 8 Millionen in die Bundesrepublik gezogen und knapp 4 Millionen in die DDR, wo sie schönfärberisch als „Umsiedler“ bezeichnet wurden. Etwa 1,7 Millionen Menschen überlebten Flucht und Vertreibung nicht.

Die erzwungene Ost-West-Wanderung war von herausragender Bedeutung für die ost- wie westdeutsche Nachkriegsentwicklung. Einerseits stellte die Integration der Flüchtlinge in die sich gerade erst etablierenden beiden neuen deutschen Gesellschaften eine große Herausforderung und Belastung dar. Nach anfänglichen erheblichen Integrationsproblemen – 1950 war zum Beispiel jeder dritte Arbeitslose in der Bundesrepublik ein Vertriebener – gelang in Westdeutschland die rasche wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung. Sie war bereits



Seit 1950 sind 4,5 Millionen deutschstämmige (Spät-)Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa nach Deutschland gezogen. Wartende in der Landesstelle für Übersiedler und Flüchtlinge in Unna 1996

Anfang der 1960er-Jahre vollzogen und wird häufig als „Nachkriegswunder“ bezeichnet.

Die Zuwanderer waren für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung, und ihr Arbeitskräftepotenzial wurde zu einem „strukturellen Wachstumsfaktor“ für die westdeutsche Wirtschaft. Wegen ihres Flüchtlingsstatus und weil sie ihr Vermögen verloren hatten, waren die Vertriebenen besonders motiviert und aufstiegsorientiert. Die Aufnahme der Flüchtlinge leitete überdies einen neuen religionsgeschichtlichen Abschnitt ein: Die bis dahin charakteristischen Regionen mit konfessionell homogenen Milieus wurden aufgebrochen und verwandelten sich in Mischzonen.

Deutschstämmige Einwanderer aus Ost- und Südosteuropa werden seit 1950 nicht mehr als „Flüchtlinge“ oder „Vertriebene“ registriert, sondern wurden zunächst „Aussiedler“ und seit 1993 „Spätaussiedler“ genannt. Heute zählen sie statistisch zu den „Deutschen mit Migrationshintergrund“.

### Deutsch-deutsche Flüchtlinge und Übersiedler

Seit der Gründung der beiden deutschen Teilstaaten war ihre Bevölkerungsgeschichte durch deutsch-deutsche Migrationen gekennzeichnet. Von Ost nach West stellten sich umfangreiche Fluchtbewegungen ein. Die Bevölkerungszahl der DDR sank zwischen 1947 und 1961 kontinuierlich – insbesondere deshalb, weil der von der sowjetischen Besatzungsmacht erzwungene und von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vollzogene Umbau von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft viele Menschen veranlasste, der DDR den Rücken zu kehren. Die Zwangskollektivierung der Bauern im Jahr 1960 und andere Sozialisierungs- und Kollektivierungsmaßnahmen sowie die sich ankündigende Absperrung der Grenze ließen die Flüchtlingszahlen noch einmal dramatisch ansteigen.

Zwang und Benachteiligungen durch die Umwälzungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Mangel an Freiheit und Demokratie, aber auch das zunehmende West-Ost-Wohlstandsgefälle waren die wichtigsten Motive für die Massenabwanderung aus der DDR. Unter den Übersiedlern waren auch circa 700 000 Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten; ihnen wurden nach 1950 in der DDR keine staatlichen Integrationshilfen mehr gewährt. Die Gesamtzahl aller,

die von 1945 bis 1990 die Sowjetische Besatzungszone oder DDR verließen, beläuft sich auf 4,6 Millionen Personen.

Die deutsch-deutsche Grenze wurde nicht nur von Ost nach West, sondern auch umgekehrt von West nach Ost überquert. Zwischen 1950 und 1961 zogen circa 400 000 Bundesbürger in die DDR, eine vergleichsweise niedrige, aber gleichwohl beachtenswerte Zahl. Ein Teil dieser Menschen waren DDR-Flüchtlinge, die der Bundesrepublik wieder den Rücken kehrten.

Die Massenwanderungen wirkten sich in den beiden Gesellschaften sehr unterschiedlich aus. Die Wirtschaft der DDR geriet durch die anhaltende Flucht von hoch qualifizierten Arbeitskräften mit Hoch- und Fachschulabschluss sowie vieler Unternehmer, Handwerker, Facharbeiter und Bauern zunehmend in Schwierigkeiten. Zwar wurde die DDR dadurch von systemkritischem Potenzial teilweise entlastet. Unter dem Strich erwies sich jedoch der ständige Verlust von qualifizierten Arbeitskräften als eine einschneidende wirtschaftliche Belastung. 1957 wurde daher die Auswanderung als „Republikflucht“ kriminalisiert, und im August 1961 stoppte die SED-Führung die Auswanderung gewaltsam durch den Bau der Berliner Mauer und die Abriegelung der innerdeutschen Grenze.

Die Bundesrepublik profitierte erheblich von der Zuwanderung. Die häufig hohen Qualifikationen der Flüchtlinge und Übersiedler wurden auf dem Arbeitsmarkt für den wirtschaftlichen Aufschwung benötigt. Da die Zuwanderer aus der DDR meist auch sehr leistungsorientiert und einsatzfreudig waren, brachte ihre wirtschaftliche Integration keine ernsthaften Probleme mit sich. Allerdings waren ihre schulischen und beruflichen Chancen nicht so gut wie die der einheimischen Bevölkerung.

### Deutsch-deutsche Binnenwanderung

Die Krise und der Zusammenbruch der DDR lösten die letzte große Auswanderungswelle von Ost- nach Westdeutschland aus, und im vereinten Deutschland setzte sich dann infolge des Wohlstandsgefälles der Zug gen Westen als Binnenwanderung fort. 1989, im Jahr der Grenzöffnung, schnellte die Zahl der Übersiedler auf 388 000 hoch, und 1990 zogen sogar 395 000 Menschen in die alten Bundesländer um. Gleichzeitig setzt allmählich eine Gegenbewegung von West nach Ost ein; neben Rückkehrern suchen auch immer mehr Westdeutsche ihre Chance in den neuen Bundesländern – darunter neben Selbstständigen vor allem lei-



Auch die deutsche Teilung löste deutsch-deutsche Migrationsbewegungen aus. DDR-Aussiedler im Notaufnahmelager Gießen 1984

tendes Personal in verschiedenen Dienstleistungssektoren (z.B. Verwaltung, Justiz, Universitäten) und Industrie. Nach der Jahrtausendwende ging die Zahl der Zuwanderer aus Ostdeutschland kontinuierlich von 177 000 im Jahr 2002 auf 105 000 im Jahr 2012 zurück. Die Zahl der West-Ost-Wanderer schwankte in diesem Zeitraum um die 90 000.

Von 1990 bis 2011 sind per Saldo mehr als 1,7 Millionen Menschen von Ost- nach Westdeutschland abgewandert. Obwohl das Wanderungsdefizit der neuen Länder in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist und 2012 nur noch 15 000 Personen umfasst, ist ein Ende der angespannten demografischen Situation in Ostdeutschland nicht in Sicht. Die ländlichen Regionen, allen voran in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, verzeichnen weiterhin große Wanderungsverluste. Durch die Abwanderung junger und gut qualifizierter Frauen haben sich bereits in vielen ostdeutschen Landkreisen sogenannte disproportionale Geschlechterverhältnisse entwickelt: Gegenwärtig stehen 100 jungen 18- bis 24-jährigen Männern weniger als 80 Frauen gleichen Alters gegenüber. Mit den unausgewogenen Partnerschafts- und Heiratsmärkten verbindet sich das Problem, dass sich die Chancen auf Familienbildung erheblich verringern. Die Prozesse der Alterung und Bevölkerungsschrumpfung werden sich in den neuen Ländern noch rascher fortsetzen als im Westen. Der Demografiebericht 2011 der Bundesregierung geht davon aus, dass in den neuen Ländern 2060 ein Drittel weniger Menschen leben wird als heute (in Westdeutschland nur 18 Prozent weniger).

Die Einwanderer aus dem Ausland – (Spät-)Aussiedler, Arbeitsmigranten und Flüchtlinge – werden im Kapitel über Migration und Integration (S. 44 f.) behandelt.

## Perspektiven

Aussagen über künftige Entwicklungen sind eine Rechnung mit vielen Unbekannten und lassen sich nur mit großer Vorsicht formulieren. Gleichwohl sind mehrere langfristige Trends erkennbar:

- **Bevölkerungsrückgang:** Selbst wenn in Zukunft jährlich 200 000 Migrantinnen und Migranten nach Deutschland zuwandern werden – ein realistischer Wert, der in vielen Szenarien zugrunde gelegt wird –, wird die Bevölkerung von derzeit 80 Millionen bis 2060 auf 65 bis 70 Millionen Einwohner zurückgehen. Die neuen Bundesländer – insbesondere ihre peripheren ländlichen Regionen – werden davon besonders stark betroffen sein.
- **Alterung:** Die Bevölkerung wird älter werden, der Anteil von Hochbetagten und Pflegebedürftigen wird sich deutlich erhöhen. Da gleichzeitig der Anteil der kinderlosen Lebensformen zugenommen hat, werden immer mehr Menschen im höheren Lebensalter nicht über ausreichende familiäre Unterstützung verfügen und auf gesellschaftliche Hilfe angewiesen sein.
- **Einwanderungen:** Da das Arbeitskräftepotenzial schrumpft und altert, gehen Expertinnen und Experten von einem Bedarf an weiteren Einwanderern aus, der nicht nur ökonomisch, sondern auch demografisch bedingt ist (System der sozialen Sicherung). Er liegt nach den meisten Schätzungen in den nächsten Jahren bei mindestens 100 000 Personen pro Jahr und in den kommenden Jahrzehnten (ab 2020) bei etwa 200 000 pro Jahr.



Pejjak, Florian/SZ Photo

*In der Nachkriegszeit nehmen Wohlstand und Massenkonsum in Westdeutschland kontinuierlich zu, und bald zählt es zu den 20 reichsten Ländern der Erde. Passanten in der Ladenpassage „Hofstatt“ in der Münchner Innenstadt 2014*

RAINER GEISLER

# Materielle Lebensbedingungen

**Der Lebensstandard stieg nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik erheblich schneller an als in der DDR – eine West-Ost-Lücke, die auch zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung noch nicht völlig verschwunden ist. Vom enormen Anstieg des Wohlstands haben verschiedene gesellschaftliche Gruppen in unterschiedlichem Maße profitiert. Nach einem Rückgang der sozialen Ungleichheit in den 1960er- und 1970er-Jahren zeichnet sich seit den 1990er-Jahren eine erneute Polarisierung ab.**

## „Wirtschaftswunder“ und Stagnation auf hohem Niveau

In Westdeutschland setzte, nachdem die schlimmsten Kriegsfolgen überwunden waren, eine beispiellose Aufwärtsentwicklung ein. Das „Wirtschaftswunder“ ließ die Wirtschaftsleistung, die Einkommen und in ihrem Gefolge den Lebensstandard steil in die Höhe schnellen. Das Volkseinkommen – wie die Wirtschaftswissenschaftler die Gesamtheit aller produzierten Güter und Dienstleistungen nennen –

„explodierte“ zwischen 1950 und 1989 von gut 4400 auf fast 18400 Euro pro Kopf der Bevölkerung (gerechnet in Preisen von 1989).

Das ungeheure Tempo dieses Wachstums wird durch den historischen Vergleich deutlich. Der Sozialwissenschaftler Meinhard Miegel hat 1983 errechnet, dass sich das Volkseinkommen in den eineinhalb Jahrhunderten von 1800 bis 1950 in etwa verdreifachte, während es in den vier Jahrzehnten nach 1950 gleich um mehr als das Vierfache zulegte. Wenn man den Reichtum eines Landes am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner misst, gehört Westdeutschland seit Langem zu den 20 reichsten Ländern der Erde.

Die Steigerung des Volkseinkommens spiegelt sich in einem entsprechenden, nahezu kontinuierlichen Wachstum der westdeutschen Reallöhne und Haushaltseinkommen wider. Das – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialabgaben – real verfügbare Einkommen pro Kopf lag nach den Berechnungen des Sozialökonom Richard Hauser im Jahr 1991 um das 2,3-Fache über dem Niveau von 1960.

Das Wohlstandsniveau einer Bevölkerung lässt sich am besten mit dem bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf erfassen, weil dieses die Einspa-

## Reales Nettoäquivalenzeinkommen<sup>1</sup> in West und Ost (1991-2010, Median<sup>2</sup>)

	West (in Euro)	Ost (in Euro)	Ost in Prozent von West
1991	17 829	13 585	76,2%
1992	18 178	14 233	78,3%
1993	18 032	14 322	79,4%
1994	17 608	14 587	82,8%
1995	17 504	14 724	84,1%
1996	17 478	15 003	85,8%
1997	17 758	15 156	85,3%
1998	17 851	15 293	85,7%
1999	18 699	15 962	85,4%
2000	18 546	15 976	86,1%
2001	18 244	15 807	86,6%
2002	18 641	16 059	86,1%
2003	18 415	15 825	85,9%
2004	18 383	15 480	84,2%
2005	18 177	15 002	82,5%
2006	18 080	15 324	84,8%
2007	18 463	15 274	82,7%
2008	18 428	15 686	85,1%
2009	18 865	15 813	83,8%
2010	19 055	16 061	84,3%

<sup>1</sup> in Preisen von 2005

<sup>2</sup> Der Median ist der statistische Wert (hier: des realen Nettoäquivalenzeinkommens), der eine Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt – die eine liegt über, die andere unter dem Median.

Zusammengestellt nach Daten, die Markus M. Grabka (DIW) zur Verfügung gestellt hat.

rungen durch das gemeinsame Wirtschaften mehrerer Personen in einer Familie bzw. einem Haushalt berücksichtigt. Es wird Nettoäquivalenzeinkommen genannt und international zunehmend eingesetzt. In Westdeutschland erreichte es 1992 einen vorläufigen Gipfel, blieb dann aber bis 1998 unter diesem Niveau (siehe Tabelle links oben).

Die Rückwärtsentwicklung ist insbesondere den Lasten der deutschen Vereinigung geschuldet, die den Westdeutschen erstmals in der Nachkriegsgeschichte eine längere Phase mit realen Einkommenseinbußen beschert hat. Erst 1999 geht es den Westdeutschen wieder etwas besser als 1992, allerdings stagniert die Einkommenssituation mit leichten Auf- und Ab-Bewegungen bis 2008. Trotz der europäischen Wirtschaftskrise sind 2009 und 2010 wieder Gewinne von insgesamt 3 Prozent zu verbuchen. In den 18 Jahren von 1992 bis 2010 ist der durchschnittliche Wohlstand, den der Median (siehe Anm. 2 der Tabelle links oben) der Nettoäquivalenzeinkommen misst, in Westdeutschland nur um 4,8 Prozent gestiegen.

Erheblich rasanter als die Einkommen schnellten die westdeutschen Vermögen in die Höhe. So stieg das Nettovermögen der Privathaushalte (Geldvermögen, Immobilien, Betriebsver-

## Haushaltsausstattung mit Konsumgütern in West und Ost (1962/60-2013, in Prozent)

	West			Ost		
	1962	1988	2013 <sup>1</sup>	1960	1988	2013 <sup>1</sup>
PKW	27	68	79	3	52	70
Farbfernsehgerät		87	95		53	95
Waschmaschine <sup>2</sup>	34	86	94	6	66	96
Gefrierschrank	3	70	53		43	41
Mikrowellengerät			71			71
Geschirrspülmaschine		29	70			59
Netztelefon	14	93	92		16	86
Mobiltelefon (Handy)			93			93
PC			86			83
Internetzugang			81			77
DVD-Player/DVD-Rekorder			71			72
Digitaler Fotoapparat			74			71

<sup>1</sup> West ohne Berlin, Ost mit Berlin

<sup>2</sup> West: Waschvollautomat

Datenquellen: Datenreport 1987 (West 1962); Wirtschaft und Statistik 1988 (West 1988); Statistisches Jahrbuch der DDR (Ost 1960 und 1988); Statistisches Bundesamt (West und Ost 2013).

mögen) zwischen 1950 und 1970 um das 7,8-Fache und zwischen 1973 und 1983 nochmals um das 2,3-Fache an. Nach dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) verfügte ein durchschnittlicher Haushalt 2008 über Geld- und Immobilienvermögen in Höhe von 132 000 Euro. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich allerdings sehr krasse Ungleichheiten in der Verteilung zwischen Arm und Reich (siehe dazu S. 15 f. und 20).

Die „Wohlstandsexplosion“ in den Nachkriegsjahrzehnten lässt sich beispielhaft auch an den Wohnverhältnissen und an der Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern illustrieren. Die Wohnungen und Eigenheime – ein zentraler Faktor für die Qualität des Familienlebens und ein wichtiges Refugium für die wachsende Freizeit – wurden geräumiger und komfortabler. Die Wohnfläche, die jeder Person im Durchschnitt zur Verfügung stand, hat sich zwischen 1950 und 2013 von 15 qm auf 48 qm mehr als verdreifacht; während es 1950 in 80 Prozent der Wohnungen noch kein Bad gegeben hatte, waren 1998 93 Prozent aller Wohnungen mit Bad, Innen-WC und Zentralheizung ausgestattet. Auch die technischen Konsumgüter, die das Leben leichter und angenehmer machen, wie Autos, moderne Haushaltsgeräte und Kommunikationsmedien gehören heute zur Normalausstattung (siehe Tabelle rechts oben).

Im internationalen Vergleich ist die Entstehung von Wohlstand und Massenkonsum nichts Außergewöhnliches, sondern eine normale Entwicklung, die sich in allen Gesellschaften Westeuropas und Nordamerikas in ähnlicher Form vollzogen hat. Die deutsche Besonderheit besteht eher in der spezifischen Ausgangslage der Deutschen. Für die Kriegsgeneration war der schnelle und steile Aufstieg aus den Verwüstungen und dem Elend der Nachkriegszeit besonders dramatisch und nahm Züge eines „Wunders“ an.



Museumfoto – Harald Lange

Auch aufgrund ihrer Planwirtschaft blieb die DDR in puncto Wohlstand und Produktivität hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück. Losung aus DDR-Zeiten an einem Backsteingebäude im Bezirk Leipzig

## Rückstand in der DDR

Die Entwicklung in der DDR konnte mit dem westdeutschen Tempo nicht Schritt halten. Obwohl auch dort die Verdienste kontinuierlich zunahm, öffnete sich die West-Ost-Wohlstandsschere immer weiter. 1960 lag das reale, das heißt um die Kaufkraft bereinigte durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen in der DDR nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin 1985) um 30 Prozent hinter dem westdeutschen zurück, 1970 um mehr als 40 Prozent und in den 1980er-Jahren bereits um mehr als 50 Prozent. 1988, ein Jahr vor der Wende, lagen die Bruttoverdienste der ostdeutschen Arbeitnehmer bei nur 31 Prozent der westdeutschen Durchschnittseinkommen – das entspricht in etwa dem Produktionsniveau der DDR-Wirtschaft, das für die 1980er-Jahre auf circa ein Drittel des westdeutschen geschätzt wird. Wegen der vielen Doppelverdiener war der Abstand zum Westen bei den Haushaltseinkommen nicht ganz so drastisch: 1988 erzielten die DDR-Privathaushalte ein Nettoeinkommen (Kaufkraft) von 47 Prozent des Westniveaus.

Der Rückstand im Lebensstandard lässt sich auch beim Wohnen und bei der Ausstattung mit Konsumgütern quantifizieren. Ostdeutsche wohnten enger (1989: 28 qm pro Person, West 35 qm), einfacher (1989: 49 Prozent der Wohnungen mit Bad, Innen-WC und Zentralheizung, West 79 Prozent) und in älteren Häusern (1989: mehr als die Hälfte in Vorkriegsbauten, West circa ein Viertel). Bei der Ausstattung mit Pkws (1988: 52 Prozent aller Haushalte) und Haushaltsgeräten hinkte die DDR um mindestens 15 Jahre, bei den Telefonen (1988: 16 Prozent aller Haushalte) sogar um drei Jahrzehnte hinter der Bundesrepublik her. Dürre Zahlen dieser Art machen das Wohlstandsdefizit nur sehr unzureichend deutlich. Weitere Stichworte dazu sind die schmerzlich empfundenen gravierenden Mängel im Angebot von Waren und Dienstleistungen sowie qualitative Unterschiede wie zum Beispiel „Trabbi“ statt Golf.

Auch in der Vermögensbildung blieb die DDR erheblich hinter der Bundesrepublik zurück. 1988 betrug das private Geldvermögen pro Einwohner 8103 Mark (2302 Euro) im Vergleich zu 40747 D-Mark (20834 Euro) im Westen.

Die Ursachen für das Wohlstands- und Produktivitätsdefizit lagen in erster Linie in der Leistungs-, Innovations- und Wachstumsschwäche der zentralen Planwirtschaft. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass auch die Ausgangslage in Ost und West nach dem Krieg sehr ungleich war. Der Historiker Rainer Karlsch hat 1993 ermittelt, dass die Ostdeutschen durch Reparationszahlungen nach dem Zweiten Weltkrieg pro Kopf um fast das Sechzigfache höher belastet waren als die Westdeutschen. Dazu kamen zusätzliche Hemmnisse durch die erzwungene Einbindung in den osteuropäischen Wirtschafts- und Handelsraum sowie der Verlust leistungsfähiger Arbeitskräfte aufgrund der ständigen Westwanderung, die erst 1961 durch den Bau der Berliner Mauer und die Absperrung der Grenze mit Gewalt unterbunden wurde.

Die sich öffnende Wohlstandsschere wurde der DDR-Bevölkerung wegen des Westreiseverbots lange Zeit nicht in ihrem ganzen Ausmaß bewusst. Neben den Defiziten an Freiheit, politischer Teilhabe und Arbeitsqualität war sie jedoch eine – wenn nicht sogar die – zentrale Ursache für die wachsende Unzufriedenheit in den 1980er-Jahren, für die Massenflucht im Jahre 1989 und schließlich für den Zusammenbruch der DDR, der möglich wurde, nachdem der außenpolitische Druck zur Erhaltung des Systems gewichen war.

## Annäherung seit der Einheit

Die Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen und alten Ländern stellt seit der Wende die größte Herausforderung für die deutsche Gesellschaft und ihre Machteliten (siehe S. 24) dar und bildet gleichzeitig einen zentralen Konfliktherd im Verhältnis von Ost- und Westdeutschen. Der verständliche Wunsch der Ostdeutschen nach einer möglichst raschen Anhebung ihres Lebensstandards auf das westdeutsche Niveau kollidiert mit der ökonomischen Gesetzmäßigkeit, dass Wohlstandsverbesserungen an Produktivitätsfortschritten gebunden sind und dass sich ein enormer Produktivitätsrückstand nicht kurzfristig aufholen lässt.

Die West-Ost-Produktivitätslücke wurde zwar inzwischen etwas mehr als halbiert, aber der weitere Aufholprozess hat nach den Berechnungen der Statistischen Ämter von Bund und Ländern seit 1996 an Tempo verloren: Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist seitdem nur noch geringfügig von 62 auf 67 Prozent des Westniveaus im Jahr 2012 angestiegen, und auch die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen hat sich in diesen eineinhalb Jahrzehnten nur um 11 Prozentpunkte von 65 auf 76 Prozent des Westniveaus erhöht.

Durch Hilfen aus den alten Bundesländern im Zuge von Solidaritätsvereinbarungen wurde dafür gesorgt, dass sich die Wohlstandsschere schneller und weiter schloss als die Produktivitätsschere, wenn auch nicht alle Blütenräume, die in der Anfangseuphorie nach dem Zusammenbruch der DDR reiften, in Erfüllung gingen.

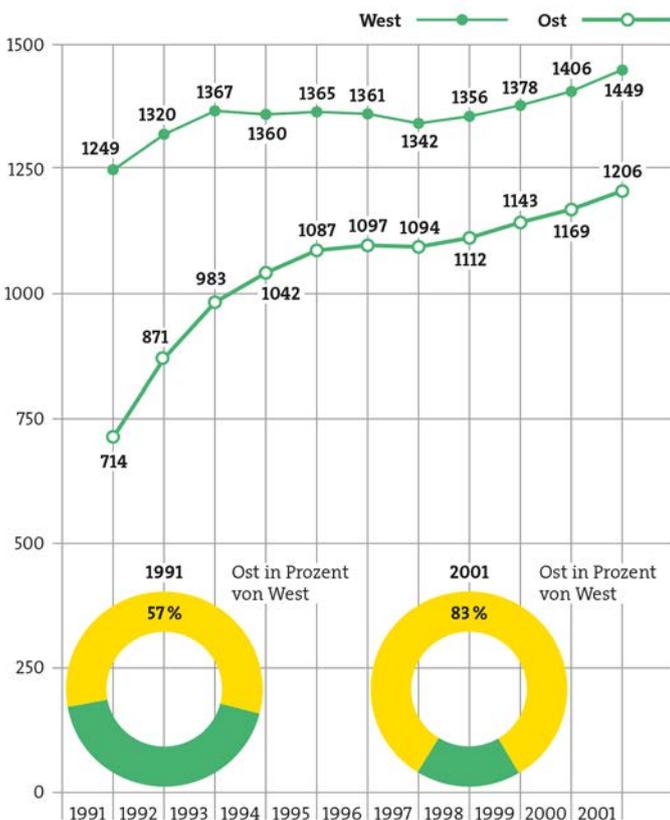
Nach den Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (siehe Schaubild links) verdienten die ostdeutschen Arbeitnehmer 2001 im Durchschnitt 1206 Euro netto pro Monat im Vergleich zu den durchschnittlich 1449 Euro ihrer westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Die einst weit auseinanderklaffende Verdienstlücke – 1991 machte sie noch 43 Prozent aus – ist innerhalb von vier Jahren um mehr als die Hälfte auf 20 Prozent zusammengedrückt worden, danach schrumpfte sie nur noch sehr langsam auf nominal (d.h. ohne Beachtung der Kaufkraftunterschiede) 17 Prozent im Jahr 2001. Real dürfte der Abstand – unter anderem wegen der etwas niedrigeren Mieten – ein wenig kleiner gewesen sein. Nimmt man nicht die indivi-

duellen Löhne und Gehälter als Maßstab, sondern das Nettoäquivalenzeinkommen, dann betrug die Wohlstandslücke 2001 noch 13,4 Prozent (siehe Tabelle auf S. 11 links).

Besonders rasant vollzog sich die Erhöhung der Renten. Die produktionsorientierte Sozialpolitik der DDR hatte die aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Menschen stark vernachlässigt. Große Teile der Rentner und insbesondere der Rentnerinnen mussten mit Minimaleinkommen ein Dasein am Rande der Gesellschaft fristen. Durch die Übernahme des westdeutschen Systems der Alterssicherung wurden die meisten älteren Menschen quasi über Nacht aus dieser Randlage befreit. Die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner gehören in der Regel zu den materiellen Gewinnern der Einheit. Das mit dem Nettoäquivalenzeinkommen gemessene Wohlstandsniveau ist in den ostdeutschen Rentnerhaushalten 2008 genauso hoch wie in den Nichtrentnerhaushalten – im Gegensatz zu Westdeutschland, wo den Rentnerhaushalten etwas weniger (95 Prozent) zur Verfügung steht als den Nichtrentnerhaushalten (Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle). Eine Ursache sind die günstigeren Erwerbsbiografien der ostdeutschen Frauen, die längere Beitragszeiten haben als westdeutsche.

Die „nachholende Einkommensexpllosion“ in den neuen Ländern – sie stellte das Tempo der Lebensstandardsteigerungen in den goldenen Jahren des westdeutschen Wirtschaftswunders in den Schatten – schlug sich auch in der deutlichen Verbesserung der Wohnverhältnisse und in der Ausstattung der Haushalte nieder.

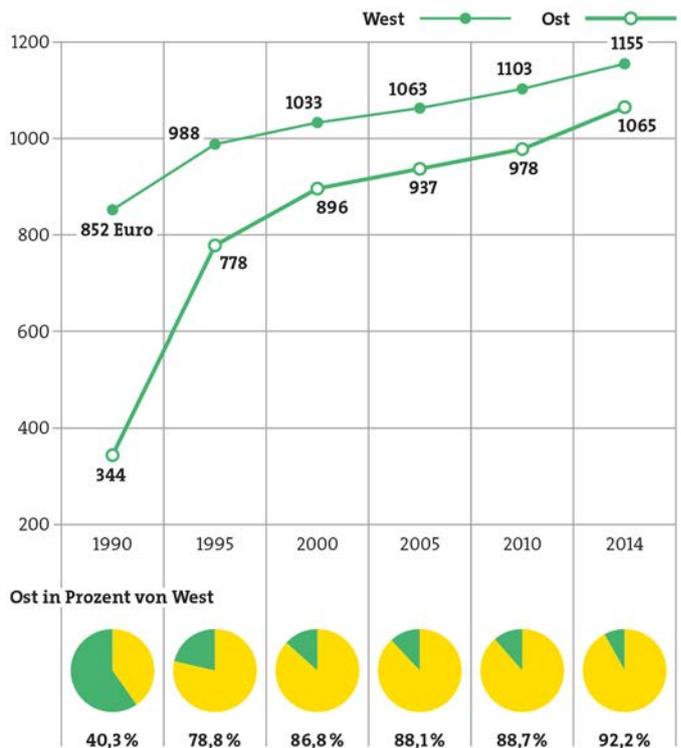
### Annäherung der Arbeitnehmerverdienste (1991-2001<sup>1</sup>, in Euro netto pro Monat)



<sup>1</sup> Nach 2001 wurden keine vergleichbaren Daten mehr erhoben

Datenquelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

### So entwickeln sich die Renten Verfügbare Eckrente\* in Euro je Monat (jeweils ab 1. Juli)



\* Rente nach 45 Versicherungsjahren mit durchschnittlichem Verdienst; nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung

© picture-alliance / dpa-infografik, Globus 6605; Quelle: BMAS, Dt. Rentenversicherung

Die Wohnfläche pro Person stieg von 28 qm 1989 auf 43 qm 2013 (West 2013: 48 qm), etwa zwei Drittel der ostdeutschen Wohnungen wurden renoviert und modernisiert. Bei der Zufriedenheit mit den Wohnungen gibt es zwischen Ost und West so gut wie keine Unterschiede mehr. Ostdeutsche Haushalte sind 2013 genauso oder ähnlich gut mit Pkws, Farbfernsehern, Waschautomaten, Gefrierschränken, Mikrowellengeräten, Netz- und Mobiltelefonen, PCs und Internetzugang, DVD-Rekordern und digitalen Fotoapparaten versorgt wie westdeutsche (siehe Tabelle auf S. 11 rechts).

Zahlen dieser Art erfassen nur unzureichend oder auch gar nicht die Entstehung einer Konsumwelt nach dem Muster westlicher Wohlstandsgesellschaften, den Qualitätssprung im Dienstleistungsangebot, die Sanierung der Umwelt, die Verbesserung der Verkehrsnetze und der Gesundheitsversorgung oder den Reiseboom.

### Weiterhin Ost-West-Lücke

Die Ost-West-Lücke in den Verdiensten, Wohnbedingungen und anderen Aspekten des Lebensstandards wurde erheblich reduziert, besteht aber weiterhin. Die Entwicklung des Nettoäquivalenzeinkommens zeigt sogar an, dass sich die Ost-West-Wohlstandsschere wieder geöffnet hat. 2001 hatten die Ostdeutschen mit 86,6 Prozent des Westniveaus den bisherigen Gipfel der Annäherung erreicht. Bis 2005 fielen sie dann wieder auf 82,5 Prozent zurück, 2010 liegen sie bei 84,3 Prozent (siehe Tabelle auf S. 11 links). Real dürfte die Wohlstandslücke allerdings nur etwa halb so groß sein, denn Berechnungen kommen 2009 auf Kaufkraftvorteile in Ostdeutschland im Umfang von 8 Prozent.

Besonders augenfällig wird der fortbestehende West-Ost-Abstand bei den Vermögensverhältnissen. Vier Jahrzehnte DDR ohne wesentliche Vermögensbildung sowie die fortbestehenden Einkommensdefizite und die hohe Arbeitslosigkeit nach der Vereinigung fordern ihren Tribut. Im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) ist die Entwicklung der Nettovermögen (Geld- und Immobilienvermögen abzüglich Schulden) in West und Ost zwischen 1993 und 2008 registriert. Im früheren Bundesgebiet nahm das durchschnittliche Nettovermögen eines Haushalts in diesem Zeitraum von 125 000 auf 132 000 Euro zu, in den neuen Ländern von 36 000 auf 55 000 Euro. Die ostdeutschen Haushalte haben in diesen 15 Jahren etwas aufgeholt, verfügen aber 2008 erst über 42 Prozent des Vermögens der westdeutschen Haushalte. So sind auch Erbschaften in Ostdeutschland seltener als im Westen, und die vererbten Beträge von durchschnittlich 15 000 Euro liegen sehr deutlich unter dem West-Durchschnitt von 70 000 Euro.

Weiterer Nachholbedarf besteht bei der Sanierung verfallener Stadtviertel und Dörfer sowie beim Zustand öffentlicher Gebäude und Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen. Defizite dieser Art wurden zwar gemildert, aber es wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, um sie endgültig zu beseitigen.

Der soziale Umbruch hat für die Ostdeutschen nicht nur neuen Wohlstand, sondern auch eine Fülle von schmerzlichen Erfahrungen mit sich gebracht. Die größten Verunsicherungen hat die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit ausgelöst; etwa ein Drittel der Arbeitsplätze ist nach dem Zusammenbruch der DDR verloren gegangen. „Das Leiden aller



ullstein bild – CARO / Rupert Oberhäuser

Nach der Wiedervereinigung wird in den „Aufbau Ost“ investiert. Teilweise renoviertes Haus in Jüterbog, Brandenburg

Leiden ist die Arbeitslosigkeit.“ Dieser Satz von Martin Walser gilt für Ostdeutsche in besonderer Weise, war doch die DDR in stärkerem Maße eine „Arbeitsgesellschaft“ mit Arbeitsplatzgarantie geblieben als die Bundesrepublik.

Das Tempo der Annäherung wäre ohne Leistungstransfers von West nach Ost in weltweit einmaliger Größenordnung nicht möglich gewesen. Nach den Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle belaufen sich die Nettotransfers (abzüglich zurückfließender Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge) für die Jahre 1991 bis 2011 auf etwa 1400 Milliarden Euro, das heißt pro Einwohner der alten Länder (einschließlich Ausländer) über zwei Jahrzehnte hinweg etwa 1000 Euro jährlich. Die Bundesbank hat errechnet, dass ein lediger westdeutscher Durchschnittsverdiener zwischen 1990 und 1996 Einkommensverluste von 6 Prozent durch zusätzliche Steuern und Sozialabgaben für den Aufbau Ost hinnehmen musste.

Trotz dieser Anstrengungen ist das vereinte Deutschland von einer Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West noch ein erhebliches Stück entfernt, und es ist absehbar, dass die soziale Einheit im Sinne der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ein langwieriger Prozess ist. Die Folgen von fast einem halben Jahrhundert ungleicher Entwicklungen sind nicht innerhalb weniger Jahre zu beseitigen. Die Deutschen – insbesondere ihre wichtigen Entscheidungsträger und Meinungsführer – stehen dabei vor der Aufgabe, beim Abbau der West-Ost-Kluft ein mittleres „goldenes Tempo“ zu finden, das weder die Geduld der Ostdeutschen noch die Solidaritätsbereitschaft der Westdeutschen überfordert.

## Einkommensungleichheiten und Polarisierung

Vom enormen Anstieg des Wohlstands haben verschiedene Gruppen der Gesellschaft in unterschiedlichem Maße profitiert. Die Steigerung des Lebensstandards hat die sozialen Ungleichheiten nicht beseitigt. Alle Wohlstandsgesellschaften der Gegenwart zeichnen sich durch erhebliche Unterschiede im Einkommen und Besitz und den damit verbundenen Lebenschancen aus, alle kennen sie Reichtum und Armut.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird dem sozial sensiblen Beobachter immer wieder in drastischer Form vor Augen geführt: In großstädtischen Ladenpassagen finden Pelzmäntel



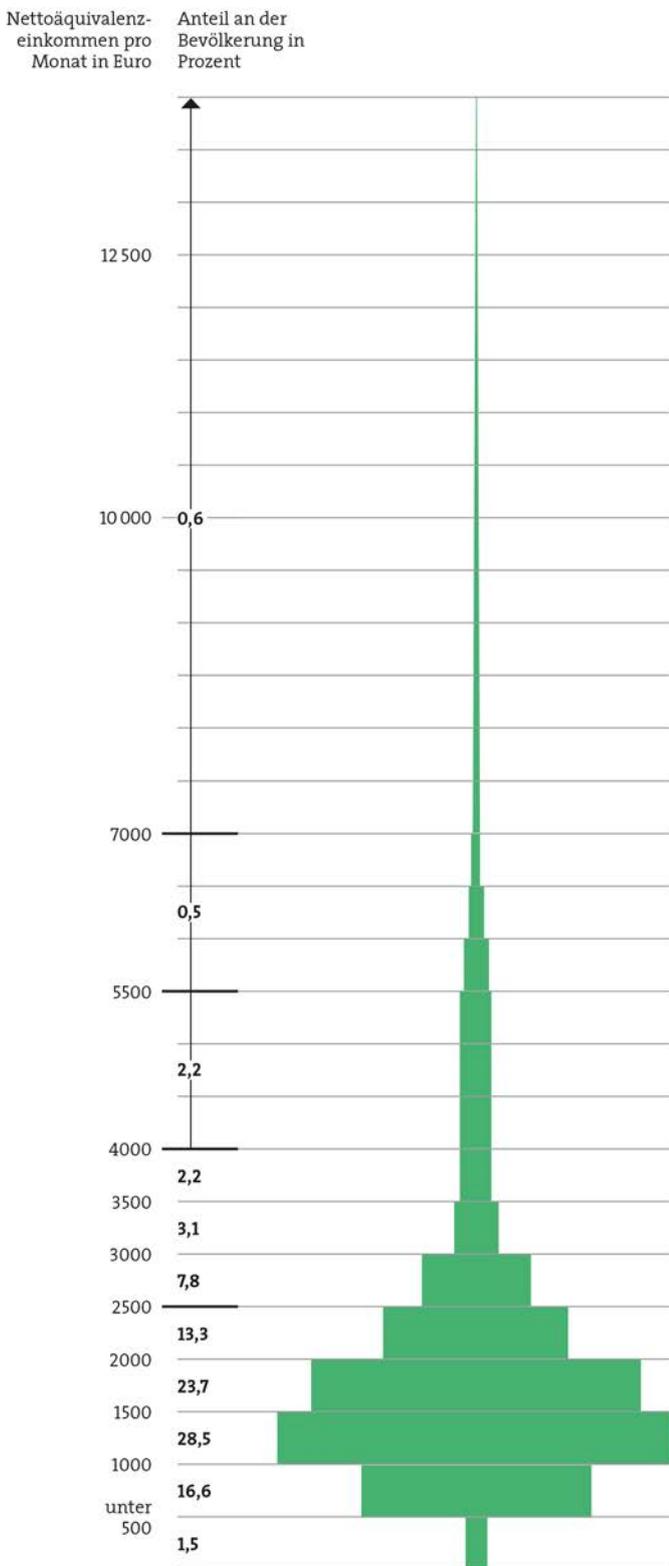
picture alliance / dieKLEINERTE.de / Kostas Koufoglou



picture alliance / dpa / Jan Philipp Strobel

Ein Obdachloser schläft in einer Dortmunder Fußgängerzone in Decken eingepackt auf dem Boden.

### Personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen (Deutschland 2009)



100% = 80,8 Millionen Personen  
 Höchstwert der erfassten Spitzeneinkommen 45 056 Euro pro Monat

Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, S. 74. Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 2010 (retrospektive Einkommenserhebung für das Vorjahr 2009; Berechnungen von Irene Becker)

für 12 000 Euro oder brillantbesetzte Uhren für 34 000 Euro ihre Käufer, während vor den Schaufenstern derselben exklusiven Boutiquen Menschen neben leeren Weinflaschen und Plastiktüten schlafen, in denen sie ihr ganzes Hab und Gut mit sich führen.

Der Wohlstand – gemessen am Nettoäquivalenzeinkommen – ist sehr unterschiedlich verteilt. 1,5 Prozent der Menschen in Deutschland fristen ihr Dasein mit weniger als 500 Euro und weitere 17 Prozent mit weniger als 1000 Euro in armen oder armutsnahen Lebensverhältnissen. Gut die Hälfte (52 Prozent) bewegt sich im Bereich zwischen 1000 und 2000 Euro und ein weiteres gutes Fünftel (21 Prozent) zwischen 2000 und 3000 Euro. Eine Minderheit von 8,6 Prozent gehört zu den Wohlhabenden und Reichen, die mit mehr als 3000 Euro pro Monat einen großzügigen, zum Teil auch luxuriösen Lebensstil pflegen können. Das Schaubild zeigt, dass aus dem „Durchschnittsbauch“ der Normalverdiener eine Pyramide von Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen herausragt, die sich nach oben hin zunehmend verjüngt und schließlich bei den Spitzeneinkommen die Form einer spitzen Antenne annimmt.

Den Inbegriff des Reichtums stellen nach allgemeinem Verständnis die „Millionäre“ dar. Als Folge der kontinuierlichen Geldentwertung dürfte man heutzutage mit den Superreichen eher die Einkommensmillionäre als die inzwischen sehr zahlreichen Vermögensmillionäre assoziieren. Die Zahl der DM-Einkommensmillionäre ist in Westdeutschland zwischen 1983 und 2001 um mehr als das 3-Fache gestiegen: 1983 deklarierten gut 10 000 westdeutsche Steuerzahler bei den Finanzämtern ein jährliches Einkommen von mindestens einer Million D-Mark, 2001 gaben gut 34 000 Steuerzahler über 500 000 Euro an, darunter 11 830 über eine Million Euro. Auch im vergangenen Jahrzehnt hat die Zahl der Euro-Einkommensmillionäre weiter zugenommen – bis 2008 auf 18 600. Nicht enthalten in diesen Zahlen sind die kriminellen Steuerflüchtlinge sowie reiche Deutsche, die ihren Wohnsitz in ausländische „Steuerparadiese“ verlegt haben und sich damit „legal“ ihrer staatsbürgerlichen Steuerpflicht in Deutschland entziehen.

#### Bildungs- und Berufsgruppen

Einen soziologisch etwas konkreteren Einblick in die Einkommensverteilung vermitteln die Unterschiede zwischen Bildungs- und Berufsgruppen. Eine gute Ausbildung zahlt sich finanziell nach wie vor aus (siehe Schaubild rechts).

Hochschulabsolventen verdienen mehr als das Doppelte von Erwerbstätigen, die das Bildungssystem ohne Schulabschluss verlassen haben. Und die Abstände zwischen den Bildungsgruppen haben sich im Zuge der Bildungsexpansion nicht verkleinert, wie mitunter angenommen wird, sondern sind größer geworden. Nach den Berechnungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind die Monatsverdienste der verschiedenen Qualifikationsgruppen 2008 deutlich weiter voneinander entfernt als 1984. Auch die Armutsrisiken variieren stark bildungsspezifisch. Zwischen 2009 und 2011 lebten 5 Prozent aller Hochschulabsolventen in Armut, von den Menschen ohne Hauptschulabschluss waren es 29 Prozent.

Zu den Berufsgruppen existiert nur die sehr grobe Einteilung nach der beruflichen Stellung in der offiziellen Statistik. In Westdeutschland erzielen die Selbstständigen seit jeher die höchsten Einkommen. Ihre Nettoeinkommen schwankten 1972 bis 1996 ungefähr zwischen dem 1,5-Fachen und dem 2,5-Fachen

**Wer verdient wie viel?**

[...] Das Jahresdurchschnittseinkommen eines normalen Arbeitnehmers ist in der vergangenen Dekade kaum gewachsen. Die Spitzengehälter dafür umso mehr. Hat der Chef eines großen Konzerns früher umgerechnet vielleicht eine halbe Million Euro bekommen, sind es heute im Durchschnitt fünf Millionen. [...] Bricht man diese[s] Einkommen auf das Monatsalär runter, jene Einheit also, in der die meisten Menschen rechnen, dann bekommt ein Spitzenmanager im Monat etwa 400 000 Euro. Ein Manager im Mittelbau vielleicht 20 000 Euro. Ein Arzt durchschnittlich 7500 Euro. Eine Krankenschwester 3000 Euro. Eine Friseurin 1400 Euro. Ist das gerecht? Verträgt das die soziale Marktwirtschaft? [...]

**Was aber fällt aus dem Rahmen, was ist gerecht?**

Aussagen dazu sind immer auch abhängig von den Gründen, die zu einer kritisierten Situation führen. So gibt es für die hohen Einkommen der Manager natürlich seriösere Begründungen als das Schlagwort „Abzockerei“, das viele Kritiker im Mund führen. Eine Begründung zielt auf den Arbeitseinsatz ab. Manager arbeiten häufig beinahe rund um die Uhr in höchster Anspannung [...]. Sie stehen unter Beobachtung der Finanzmärkte und der Öffentlichkeit, der körperliche und mentale Druck ist enorm hoch. Richtig – aber dennoch nicht das stärkste Argument. Der Einsatz rechtfertigt nach allgemeinem Verständnis vielleicht eine Erschwerniszulage, aber nicht die Multiplikation der Einkommen gegenüber dem Durchschnittseinkommen um das 100- oder Mehrfache. Auch Polizisten, Lehrer und Krankenschwestern gehen nicht selten an die Schmerzgrenze – ohne dass das entsprechend vergütet würde. [...]

Gewichtiger ist ein weiteres Argument: das des Einflusses der Topmanager. So einer führt schnell 100 000 Mitarbeiter oder mehr, er beeinflusst Umsatz in Millionen oder gar Milliardenhöhe. [...] In dieser Größenordnung sind strategische Entscheidungen Meilensteine. Eine einzige Fehlinvestition kann Milliarden Euro kosten, Arbeitsplätze im großen Stil gefährden

und dem Staat hohe Steuerausfälle bescheren. So viel Verantwortung muss hoch entlohnt werden – das ist wohl das stärkste der bisher aufgezählten Argumente.

[...] [Es] gibt [...] noch einen anderen, ganz fundamentalen Grund für die Gehälterspreizung. Er lautet: Der Markt bestimmt. Oder als Frage formuliert: Wer zahlt? Erfolgreiche Firmen verdienen viel Geld – je größer, desto mehr – und können deshalb ihre Mitarbeiter gut bezahlen, die Führung am besten. [...]

Es ist kein Zufall, dass viele der Berufe am unteren Ende der Skala Berufe im öffentlichen Auftrag sind. Bei den Konzernen entscheiden die Aktionäre, also die Eigentümer. Das kann die Summe der Kleinanleger sein, aber auch das Wort eines Großaktionärs [...]. Beim Staat entscheidet der Wahlbürger und Steuerzahler.

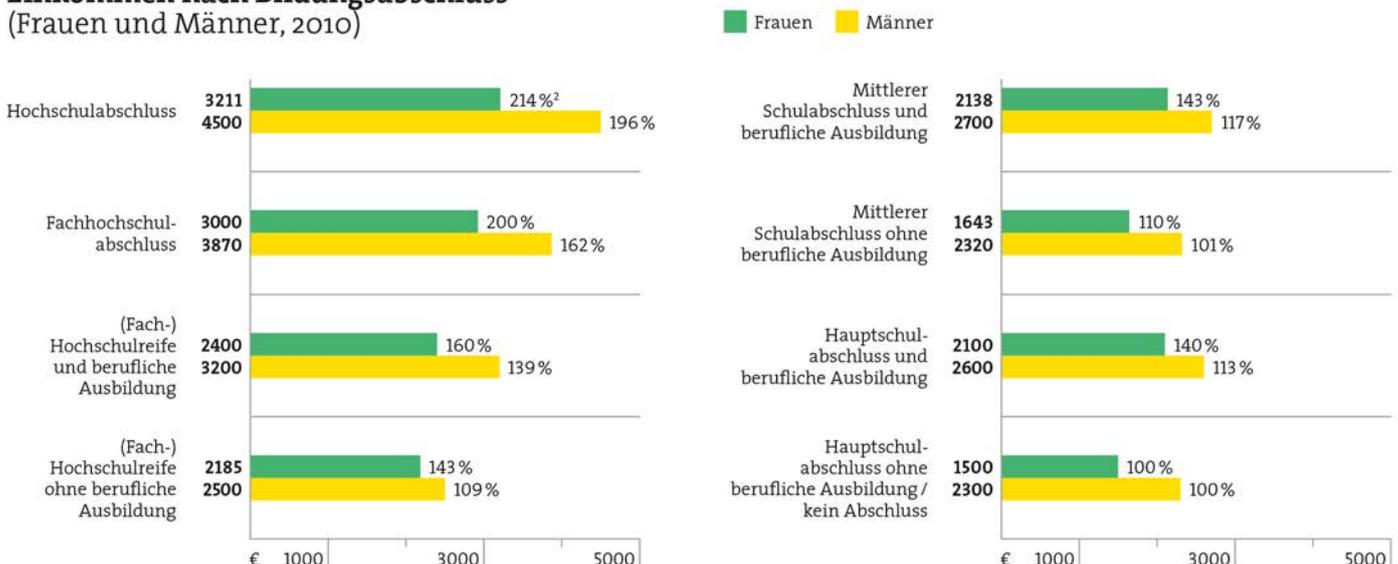
Abgesehen davon, dass das mühsam ist, fehlt in der Gesellschaft typischerweise auch eine klare Position: Will die Gesellschaft ihre Erzieher besser bezahlen? Will sie mehr und bessere Polizisten? Der Staat hat nie genug Geld, er hat aber immer Alternativen, das muss am Ende eine Gesellschaft für sich entscheiden. Wer also das steile Einkommensgefälle verändern will, muss an beiden Enden das Bewusstsein verändern – das dauert, wie alle gesellschaftlichen Orientierungen. [...]

Freilich: Wer generelle Obergrenzen für Gehälter erwirken will, greift weit in eine Wirtschaftsordnung ein, die auf Freiheit und Eigentumsschutz beruht. Wer an die Marktwirtschaft als eine zwar unvollkommene, aber doch freie und für die meisten Menschen vergleichsweise erfolgreiche Wirtschaftsform glaubt, der hält es eher nicht für die Aufgabe des Staates, generell Gehälter festzulegen.

Es gäbe dafür auch keinen zwingenden Maßstab: Warum das 20-Fache? Warum nicht das 50-Fache? Oder am besten verdienen alle gleich viel – wer soll das entscheiden? Eine Marktwirtschaft kann diese Dinge nicht vorschreiben, sonst ist sie eine Planwirtschaft.

Marc Beise, „An der Schmerzgrenze“, in: Süddeutsche Zeitung vom 23./24. März 2013

**Einkommen nach Bildungsabschluss<sup>1</sup>**  
(Frauen und Männer, 2010)



<sup>1</sup>mittleres monatliches Bruttoeinkommen vollzeitbeschäftigter Erwerbstätiger im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach allgemeinbildendem und beruflichem Abschluss und Geschlecht (Median in Euro)  
<sup>2</sup>Angabe, um wie viel Prozent sich das Einkommen erhöht, wenn der Bildungsabschluss höher ist als die niedrigste Bildungsqualifikation (=100)

Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012. Bildung in Deutschland 2012, S. 205

des Durchschnitts. Nach dem Datenreport 2008 betragen ihre Nettoäquivalenzeinkommen in Gesamtdeutschland 62 900 Euro, das ist das 2,8-Fache des Durchschnitts. Arbeiterfamilien mussten sich mit 17 600 Euro bzw. 78 Prozent des Durchschnitts begnügen. Beachtenswert sind die großen Unterschiede innerhalb der Gruppe der Selbstständigen. So mussten 2010 in Westdeutschland 17 Prozent und in Ostdeutschland 23 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Selbstständigen mit einem monatlichen Nettoverdienst unter 900 Euro auskommen.

### Zunehmende Polarisierung

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit gehört zu den gesellschaftspolitisch bedeutsamen und immer wieder diskutierten Fragen: Sind die Einkommen heute gleicher oder ungleicher verteilt als früher? Ist der Abstand zwischen Arm und Reich größer oder kleiner geworden? Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher, wie 76 Prozent der Deutschen im Jahr 2005 glaubten?

Die Einteilung der Bevölkerung in Einkommensfünftel erhellt einen Aspekt dieser Frage auf empirischer Basis. Die Ta-

belle rechts zeigt in Westdeutschland leichte Tendenzen einer Umverteilung von oben nach unten in den 1960er- und 1970er-Jahren: Der Abstand zwischen dem oberen und dem unteren Fünftel ging vom 4,2-Fachen im Jahr 1962 auf das 3,4-Fache im Jahr 1978 zurück. Seit Anfang der 1990er-Jahre vollzieht sich jedoch eine Trendwende – eine Umverteilung von unten nach oben, die deutliche Züge einer zunehmenden Polarisierung trägt. 2006 erreicht diese Polarisierung ihren vorläufigen Höhepunkt: Das Nettoäquivalenzeinkommen im oberen Fünftel ist um das 4,6-Fache höher als das im unteren Fünftel; die Einkommensungleichheit zwischen dem armen und dem reichen Fünftel der Bevölkerung erreicht den höchsten Stand seit 1962, als sie erstmals in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte gemessen wurde. Zwischen 2006 und 2012 gibt es dann gewisse kleinere Schwankungen, aber keine eindeutig rückläufige Tendenz. Verlierer dieser Polarisierung ist die untere Hälfte der Gesellschaft, insbesondere das arme Fünftel; gewonnen hat das reiche Fünftel. Zwischen 2006 und 2012 ist der Anteil des ärmsten Fünftels wieder minimal größer und der Anteil des reichsten Fünftels geringfügig kleiner geworden.

### Vermisst: Soziale Gerechtigkeit

Zwei Drittel der Deutschen glauben, dass die soziale Gerechtigkeit in den vergangenen drei bis vier Jahren abgenommen hat. 64 Prozent der Bevölkerung sind dieser Meinung. Das hat eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft herausgefunden. [...] Befragt wurden 3000 Deutsche ab 16 Jahren im Dezember 2012 und Januar 2013.

Als soziale Gerechtigkeit definieren die Bürger etwa, dass man von dem Lohn für seine Arbeit gut leben kann (91 Prozent), dass alle Kinder die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung haben (90 Prozent) oder dass der Staat für eine Grundsicherung sorgt, damit niemand in Not gerät (77 Prozent). [...]

Interessant ist jedoch, dass sich im internationalen Vergleich ein völlig anderes Bild ergibt. Zwar finden 34 Prozent der Deutschen, dass es in Schweden am meisten soziale Gerechtigkeit gebe – Deutschland folgt jedoch mit 23 Prozent auf Platz zwei. Die geringste soziale Gerechtigkeit sprechen die Befragten den USA (25 Prozent) und China (66 Prozent) zu. „Die Deutschen differenzieren also klar zwischen der Frage, wie nahe wir in Deutschland selbst der sozialen Gerechtigkeit kommen, und wie wir im internationalen Vergleich abschneiden“, erläutert [Professorin Renate] Köcher [Geschäftsführerin des Allensbach-Instituts – Anm. d. Red.] diesen Unterschied.

Als ungerecht empfinden die Deutschen, wenn Geringverdiener nur etwas mehr Geld bekommen als Arbeitslose (76 Prozent) oder wenn Unternehmen, die Gewinne machen, Menschen entlassen (75 Prozent). Um die Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern, sollten Steuerschlupflöcher abgeschafft und Mindesteinkommen für Arbeitnehmer sichergestellt werden (beides 76 Prozent). [...]

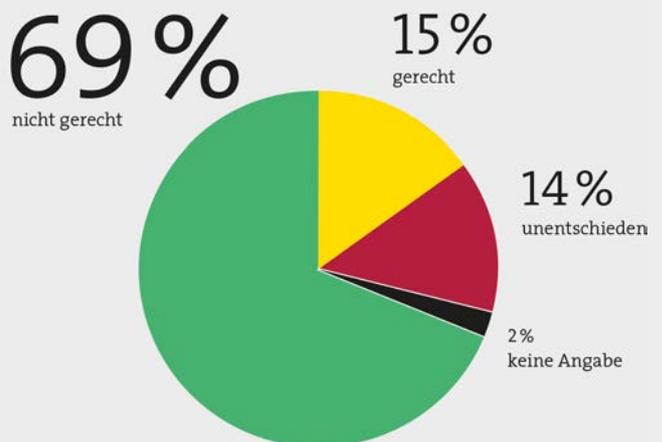
Als verantwortlich für Gerechtigkeit sehen die Befragten die Politiker. 73 Prozent sind überzeugt, dass die Politik viel tun kann, um Gerechtigkeit voranzubringen. [...] Konkret wünschen sich die Bürger, dass der Staat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert (71 Prozent). [...] Vom Staat fordern 70 Prozent der Befragten, dass Schüler besser auf das Berufsleben vorbereitet werden.

Das Steuersystem hingegen wird immer mehr als gerecht wahrgenommen. Während vor knapp zehn Jahren noch 78 Prozent das Steuersystem als ungerecht empfanden, teilen diese Meinung heute nur noch 49 Prozent der Bürger. Da in den vergangenen Jahren keine Veränderungen im Steuersystem stattgefunden haben, erklärt sich Renate Köcher diese große Veränderung mit dem Aufschwung der vergangenen Jahre. „In unseren Umfragen geben viele an, dass sich ihre materielle Lage verbessert hat.“ Wer mehr Geld auf dem Konto hat, empfindet das Steuersystem also plötzlich nicht mehr als ungerecht.

Angela Sommersberg, „Vermisst: Soziale Gerechtigkeit“, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Februar 2013

### Die Gerechtigkeitslücke

„Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in Deutschland – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Frankfurter Rundschau / Anja Kühn; Quelle: IFD-Allensbach

## Verteilung des Nettoäquivalenzeinkommens<sup>1</sup> auf Bevölkerungsfünftel (1962-2012)

	Fünftel					Fünftel					Verhältnis 5./1. Fünftel <sup>2</sup>		Gini-Koeffizient <sup>3</sup>	
	1.	2.	3.	4.	5.	1.	2.	3.	4.	5.	West	Ost	West	Ost
	West (in Prozent)					Ost (in Prozent)								
1962	9,4	13,4	16,7	21,4	39,1						4,2		0,292	
1978	10,5	14,3	17,7	22,2	35,3						3,4		0,247	
1988	9,9	14,4	17,9	22,4	35,4						3,6		0,253	
1992	9,8	14,5	18,1	22,8	34,8	11,3	15,5	18,6	22,6	32,0	3,5	2,8	0,249	0,208
1995	8,9	14,2	17,9	22,7	36,3	11,2	15,3	18,5	22,4	32,5	4,1	2,9	0,271	0,214
2000	9,4	14,3	17,7	22,4	36,2	10,9	15,5	18,4	21,9	33,3	3,9	3,1	0,266	0,221
2005	8,9	13,8	17,5	22,3	37,4	10,0	14,8	18,4	22,7	34,0	4,2	3,4	0,283	0,240
2006	8,5	13,4	17,1	21,9	39,1	9,5	14,7	18,4	23,0	34,5	4,6	3,6	0,303	0,249
2010	8,8	13,6	17,4	22,2	38,1	9,5	14,4	18,1	22,9	35,2	4,3	3,7	0,292	0,258
2012	8,7	13,3	17,1	22,2	38,7	9,3	14,1	18,1	22,5	36,0	4,4	3,9	0,298	0,265

<sup>1</sup> 1962-1988 alte OECD-Skala; 1992-2012 neue OECD-Skala. Bei Messungen mit der alten OECD-Skala sind die Ungleichheiten geringfügig stärker ausgeprägt; der Gini-Koeffizient ist geringfügig höher und die Unterschiede zwischen den Fünfteln sind geringfügig größer.

<sup>2</sup> Verhältnis der Prozentanteile des 5. (reichsten) zum 1. (ärmsten) Fünftel

<sup>3</sup> Der Gini-Koeffizient misst die Ungleichverteilung und kann Werte zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und 1 (völlige Ungleichverteilung) annehmen.

Datenquellen: Hauser 1998 (1962-1988); Berechnungen durch GESIS – Zentrum für Sozialindikatorenforschung (1992-2012).

Allerdings klaffen Armut und Reichtum auch 2012 immer noch weiter auseinander als in den Jahrzehnten vorher.

Andere Berechnungsmethoden bestätigen diese Tendenz, dass eine zunächst rückläufige Ungleichheit der Einkommen seit zwei Jahrzehnten von einer zunehmenden Polarisierung abgelöst wurde. Der Gini-Koeffizient – eine internationale gebräuchliche kompakte Messziffer für die Ungleichverteilung (siehe Anm. 3 der Tabelle) – erreicht mit 0,303 im Jahr 2006 und 0,298 im Jahr 2012 die Spitzenwerte in den letzten 50 Jahren.

Seit die Bundesregierung 2001 den ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt hat, wird in Deutschland intensiver über Reichtum geforscht. Wer im Hinblick auf sein Einkommen zu den Reichen gehört, ist durchaus umstritten. In der Regel werden diejenigen Haushalte als reich eingestuft, deren Nettoäquivalenzeinkommen mindestens das Doppelte des Durchschnitts beträgt. Empirisch gut erkennen lassen sich damit zwei Entwicklungen in den beiden letzten Jahrzehnten. Diese belegen die bereits erwähnte zunehmende Polarisierung:

- Die Reichen werden immer zahlreicher. Im Jahr 2000 lebten 3,1 Prozent der Deutschen in reichen Familien oder Haushalten; bis 2011 ist dieser Anteil laut Datenreport 2013 um fast die Hälfte auf 4,5 Prozent gewachsen.
- Die Reichen werden nicht nur immer zahlreicher, sie werden auch immer reicher, ihr Abstand zum Durchschnitt nimmt zu. Nach den Angaben im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) und in der Studie des Reichtumsforschers Wolfgang Lauterbach (2009) lässt sich Folgendes berechnen: 1995 lebten die reichsten 5 Prozent von einem Nettoäquivalenzeinkommen, das um das 2,15-Fache über dem Durchschnitt lag; 2003 hatte sich diese Kluft auf das 2,38-Fache erweitert (Geißler 2014, S. 78).

### Internationaler Vergleich

Die zunehmende Polarisierung der Einkommen in Deutschland hat auch im internationalen Vergleich ihre Spuren hinterlassen. Die internationalen Daten erleichtern die Einschätzung darüber, ob die Einkommen in Deutschland besonders

gleich oder besonders ungleich verteilt sind. Innerhalb der Europäischen Union (EU-15) gehörte Deutschland 2001 zu den Ländern mit relativ geringen Unterschieden im Äquivalenzeinkommen zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Bevölkerung. Lediglich in den drei skandinavischen Gesellschaften (Dänemark, Schweden und Finnland) und in Österreich waren die Unterschiede kleiner. Zwischen 2001 und 2008 ist Deutschland dann innerhalb der EU-15 von Rang 5 in die untere Hälfte auf Rang 10 abgerutscht. Neben den vier erwähnten Ländern gehören nunmehr auch die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Irland (in dieser Reihenfolge) zu den Gesellschaften, in denen die Nettoäquivalenzeinkommen weniger ungleich verteilt sind als in Deutschland.

### Ursachen

Als Ursachen für die Einkommenspolarisierung spielen offensichtlich viele Entwicklungen eine Rolle, deren Zusammenhänge und relative Bedeutung nicht eindeutig geklärt sind.

- Ökonomen verweisen auf den Angebot-Nachfrage-Mechanismus des Arbeitsmarktes im Informationszeitalter: Der technische Wandel hat dazu geführt, dass die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften wie IT-Spezialisten, Managern oder Beratern stark zugenommen hat, sodass der Bedarf das Angebot übersteigt. Genau umgekehrt ist die Situation bei den handwerklichen Tätigkeiten.
- Immer häufiger sind Arbeitsplätze nicht mehr durch kollektive Tarifverträge gesichert; minderbezahlte befristete Arbeitsplätze nehmen zu. Die Abnahme der Tarifbindung von Löhnen und Gehältern sowie die Ausdehnung des Niedriglohnssektors weisen auf die begrenzte Verhandlungsmacht der Gewerkschaften hin, deren Organisationsgrad seit 1980 zurückgegangen ist. In den vergangenen Jahren ist er jedoch auf einem mittleren europäischen Niveau konstant geblieben; bei der IG Metall gibt es insbesondere bei den jüngeren Jahrgängen wieder leichte Zuwächse.

- Auch die zunehmende Globalisierung der Arbeitszusammenhänge verstärkt den Druck auf die Verdienste der Geringqualifizierten. Deren relative Wettbewerbsposition in Deutschland wird dadurch beeinträchtigt, dass niedrig qualifizierte Arbeiten immer häufiger in Billiglohnländer ausgelagert werden.
- Auch die schrittweise Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent im Jahr 1999 auf 42 Prozent seit 2005 hat Umverteilungseffekte zugunsten der hohen Einkommenschichten ausgelöst.
- Eine weitere Ursache der Einkommenspolarisierung sind die Veränderungen der Haushaltsstrukturen, nämlich die Zunahme von einkommensstarken Paaren ohne Kinder und von einkommensschwachen Alleinerziehenden.

## Vermögensungleichheiten

Die Statistik unterscheidet drei wichtige Grundarten des Vermögens: das Geldvermögen (verschiedene Varianten von Sparanlagen wie Spar- und Bausparguthaben, Lebensversicherungen, Wertpapiere, Aktien u. Ä.), das Immobilienvermögen (Haus- und Grundbesitz) und das Betriebsvermögen.

Die Chancen, Ersparnisse und Vermögen zu bilden, sind sehr ungleich verteilt: Wer wenig verdient, kann nur wenig oder auch gar nichts zurücklegen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Vermögensunterschiede noch erheblich stärker ausgeprägt sind als die Einkommensunterschiede. Der Wert des Gini-Koeffizienten (siehe S. 19) für die Ungleichheit der individuellen Nettovermögen in Westdeutschland ist 2007 mit 0,785 mehr als zweieinhalbmal so hoch wie für die Ungleichheit der Nettoäquivalenzeinkommen mit 0,295.

Einerseits nähert sich die Zahl der Vermögensmillionäre (gemessen in US-Dollar) in Deutschland inzwischen der Millionengrenze: Nach dem *World Wealth Report* von Capgemini und Merrill Lynch stieg sie zwischen 2005 und 2009 um ein Fünftel von 767 000 auf 924 000 an; etwa jeder vierzigste Privathaushalt (2,5 Prozent) besitzt ein Vermögen von mindestens einer Million US-Dollar. Andererseits standen im Jahr 2007 30 Prozent der deutschen Bevölkerung ohne Vermögen da. Das ärmste Zehntel hatte nicht nur keinen Besitz, sondern wies eine Minusbilanz auf: Seine durchschnittlichen Schulden waren höher als sein Vermögen.

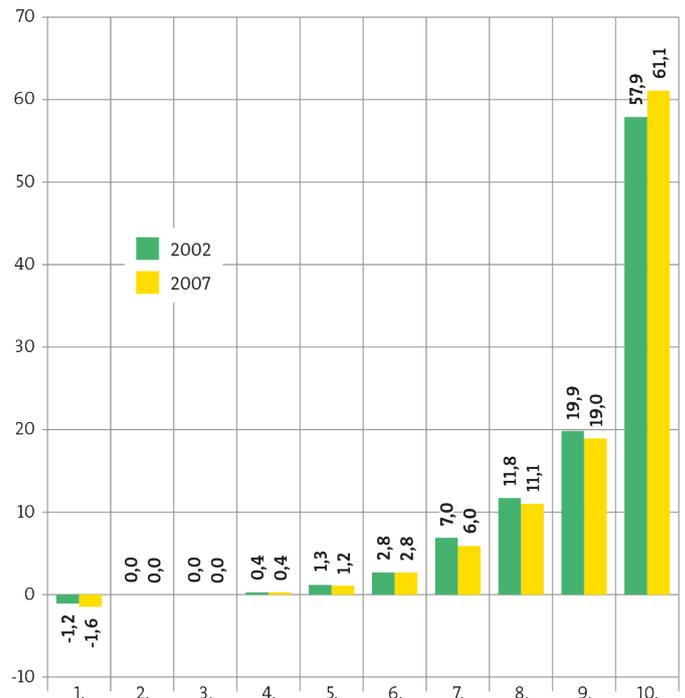
### Ein Privileg der oberen Hälfte der Gesellschaft

Die Bildung von Vermögen ist ein Privileg der oberen Hälfte der Gesellschaft. Nach dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) sind 2008 lediglich 1,2 Prozent des Gesamtvermögens in der unteren Hälfte der Bevölkerung verblieben. Und auch in der oberen Hälfte sind die Chancen auf Vermögensbildung noch sehr ungleich verteilt. Dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht (2005) ist zu entnehmen, dass in Westdeutschland das obere Fünftel 2003 über 65 Prozent des Vermögens verfügt und 7,2-mal mehr an Vermögen angehäuft hat als das mittlere Fünftel.

Für die Entwicklung zwischen 2002 und 2007 liegt eine Studie zu den individuellen Nettovermögen in Gesamtdeutschland vor (siehe Schaubild). Sie teilt die Bevölkerung ab 17 Jahren in zehn gleich große Gruppen ein und zeigt deren Anteil am Gesamtvermögen. Die Analyse belegt eine zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich. Gewinner sind ausschließlich die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung – in Westdeutsch-

## Polarisierung der individuellen<sup>1</sup> Nettovermögen zwischen 2002 und 2007

Anteil der Bevölkerungszehntel am Gesamtvermögen (in Prozent)



<sup>1</sup> Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren

Joachim R. Frick / Markus M. Grabka (DiW) 2009 (Datenbasis: SOEP)

land verfügen diese über mindestens 251 000 Euro und in Ostdeutschland über mindestens 91 000 Euro. Die anderen Zehntel haben gewisse Einbußen hinnehmen müssen oder sind bei ihren geringfügigen Anteilen geblieben. Das ärmste Zehntel ist noch tiefer in die Schulden gerutscht und die beiden Gruppen ohne Vermögen – das zweite und dritte Zehntel von unten – haben weiterhin kein Vermögen bilden können.

Auch der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) belegt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Zwischen 1998 und 2008 ist der enorme Anteil des reichsten Zehntels der Haushalte am Nettovermögen von 45 auf 53 Prozent gestiegen, während der ohnehin schon extrem geringfügige Anteil der unteren Hälfte der Haushalte von 3 Prozent auf den winzigen Rest von einem Prozent zusammengeschmolzen ist. Der Gini-Koeffizient ist in diesem Jahrzehnt um 9 Prozent von 0,686 auf 0,748 angestiegen.

Die Vermögensunterschiede nach beruflicher Stellung bergen keine Überraschungen und entsprechen in etwa den Einkommensunterschieden zwischen diesen Gruppen. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen, aber auch ein knappes Drittel der Arbeiterschaft und der einfachen Angestellten stehen ohne Vermögen da. Im oberen Bereich ragen die großen Vermögensbestände der leitenden Angestellten und insbesondere der Selbstständigen heraus. Dabei ist zu beachten, dass das Vermögen für Selbstständige einen wichtigen Teil ihrer Altersvorsorge darstellt. Auch das Vermögen der gehobenen und höheren Beamten liegt deutlich über dem Durchschnitt – ein Vorsprung, der an den Vermögen der Pensionäre im Alter (das 2,2-Fache des Durchschnitts) sichtbar wird.



Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander: Von 1998 bis 2008 stieg der Anteil des reichsten Zehntels der Haushalte am Nettovermögen von 45 auf 53 Prozent. Einzug der Debütanten beim Kaiserball in München

Die hohen Vermögensbestände haben in den vergangenen Jahren eine Welle von Erbschaften in bisher unbekanntem Ausmaß ausgelöst. Die Auswertung des Alterssurveys 2002 durch eine Arbeitsgruppe um den Soziologen Martin Kohli ergab, dass fast jeder dritte Westdeutsche im Alter von 40 bis 45 Jahren mehr als 13 000 Euro geerbt hat, jeder sechste mehr als 51 000 Euro und jeder dreißigste mehr als 256 000 Euro. Fast jeder Hundertste (0,8 Prozent) gibt an, D-Mark-Millionenerbe zu sein (mindestens 511 000 Euro). Nach einer neuen Studie dieser Arbeitsgruppe sind Erbschaften und Schenkungen in den Jahren 2002 bis 2007 umso größer, je höher die Bildung, der berufliche Status und das bereits vorhandene Vermögen der Empfangenden ist. Beim Vermögenstransfer von Generation zu Generation greift also der biblische „Matthäus-Effekt“: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Dennoch hat die Weitergabe der Vermögen nach den neueren Berechnungen keine zunehmende Vermögenskonzentration zur Folge, sondern wirkt sogar eher „tendenziell nivellierend“. Denn es profitieren davon auch vermögensarme Haushalte, die vorher über kein oder nur geringes Vermögen verfügten, und große Vermögen werden durch die Aufteilung auf mehrere Erben zum Teil „zersplittert“.

### Unterschiede in Ostdeutschland

In der DDR waren die Vermögensunterschiede im Zuge der sozialistischen Nivellierungspolitik stark eingeebnet worden. Zu den wichtigen Maßnahmen gehörten Enteignungen der Großgrundbesitzer, Großbauern und Bergwerke, der Großunternehmer in Industrie und Handel, der Banken und Versicherungen sowie der Flüchtlinge, Verstaatlichung und Kollektivierung, Restriktionen für den kleinen Rest der Selbstständigen sowie die Entwertung des Immobilienbesitzes.

Auch die Einkommensunterschiede – zwischen Arbeitern, Angestellten und Genossenschaftsbauern, zwischen Genossenschaftsmitgliedern und Selbstständigen, aber auch innerhalb dieser Gruppen – wurden nach dem egalitären Prinzip der „Annäherung aller Klassen und Schichten“ verkleinert. Ar-

beiter und Bauern erhielten dadurch vergleichsweise günstige Positionen im Ungleichheitsgefüge der DDR; die Opfer dieser „Annäherungspolitik“ waren wichtige Leistungsträger wie Selbstständige und Hochqualifizierte sowie die Angestellten. Wohlstandsdefizit, soziale Nivellierung und die relativ günstige Soziallage von Arbeitern und Bauern rechtfertigen es, die DDR als eine nach unten – nicht zur Mitte hin – nivellierte Arbeiter- und Bauerngesellschaft zu charakterisieren.

Der Abbau der Einkommensungleichheit war im letzten Jahrzehnt der DDR nicht unumstritten. Auf der Suche nach den „sozialen Triebkräften“ des Wirtschaftswachstums distanzieren sich der Sozialstrukturforscher Manfred Lötsch und andere Wissenschaftler von traditionellen kommunistischen Gleichheitsvorstellungen und von einem starren „gleichmacherischen“ Gehaltssystem. Sie kritisierten die Missachtung des Leistungsprinzips und entwickelten die These von der Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede, die stark an die Argumente der amerikanischen Funktionalisten erinnert. Nach dieser These wirkt eine übertriebene Nivellierung leistungsfeindlich; sie bremst die sozioökonomische Entwicklung, da bestimmte Unterschiede im Einkommen und in den Lebensbedingungen als Leistungsanreize erforderlich seien.

### Angleichung nach 1990

Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde der Wohlstandsschub von einer Zunahme sozialer Ungleichheit in den neuen Ländern begleitet; leistungshemmende soziale Nivellierung kehrte sich um in zunehmende soziale Differenzierung. Die Hintergründe dieser Trendumkehr sind die Reprivatisierung der Wirtschaft und des Immobilienmarktes, der Neuaufbau des Mittelstandes von Selbstständigen und Freiberuflern sowie die Spreizung der Lohn- und Gehaltsstrukturen. In ihrem Gefolge vergrößern sich die Einkommens- und Vermögensunterschiede und die damit verknüpften Unterschiede in den Lebensbedingungen und Lebenschancen. Im Zusammenhang mit dem Wohlstandsschub bedeutet dies Differenzierung und

## Unterschiedliche Lebenshaltungskosten

In deutschen Großstädten können sich viele Menschen immer weniger leisten. Dort ist das Risiko, in die Armut abzurutschen, stärker als in ländlichen Gebieten. Dies geht aus einer neuen Studie des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) hervor, bei der die Forscher die regionalen Preisunterschiede und die jeweilige Kaufkraft berücksichtigt haben. Demnach benötigt ein Alleinstehender in München 1030 Euro, um sich genauso viel kaufen zu können wie ein durchschnittlicher Bürger in Deutschland mit 870 Euro im Monat. Im ostdeutschen Stendal oder im Vogtland reichen dagegen schon knapp 800 Euro.

Wer schon einmal in einem Brandenburger Dorfgasthof und in Bayerns Landeshauptstadt einen Cappuccino gezahlt hat, weiß: Die Dinge des täglichen Lebens kosten innerhalb Deutschlands unterschiedlich viel. So sind in den Großstädten die Verbraucherpreise im Schnitt um mehr als sechs Prozent höher als in ländlichen Gebieten. Gleichzeitig fallen die Preise im Osten im Durchschnitt um sieben Prozent geringer aus als im Westen.

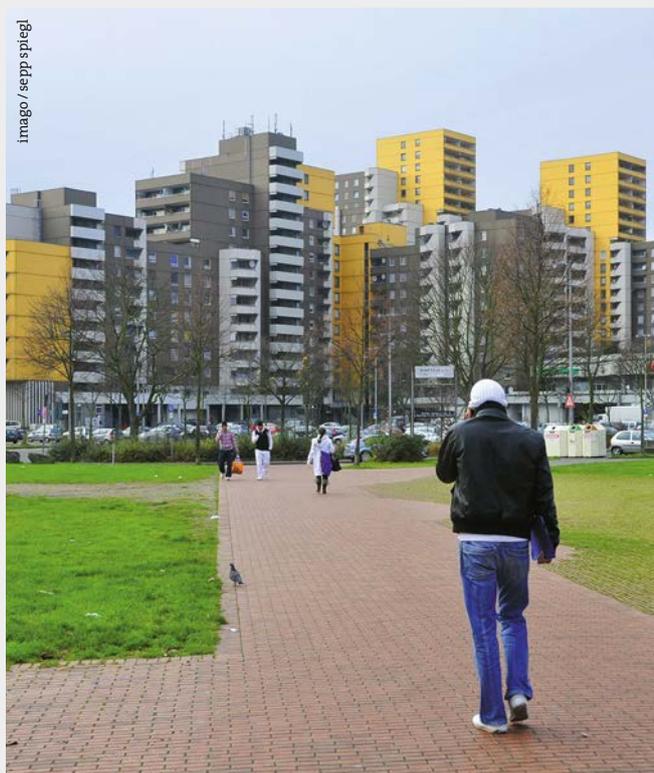
Bei der Diskussion um die Armut im Land spielte dies bislang aber keine große Rolle. Egal wo man wohnt: Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) zur Verfügung hat. Das ist jenes Einkommen, das von der einen Hälfte der Bevölkerung über- und von der anderen Hälfte unterschritten wird. Der bundesweite Schwellenwert für eine Single liegt dafür bei 870 Euro, für ein Paar mit zwei Kindern bei 1830 Euro, für Paare ohne Nachwuchs bei 1300 Euro, für Alleinstehende mit Kind bei 1130 Euro. Rechnet man auf diese Weise, teilt sich Deutschland im Prinzip in zwei Hälften: Beim Einkommen gibt es zwischen West und Ost ein starkes Gefälle. Berücksichtigt man – wie die IW-Wissenschaftler – die Preisunterschiede, liegen die Armutsquoten jedoch gar nicht mehr so weit auseinander. Thüringen weist danach zum Beispiel die dritt niedrigste Quote aller Bundesländer

auf. Und Brandenburg, das an Kaufkraft stärkste Bundesland unten den fünf Neuen, kann fast mit Hamburg gleichziehen. Das eigentliche Problem sei dann „das Stadt-Land-Gefälle“, sagt IW-Direktor Michael Hüther.

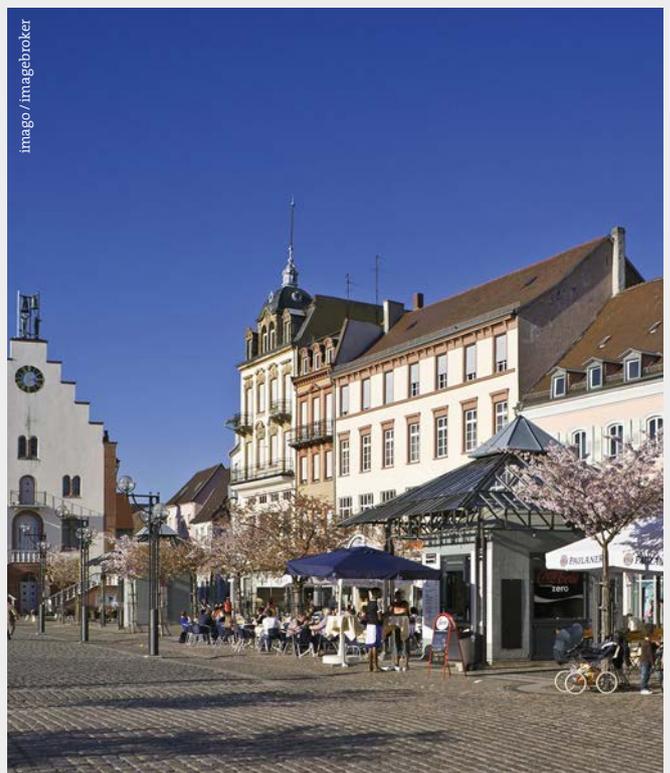
So sind nach den IW-Berechnungen in ländlichen Regionen nur 14 Prozent der Bevölkerung kaufkraftarm. In Städten trifft dies auf mehr als jeden Fünften (22 Prozent) zu. Zugleich sind die zehn Regionen mit der höchsten Einkommensarmut Großstädte. Am schlechtesten schneidet Köln ab, dort lebt laut IW mehr als jeder Vierte unter der von dem Institut errechneten Armutsschwelle, dicht gefolgt von Dortmund, einigen Bezirken Berlins, Bremerhaven, Leipzig, Duisburg und Frankfurt am Main. Hüther führt das darauf zurück, dass die Ungleichheit in den Städten „besonders hoch ist“. Dies erkläre sich damit, dass dort einerseits besonders einkommensstarke Gruppen, andererseits viele Arbeitslose, Alleinerziehende und Zuwanderer leben, die ein höheres Risiko haben, arm zu werden.

Unter den besten 20 befinden sich hingegen vor allem süddeutsche Landkreise wie Dillingen an der Donau, Erlangen-Höchstadt oder Landau in der Pfalz. Dort sind dem IW zufolge weniger als zehn Prozent kaufkraftarm. Land und Stadt driften dabei immer weiter auseinander: In den ländlichen Gebieten blieb laut dem Kölner Institut die preisbereinigte Armutsquote fast unverändert, während sie in den städtischen Regionen zunahm. Dies gilt vor allem für die Städte Nordrhein-Westfalens. Dieses Land-Stadt-Gefälle wird sich nach Angaben des IW eher vergrößern, weil die Mieten an gefragten Standorten zuletzt stark gestiegen sind und dies die Kaufkraft der Stadtbewohner weiter dämpfen wird. [...]

Thomas Öchsner, „Der Preis der Großstadt“, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. August 2014



In punkto Kaufkraft zeigt Deutschland erhebliche regionale Unterschiede. So lebt laut einer IW-Studie in Köln mehr als jeder Vierte unter der Armutsschwelle, im pfälzischen Landau betrifft dies hingegen weniger als 10 Prozent.



Polarisierung nach oben: Die sozialen Abstände zwischen oben und unten werden auf einem insgesamt höheren Niveau größer.

Zu den materiellen Gewinnern der Einheit gehören neben der großen Mehrheit der Rentnerinnen und Rentner die Freiberufler wie Ärzte, Rechtsanwälte oder Steuerberater, deren Abstand zum Durchschnitt größer ist als in den alten Ländern. Die größeren Unternehmer sind dagegen von den Einkommensprivilegien ihrer westdeutschen Konkurrenten noch ein erhebliches Stück entfernt. Auf der Seite der relativen Verlierer finden sich – neben den Risikogruppen am gesellschaftlichen Rand (Langzeitarbeitslose, Teile der Alleinerziehenden und der Kinderreichen) – Arbeiter sowie Un- und Angelernte. Auch viele der neuen kleinen Selbstständigen müssen sich mit unterdurchschnittlichen Einkommen begnügen. Ein Fünftel aller Selbstständigen lebte laut Datenreport 2013 in den Jahren 2009 bis 2011 in Armut; ihre Armutsquote ist erheblich höher als unter Facharbeitern (7 Prozent) und einfachen Angestellten (12 Prozent).

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht hat die Wohlstandsun- gleichheit in den neuen Bundesländern seit der Vereinigung langsam, aber stetig zugenommen; sie ist jedoch noch deutlich vom westdeutschen Ungleichheitsniveau entfernt.

Die Tabelle auf S. 19 macht die „nachholende Spreizung“ im Nettoäquivalenzeinkommen deutlich: 1992 stand dem oberen Fünftel das 2,8-Fache des unteren Fünftels zur Verfügung, 2012 war der Abstand auf das 3,9-Fache angestiegen und lag damit in etwa auf dem Westniveau in den 1990er-Jahren, aber noch deutlich unter dem Westniveau von 2012, das sich inzwischen auf das 4,4-Fache erhöht hat. Die nachholende Spreizung und fortbestehende ausgewogenere Verteilung des Wohlstands spiegelt sich auch in der Entwicklung des Gini-Koeffizienten wider. Er steigt in den neuen Ländern von 0.208 im Jahr 1991 auf 0.265 im Jahr 2012, hat sich aber in diesem Zeitraum den sich polarisierenden Verhältnissen im früheren Bundesgebiet nur wenig angenähert: 1991 lag er bei 84 Prozent des Westniveaus und 2012 bei 89 Prozent.

Die neuen Vermögen der Ostdeutschen hinken zwar vom Umfang her noch weit hinter den westdeutschen her, sind aber ähnlich ungleich, zum Teil sogar noch ungleicher verteilt als in Westdeutschland. Besonders benachteiligt sind die älteren Rentnerinnen und Rentner. Sie haben einen großen Teil oder auch ihr gesamtes Erwerbsleben in der DDR verbracht und konnten daher von der Einkommensexplosion nach der Vereinigung nur wenig oder gar nicht profitieren. Auch der Anteil von überschuldeten Personen, deren Verbindlichkeiten höher sind als ihre Vermögen, ist in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland.

Die Konturen der sozialen Ungleichheit treten auch deshalb schärfer hervor, weil die nivellierenden Rahmenbedingungen des sozialistischen Alltags verschwunden sind. Unterschiede bei den zur Verfügung stehenden Finanzen ermöglichen stärker als zuvor eine verschiedenartige Lebensgestaltung, unterschiedliche Konsum- und Freizeitchancen. Die nach unten nivellierte „Gesellschaft der kleinen Leute“ hat sich nach und nach in eine Mittelschichtengesellschaft mit stärkeren sozialen Abstufungen auf gehobenem Wohlstandsniveau verwandelt.

Die Privatisierung und Reprivatisierung (Rückübertragung an Alteigentümer) des ostdeutschen Produktivvermögens hatte eine radikale Veränderung der Besitzverhältnisse zur Folge. Beim Verkauf von gut 12 000 ehemaligen „volkseige-

nen“ Unternehmen durch die Treuhandanstalt hatten betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte absolute Priorität. Da es den Ostdeutschen weitgehend an Kapital und marktwirtschaftlich-unternehmerischem Know-how mangelte, kamen die neuen Eigentümer überwiegend aus Westdeutschland, ein Teil auch aus dem Ausland.

Wenn ostdeutsche Privatpersonen als Käufer auftraten, dann geschah dies im Wesentlichen im Rahmen des sogenannten *Management-Buy-out*, das heißt, Unternehmen wurden von leitenden Mitarbeitern oder Teilen der Belegschaft übernommen. Etwa ein Drittel der privatisierten bzw. reprivatisierten Betriebe haben diese Form; meist handelt es sich dabei um kleine mittelständische Dienstleistungsunternehmen. Am Gesamtwert der von der Treuhandanstalt abgeschlossenen circa 35 000 Kaufverträge sind sie mit nur etwa 3 Prozent beteiligt. Rund 84 Prozent der Gesamtkaufsumme brachten westdeutsche Eigentümer und circa 8 Prozent ausländische Unternehmer auf; etwa 5 Prozent entfielen auf ostdeutsche Gebietskörperschaften, vor allem auf die Länder. Experten wie der Sozialökonom Richard Hauser (1996) vermuten, dass die Privatisierungsaktion „eher zu einer Konzentration des Produktivvermögens als zu einer breiteren Streuung geführt“ hat.

Ein Gegengewicht gegen den „Ausverkauf“ des ostdeutschen Produktivvermögens an Westeigentümer bildeten der Gründerboom und die Vielzahl von Betriebsneugründungen durch Ostdeutsche in den 1990er-Jahren. 2010 haben immerhin 72 Prozent der Betriebe in den neuen Ländern ostdeutsche Eigentümer und weitere 5 Prozent sind im Besitz der öffentlichen Hand. Da die Ostdeutschen in der Regel die Inhaber von kleineren Betrieben sind, beschäftigen sie nur 44 Prozent der Arbeitnehmer, weitere 19 Prozent arbeiten in den öffentlichen Unternehmen (Wahse u. a. 2011).



Seit den 1990er-Jahren entstehen auch in Ostdeutschland neue mittelständische Unternehmen. Der Gründer einer Drumstick-Manufaktur im mecklenburgischen Zettemin.

RAINER GEISSLER

# Rolle der Eliten in der Gesellschaft

**Der kleine Kreis der Machteliten übt den größten Einfluss auf wichtige Entscheidungen aus, von den viele oder alle Mitglieder einer Gesellschaft betroffen sind. In Deutschland wurde die hierarchische Monopolelite der DDR nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in pluralistische Eliten nach westlichem Muster verwandelt und personell fast vollständig ausgetauscht.**

## Elitenpluralismus

Die Sozialwissenschaften verstehen unter Eliten in der Regel Machteliten, also die Träger gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Struktur dieser Machteliten zeigt in modernen Gesellschaften ein bestimmtes Gliederungsmuster. Eine moderne Gesellschaft ist in verschiedene Funktionsbereiche (Sektoren) wie zum Beispiel Politik, Wirtschaft oder Kultur ausdifferenziert. Daher ist es sinnvoll, verschiedene Funktionsebenen – sie werden auch Teileliten oder sektorale Eliten genannt – zu unterscheiden, die in den jeweiligen Sektoren die wichtigsten Entscheidungsträger umfassen. In vielen Studien wird die Machtelite in 9 Funktionsebenen untergliedert, die folgenden Sektoren zugehören: Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Gewerkschaften, Massenmedien, Kultur, Wissenschaft und Militär.

Die Elitenstruktur einer hochdifferenzierten Gesellschaft ist in zweifacher Hinsicht pluralistisch. Zum einen sind die verschiedenen Sektoren und Funktionsebenen hoch spezialisiert und relativ autonom (funktionaler Pluralismus), zum anderen entwickelt sich unter einem gemeinsamen Dach politischer Überzeugungen – dem Konsens über die demokratischen Grundregeln – ein politisch-weltanschaulicher Pluralismus. Dem Elitenpluralismus sind jedoch Grenzen gesetzt: Die regelmäßige Zusammenarbeit der Eliten über die Sektoren und politisch-weltanschaulichen Gruppierungen hinweg ist nötig, um Entscheidungen aufeinander abzustimmen und um die optimale Beteiligung aller gesellschaftlichen Bereiche und Organisationen an wichtigen Entscheidungen zu ermöglichen.

Die Mannheimer Elitestudien zur Bonner Republik (1968, 1972 und 1981) und die Potsdamer Elitestudie zum vereinten Deutschland (1995) liefern repräsentative empirische Befunde zum Wandel der Gesamtstruktur der Eliten in diesen Jahrzehnten. Da bisher entsprechende Folgestudien fehlen, sind empirisch abgesicherte Aussagen zum Elitenwandel im letzten Jahrzehnt nur sehr punktuell möglich.

### Einflussstruktur

Das politische Institutionensystem in Deutschland sichert einen gewissen Pluralismus der Führungsgruppen. Die Konkurrenz der Parteien, Verbände und Interessengruppen, eine föderalistische Verfassung, eine unabhängige Justiz und die relative Autonomie der Massenmedien, der Wissenschaft und



*Eliten unter sich: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann, Bundeskanzlerin Angela Merkel und BDI-Präsident Ulrich Grillo im September 2014 vor Schloss Meseberg, dem Gästehaus der Bundesregierung*

der Kultur schaffen Raum für ein Gegeneinander verschiedener Teileliten beim Ringen um Einfluss.

Aber in diesem pluralistischen Mit- und Gegeneinander gibt es bestimmte Einflusststrukturen; nicht alle Funktionsebenen und Interessengruppen sind mit gleicher Machtfülle ausgestattet. Im Zentrum der Machtstruktur stehen die politischen Eliten im engeren Sinn, deren Position durch die Weiterentwicklung des liberalen Rechtsstaats zum sozialen Wohlfahrtsstaat erheblich gestärkt wurde. Ihre Entscheidungen beschränken sich heute nicht nur auf die traditionellen staatlichen Aufgaben der inneren Ordnung und äußeren Sicherheit, sondern greifen planend und steuernd in viele Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ein.

Großen Einfluss üben auch die Wirtschaftseliten aus, deren Struktur weiterhin vom Gegensatz zwischen den Tarifpartei-

en geprägt ist. Durch die zunehmenden internationalen Wirtschaftsverflechtungen (Globalisierung) haben die multinationalen Großunternehmen ihre Stellung weiter stärken können.

Das politisch-wirtschaftliche Machtzentrum wird durch einflussreiche Verwaltungs- und Medieneliten ergänzt. So haben 35 Expertinnen und Experten im Jahr 2004 aus einer Liste von über 4000 Personen die Top 100 ausgewählt, die über die größte gesellschaftlich relevante Macht verfügten, das heißt über die Möglichkeit, „Entscheidungen von öffentlicher Bedeutung zu beeinflussen, in Gang zu setzen oder zu blockieren“. Unter den 100 Mächtigsten waren 41 Politiker, 32 Unternehmer und Manager sowie 17 Medienvertreter.

Der Soziologe Karl Ulrich Mayer wies 2006 darauf hin, dass in den beiden vergangenen Jahrzehnten „eine neue Qualität der Medienpräsenz und Medienabhängigkeit beobachtet“ werden kann. Die häufige Anwesenheit insbesondere von Politikerinnen und Politikern in populären Talkshows, nach der ersten Sendung dieser Art auch „Modell Christiansen“ genannt, ist zu einem beachtlichen Faktor gesellschaftlichen Einflusses geworden. Andere Funktionseliten – insbesondere das früher einflussreiche Militär – sind heute eher an der Peripherie der Machtstruktur angesiedelt.

Ämterkumulation (eine Person besetzt mehrere Führungspositionen gleichzeitig) und Elitenzirkulation (der Wechsel von Personen zwischen verschiedenen Teileliten) kommen relativ selten vor. Von zwei Ausnahmen abgesehen haben zum Beispiel die Vorstandsvorsitzenden der 100 größten deutschen Unternehmen nie eine berufliche Position außerhalb der Wirtschaft eingenommen, so der Eliteforscher Michael Hartmann (2007).

Die Rotation des Führungspersonals ist dagegen hoch. Die Machtträger verweilen in der Regel nur vier bis acht Jahre in den Spitzenpositionen – in der Wirtschaft, in den Verbänden und in den Massenmedien dauert die Zugehörigkeit zur Positionselite länger als im zentralen politischen Bereich, wo Wahlen für eine beschleunigte Rotation sorgen. Auch die Verwaltungselite ist dieser politischen Dynamik ausgesetzt. So scheiden die Spitzenbeamten der Bundesregierung im Durchschnitt bereits nach wenigen Jahren wieder aus ihren Ämtern aus.

Während das System der Weimarer Republik bei weiten Teilen der Machteliten auf große Distanz oder Ablehnung stieß, verbindet die Führungsschichten der Bundesrepublik heute eine breite grundsätzliche Zustimmung zur bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Die Bereitschaft zu Kompromissen und die Anerkennung von Mitbestimmung und Reformen in gewissen Grenzen haben einen hohen Stellenwert in ihren politischen Grundüberzeugungen. Auf der Basis dieses Grundkonsenses existiert innerhalb der Machteliten ein Pluralismus von politischen Einstellungen.

Die politischen Orientierungen der Eliten sind kein genaues Spiegelbild der Einstellungs- und Meinungsvielfalt in der Gesamtgesellschaft. Im Vergleich zur Bevölkerung sind die Machteliten liberaler eingestellt, während sozialdemokratische Positionen bei ihnen schwächer ausgeprägt sind.

Die verschiedenen Funktionseliten weichen in ihren Parteineigungen erheblich voneinander ab. Außer in den Gewerkschaften sind FDP-Anhänger in allen Eliten deutlich stärker vertreten als in der Wählerschaft. Genau umgekehrt verhält es sich mit den SPD-Anhängern: Mit Ausnahme der SPD-Basistion der Gewerkschaften sind sie in allen Teileliten mehr oder weniger stark unterrepräsentiert. CDU/CSU-Anhänger dominieren im relativ unbedeutenden Militär, aber auch in der mächtigsten Wirtschaftselite. Die Grünen konnten ihren Erfolg



*In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurden gesellschaftliche und politische Fragen vermehrt in Talkshows mit prominenter Besetzung diskutiert. Gesprächsrunde im Mai 2014 zum Thema „Politik plant, Bürger zahlt – wer stoppt die Steuerver-schwendung?“*



*Zu Besuch bei der Wirtschaftselite: Bundeskanzlerin Angela Merkel als Gastrednerin bei einer Versammlung des Bundesverbands der Deutschen Industrie 2014*

in der Wählergunst auf die Eliten übertragen: Der Anteil ihrer Anhängerschaft unter diesen entspricht in etwa dem Umfang ihres Wählerpotenzials.

### **Herkunft und Ausbildung**

Die deutschen Machteliten sind weder eine in sich geschlossene Kaste noch ein einigermaßen repräsentatives Spiegelbild der Gesamtbevölkerung. Nur wenige Elitepositionen – der genaue Prozentwert ist nicht bekannt – wurden und werden vererbt, das heißt, ihre Inhaber stammen aus Familien von Eliteangehörigen. Die Eliten sind im Wesentlichen Aufsteigereliten. Allerdings wird das Vordringen ganz nach oben umso schwieriger, je tiefer die Herkunftsgruppe in der Schichtungshierarchie angesiedelt ist. 1995 stammte ein Drittel der Inhaber von Elitepositionen aus dem kleinen Kreis der gesell-

schaftlichen Führungsgruppen (Unternehmer mit mehr als zehn Mitarbeitern, höhere Beamte, Angestellte in Spitzenpositionen), die nur 6 Prozent der vergleichbaren Gruppe in der Gesamtbevölkerung ausmachen.

An der Dominanz der oberen Schichten, die bereits für die Eliten der Weimarer Republik und der Nachkriegszeit kennzeichnend war, hat sich nur wenig verändert. Weitere 49 Prozent der Inhaber von Elitepositionen stammen nämlich aus der oberen Mitte bzw. der Mitte der Gesellschaft. Dabei sind die gehobenen und mittleren Dienstleistungsschichten deutlich überproportional, der Mittelstand der Selbstständigen ist unterproportional vertreten. Der Arbeiterschaft ist der Zugang zur Spitze zwar nicht verschlossen, aber sie ist krass unterrepräsentiert. Arbeiter machen 41 Prozent der Vergleichsgruppe aus, aber nur 10 Prozent der Inhaber von Führungspositionen stammen aus dieser Gruppe.

Eine Gegenüberstellung der sozialen Herkunft der Eliten von 1981 und 1995 (siehe Tabelle) fördert eine geringfügige Öffnung zur Mitte hin und nach unten zutage, wenn man gleichzeitig die Verschiebungen im Sozialprofil der Vergleichsgruppe beachtet. Obwohl der Umfang der gesellschaftlichen Führungsgruppen deutlich zugenommen hat, sind sie unter den Eliten etwas schwächer vertreten. Genau umgekehrt vollzieht sich die Entwicklung bei der Arbeiterschaft: Sie ist zwar kleiner geworden, hat aber ihren Anteil unter den Eliten minimal ausbauen können.

Zwischen 1981 und 1995 hat sich an der sozialen Auslese beim Aufstieg in die Eliten insgesamt so gut wie nichts verändert. Bei einigen Teileliten – insbesondere bei den Parteieliten – lassen sich dagegen durchaus interessante Verschiebungen in der sozialen Rekrutierung beobachten.

Die Gewerkschaften sind weiterhin mit Abstand der wichtigste Aufstiegskanal für Kinder aus Familien von Arbeitern und aus der gesellschaftlichen Mitte. Nur 9 Prozent der Gewerkschaftsführer stammen aus den Führungsgruppen, aber fast die Hälfte aus der Arbeiterschaft und Arbeiterelite (Meister, Poliere). Bei den beiden großen „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD ist dagegen der Zugang aus der Mitte und von unten in Führungspositionen deutlich seltener geworden. Der Anteil der Arbeiterkinder an der SPD-Elite hat sich von 31 Prozent im Jahr 1981 auf 16 Prozent im Jahr 1995 halbiert, die SPD-Führung rekrutiert sich inzwischen mit 33 Prozent sogar etwas häufiger aus den gesellschaftlichen Führungsgruppen als die CDU/CSU-Elite mit 30 Prozent. Die Führung von Bündnis 90/Die Grünen und mehr noch die der PDS sind sozial offener als diejenigen der beiden großen Parteien. Die FDP-Elite – 1981 von ausgeprägt großbürgerlichem Zuschnitt – hat sich etwas geöffnet. Erwähnenswert ist des Weiteren, dass sich die Aufstiegsmöglichkeiten für Arbeiterkinder in einigen Bereichen außerhalb der Politik etwas verbessert haben – in die militärische Elite, in die Medienelite und auch in die Wirtschaftselite.

## Sozialprofil und Ausbildung der Eliten (1981 und 1995<sup>1</sup>, in Prozent)

Teileliten	Beruf des Vaters										Ausbildung		Geschlecht			
	gesellschaftliche Führungsgruppen <sup>2</sup>		gehobene/mittlere Dienstleister		Selbstständige <sup>3</sup>		Arbeiterelite <sup>4</sup>		ausführende Dienstleister <sup>5</sup>		Arbeiter		Hochschulabschluss		Frauenanteil	
	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995	1981	1995
Politik (CDU/CSU)	20	30	32	29	27	24	5	3	5	1	11	9	74	78	6	26
Politik (SPD)	23	33	26	28	7	10	6	6	6	3	31	16	55	76	5	36
Politik (FDP)	63	43	17	28	17	17	0	4	0	0	4	4	68	78	12	20
Politik (B'90/Grüne)		22		34		19		5		8		14		70		56
Politik (PDS)		11		54		3		3		8		18		81		59
Verwaltung	34	35	42	36	14	15	2	1	2	2	6	8	94	94	1	6
Wirtschaft	47	40	26	25	16	21	3	3	2	1	4	7	72	77	1	2
Gewerkschaften	7	9	15	25	10	10	13	13	10	6	44	34	8	30	7	12
Massenmedien	32	31	39	37	14	13	5	1	4	4	5	9	47	70	2	7
Wissenschaft	39	31	30	33	17	16	2	3	6	4	5	5	96	100	1	4
Militär	27	36	63	33	2	13	5	0	2	3	0	8	33	31	0	1
Kultur	42	45	32	23	15	21	4	3	2	3	5	5	62	85	7	14
Sonstige	31	31	36	39	16	12	3	2	3	2	10	8	71	87	7	12
Eliten insgesamt	35	33	32	33	15	16	4	3	3,5	3	9,5	10	69	77	3	13
Bevölkerung <sup>6</sup>	4	6	18	18	19	22	5	5	6	5	48	41				

<sup>1</sup> 1981: Bundesrepublik; 1995: vereinigtes Deutschland; (aktuellere repräsentative Daten liegen nicht vor)

<sup>2</sup> Selbstständige ab zehn Mitarbeitern, freie Berufe, höhere Beamte, Angestellte in Spitzenpositionen

<sup>3</sup> bis neun Mitarbeiter

<sup>4</sup> Meister, Poliere

<sup>5</sup> einfache Angestellte und Beamte

<sup>6</sup> Beruf des Vaters aller Erwerbspersonen (inkl. Arbeitslose und Erziehungsurlauberrinnen) sowie aller Personen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind – gewichtet nach der Altersstruktur der Eliten (Berechnungen von Kai-Uwe Schnapp)

Die wichtigste Ursache dafür, dass so wenig Angehörige aus den unteren Schichten in die Entscheidungszentren der Gesellschaft vordringen können, liegt an den schichttypisch ungleichen Bildungskarrieren. Der Weg an die Spitze führt in der Regel über die Universität. Immer seltener gelingt Menschen ohne Hochschulabschluss ein Aufstieg in die obersten Führungspositionen: 1968 waren es noch 40 Prozent, 1981 noch 31 Prozent und 1995 nur noch 23 Prozent der Elitenangehörigen.

Für Frauen ist der Aufstieg in die Machteliten ähnlich schwierig wie für Angehörige der unteren Schichten – wenn auch aus anderen Gründen. Der Frauenanteil ist zwischen 1981 und 1995 von 3,4 auf 12,5 Prozent gestiegen, wobei die politischen Eliten – und dort wiederum die damaligen Neulinge im Parteiensystem, Bündnis 90/Die Grünen und PDS – besonders hohe Zuwächse bzw. Anteile verzeichnen (zur Situation heute siehe S. 69). Vor allem den ostdeutschen Frauen, für die in der DDR der Zugang zum Zentrum der Macht verriegelt war, wurden durch die Vereinigung die Türen zu einigen Teileliten quasi über Nacht aufgestoßen. Mit 30 Prozent ist der Frauenanteil bei der neuen Ostelite fast dreimal so hoch wie bei der Westelite mit 11 Prozent.

## Eliten in den neuen Bundesländern

Das kommunistische Herrschaftssystem der DDR hatte eine völlig andere Elitenstruktur hervorgebracht. Nicht pluralistische Funktionseliten, sondern eine hierarchisch strukturierte Monopolelite mit einer enormen Machtfülle bei einem kleinen Führungskern hatte sich herausgebildet. Diese zentralistische Monopolelite steuerte alle wichtigen Bereiche des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Lediglich die Kirchenelite konnte sich dem Monopolanspruch teilweise entziehen, sie wurde allerdings durch eine politisch forcierte Entfremdung der Bevölkerung von der kirchlichen Tradition (Säkularisierung) zunehmend um ihren Einfluss gebracht.

Eine doktrinaire Parteischulung, eine zentral gesteuerte, politisierte Kooptation (Aufstieg über Parteikarrieren, insbesondere innerhalb der SED) und die strikte Kontrolle durch den Staatssicherheitsdienst vereinigten Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zu einer ideologisch relativ homogenen Gruppe, die sich treffend mit dem Begriff „herrschende Klasse“ bezeichnen lässt. Interne Differenzierungen nach Funktionsbereichen, Generationen oder Parteizugehörigkeiten waren nebenrangig. Ämterhäufung, überlange Verweildauer in den Spitzenpositi-

### Was dem „Geldadel“ wichtig ist

„Die reichen Deutschen bilden eine ähnlich bunte Truppe wie der Rest der Gesellschaft“, sagt der Sozialforscher Thomas Perry, „aber es gibt auch Dinge, die nahezu alle deutschen Millionäre gemeinsam haben.“ Da ist zum Beispiel die Angst, ausgenutzt zu werden. Nahezu alle Reichen plagt, ob bewusst oder unterschwellig, die Sorge, andere Menschen könnten nur um des Geldes willen ihre Nähe suchen.

Aus dieser Furcht resultiert die auffällige Neigung von Reichen, sich vor allem in Netzwerken mit ihresgleichen zusammenzutun. Sei es die Behausung im Villenviertel, die Freizeit auf dem Golfplatz oder der eigenen Yacht, der Urlaub in Kampen auf Sylt, die Geldanlage bei der inhabergeführten Privatbank und das Ehrenamt im Freundeskreis der Staatsoper: So klischeeträchtig es klingt, ihr ganzes Leben organisieren Reiche am liebsten in Netzwerken, in denen sie unter sich sind. Neben dem Schutz vor Schnorrern lassen sich in solch informellen Zirkeln des Vertrauens vortrefflich Geschäfte anbahnen. [...]

Woher das ganze Geld stammt, lässt sich ebenfalls klar beantworten: Rund die Hälfte der deutschen Millionäre haben den Großteil ihres Reichtums als Unternehmer oder Freiberufler verdient, rund ein Drittel hat vor allem reich geerbt.

Der typische deutsche Millionär ist also ein Unternehmer. Und zwar sehr häufig einer, der seine von den (Schwieger-)Eltern übernommene Firma weiterführt. Dieser biografische Hintergrund dürfte mitverantwortlich sein für eine weitere Gemeinsamkeit nahezu aller Reichen: die ausgeprägte Familienorientierung.

Den selbst erworbenen oder zumindest gemehrten Reichtum eines Tages an die nächste Generation weiterzugeben, gehört zu ihren größten Wünschen. Dementsprechend bilden möglichst viele wohlgeratene Kinder das wahre Statussymbol der Oberschicht.

Das dynastische Denken bewirkt wiederum den hohen Stellenwert, den Bildung für nahezu alle reichen Menschen genießt – und zwar eine ganz bestimmte Art von Bildung.

Es gehört zu den zählebigsten Mythen der deutschen Debatte um Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, dass Millionäre ihre Kinder am liebsten auf teure Privatschulen schicken, mit Englischunterricht ab Klasse eins, Mandarin ab Klasse drei und einer Zulassung für Oxford oder Harvard als großem Ziel nach dem Abitur.

Doch bei diesem Streben um akademische Meriten handelt es sich in Wahrheit um den Herzenswunsch jener gehobenen Angestelltenkreise, in denen man sich sorgt, dass das eigene Kind das richtige Rüstzeug für den harten Daseinskampf erhält – weil für dieses Dasein eben noch nicht von Geburt an gesorgt ist.

Das Bildungsideal der Oberschicht hingegen lässt sich eher an einem Internat [...] bei Schleswig besichtigen. [...] Der Abiturnschnitt pendelt hier um die 2,5 und entspricht damit ziemlich genau dem schleswig-holsteinischen Landesschnitt.

[...] Doch der Schwerpunkt liegt [...] eben nicht auf akademischen Leistungen, sondern in der Charakterbildung: Die Schüler lernen, ihre Meinung zu sagen im Debattierklub, Kommandos zu geben beim Kuttersegeln auf der Ostsee, Mut zu zeigen in der freiwilligen Feuerwehr, Verantwortung zu übernehmen als Mentor für jüngere Schüler.

Ganz im Sinne der Oberschichteltern, die wissen: Fürs Führen einer Kaffeerösterei, einer Privatbank oder einer Werbeagentur zählt die richtige Persönlichkeit weit mehr als die Durchschnittsnote im zweiten juristischen Staatsexamen.

Sicher, das Abitur und irgendein akademischer Abschluss sollten im Zuge der Oberschicht-Bildungskarriere schon abfallen – der Junge muss ja später verstehen, was Prokurist und Justitiar ihm sagen wollen. Aber er soll bitte nicht so ein Zahlen- beziehungsweise Paragrafenhuber werden wie die beiden!

Christian Rickens, „Mythen über den Geldadel: Wie die deutschen Millionäre wirklich ticken“, in: Spiegel Online, [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/mythen-ueber-den-geldadel-wie-die-deutschen-millionaere-wirklich-ticken-a-753228.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/mythen-ueber-den-geldadel-wie-die-deutschen-millionaere-wirklich-ticken-a-753228.html) (Abruf am 3.9.2014)

onen und eine dadurch bedingte zunehmende Überalterung („Vergreisung“) waren weitere Merkmale der SED-Führung.

Die Überkonzentration der Macht widersprach nicht nur den Normen einer pluralistischen Demokratie, sondern auch den Prinzipien sozioökonomischer Effizienz: Sie produzierte an der Spitze Inkompetenz und Unbeweglichkeit; die übermäßig zusammengeballte Macht war gleichzeitig gelähmt.

Mit dem Systemwechsel nach dem Zusammenbruch der DDR gingen ein grundlegender Strukturwandel bei den Eliten und ein radikaler Austausch der Führungsschichten einher. Die wesentlichen Linien dieses Strukturwandels lassen sich idealtypisch als die Transformation einer Monopolelite in pluralistische Eliten nach westlichem Muster beschreiben. Die zentralistisch-hierarchisch strukturierte und politisch-ideologisch relativ homogene Machtelite löste sich auf, und es entstanden teilautonome und pluralistische Funktionselemente mit einer größeren Bandbreite politischer und weltanschaulicher Orientierungen. Der Strukturwandel der Elite geht einher mit der stärkeren Ausdifferenzierung der Sozialstruktur in verschiedene teilautonome Sektoren. Die zentrale Steuerung der gesellschaftlichen Teilbereiche durch das politische Machtzentrum wurde beseitigt. Wirtschaft, Massenmedien, Wissenschaft, Kultur und Justiz erlangten relative Unabhängigkeit, wurden neu geordnet, dezentralisiert und pluralisiert.

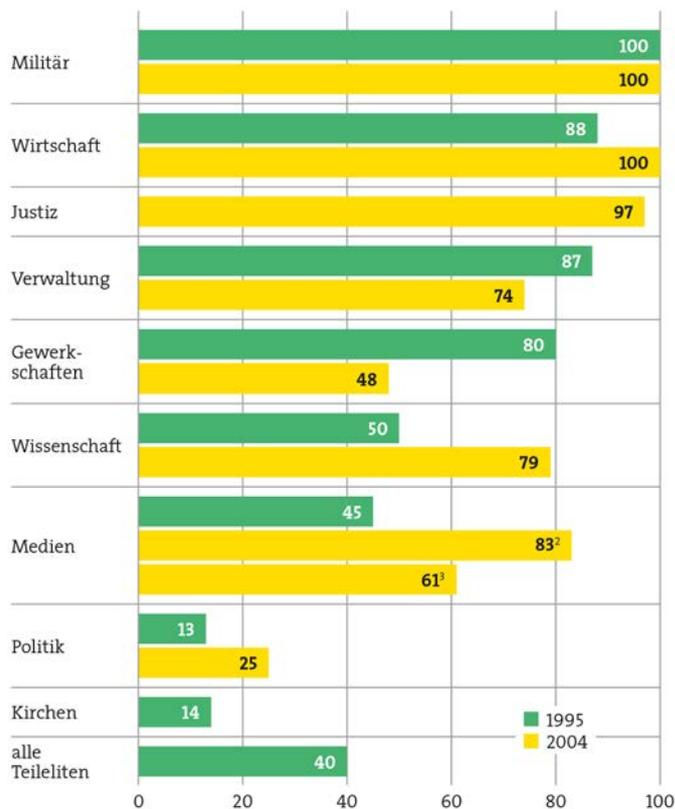
Der Strukturwandel wurde begleitet von einem fast vollständigen Austausch der Führungsschicht. Die DDR-Elite verlor – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Ämter und Einfluss. Lediglich die politisch kaum kompromittierte Kirchenelite überstand den Umbruch nahezu unbeschadet. Von den 410 Spitzenpositionen außerhalb der Kirche, die in die Potsdamer Elitestudie einbezogen wurden, waren lediglich 11 (2,7 Prozent) von „Altkadern“ aus der DDR-Elite besetzt. Ausnahmen dieser Art fanden sich insbesondere in den Massenmedien.

### Elitentransfer

Die Eliten in Ostdeutschland wurden erheblich tiefgreifender ausgetauscht als die westdeutschen Eliten nach dem Zusammenbruch des NS-Systems – unter anderem, weil in den alten Bundesländern Personen mit Sachkompetenz, Führungsfähigkeit und Führungserfahrung bereitstanden, um in die neuen Führungspositionen einzurücken. Ein wichtiges Charakteristikum der Eliten in den neuen Ländern ist ihre „Durchmischung“ mit Westdeutschen: 40 Prozent der Spitzenpositionen waren laut Potsdamer Studie 1995 von „Westimporten“ besetzt. Elitentransfer von West nach Ost fand vor allem beim Militär, in Verwaltung und Justiz sowie in den Großunternehmen der Wirtschaft statt (siehe Schaubild) – Sektoren, in denen Ostdeutsche mit einer spezifischen Sachkompetenz kaum zur Verfügung standen oder, wie bei Militär und Justiz, politisch belastet waren.

An dieser Situation hat sich zwischen 1995 und 2004 nichts Wesentliches verändert: Alle ostdeutschen Soldaten unterstanden weiterhin dem Kommando von Westgeneralen. Die an der Frankfurter Börse notierten ostdeutschen Großunternehmen wurden von Westdeutschen gelenkt, und auch die Vorsitzenden Richter in Ostdeutschland kamen mit wenigen Ausnahmen aus dem Westen. Unter den Staatssekretären der ostdeutschen Landesregierungen war der Anteil der Westdeutschen etwas zurückgegangen, betrug aber immer noch 74 Prozent. Der Westanteil bei den Gewerkschaftsführern lässt sich in den beiden Jahren nicht miteinander vergleichen, weil sich die Zahlen von 1995 nur auf 10 Spitzenfunktionäre, 2004 aber auf alle 25 Landes- und Bezirksvorsitzenden beziehen. Von diesen kam etwa die Hälfte aus den neuen Ländern. Im wissenschaftlichen Bereich vollzog sich sogar

### Westdeutsche in den Eliten der neuen Bundesländer (1995 und 2004<sup>1</sup>, in Prozent)



<sup>1</sup> Aktuellere Daten liegen nicht vor. Für den Sektor „Kultur“ gibt es keine Forschungsergebnisse.

<sup>2</sup> öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten

<sup>3</sup> regionale Tageszeitungen

Datenquellen: Potsdamer Elitestudie 1995; Daten für 2004 aus: P. Pasternak, Wissenschaftsombau. Der Austausch der Deutungseliten, in: H. Bährmann / C. Links (Hg.): Am Ziel vorbei, Berlin 2005, S. 224 f. und R. Kollmorgen, Ostdeutschland, Wiesbaden 2005, S. 207

eine weitere „Verwestlichung“: 1995 war die Hälfte der Universitätsrektoren aus den alten Ländern zugewandert, dieser Anteil ist im folgenden Jahrzehnt auf vier Fünftel angestiegen. Im Mediensektor gab es weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Funkmedien und Presse. Die neu aufgebauten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten wurden von westdeutschen Intendanten geleitet, und auch unter den neuen Fernsehdirektoren, Hörfunkdirektoren und Chefredakteuren gab es nur zwei Ostdeutsche.

Lediglich im zentralen politischen Bereich wird die ostdeutsche Bevölkerung hauptsächlich durch Ostdeutsche vertreten. Seit der friedlichen Revolution stammt eine deutliche Mehrheit der Ministerpräsidenten, Ministerinnen und Minister aus den neuen Bundesländern. Wenn bei der Potsdamer Elitestudie der Anteil der Westdeutschen im Jahr 1995 niedriger liegt als im Jahr 2004, dann hat das methodische Ursachen: 1995 wurden erheblich mehr, nämlich 171 Politikerinnen und Politiker zur Elite gezählt, während 2004 nur die 57 Spitzenpositionen in den Landesregierungen erfasst wurden. Im Führungspersonal auf niedrigeren Leitungsebenen sind Westdeutsche aber nicht so stark vertreten wie unter den Eliten.

Die neuen Bundesländer dürften von der Sachkompetenz und Erfahrung der Westdeutschen profitiert haben; vermutlich hat der Transfer die effiziente Modernisierung der ostdeutschen



Politische Amtsträger mit ostdeutschen Wurzeln: Wolfgang Thierse (li.) ist über die Bürgerbewegung „Neues Forum“ in die Politik gekommen, Bundeskanzlerin Angela Merkel war zu DDR-Zeiten als Physikerin tätig und Bundespräsident Joachim Gauck (re.) als Pastor und Kirchenfunktionär.

Sozialstruktur gefördert. So haben zum Beispiel erfahrene westdeutsche Spitzenpolitiker als demokratisch gewählte Ministerpräsidenten erfolgreich in den neuen Ländern regiert – Kurt Biedenkopf in Sachsen (1990-2002) und Bernhard Vogel in Thüringen (1992-2003). Andererseits wird der Umbau durch das Vorrücken von Westdeutschen in die Osteliten von Konflikten zwischen Ostdeutschen und „Westlern“ belastet, weil damit das in den neuen Ländern weitverbreitete Gefühl der „Überfremdung“ und „Kolonialisierung“ weiter genährt wird. Zusätzlich wird dieses Gefühl noch dadurch verstärkt, dass Ostdeutsche in den Spitzenpositionen auf Bundesebene nur schwach vertreten sind. Den Wahlen von Wolfgang Thierse (SPD) zum Präsidenten des Deutschen Bundestages (1998-2005), von Angela Merkel zunächst zur Vorsitzenden der CDU (2000) und dann zur ersten deutschen Bundeskanzlerin (2005) sowie von Joachim Gauck zum Bundespräsidenten (2012) kommt daher in diesem Zusammenhang hohe symbolische Bedeutung zu. Denn das Vorrücken der Ostdeutschen in die Eliten mit dem Ziel einer angemessenen proportionalen Vertretung ist offensichtlich ein langer Marsch, der noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird – möglicherweise bis die im vereinten Deutschland aufgewachsene Generation das Eliteneintrittsalter erreicht hat.

### Genuin ostdeutsche Eliten

Die neuen, aus Ostdeutschland selbst stammenden Eliten sind überwiegend akademisch qualifizierte Aufsteiger aus Gruppen, deren Karriere in der DDR wegen einer mehr oder weniger starken Distanz zum sozialistischen System blockiert war. Gut die Hälfte von ihnen hatte vor dem Sprung an die Spitze keine Leitungsfunktion inne. Ein weiteres Drittel stammt aus den „unteren Subeliten“, also aus niedrigen und daher auch wenig exponierten Leitungspositionen.

Knapp die Hälfte war zu DDR-Zeiten einer Partei beigetreten – 28 Prozent der SED und 18 Prozent einer Blockpartei; 68 Prozent von ihnen hatte jedoch in den Parteien keine Funktion übernommen. Immerhin 24 Prozent der neuen Führungsschicht hatten sich einer oppositionellen regimekritischen Bürgerrechtsbewegung angeschlossen. Die frühere Distanz von großen Teilen der neuen Elite zum DDR-System wird auch daran erkennbar, dass 58 Prozent religiös erzogen worden waren und nur 30 Prozent sozialistisch.

Unter den aus Westdeutschland stammenden Eliten dominieren die Juristen (39 Prozent) und Wirtschaftswissenschaftler (20 Prozent). Da die Ausbildung zu diesen Berufen in der DDR ideologiebefrachtet war und daher heute diskreditiert ist, stammen die neuen ostdeutschen Eliten aus anderen Studienrichtungen: 45 Prozent haben ein ideologieneutrales naturwissenschaftliches oder technisches Studium absolviert (westdeutsche Eliten: 16 Prozent), und 8 Prozent von ihnen gehören zu den wenigen in der DDR ausgebildeten Theologinnen und Theologen (westdeutsche Eliten: 2 Prozent).

Weitere vom Westen abweichende Merkmale sind der Potsdamer Elitestudie zufolge das geringere Alter und der hohe Anteil von Frauen. Mit einem Altersdurchschnitt von 47 Jahren ist die ostdeutsche Elite 7 Jahre jünger als die westdeutsche, und mit 30 Prozent sind die Frauen fast dreimal so hoch repräsentiert wie in den alten Ländern (11 Prozent). Die Parteizugehörigkeit und die politischen Einstellungen der neuen ostdeutschen Eliten zeigen, dass diese politisch deutlich weiter links stehen als die westdeutschen: CDU/CSU- und FDP-Anhänger sind unter ihnen erheblich seltener, Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen dagegen doppelt so stark vertreten; dazu kommen noch 12 Prozent PDS-Anhänger.

Die unterschiedlichen Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zu Grundproblemen des politischen Systems, die aus Meinungsumfragen bekannt sind, finden sich auch bei den Eliten der Potsdamer Studie wieder. Ostdeutsche Eliten plädieren häufiger für die Einführung plebiszitärer Elemente (Volksbegehren und Volksentscheid) und für ein Mehr an Staat, verbunden mit höheren Erwartungen an staatliche Sozialleistungen. Sie sind also gleichzeitig basisdemokratischer und weniger liberal orientiert, fordern eine stärkere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen und erwarten zudem vom Staat mehr regulierende Eingriffe, insbesondere zugunsten der sozial Schwachen.

Die meisten Besonderheiten der neuen ostdeutschen Eliten – Durchmischung mit Westdeutschen, größere Häufigkeit steiler Aufstiege, geringeres Alter – können als Übergangsphänomene angesehen werden. Sie dürften sich langfristig abbauen. Von größerer Beständigkeit dürfte dagegen der hohe Frauenanteil sein. Er liegt im historischen Trend und kann als Indikator einer modernen Sozialstruktur gelten. Es kommt nicht von ungefähr, dass die erste deutsche Bundeskanzlerin in der DDR aufgewachsen ist.



Bundesverband Deutsche Tafel e. V. / Wolfgang Borris

Tafeln, wie hier in Hamburg-Bergedorf, sammeln mithilfe von ehrenamtlichen Helfern „überschüssige“, aber qualitativ einwandfreie Lebensmittel und geben diese an Bedürftige weiter.

RAINER GEISSLER

# Armut und Prekarität

**Armut und Prekarität im heutigen Deutschland sind nicht vergleichbar mit dem Massenelend, das die Industrialisierung begleitete, oder mit der Lebenssituation breiter Bevölkerungskreise in der Zwischen- und Nachkriegszeit. Wohlstandswachstum und Sozialstaat haben Armut und Prekarität quantitativ und qualitativ verändert, aber nicht beseitigen können.**

Als „prekär“ bezeichnen die Sozialwissenschaften die soziale Lage von Menschen, die Gefahr laufen, in die Armut und die damit verbundene soziale Ausgrenzung abzugleiten. Das Problem, was Armut ist, wer zu den Armen gehört und welche Lebensumstände als „Leben in Armut“ bezeichnet werden sollen, ist unter Sozialwissenschaftlern, Sozialarbeitern und Politikern umstritten. Einig ist sich die Armutsforschung über drei Aspekte der Armut:

- **Armut in Deutschland ist keine absolute, sondern relative Armut.** Mit anderen Worten: Armut ist in entwickelten Gesellschaften keine Frage des physischen Überlebens mehr – wie noch in vielen Ländern der sogenannten Dritten oder Vierten Welt –, sondern eine Frage des angemessenen Lebens; die Armutsgrenze wird nicht durch ein physisches, sondern durch ein soziokulturelles Existenzminimum markiert.
- **Armut wird als interkulturell und historisch relative Erscheinung begriffen:** Was Armut ist, variiert interkulturell von Gesellschaft zu Gesellschaft und historisch von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt. So definierte der Rat der Europäischen Gemeinschaft 1984 verarmte Personen als „Einzelpersonen, Familien oder Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“. Was in einer Gesellschaft als „annehmbares Minimum“ angesehen wird, verändert sich im Laufe der Zeit mit dem Wandel der Lebensverhältnisse in der Gesamtgesellschaft. Festlegungen dieser Art beruhen auf gesellschaftlichen bzw. politischen Mehrheitsmeinungen und werden nicht von allen Parteien, Wissenschaftlern oder Gesellschaftsmitgliedern geteilt.
- **Armut ist mehrdimensional:** Sie ist nicht nur ein ökonomisch-materielles, sondern gleichzeitig auch ein soziales, kulturelles und psychisches Phänomen. Ökonomische und materielle Unterversorgung ist gekoppelt mit der Versagung von allgemein anerkannten Lebenschancen in wesentlichen Bereichen der menschlichen Existenz, mit dem weitgehenden Ausschluss von der Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben.

## Tafelläden – Pro und Contra einer gut gemeinten Institution

Menschen in Lumpen, die durch riesige dunstige Müllkippen an den Rändern der Städte pflügen und sich dort ihre Existenz zusammenklauben: Solche beklemmenden Bilder kennt man nur aus Entwicklungsländern. Aber auch im reichen Land Deutschland ernährt sich eine zunehmende Zahl Menschen von den Müllbergen der Wohlhabenden. Doch hier ist dieses Bild retuschiert, die störenden Teile sind entfernt: Die Abfallhaufen sind überdacht, geordnet und verwaltet, der verzweifelt wühlende Müllsucher ist verschwunden. An den Tafeln, die überschüssige Lebensmittel an Bedürftige verteilen, ist Armut kein Skandal mehr, sondern gut aufgehoben.

Am 23. Februar 1993 eröffnete in Berlin die erste Tafel nach dem Vorbild der US-amerikanischen Foodbanks. Was damals als Nothilfe für Menschen gedacht war, die aus allen sozialen Netzen gefallen waren, etwa Drogenkranke oder Obdachlose, hat sich zum parallelen Versorgungssystem für Menschen entwickelt, die durch zu niedrige Grundsicherung, Hartz IV und prekäre Arbeitsverhältnisse so tief in die Armut gerutscht sind, dass sie auf Lebensmittelspenden angewiesen sind. Mehr als 900 Tafeln gibt es heute in Deutschland. An den bundesweit 3000 Ausgabestellen und Tafelläden holen 1,5 Millionen Menschen Essen ab.

Die Idee der Tafel ist so einfach wie faszinierend: Ehrenamtliche sammeln bei Supermärkten übrig gebliebene, aber verzehrfähige Lebensmittel ein und verteilen diesen Überschuss, der sonst vernichtet werden würde, an Bedürftige. Damit wollen die Tafeln zwei der größten Probleme unserer Zeit in einem Aufwasch beseitigen: die Verschwendung von Lebensmitteln und die wachsende Armut. Fast 20 Millionen Tonnen Lebensmittel werden in Deutschland jedes Jahr weggeschmissen, während 15 Millionen Menschen nahe oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Ein Gedanke, der auch in der Überflussgesellschaft schwer zu ertragen ist.

[...] Die Tafeln suggerieren, mit dem Verteilen des „zu viel“ an diejenigen, die „zu wenig“ haben, die tiefe Kluft zwischen arm und reich zu überbrücken. Doch diese Inszenierung der Armut [...] reduziert die Situation der Bedürftigen allein darauf, nicht genügend zu Essen zu haben. „In Deutschland muss niemand hungern“ – diese beruhigende Behauptung findet an den Tafeln ihre praktische Umsetzung. [...]

Verschwendung ist der Motor der Konsumgesellschaft: Nur wenn viel weggeworfen wird, wird auch viel gekauft. Und weil die Wahlfreiheit des Konsumenten im Supermarkt wie ein Menschenrecht gehandelt wird, wachsen die Müllberge. Die neuen

Armen wiederum sind das Ergebnis der Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreform. Es sind diejenigen, für die es keine Verwendung mehr gibt auf dem Arbeitsmarkt – oder die in prekären Arbeitsverhältnissen für wachsenden Profit der Unternehmen sorgen.

Kein Wunder, dass zu den Tafelsponsoren und -spendern ausgerechnet die Konzerne gehören, die von der Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln profitieren: Rewe, Lidl, Aldi, Metro Group, Edeka. Ihre Spende an die Tafeln lenkt davon ab, wie groß ihr Anteil an der Verschwendung ist, verschafft ihnen ein „nachhaltiges“ Image und spart ihnen Entsorgungskosten. „Wer von uns Lebensmittel erhält, ist kein Almosenempfänger, sondern leistet etwas für den Klima- und Ressourcenschutz. Das ist eine gesellschaftliche Leistung, die wir anerkennen müssen“, sagt Gerhard Häuser, der Vorsitzende des Bundesverbands der Tafeln. Sie seien „Rädchen in der Lebensmittelindustrie“. Das also können Tafelkunden immerhin bieten: Sie entsorgen den Wohlstandsmüll und entspannen das schlechte Gewissen der Konsumgesellschaft. [...]

Heute erleben wir [...]: Armutsbekämpfung wandelt sich von der öffentlichen politischen Aufgabe zur privat organisierten Wohlfahrt wohlhabender Bürger. Stefan Selke, Soziologe an der Universität Furtwangen, erforscht seit vielen Jahren Funktion und Auswirkungen der Tafeln in Deutschland. Er gilt als größter Tafelkritiker in Deutschland und hat außerdem das „Kritische Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln“ ins Leben gerufen. Er sagt: „Tafeln sind Prototypen der neuen Freiwilligengesellschaft“. In dieser würden verbindliche soziale Rechte gegen eine unverbindliche Almosenökonomie ersetzt.

Das Problem freiwilliger Hilfe ist jedoch: Es gibt keinen Anspruch darauf. So haben nur zehn Prozent der Bedürftigen in Deutschland Zugang zu den Tafeln, es gibt Wartelisten. Wer zur Tafel kommen darf und wer nicht, das bestimmen die Organisatoren örtlicher Tafeln. Und darauf verlassen, dass die Tüte bei der Tafel voll wird, kann man sich nicht. Es gibt ja nur, was andere nicht haben wollten. Und das nur, solange der Vorrat reicht. Wo nur der Überschuss verteilt wird, sind nicht nur die Waren endlich, sondern auch die Gerechtigkeit. So wiederholen und zementieren die Tafeln die gesellschaftlichen Zustände von drinnen und draußen und oben und unten. [...]

Kathrin Hartmann, „Solange der Vorrat reicht“, in: Frankfurter Rundschau vom 23./24. Februar 2013

Kathrin Hartmann: Wir müssen leider draußen bleiben. Die neue Armut in der Konsumgesellschaft. Blessing Verlag 2012

## Einkommensarmut

Die statistischen Angaben zur Zahl der Armen unterscheiden sich stark – je nachdem, wie Armut gemessen bzw. wo die „Armutsgrenze“ gezogen wird. Es lassen sich grob zwei Konzepte von Armut unterscheiden: die staatlich anerkannte „offizielle Armut“ und die „relative Armut“.

### Offizielle Armut

Die „offizielle Armut“ erfasst alle Menschen, die staatliche Unterstützung erhalten, um den soziokulturellen Mindestbedarf für ein menschenwürdiges Leben sicherzustellen. Staatliche Hilfe erhalten Personen oder Familien, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, das gesellschaftlich zuerkannte Existenzminimum aus eigener Kraft und durch andere

soziale Versorgungsleistungen zu sichern. Dieses Minimum errechnet sich nach einem komplizierten Verfahren und sichert den Empfängern ein Einkommen von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens. Nach dem Datenreport 2008 mussten Haushalte von Sozialhilfeempfängern 2005 mit monatlich 883 Euro pro Person (bedarfsgewichtet nach Alter) auskommen, einem Durchschnittshaushalt standen 1875 Euro zur Verfügung.

In den 1960er-Jahren nahm die Zahl der Sozialhilfeempfänger ab, aber in den 1970er-Jahren kehrte sich dieser Trend wieder um. Seitdem rutschten immer mehr Menschen in die Sozialhilfe, offiziell als „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (HLU) bezeichnet, ab (siehe Grafik S. 33 unten links). Ende 1982 wurde in Westdeutschland die Millionengrenze überschritten, Ende 1992 die Zweimillionengrenze, und Ende 1997 stieg die

## Leben mit Hartz IV

Jeder zwölfte Erwachsene und jedes sechste Kind in Deutschland sind auf ALG II/ Sozialgeld angewiesen



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 174 094; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand Ende 2013

Zahl in Gesamtdeutschland auf einen vorläufigen Gipfel von 2,89 Millionen. Dieser wurde nach einem vorübergehenden Rückgang 2004 – beim Auslaufen der traditionellen Sozialhilfe – erneut geringfügig übertroffen. Damals lebten 2,91 Millionen Menschen oder 3,4 Prozent der Bevölkerung von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Viele arme Menschen wissen gar nicht, dass ihnen Sozialhilfe zusteht, und nicht wenige scheuen den Gang zum Sozialamt aus Stolz oder Scham, aus Furcht vor der Stigmatisierung als Almosenempfänger oder auch, weil sie verhindern möchten, dass Kinder oder andere Verwandte nach dem Sozialhilfegesetz zur finanziellen Mithilfe verpflichtet werden. Die letzte Schätzung zur „Dunkelziffer der Armut“ – auch „verdeckte Armut“ genannt – kommt zu dem Ergebnis, dass 2003 auf drei HLU-Empfänger mindestens zwei, eher drei weitere Berechtigte kamen (Becker/Hauser 2005).

Mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in der größten Sozialreform der deutschen Nachkriegsgeschichte durch das Hartz-IV-Gesetz lief die übliche Sozialhilfestatistik Ende 2004 aus. Die Regelung der Ansprüche auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld – im Volksmund „Hartz IV“ genannt – ist hochkomplex und mehrfach geändert worden. Die Empfänger von „Hartz IV“ sind nicht mehr mit den HLU-Empfängern nach der traditionellen Sozialhilferegelung vergleichbar. Sicher ist, dass die Reform die verdeckte Armut nicht beseitigt hat. Nach einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nahmen im Jahr 2008 zwischen 34 und 43 Prozent der Menschen, die einen Anspruch auf Hilfe durch die Hartz-IV-Gesetze haben, diese Unterstützung nicht in Anspruch (Bruckmeier u. a. 2013).

### Relative Armut

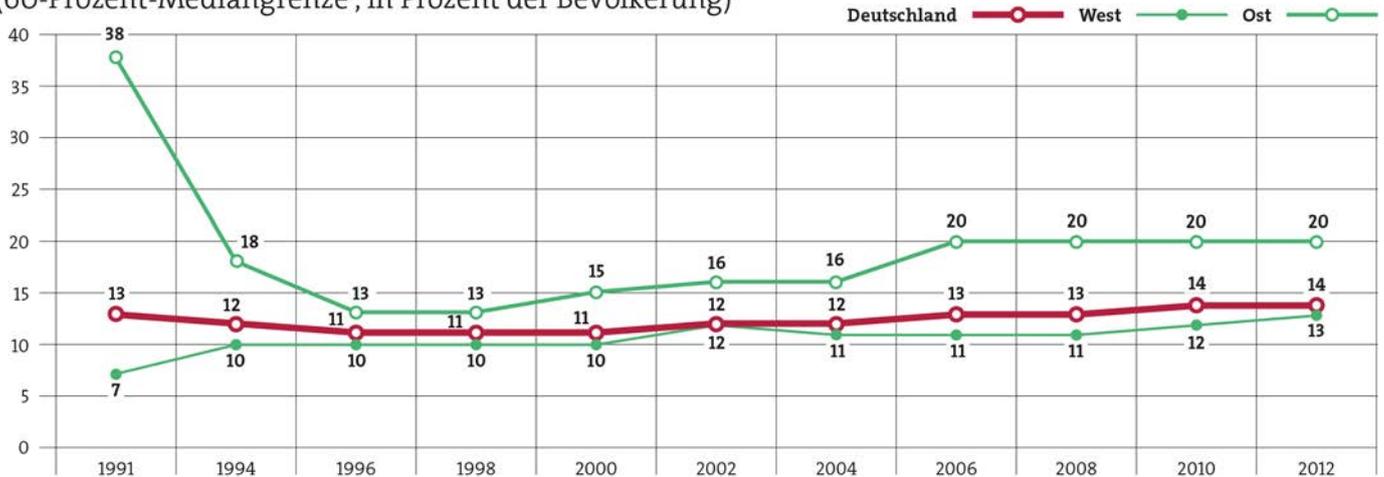
Die europäische international vergleichende Armutsforschung arbeitet mit dem weiter gefassten Begriff der „relativen Armut“: Arm sind demnach Einzelpersonen oder Familien, die über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens – gewichtet nach Anzahl und Alter der in einem Haushalt lebenden Personen – verfügen.

Die relativen Armutsquoten liegen erheblich höher als die Sozialhilfequoten. 2004 bezogen in Westdeutschland 3,4 Prozent der Bevölkerung laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, aber 10,8 Prozent – also mehr als dreimal so viele Menschen – mussten mit einem Einkommen vorliebnehmen, das weniger als 60 Prozent des Durchschnitts betrug. Diese Unterschiede haben zwei Ursachen: Zum einen erfasst die „relative Armut“ auch die „verdeckte Armut“, und zum anderen liegt das politisch anerkannte soziokulturelle Existenzminimum erheblich niedriger als die 60-Prozent-Grenze. Daher wird die relative Armut im politischen Bereich häufig nicht als „Armut“, sondern als „Armutrisiko“ oder „Armutgefährdung“ bezeichnet.

Das obere Schaubild auf S. 33 macht deutlich, dass sich die relative Einkommensarmut im früheren Bundesgebiet insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre wieder ausgebreitet hat: 1991 waren 6,6 Prozent der Westdeutschen arm, 1996 bereits 10,4 Prozent. Und auch im vergangenen Jahrzehnt ist die Armutsquote nochmals von 10,2 Prozent im Jahr 2000 auf den bisherigen Gipfel von 12,6 Prozent im Jahr 2012 angestiegen. Auch im europäischen Vergleich hat sich die Situation Deutschlands erheblich verschlechtert. 2001 war Deutschland im Kampf gegen die Armut noch sehr erfolgreich – in den damals 15 EU-Staaten lebten lediglich in Schweden weniger Menschen in Armut. Im vergangenen Jahrzehnt ist Deutschland ins Mittelfeld abgestiegen: 2010 war die Armutsquote in 7 der 15 Gesellschaften niedriger – in den drei skandinavischen Ländern sowie in den Niederlanden, in Österreich, Luxemburg und Frankreich.

Die Ergebnisse aus dem Datenreport 2013 zu den Alltagsproblemen, die im Schaubild auf S. 33 unten rechts dargestellt sind, vermitteln einen Eindruck davon, welche Einschränkungen und Belastungen sich hinter dem abstrakten statistischen Konzept der 60-Prozent-Mediangrenze verbergen. So konnten es sich zum Beispiel 60 Prozent der Betroffenen nicht leisten, jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen. Von den Menschen mit einem Nettoäquivalenzeinkommen oberhalb der 60-Prozent-Grenze sind 16 Prozent dieser Einschränkung unterworfen.

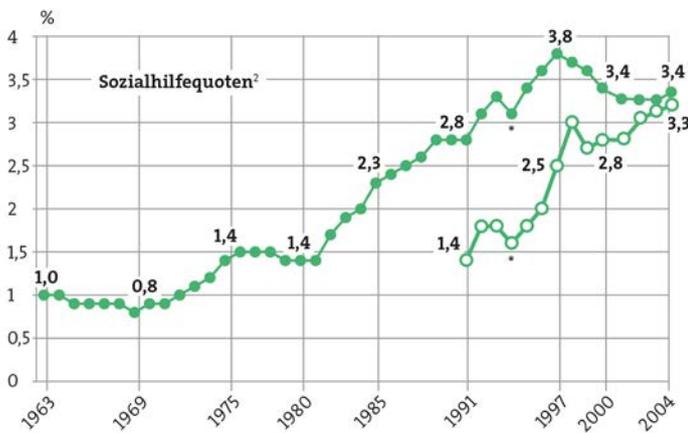
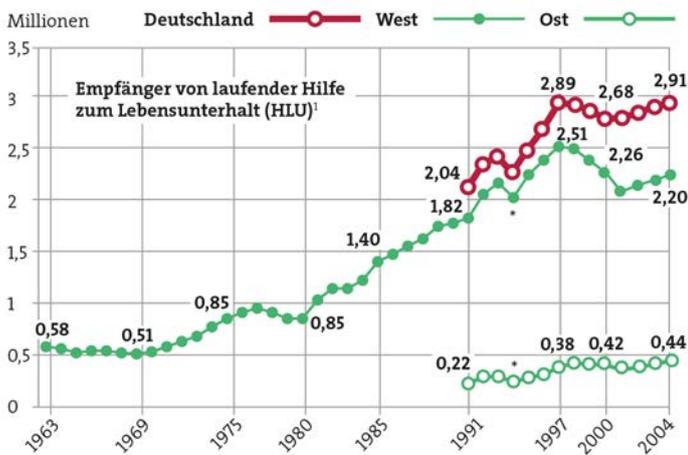
### Relative Einkommensarmut 1991-2012 (60-Prozent-Mediangrenze<sup>1</sup>, in Prozent der Bevölkerung)



<sup>1</sup> Der Mittelwert wird mit dem Median berechnet. Dieser teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Hälften – das Einkommen der einen Hälfte liegt über dem Median, das der anderen Hälfte darüber. Ost und West gemessen am gesamtdeutschen Durchschnitt

GESIS – Social Indicators Monitor (www.gesis.org/SIMon). System Sozialer Indikatoren für Deutschland

### Bekämpfte Einkommensarmut nach der Sozialhilfegrenze 1963-2004



<sup>1</sup> in Millionen – jeweils am 31. Dezember

<sup>2</sup> Anteil der HLU-Empfänger an der Bevölkerung in Prozent

\* Der Rückgang zwischen 1993 und 1994 ist auf eine Veränderung in der statistischen Erhebung zurückzuführen. Seit Juli 1993 werden Asylbewerber nicht mehr über Sozialhilfe, sondern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unterstützt.

Ab 2001: West- und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin

Eigene Grafik nach Daten der Sozialhilfestatistik des Statistischen Bundesamtes

### Probleme im Alltag durch relative Armut (2011, in Prozent)

Rückstände bei Hypotheken- oder Mietzahlungen in den letzten zwölf Monaten  
7 (2)

Es ist schwierig, mit dem monatlichen Einkommen zurechtzukommen.  
12 (1)

Es ist aus finanziellen Gründen nicht möglich,  
... einen Computer zu haben/anzuschaffen  
16 (2)

... die Wohnung angemessen warm zu halten  
17 (3)

... jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch einzunehmen  
27 (5)

... ein Auto zu haben/anzuschaffen  
30 (4)

Die gesamten Wohnkosten stellen eine große Belastung dar.  
33 (17)

Es ist aus finanziellen Gründen nicht möglich,  
... jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen  
60 (16)

... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 930 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten.  
76 (27)

■ Bevölkerung unter der 60-Prozent-Mediangrenze

( ) Bevölkerung über der 60-Prozent-Mediangrenze

Eigene Grafik nach Daten bei Silvia Deckl, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Datenreport 2013, Bonn 2013

### Mini-Job und Multi-Jobber – ein „Musterbeispiel“

Es ist 21.45 Uhr, und Christine Schöpfel ist für heute fertig mit der Arbeit. Sie schaut sich noch einmal um: Die Toiletten sind sauber, die Kaffeetassen in der Spülmaschine, die kleinen Zwiebelschalen liegen nicht mehr auf dem Teppich, sondern im Mülleimer. Die Papierkörbe sind leer – halt, hier fehlt noch eine Mülltüte. Christine Schöpfel läuft noch einmal schnell in die Küche, eine von den weißen Tüten, aufschütteln, in den Plastik-eimer damit, fertig, Licht aus.

Sie schließt ab und läuft zu ihrem Auto, einem kleinen roten Kia. Zu Hause, das weiß sie, warten eine unordentliche Wohnung, unerledigte Nährarbeiten, ein Hund, ein Vogel und ein Mann, der sich beschweren wird, dass sie zu viel arbeitet. Sie weiß, dass er recht hat. Spätestens morgen früh, am Donnerstag, wenn sie um halb sechs aufsteht, um die Putz-Tour einer Kollegin beim Pflegedienst zu übernehmen. Vier Haushalte, das geht bis nachmittags. Dann noch Waschen und Bügeln bei einem Kunden, dem sie auf eigene Rechnung den Haushalt führt.

Abends fährt sie wieder hierher, in diese ganz normale Bürolandschaft. Motivierende Sprüche an den Wänden, Familienfotos neben den Bildschirmen, Pin-up-Girls im Pausenraum. Zwölf Schreibtische, sechs Toiletten, Küche, Flur, Treppenhaus. Zwei Mal die Woche erledigt sie nach diesem Putzdienst noch einen zweiten, in einem Logistikzentrum bei Erfurt.

Wie sie das alles schafft? „Eigentlich gar nicht mehr“, sagt Christine Schöpfel und verbirgt ihr Gesicht hinter einer Hand. Fünf Jobs hat sie im Moment – denn zu den verschiedenen Putz-Jobs, zum Waschen-Wischen-Bügeln in einem fremden Haushalt kommt noch ein privater Nähbetrieb, Änderungsschneiderei in den eigenen vier Wänden. Dass Schöpfel 62 Jahre alt und inzwischen in Rente ist, zählt nicht: Die 40-Stunden-Woche ist bei ihr spätestens Donnerstagmittag voll – und am Wochenende wird genäht. [...]

Schöpfel, die in der DDR als leitende Postangestellte und Büro-kraft in einer Betriebspraxis gutes Geld verdiente, war nach der Wende immer wieder arbeitslos, hielt sich mit Urlaubsvertretungen und Gelegenheitsjobs über Wasser. Eine gute Stelle als Buchhalterin gab sie auf, als sie Mitte der Neunzigerjahre zu ihrem Lebensgefährten ins Erfurter Umland zog. Das Schuhgeschäft, mit

dem sie sich dort selbständig machte, ging Pleite. Für die Rente kam kaum etwas zusammen.

Heute ist sie eine von 7,5 Millionen Mini-Jobbern in Deutschland. Bis zu 450 Euro im Monat kann man in diesen Jobs dazuverdienen, so gut wie steuerfrei. Immer mehr Menschen – alleinerziehende Mütter, Studenten, Rentner – bessern so ihr Gehalt auf. Viele haben gleich mehrere Stellen, nicht wenige erledigen den Mini-Job neben einer Vollzeitstelle. Man nennt sie Multi-Jobber, und auch ihre Zahl wächst: etwa 2,7 Millionen sind es im Moment.

So viel Multi-Job wie bei Christine Schöpfel ist allerdings selten. Dabei ist sie ein Musterbeispiel für das, was sich die Erfinder der Mini-Jobs vor mehr als zehn Jahren gedacht haben: Schöpfel wird immer dann gefragt, wenn gerade Not am Mann ist. Für Auftragsspitzen und saisonale Höhepunkte seien Mini-Jobber ideal, befand man damals, als die neuen Arbeits- und Sozialgesetze gemacht wurden. Schnell eingestellt, ein paar Stunden die Woche, ein paar Euro auf die Hand. Wunderbar flexibel.

An einem nieseligen Vormittag im November sitzt Christine Schöpfel an der Nähmaschine und schaut aus dem Fenster. Für sechs Euro kann man bei ihr Hosen kürzen lassen, aufwendigere Arbeiten wie das Füttern einer Jacke kosten 20 Euro oder ein bisschen mehr. Das ist selbst in Thüringen, wo die Löhne so niedrig sind wie fast nirgendwo sonst in Deutschland, ziemlich günstig. [...]

Doch im Moment kommt Schöpfel einfach nicht zum Nähen – sie hat zu viel zu tun mit Urlaubsvertretungen, mit Krankheitsausfällen. Wann immer jemand wegbleibt, springt sie ein. [...]

Trotzdem sagt Christine Schöpfel, die Arbeit mache ihr Spaß. „Sonst würd ich es nicht machen.“ Sie ist stolz, Geld zu verdienen, stolz auf ihre Leistungsfähigkeit. „Das sitzt einfach so bei mir drin.“ Schöpfel hat zwei Kinder großgezogen, voll gearbeitet, immer schon.

[...] So viel wie ihr Mann, der in einer Aluminium-Gießerei beschäftigt war, hat sie nie verdient. Noch heute, ihr Mann ist seit fast zwanzig Jahren tot, gestorben an den Graphit-Dämpfen in der Gießerei, ist die Witwenrente größer als ihre eigene. [...]

Charlotte Theile, „Die Arbeitssammlerin“, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 2014

## Risikogruppen

Als Risikogruppen werden Bevölkerungsgruppen mit einem besonders hohen Anteil von Armen bezeichnet; die Zugehörigkeit zu ihnen ist also mit einem sehr großen Risiko verknüpft, an oder unter der relativen Armutsgrenze leben zu müssen. Mit dem Wandel der Armut hat sich auch die Struktur der Risikogruppen teilweise verändert.

In den 1960er- und 1970er-Jahren waren alte Menschen – vor allem ältere Frauen – besonders hohen Armutsrisiken ausgesetzt. Die Altersarmut wurde jedoch durch die Verbesserung der Alterssicherung, vor allem durch die Dynamisierung der Renten, eingedämmt. Seit drei Jahrzehnten liegt die Armutsquote der älteren Menschen nicht mehr über, sondern unter dem Durchschnitt. Zwischen 2009 und 2011 waren lediglich die 31- bis 40-Jährigen seltener von Armut betroffen als die über 60-Jährigen. Allerdings droht wegen verschiedener Entwicklungen am Arbeitsmarkt – Zunahme des Niedriglohnssektors und der unsteten Beschäftigungsverhältnisse, prekäre Selbstständigkeit mit Niedrigeinkünften – eine neue Altersarmut, wenn keine sozialpolitischen Gegenmaßnahmen ergrif-

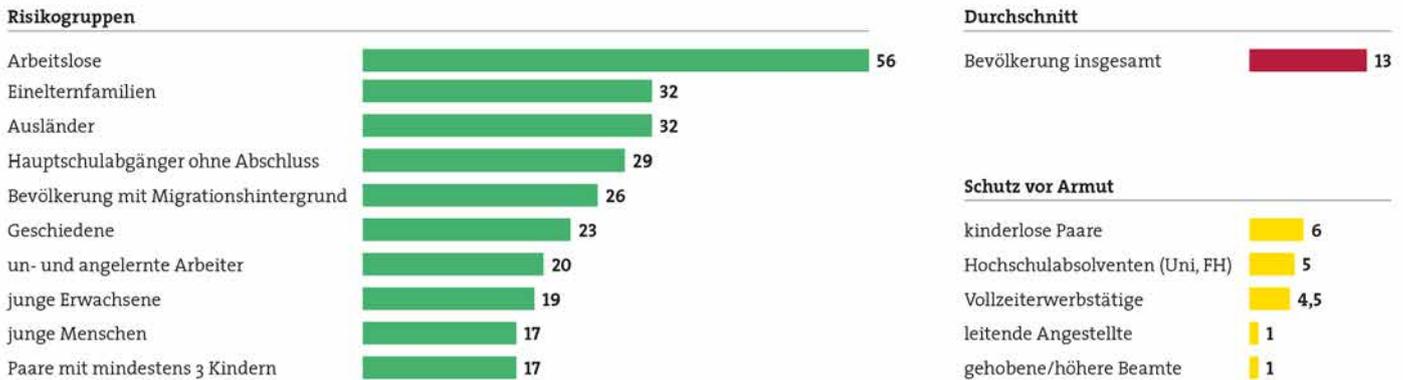
fen werden. Auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind – sieht man einmal von der überwiegend weiblichen Risikogruppe der Alleinerziehenden ab – weitgehend eingebettet worden. In den Jahren 2009 bis 2011 lag die durchschnittliche Armutsquote der Frauen nur um 1,7 Prozentpunkte über derjenigen der Männer.

Aus der soziodemografischen Struktur der Armutsbevölkerung, die Jan Goebel, Roland Habich und Peter Krause für den Datenreport 2013 berechnet haben, lassen sich folgende Faktoren ableiten, die das Risiko, in relative Armut abzurutschen, am meisten erhöhen (in dieser Reihenfolge):

- Arbeitslosigkeit,
- Alleinerziehen,
- Migrationshintergrund (insbesondere Ausländerstatus),
- geringe schulische Qualifikation (kein Hauptschulabschluss),
- Scheidung,
- geringe berufliche Qualifikation (un- und angelernte Arbeiter),
- niedriges Alter (11-30 Jahre) und
- Kinderreichtum (Familien mit mindestens drei Kindern).

## Risikogruppen und Schutz vor Armut in Deutschland

Armutsraten nach der 60-Prozent-Grenze (Durchschnittswerte 2009-2011, in Prozent)



Eigene Grafik nach Daten bei Jan Goebel / Roland Habich / Peter Krause, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Datenreport 2013, Bonn 2013 (Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel); Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Angaben für 2010 bei: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.), Zweiter Integrationsindikatorenbericht, Paderborn 2011 (Datenbasis: Mikrozensus)

Den besten Schutz gegen Armut bieten

- ein hoher beruflicher Status (gehobene/höhere Beamte, leitende Angestellte),
- die Vollzeiterwerbstätigkeit,
- eine gute Ausbildung (Hochschulabschluss) sowie
- ein Leben zu zweit ohne Kinder.

Ob jemand in Armut gerät oder nicht, hängt sehr stark von seiner Situation auf dem Arbeitsmarkt ab. Während Vollzeiterwerbstätigkeit vergleichsweise gut gegen Armut schützt (Armutsrate 4,5 Prozent), führen die Arbeitslosen die Liste der armutsbedrohten Gruppen mit großem Abstand an (56 Prozent). Erwerbstätigkeit ist allerdings kein absoluter Schutz gegen Armut. Die aus anderen Gesellschaften bekannten „*working poor*“ bilden auch in Deutschland ein wachsendes Segment der Armutsbevölkerung. Nach dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2013) verdienen neben den erwähnten 4,5 Prozent der Vollzeiterwerbstätigen weitere 15 Prozent der Teilzeiterwerbstätigen im Jahr 2010 so wenig, dass sie unter der 60-Prozent-Grenze leben mussten.

## Obdachlose

Materielle Not hat häufig Wohnungsnot und Obdachlosigkeit zur Folge. Menschen ohne eigene Wohnung gehören zu den Ärmsten der Armen; ihre Mittel reichen nicht aus, um sich ein eigenes „Obdach“ zu leisten. Über Art und Umfang der Obdachlosigkeit in Deutschland kursiert eine Fülle von Missverständnissen, weil wichtige Begriffe wie „Obdachlose“ oder „Wohnungslose“ im Amtsdeutschen, bei Wissenschaftlern, Journalisten, Sozialpädagogen oder in der Umgangssprache einen sehr unterschiedlichen Bedeutungsgehalt haben. Nach der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe (BAG W) ist wohnungslos, wer weder über Wohneigentum noch „über einen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt“.

## Wohnungslosigkeit

Wohnungslosigkeit kann sehr unterschiedliche Formen annehmen. Die meisten Wohnungslosen leben in provisorischen Notunterkünften. Diese werden ihnen von den Gemeindebehörden

mietfrei zur Verfügung gestellt, weil sie nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft eine Wohnung zu finanzieren. Menschen in Notunterkünften dieser Art haben zwar eine Wohnung, leben darin aber nicht als Mieter mit entsprechenden Rechten, sondern nur als vorübergehend geduldete Nutzer. Sie sind stärkeren behördlichen Reglementierungen ausgesetzt, und ihre Privatsphäre ist eingeschränkt, weil die Behörden jederzeit das Recht auf Zutritt und Kontrolle haben. Auch viele (Spät-)Ausiedler waren in den 1990er-Jahren in Notunterkünften untergebracht, bis sie eine Mietwohnung gefunden hatten.

Im Statistischen Jahrbuch (2013, S. 487) ist zwar nachzulesen, wie viele Legehennen in Käfigen gehalten werden, aber nicht, wie viele Menschen in unwürdigen Verhältnissen wohnen müssen. Daher lässt sich die Zahl der Wohnungslosen nur schätzen. Dank der Bemühungen der BAG W sind die Schätzungen aber immer zuverlässiger geworden.

Da sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt seit Ende der 1980er-Jahre durch die sprunghaft angestiegene Ost-West-Wanderung (ca. 3 Millionen Aus- und Übersiedler) krisenhaft zuspitzte, nahm auch die Zahl der Wohnungslosen zunächst erheblich zu und erreichte 1996 mit etwa 930 000 – davon gut 50 000 in den neuen Ländern – ihren Gipfel. Danach war sie zwölf Jahre lang rückläufig. 2008 erreichte sie einen Tiefststand von 227 000. Die meisten (Spät-)Aussiedler konnten die Notunterkünfte verlassen, 2010 waren nur noch etwa 2000 von ihnen ohne eigene Wohnung. Aber auch einheimischen Deutschen gelang es besser als vorher, im Mietwohnungsmarkt Fuß zu fassen. Viele Neubauten sowie preisgünstige Wohnungen, die durch den Abzug der alliierten Truppen frei geworden waren, trugen zu diesem Rückgang ebenso bei wie die Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern der Wohnungslosenhilfe (Übernahme von Mietschulden, vermehrte Beratungsangebote).

Seit 2009 kehrt sich der rückläufige Trend jedoch wieder um; die Zahl der Wohnungslosen stieg innerhalb von vier Jahren um ein Viertel auf 284 000 im Jahr 2012, von denen ca. 35 000 in Ostdeutschland leben. Für den erneuten Anstieg der Wohnungslosigkeit lassen sich drei Ursachen ausmachen:

- der schrumpfende Bestand an Sozialwohnungen,
- gestiegene Mietpreise insbesondere in den Ballungsgebieten und
- die Ausdehnung der Armutszone.

Die BAG W geht davon aus, dass die Wohnungslosenzahlen bis 2016 um ein weiteres Drittel auf 380 000 ansteigen werden – ein Rückfall auf den Stand von 2003.

Wohnungslosigkeit ist nur selten ein ausschließlich selbst verschuldeter Zustand. Strukturelle Hintergründe der Notlage, die in Mietschulden offenbar wird, sind Armut und Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit einer angespannten Situation am Wohnungsmarkt. Die Belastung armer Familien durch die Miete ist extrem hoch. Haushalte mit Niedrigeinkommen müssen im Durchschnitt 44 Prozent des Einkommens für die Miete aufbringen, bei einer Durchschnittsfamilie ist dieser Anteil nur halb so groß. Arbeitslosigkeit und unversicherte Notlagen, zum Beispiel durch Krankheit, haben für die Entstehung von Obdachlosigkeit eine große Bedeutung; familiäre

Ereignisse wie Scheidung oder Geburten spielen ebenfalls eine Rolle, sind aber von minderem Gewicht.

Wie sich die Wohnungslosen soziostrukturell zusammensetzen, ist nur schlecht erfasst. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen ist zwischen 1996 und 2012 von 34 auf 11 Prozent zurückgegangen. Unter den Erwachsenen dominieren 2012 die Männer mit 75 Prozent. 64 Prozent aller Wohnungslosen sind alleinstehend.

### Straßenobdachlosigkeit

Die letzte Stufe der sozialen Deklassierung ist mit der Straßenobdachlosigkeit erreicht. Straßenobdachlos ist die relativ kleine Gruppe von Menschen, die kein dauerhaftes Dach über dem Kopf haben. Sie leben im Freien, „machen Platte“ in Parks,

### Rückzug aus der Gesellschaft

Bis zum Frühjahr wird das Holz nicht reichen. „Das ganze Unterholz ist weg. Ich habe schon fast alles verbrannt“, sagt Paul H. Wenn der Frost bleibt, lassen sich die Tage ohne wärmendes Feuer nicht überstehen. Paul H., 52 Jahre alt, lebt seit mehr als zwei Jahren in einem Zelt in einem Wald bei Wiesbaden, auf sich gestellt und die meiste Zeit ohne Kontakt zur Außenwelt.

Eine Wohnung hat er nicht. Für das Gespräch ist er in die Teestube gekommen, eine Anlaufstelle der Diakonie für Wohnungslose. Paul H. ist ein schlanker Mann, der großen Wert auf sein Äußeres legt. Sein Gesicht ist glatt rasiert, das angegrauete Haar kurz geschnitten. Im Wald besitzt er Rasierer, Schere und Spiegel. Seine Füße stecken in weißen Tennissocken, weiß sind auch die Turnschuhe, ist auch das T-Shirt, das er unter der Sweatshirtjacke trägt. „Mir sieht keiner an, wie ich lebe. Ich bin nicht abgesoffen“, sagt er. [...]

Er arbeitete in einem renommierten Wiesbadener Ausflugslokal. „Ich war Chefkoch, habe ausgebildet.“ Das Scheitern beginnt, als seine zweite Ehe zerbricht. Paul H. erzählt von einer Frau im Kaufrausch, die Rechnungen nicht bezahlt. Von einer Räumungsklage, dem drohenden Verlust der gemeinsamen Wohnung. Von langen Arbeitstagen und zwei Nebenjobs, mit deren Hilfe er die Wohnung zunächst halten und Schulden bezahlen kann. [...]

Er berichtet von weiteren Schulden seiner Frau, einer zweiten Räumungsklage. „Als sie mich dann noch mit einem Jugendfreund betrogen hat, hat es mir den Boden unter den Füßen weggerissen.“ Er schmeißt alles hin, packt seine Campingausrüstung und geht. Seiner Frau hinterlässt er die Möbel, Bücher, Klamotten – und einen Zettel. „Ich bin weg“ steht darauf. [...]

Immer wieder ziehen sich Obdachlose aus Städten in Wälder zurück. „Ursache sind meist psychische Erkrankungen“, sagt Matthias Röhrig, Leiter der Teestube. Die Menschen brechen den Kontakt zu der Gesellschaft ab, mit der sie nicht zurechtkommen. In Wiesbaden gibt es wohl eine Handvoll Obdachlose, die in Wäldern leben. Offizielle Zahlen für ganz Deutschland gibt es nicht.

„Paul H. war depressiv“, glaubt Röhrig.

„Ich habe mit meinem Verhalten der Norm nicht entsprochen“, sagt Paul H.

Paul H. sucht sich einen Platz in der Nähe eines Friedhofs, dort hat er Zugang zu Wasser. Er geht planvoll vor, schafft sich feste Strukturen, einen geregelten Tagesablauf. Mit einem Fünf-Liter-Kanister holt er sich jeden Morgen frisches Wasser und erhitzt es in einem Kessel über dem Lagerfeuer.

Paul H. investiert viel Zeit, um den Schein zu wahren. Er ist bekannt in der Stadt, niemand soll sein Scheitern erahnen. [...]

Geld verdient er mit dem Sammeln von Leergut, vier bis fünf Euro. Das reichte für das Leben im Wald. Er hat eine feste Tour, jeden Tag zehn Kilometer. Manchmal klingt es fast romantisch, wenn der 52-Jährige erzählt. „Nein“, sagt er. „Das ist furchtbar. Du weinst zwar nicht. Aber es ist schrecklich einsam. Du vergisst, wie es ist, gemocht zu werden.“

[...] Seinen Unterschlupf zeigt er niemandem: aus Scham. Nur zweimal hatte er dort Besuch von Menschen.

Beim ersten Mal sind es Jugendliche. Als sie auf sein Heim stoßen, ist er Leergut sammeln. Bei seiner Rückkehr sind die Zeltstangen zerbrochen, die Schuhe durch die Gegend geworfen. Seine Papiere, der Sozialversicherungsausweis und vor allem die Bilder der beiden Töchter aus erster Ehe – alles ist zerstört. „Wenn du so lebst, bist du nichts wert“, sagt Paul H. Er sucht sich einen neuen Platz. Noch tiefer im Wald, noch entlegener.

Beim zweiten Mal stehen plötzlich Polizisten vor seiner Behausung. In der Nähe ist in ein Gartenhäuschen eingebrochen worden. Der 52-Jährige kann den Verdacht ausräumen, die Beamten werden trotzdem aktiv. Sie fahren mit dem Obdachlosen zum Sozialamt. Sie reden für ihn mit den Sachbearbeitern, stehen neben ihm, bis alle Formulare ausgefüllt sind. Das war im Juli, seitdem bekommt er Hartz IV, 382 Euro im Monat. Dann fahren die Beamten ihn zur Obdachlosen-Einrichtung, wo der 52-Jährige auf Matthias Röhrig trifft. [...]

Paul H. lebt zwar noch immer im Wald, doch seit Juli hat er sich auf den Rückweg in die Gesellschaft gemacht. „Ich will so nicht mehr leben“, sagt er. Er nimmt an einem Hauswirtschaftsprojekt der Diakonie teil, das Obdachlose wieder an Arbeit und feste Strukturen heranführen soll. [...] [E]r geht zum Arbeitsamt, lernt den Umgang mit dem Computer, setzt sich mit seiner Krankenkasse in Verbindung. Inzwischen steht er ganz oben auf der Warteliste für einen Platz in einer Wohngruppe. Als Übergang zu einer eigenen Wohnung.

Paul H. glaubt, dass es nur eine Frage von wenigen Wochen ist, bis er den Wald verlassen kann. Bald hat er seinen ersten Arbeitstag als Koch in einem Restaurant. [...]

Wenn er seine eigene Wohnung hat, ist dann alles wieder gut? „Nein“, sagt er entschieden. „Es wird wohl noch ein bis zwei Jahre dauern, bis ich wieder richtig in der Gesellschaft angekommen bin. Je länger man außerhalb lebt, desto schwieriger ist der Rückweg.“



Ein ehemaliger Ingenieur in seinem „Winterquartier“, einem Berliner Warthehäuschen, an dem keine Busse mehr halten

auf der Straße oder an anderen öffentlich zugänglichen Stellen. Manche von ihnen nutzen leer stehende Wohnungen, einige verbringen die Nächte in Notübernachtungshäusern, den sogenannten Obdachlosenasylen.

Wer ohne Obdach leben muss, dem ist eine elementare Grundlage für ein gesichertes, menschenwürdiges Leben entzogen. Die Wohnung ist nicht nur materielle Basis für Wärme, Schutz und Geborgenheit, sondern unabdingbare Voraussetzung für Arbeit, Familie, Privatleben, Hygiene, für bestimmte Formen der Kommunikation (z. B. Postzustellung) und für ein Mindestmaß an sozialer Anerkennung. Ein Leben auf der Straße bedeutet ein Leben außerhalb vieler, ja nahezu aller Normen, den „Ausschluss aus der Welt derer [...], die sich gegenseitig als Menschen wiedererkennen und anerkennen“ – so hat es Hartwig Drude, der frühere Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe, etwas überspitzt formuliert.

Die Belastungen, die mit dem ungesicherten und entwürdigenden Leben eines „Landfahrers“ oder „Stadtstreichers“ verbunden sind, haben bei längerer Dauer körperliche und psychische Schäden sowie vorzeitige Alterung zur Folge und verringern die Lebenserwartung um etwa zehn Jahre. Seit 1991 sind mindestens 278 Straßenobdachlose im Freien – auf Parkbänken, unter Brücken, in Abrisshäusern, Gartenlauben und an ähnlichen Orten – erfroren.

Nach den neuesten Schätzungen der BAG W ist der harte Kern derjenigen, die über einen längeren Zeitraum „Platte machen“ und ohne jede Unterkunft auf der Straße leben, von 35 000 im Jahr 1996 nach und nach auf den Tiefststand von 18 000 im Jahr 2006 zurückgegangen. Seitdem ist ihre Zahl allerdings wieder um ein Drittel auf 24 000 im Jahr 2012 angestiegen.

Betroffen von Straßenobdachlosigkeit sind hauptsächlich alleinstehende Männer im Alter zwischen 20 und 50 Jahren. Etwa ein Fünftel von ihnen sind ehemalige Strafgefangene, die nach ihrer Haftentlassung nicht oder noch nicht wieder Fuß fassen konnten. Der Frauenanteil ist seit den 1990er-Jahren von 3 bis 5 Prozent auf etwa 10 Prozent gestiegen. In einer Studie von Wolfgang Ludwig-Mayerhofer u. a. (2001) wird darauf hingewiesen, dass in dieser Zahl die verdeckte weibliche Straßenobdachlosigkeit nicht berücksichtigt ist, also diejeni-

gen Frauen, die „zweckorientierte Partnerschaften mit Männern eingehen, um dem ungeschützten Leben auf der Straße und der damit verbundenen Stigmatisierung auszuweichen“.

## Armut auf Zeit

Armut und Obdachlosigkeit sind für den Einzelnen und für die Gesellschaft umso folgenschwerer, je länger sie andauern. Wenn Menschen über lange Zeit oder auf Dauer in Mangelagen leben müssen, verschlimmern und verfestigen sich die psychischen und sozialen Folgen. Es kann dazu kommen, dass extreme Benachteiligungen von Generation zu Generation weitergegeben werden.

Die sogenannte dynamische Armutsforschung ermöglicht genauere Einblicke in die Dynamik der Armut, in die Bewegungen über die Armutsgrenzen hinweg und damit auch in die Dauer von Sozialhilfebezug, relativer Armut und Obdachlosigkeit. Die letzte Studie zum Sozialhilfebezug, die bis 2003 über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren lief, kommt zu dem Ergebnis, dass knapp die Hälfte der Unterstützten nach diesem Zeitraum wieder finanziell auf eigenen Füßen stand, 60 Prozent von ihnen durch die Befreiung aus der Arbeitslosigkeit. 8 Prozent der Sozialhilfeempfänger war nur ein vorübergehender Ausstieg gelungen, und 43 Prozent waren ununterbrochen zweieinhalb Jahre lang auf Sozialhilfe angewiesen.

Genauere und neuere Daten zur relativen Armut liegen im Datenreport 2013 vor. Knapp zwei Fünftel (39 Prozent) der Menschen, die 2011 in der Armutszone leben mussten, waren auch in den Jahren 2007 bis 2010 dauerhaft von Armut betroffen. Weitere gut zwei Fünftel (42 Prozent) waren in den vier vorangehenden Jahren ein, zwei oder drei Jahre lang arm, und 19 Prozent glitten 2011 erstmals in die Armutszone ab. Ein Vergleich mit der Situation im Jahr 2000 macht deutlich, dass sich die Armut im letzten Jahrzehnt etwas verfestigt hat.

Die dynamische Armutsforschung hat deutlich gemacht, dass die Überwindung von Armut für einen Teil der Betroffenen – insbesondere für Menschen mit niedriger Schulbildung – nicht von Dauer ist. Sie geraten wiederholt in die Armutszone, ihr Lebenslauf ähnelt – so der Armutsforscher Hans-Jürgen Andreß (1999) – „einer ‚Achterbahn‘ mit zyklusabhängigen Höhen und Tiefen“.

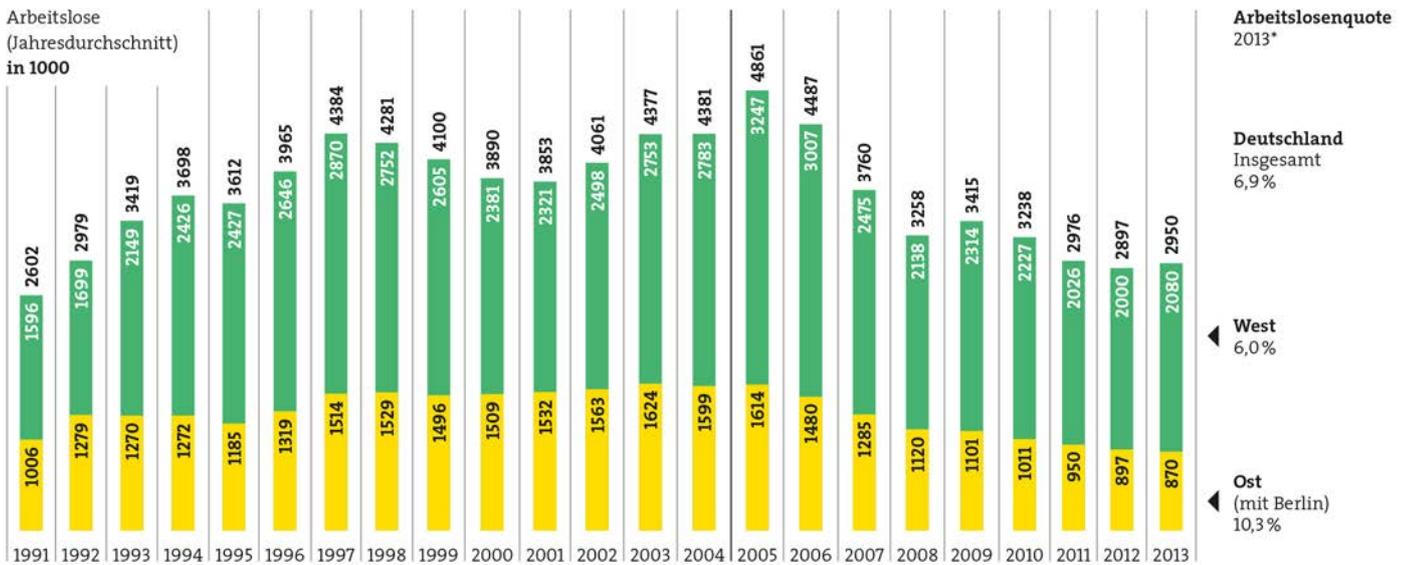
Die Dynamik unter Obdachlosen ist erheblich schlechter erforscht. Die BAG W hat 2010 in einer nicht repräsentativen Stichprobe 24 000 Obdachlose befragt. Die Studie liefert Hinweise darauf, dass die Dauer der Obdachlosigkeit erheblich kürzer ist als die Dauer der Armut und dass sich Wohnungsnot im letzten Jahrzehnt nicht verfestigt, sondern verkürzt hat. 2010 gab es einen harten Kern von 11 Prozent der Obdachlosen, die länger als fünf Jahre ohne eigene Wohnung leben mussten, und 69 Prozent waren vor weniger als zwölf Monaten in die Obdachlosigkeit abgeglitten.

Randständigkeit ist heute in der Regel kein Dauerschicksal mehr. In den sprichwörtlichen „Teufelskreis“ von Armut und Obdachlosigkeit, aus dem es dann kein Entrinnen mehr gibt, gerät nur eine – derzeit allerdings wachsende – Minderheit der Betroffenen. Die bisherige Antwort der deutschen Wohlstandsgesellschaft auf das Problem der Armut ist nicht ihre Beseitigung, sondern ihre Befristung – die Armut auf Zeit.

Diese „Problemlösung“ hat auch ihre Kehrseite: Das befristete Schicksal der Randständigkeit wird auf viele Schultern

## Die Arbeitslosen

### Registrierte Arbeitslosigkeit 1991-2013



Zahlen ab 2005 wegen Einführung des SGB II nur eingeschränkt mit Vorjahren vergleichbar  
\* in % der zivilen Erwerbspersonen

Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 258 238; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

verteilt. Zwischen 1991 und 1997 gerieten immerhin etwa ein Fünftel der Deutschen zumindest kurzfristig unter die 50-Prozent-Armutsgrenze. Auch Angehörige der mittleren und sogar der höheren Schichten sind gewissen Armutsrisiken ausgesetzt. Allerdings führt die Vorstellung von einer „Demokratisierung der Risiken“ im Sinne von „Gemeinsamkeiten der Risiken über unterschiedliche Einkommenshöhen, Bildungsabschlüsse hinweg“ (Ulrich Beck 1986) schnell in die Irre, wenn dabei die deutlichen schichtspezifischen Risikounterschiede nicht beachtet werden.

Die Gefahr, in die Armutzone abzugleiten, war zum Beispiel in den Jahren 2009 bis 2011 für Un- und Angelernte dreieinhalbmal so groß wie für Facharbeiter, siebenmal so groß wie für qualifizierte Angestellte und siebzehnmal so groß wie für leitende Angestellte; und längere Armutsperioden tauchen bei Menschen ohne Ausbildungsabschluss relativ häufig, bei Abiturienten und insbesondere bei Akademikern nur noch in Ausnahmefällen auf.

## Soziale und psychische Folgen

Die Grundsituation der Armut wird – auch bei längerer Dauer – von den Betroffenen sehr unterschiedlich bewältigt. Andreaß (1999) dokumentiert die erheblichen Einschränkungen in der alltäglichen Lebensführung, insbesondere beim Konsum, aber auch bei der Ernährung, in vielen Einzelheiten. Die aus einigen Fallstudien bekannte „Isolationstheorie“ – Rückzug der Armen in die Familie und Abbruch der außerfamilialen Kontakte – lässt sich dagegen ebenso wenig quantitativ bestätigen wie die Vorurteile, Arme seien arbeitsscheu oder unfähig, mit ökonomisch prekären Situationen umzugehen.

Neuere Studien (Böhnke 2009; Böhnke/Dathe 2010) belegen, dass bei vielen Betroffenen mit dem Abstieg in die Armut auch Einbußen an Lebenszufriedenheit, politischem

Interesse und kultureller Teilhabe (Konzert-, Theater-, Museumsbesuche) sowie ein Rückzug aus ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten einhergehen. Nach einer Expertise des Robert-Koch-Instituts von 2005 berichten Menschen in Armut erheblich häufiger als andere von starken Schmerzen und gesundheitsbedingten Einschränkungen im Alltagsleben. Zu den Ursachen gehören hoher Alltagsstress, aber auch häufigeres gesundheitsschädliches Verhalten wie Rauchen, ungesunde Ernährung und sportliche Inaktivität.

Obwohl sich die meisten Eltern große Mühe geben, ihre Kinder möglichst wenig unter der familiären Notlage leiden zu lassen, sind die Folgen der Armut auch für junge Menschen gravierend. Bei 12- bis 16-Jährigen aus unterversorgten Familien sind die Risiken, mit dem Leben unzufrieden zu sein, sich als Außenseiter zu fühlen und von den Mitschülerinnen und Mitschülern nicht akzeptiert zu werden, etwa doppelt so hoch wie bei Gleichaltrigen aus Durchschnittsfamilien. Auch Gefühle von Einsamkeit und Hilflosigkeit sowie Defizite im Selbstbewusstsein treten häufiger auf (Klocke 2001).

Neuere Studien aus dem vergangenen Jahrzehnt bestätigen diese Defizite. So kommen nach den Analysen des Frankfurter Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) zum Beispiel arme Sechsjährige mitunter hungrig und ohne körperliche Pflege in die Kindertagesstätten. Sie zeigen häufiger Auffälligkeiten im Sprach-, Spiel- und Arbeitsverhalten, werden häufiger von anderen Kindern gemieden und haben häufiger gesundheitliche Probleme. Arme Zehnjährige sind seltener Mitglieder in Vereinen, haben erheblich seltener Zugang zum Internet, bringen seltener Kinder mit nach Hause und feiern seltener ihren Geburtstag. Sie nehmen ihre Mahlzeiten häufiger unregelmäßig ein, haben häufiger Gewichtsprobleme sowie frühzeitiger und häufiger Kontakt zu Zigaretten und Alkohol (Holz 2006).

Auch die deutliche Beeinträchtigung der Bildungschancen durch Armut wurde in neueren Studien bestätigt. So

verlassen beispielsweise Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren, die mindestens zweimal vorübergehend von Armut betroffen waren, das Schulsystem dreimal so häufig ohne Abschluss wie ihre Altersgenossen, besuchen Haupt- und Förderschulen doppelt so häufig und erreichen das Abitur nur halb so häufig (Boeckenhoff u. a. 2012). In der Regel gilt für die skizzierten Folgen der Armut: Je länger die Armut dauert, umso intensiver wird die alltägliche Lebensführung eingeschränkt und belastet.

## Prekarität

Im vergangenen Jahrzehnt ist das Konzept der Prekarität in Wissenschaft und Öffentlichkeit populär geworden. Der Begriff wird allerdings sehr unterschiedlich verwendet, unter anderem auch als Synonym für Armut. Im Folgenden wird er im Anschluss an den französischen Soziologen Robert Castel für die soziostrukturelle Zone der „sozialen Verwundbarkeit“ verwendet, die der Armut vorgelagert ist. Prekär ist die soziale Lage von Menschen, die Gefahr laufen, in die Armut und die damit verbundene soziale Ausgrenzung abzugleiten. In diesem Sinne wird zum Beispiel in den Datenreports seit 2002 die sozialstatistische Kategorie des „prekären Wohlstands“ benutzt. Sie erfasst Menschen, die mit einem Nettoäquivalenzeinkommen (siehe S. 10f.) von 50 bis 75 Prozent des Durchschnittswerts auskommen müssen. Sie leben über der relativen Armutsgrenze, aber ihre Situation ist armutsnah und prekär im Sinne von „verwundbar, unsicher, heikel, instabil“. Sie gleiten häufiger in die Armutzone ab als andere. Ihr Anteil an der Bevölkerung schwankte in den beiden vergangenen Jahrzehnten geringfügig zwischen etwa 22 und 25 Prozent, 2011 betrug er 25,5 Prozent (Datenreport 2013).

Die Diskussion über Prekarität hat ihren Ausgangspunkt in der Arbeitswelt, bei der sogenannten Entstandardisierung der Beschäftigungsverhältnisse. Der Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, die als Arbeitnehmer in einem Normalarbeitsverhältnis tätig sind – vollbeschäftigt, unbefristet, tariflich geregelt –, ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen; ausgedehnt haben sich die unbefristeten Teilzeitbeschäftigungen, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (sogenannte Minijobs) sowie die besonders prekäre Leiharbeit (2011 knapp 3 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten). Die Deregulierung des Arbeitsmarktes kommt den Flexibilitätsbedürfnissen des globalisierten Arbeitsmarktes entgegen und wird durch den Umbau des „versorgenden“ zum „aktivierenden“ Sozialstaat, zum Beispiel durch die Sozialreformen der „Agenda 2010“ und die „Hartz-Gesetze“ (siehe S. 32), begünstigt.

„Prekarität ist überall“ – auf diese Formel hat Pierre Bourdieu 1998 die Situation in Frankreich gebracht. Zehn Jahre später kommt Heinz Bude in seiner bekannten Analyse über die „Ausgeschlossenen“ in Deutschland zu demselben Ergebnis: „Der Absturz ist überall möglich [...]. Das passiert auf allen Ebenen und in den verschiedenen Milieus unserer Sozialwelt: In den Milieus der Unterprivilegierten genauso wie in den Arbeitnehmermilieus der Mitte, im [...] Mittelstand der Ärzte, Therapeuten und Lehrer genauso wie im Bildungsbürgertum der Professoren, Pfarrer und Rechtsanwälte, in der Manager- und Bankerklasse genauso wie in den Reihen des Besitzbürgertums“ (Bude 2008, S. 34). Allerdings suggerieren diese aus Einzelbeobachtungen abgeleiteten Aussagen ein falsches Bild der Zonen von Exklusion (siehe S. 80) und Prekarität. Die verarmten, in einem sozialen Brennpunkt lebenden Banker und Professoren dürften Ausnahmefälle sein, aber es gibt Zigtausende von armen, arbeitslosen Ungelernten. Quantitative Analysen (z.B. Böhnke 2006; Groh-Samberg 2009) belegen, dass soziale Ausgrenzung und Prekarität sehr deutlich schichttypisch ungleich verteilt sind.

Eine aufsehenerregende Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Grabka/Frick 2008) wies erstmals auf das Phänomen der „schrumpfenden Mittelschicht“ hin. Als „Mittelschicht“ wird in diesem Zusammenhang der Teil der Bevölkerung mit einem Einkommen von 70 bis 150 Prozent des Durchschnitts (Median) bezeichnet. In den 1980er- und 1990er-Jahren blieb der Umfang dieser „Einkommens-Mittelschicht“ weitgehend stabil. Zwischen 2000 und 2010 schrumpfte er jedoch kontinuierlich von 63,8 auf 58,2 Prozent, weil Armut und Prekarität entsprechend zunahm. Andere Studien (z.B. Geißler 2014) zeigen, dass Menschen aus der Mitte mit einem überdurchschnittlichen Einkommen nur selten in Armut oder Prekarität absteigen. Die Vorstellung der „schrumpfenden Mittelschicht“ lässt sich daher noch weiter präzisieren: Es ist die untere Einkommens-Mittelschicht, die abbröckelt.

Die Einkommenssituation schlägt jedoch nicht auf die Selbsteinstufung in die Mittelschicht durch: Im Jahr 2000 stuften sich 61 Prozent und 2010 sogar 62 Prozent der Westdeutschen in die Mittelschicht ein; in Ostdeutschland stieg die Selbstzuordnung zur Mittelschicht in diesem Zeitraum von 45 auf 51 Prozent an. Allerdings breiten sich Ängste und Unsicherheiten auch in die gesellschaftliche Mitte hinein aus, und selbst die obere Schicht bleibt von Sorgen um ihre Arbeitsplätze und ihre wirtschaftliche Zukunft nicht völlig verschont. „Die Angst kriecht die Bürotürme hinauf“ – so formuliert der Soziologe Stefan Hradil (2006) diesen Vorgang in einem anschaulichen Bild.

Individuelle Ängste und Sorgen sind subjektive Empfindungen, die nur zum Teil mit der „wirklichen“, „objektiven“ eigenen Situation zusammenhängen. So ist empirisch belegt, dass die starke Zunahme der Ängste in der unteren Mitte nicht auf tatsächliche Arbeitslosigkeit oder Vertragsbefristungen in der eigenen Erwerbsbiografie zurückzuführen ist. Es handelt sich um einen sogenannten *spill over effect*, was sich in etwa mit „Überschwapp-Effekt“ übersetzen lässt: Die Risiken von Verarmung und Prekarisierung „schwappen“ von den unteren Schichten, wo sie besonders häufig auftreten, in die gesellschaftliche Mitte und sogar in obere Berufsgruppen über und produzieren dort übertriebene Unsicherheit. Die Situation entspricht der unter Ökonomen gängigen Formel „Die Stimmung ist schlechter als die Lage.“



RAINER GEISSLER

# Migration und Integration

**Deutschland befindet sich seit dem Anwerbevertrag mit Italien im Jahr 1955 auf dem Weg zu einem modernen Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten sowie ihre Nachkommen sind zu einem wichtigen Teil der deutschen Sozialstruktur geworden. Ihre Zahl wird weiter zunehmen, und Deutschland steht vor der Aufgabe, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.**

In den letzten 50 Jahren sind Migrantinnen und Migranten zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Sozialstruktur geworden. 1960 lebten erst knapp 700 000 Ausländer in der Bundesrepublik, wie die Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Folgenden genannt werden. Dazu kamen noch knapp 400 000 deutschstämmige Aussiedler aus der damaligen Sowjetunion und anderen Ländern Ost- und Südosteuropas. Beide Gruppen zusammen machten nur etwa 2 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung aus.

Nach der letzten Volkszählung, dem Zensus 2011, leben in Deutschland knapp 6 Millionen Ausländer und weitere 9 Millionen „Deutsche mit Migrationshintergrund“, wie sie in den offiziellen Statistiken heißen. Dazu gehören (Spät-)Aussiedler, eingebürgerte ehemalige Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche mit mindestens einem Elternteil, der zugewandert oder in Deutschland als Ausländer geboren ist. Heute stellen die Migrantinnen und Migranten, wie die 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund hier der Einfachheit halber genannt werden, 19 Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Das multiethnische Segment der deutschen Sozialstruktur hat sich also seit 1960 fast verzehnfacht, und es ist absehbar, dass es sich in den beiden kommenden Jahrzehnten weiter vergrößern wird.

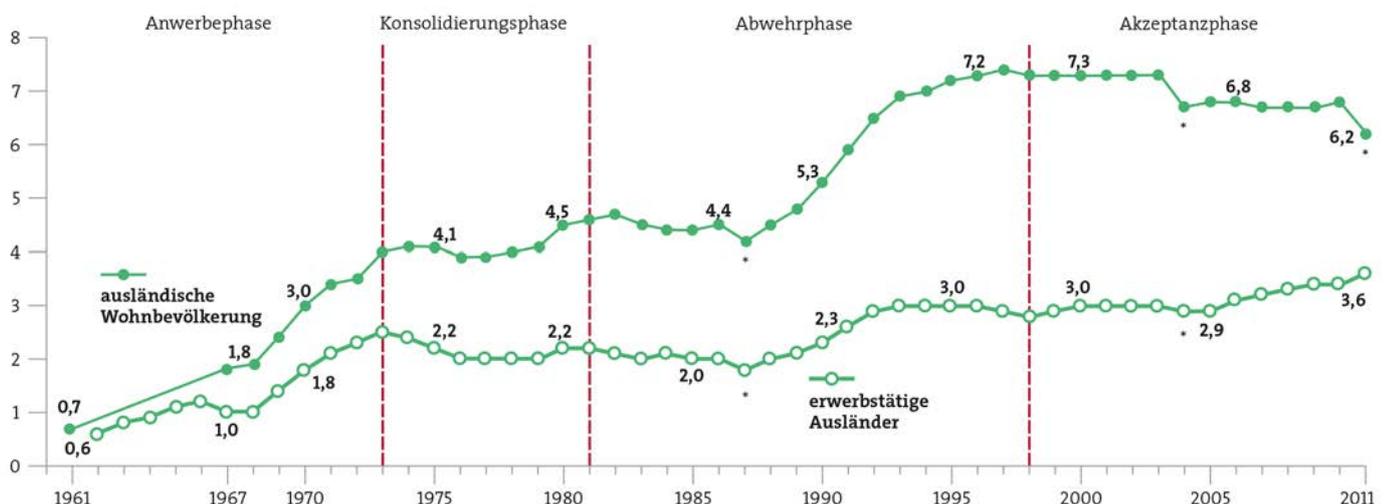
Die Migrantinnen und Migranten sind nicht gleichmäßig auf Deutschland verteilt, sondern konzentrieren sich auf die alten Bundesländer und dort wiederum auf Großstädte und industrielle Ballungszentren. In den neuen Ländern (ohne Berlin) lebten 2011 nur knapp 500 000 der 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (knapp 4 Prozent der Wohnbevölkerung) im Vergleich zu 13,7 Millionen (21,4 Prozent der Wohnbevölkerung) in Westdeutschland (ohne Berlin). Ostdeutschland ist eine weitgehend monoethnische Gesellschaft geblieben. Hohe Migrantenanteile wiesen im Jahr 2007 Frankfurt am Main (42 Prozent), Augsburg (40 Prozent), Nürnberg (38 Prozent) und Stuttgart (37 Prozent) auf. Von den Kindern unter sechs Jahren hatte in diesen vier Städten bereits eine deutliche Mehrheit von 57 bis 68 Prozent mindestens einen Elternteil mit Migrationshintergrund.

Der wachsende Anteil der Migranten ist keine Besonderheit der deutschen Sozialstruktur. Auch in vielen anderen europäischen Gesellschaften – selbst in den ehemaligen Auswanderungsländern Portugal, Spanien und Italien – hat die Zahl der Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten zugenommen.

## Geschichtliche Entwicklung

Die deutsche Nachkriegsgeschichte von Migration und Integration lässt sich recht klar in vier Phasen unterteilen: in die Gastarbeiterphase (1955-1973), die Phase der ersten Integrationsversuche (1973-1981), die Abwehrphase (1981-1998) und die Akzeptanzphase (ab 1998).

## Die Entwicklung zur multiethnischen Gesellschaft (1961-2011, Ausländer in Millionen)



(bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 vereintes Deutschland; 1961, 1987 und 2011 Volkszählungen)

\* Die Rückgänge 1987, 2004 und 2011 sind keine realen Rückgänge, sondern statistische Kunstprodukte durch die Korrekturen der überhöhten Zahlen des Ausländerzentralregisters (AZR).

Eigene Grafik nach Daten bei Lederer 1997 (1961-1989); Statistisches Bundesamt (1990-2010); Zensus 2011



Italienische Gastarbeiter aus dem VW-Werk in Wolfsburg fahren in den Sommerferien 1965 nach Italien. Wegen des großen Andrangs setzte die Bahn Sonderzüge ein.



Zehn Jahre später gehört das Miteinander zum Arbeitsalltag: Ein türkischer „Gastarbeiter“ und sein deutscher Kollege bei der PKW-Montage in den BMW-Werken in München 1974

### Gastarbeiterphase (1955-1973)

Die Jahre 1955 bis 1973 markieren die Periode der Gastarbeiterphase, die man auch „Anwerbephase“ nennen kann. Um ihren Arbeitskräftebedarf zu decken, warb die aufblühende westdeutsche Wirtschaft Menschen aus den Mittelmeerländern an und schloss entsprechende Abkommen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) ab. Die Anwerbemaßnahmen erfolgten auch vor dem Hintergrund der Absperrung der deutsch-deutschen Grenze im Jahr 1961, die den Zuzug von Übersiedlern aus der DDR weitgehend zum Erliegen brachte und den Arbeitskräftemangel verschärfte.

Wie begehrt und hochwillkommen ausländische Arbeitnehmer seinerzeit in Deutschland waren, macht das folgende Ereignis deutlich: Die zweimillionste „Gastarbeiterin“, eine Jugoslawin, wurde 1972 in München vom Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit und vom bayrischen Arbeitsminister mit Sekt und Blumen begrüßt und mit einem tragbaren Fernsehgerät beschenkt.

Die zuständigen deutschen Stellen, die Entsendeländer und nicht zuletzt die Betroffenen selbst gingen anfangs vom sogenannten Rotationsprinzip aus: Die angeworbenen Arbeitnehmer sollten nach einigen Jahren in ihre Herkunftsländer zurückkehren und – bei Bedarf der deutschen Wirtschaft – durch neue „Gastarbeiter“ ersetzt werden. So kamen zwischen 1955 und 1973 circa 14 Millionen Ausländer in die Bundesrepublik, und etwa 11 Millionen kehrten wieder in ihre Heimat zurück.

### Erste Integrationsversuche (1973-1981)

Ölkrise, Wirtschaftsrezession und drohende Arbeitslosigkeit veranlassten die Bundesregierung im Jahr 1973, einen bis zum Jahr 2000 gültigen Anwerbestopp zu verhängen. Damit wurde eine Phase der Konsolidierung und erster Integrationsversuche eingeleitet. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von 2,6 Millionen im Jahr 1973 innerhalb von drei Jahren unter die Zwei-Millionen-Grenze sank und diese erst in den 1990er-Jahren wieder überschritten wurde, nahm die ausländische Wohnbevölkerung durch Familiennachzug und hohe Geburtenraten weiter zu (Familienmigration).

Gleichzeitig wiederholte sich in Deutschland ein Phänomen, das die Schweiz bereits zwei Jahrzehnte zuvor erfahren hatte;

der Schweizer Schriftsteller Max Frisch hat es auf die einprägsame Formel gebracht: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ Es wurde deutlich, dass das rein ökonomisch gedachte Rotationsprinzip die menschlichen Aspekte der Arbeitsmigration außer Acht gelassen hatte. Die angeworbenen Migrantinnen und Migranten wurden immer häufiger von kurzfristigen „Gastarbeitern“ zu länger verweilenden Arbeitnehmern oder auch bleibewilligen Einwanderern. Die deutsche Gesellschaft stand damit vor der Herausforderung, den bleibewilligen Teil der Arbeitsmigranten einzugliedern. Die sozialliberale Regierung trug dieser Aufgabe Rechnung, indem sie 1978 das Amt des Integrationsbeauftragten – die genaue Bezeichnung lautete „Beauftragter der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ – einrichtete und mit Heinz Kühn, dem prominenten ehemaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, besetzte.

Kühn – er wird heute fälschlicherweise meist als erster „Ausländerbeauftragter“ bezeichnet – verfasste ein Jahr nach Amtsantritt ein beeindruckendes Memorandum zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Wer es heute liest, könnte meinen, es sei nicht vor fast 35 Jahren, sondern gestern geschrieben worden. So heißt es dort zum Beispiel: „Den (vermutlich in großer Zahl) bleibewilligen Einwanderern, namentlich der zweiten und dritten Generation, muss das Angebot einer vorbehaltlosen und dauerhaften Integration gemacht werden [...]. Bereits jetzt haben gravierende Bildungs- und Ausbildungsnachteile einen großen Teil der ausländischen Jugendlichen in eine Außenseiterrolle gedrängt, die nicht nur für den Einzelnen schwerste persönliche Probleme schafft, sondern auch bereits in den Kriminalstatistiken evident wird.“ Es müsse mehr Geld für Bildung und Ausbildung der jungen Ausländer ausgegeben werden, sonst würden „möglicherweise [...] anstelle eines Lehrers zwei Ordnungskräfte notwendig.“ Allerdings blieb Kühn ein ungehörter Rufer in der Wüste.

### Abwehrphase (1981-1998)

Zu Beginn der 1980er-Jahre wurde ein neues, bis heute andauerndes Migrationsphänomen offensichtlich: die Anziehungskraft Deutschlands für Asylsuchende aus den Krisengebieten der europäischen und außereuropäischen Welt, wo Krieg,



imago / Helga Lade

Viele, die einst nur für einen zeitlich begrenzten Arbeitsaufenthalt nach Deutschland kommen wollten, bleiben dauerhaft und holen ihre Familien nach. Einchecken für einen Besuch in der alten Heimat am Frankfurter Flughafen 1989

Elend und Unterdrückung herrschen. 1980 verdoppelte sich die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vorjahr und überstieg mit 108 000 erstmals die 100 000-Marke. Die Politiker reagierten darauf mit einer Wende in der Ausländerpolitik: Die zaghaften Integrationsbemühungen Ende der 1970er-Jahre schlugen um in ein „Rennen nach einer Begrenzungsolitik“, wie es Karl-Heinz Meier-Braun 1995 formuliert hat. Der Konsolidierungsphase mit ersten Integrationsversuchen folgte eine fast zwei Jahrzehnte dauernde „Abwehrphase“.

Dabei geriet die Integration der Arbeitsmigranten immer mehr in Vergessenheit, obgleich der Wandel vom „Gastarbeiter“ zum Einwanderer kontinuierlich voranschritt. Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 durchgeführten repräsentativen Befragung deutscher Haushalte, zeigten, dass immer mehr Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbeländern ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland gefunden hatten und sich darauf einrichteten, auf längere Zeit oder auch auf Dauer in der Bundesrepublik zu leben. 1984 wollten nur 30 Prozent dauerhaft in Deutschland bleiben, 2000 waren es bereits die Hälfte, von der zweiten Generation mehr als zwei Drittel. Konkrete Rückkehrabsichten äußerten nur noch 15 Prozent (Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ 2001).

Dieser Orientierungswandel führte dazu, dass sich immer mehr Ausländer immer länger in Deutschland aufhalten. Anfang 2003 hielten sich bereits 72 Prozent aller hier lebenden Türken, jeweils 76 Prozent der Griechen und Italiener sowie 78 Prozent der Spanier seit mindestens zehn Jahren in der Bundesrepublik auf. Von den ausländischen Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren waren 2002 bereits 68 Prozent hier geboren.

Die Verwandlung der „Gastarbeiter“ zu Einwanderern vollzog sich eher im Stillen, die öffentliche Aufmerksamkeit konzentrierte sich stattdessen auf Asylsuchende und Flüchtlinge. Mit der Krise und dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Osteuropa nahm der Zuwanderungsdruck eine neue Qualität an: Zu den Asylsuchenden aus den Armuts- und

Konfliktregionen der sogenannten Dritten Welt kamen viele Menschen, die die geöffneten Grenzen im Osten dazu nutzten, den Krisen und dem Krieg in Ost- und Südosteuropa zu entkommen.

Die Zahl der Asylsuchenden stieg zu Beginn der 1990er-Jahre stark an und erreichte 1992 mit 438 000 Antragstellenden den Höhepunkt. Deutschland gehörte zu den bevorzugten Zielen der nach Westeuropa strebenden Menschen, wenn auch die Zahl der Asylsuchenden pro Kopf der Bevölkerung in vielen europäischen Gesellschaften noch höher lag. So kamen zum Beispiel im Gipfeljahr 1992 in Schweden auf 1000 Bewohner zehn Anträge auf Asyl, in Deutschland lediglich fünf.

Mit der Änderung des Asylrechts durch die „Drittstaatenregelung“ im Jahr 1993 ging die Zahl der Asylsuchenden schlagartig zurück. Sie fiel nahezu kontinuierlich auf 71 000 im Jahr 2002 und 19 000 im Jahr 2007, steigt aber seitdem wieder an. 2013 wurden 127 000 Anträge auf Asyl gestellt, und von Januar bis Oktober 2014 waren es bereits 158 000.

Im Hinblick auf die Gesamtzahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich allerdings sagen: Das erneute starke Wachstum von 4,5 Millionen im Jahr 1988 auf 7,3 Millionen im Jahr 1996 ist weniger auf Flüchtlinge, sondern hauptsächlich auf den vermehrten Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen. Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer nahm zwischen 1987 und 1993 um fast zwei Drittel von 1,8 Millionen auf drei Millionen zu. Die Arbeitgeber brauchten zusätzliche Arbeitsmigranten und nutzten die Schlupflöcher, die ihnen der Anwerbestopp gelassen hatte. Hinter der Fassade des unrealistischen Dogmas „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ boomte die Ausländerbeschäftigung.

Zusammenfassend lässt sich die Entwicklung des multiethnischen Teils der Gesellschaft wie folgt charakterisieren: Deutschland ist seit den 1960er-Jahren aus ökonomischen, demografischen und humanitären Gründen de facto zu einem Zuwanderungsland geworden – allerdings über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg zu einem „Zuwanderungsland wider Wil-

len“. Die Politik war zu sehr mit Begrenzung und Abwehr befasst und hat es darüber versäumt, ein durchdachtes Konzept zur Eingliederung der Migrantinnen und Migranten zu entwickeln und der deutschen Bevölkerung bei der Bewältigung der Integrationsprobleme zu helfen. Der Migrationsforscher Klaus J. Bade beschreibt die Folgen dieser Versäumnisse: „Die lange anhaltende Konzeptions- und Perspektivlosigkeit im Gesamtbereich von Migration, Integration und Minderheiten hatte zweifelsohne beigetragen zur Eskalation [...] [von] Fremdenangst und schließlich auch Fremdenfeindlichkeit.“

In den 1990er-Jahren dürfte das Ignorieren der Integrationsproblematik auf Landes- und Bundesebene auch damit zusammengehangen haben, dass Deutschland durch die über Nacht hereingebrochene Wiedervereinigung eine Integrationsaufgabe von ganz anderen Dimensionen zu bewältigen hatte und immer noch hat. Auf lokaler Ebene – sozusagen „vor Ort“ – hat es in vielen Städten wie zum Beispiel Stuttgart, Frankfurt am Main oder Berlin durchaus große Bemühungen gegeben, die vielen Migrantinnen und Migranten angemessen am städtischen Leben zu beteiligen.

### Akzeptanzphase (seit 1998)

Der Regierungswechsel von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder im Herbst 1998 läutete eine neue Periode ein, die hier als „Akzeptanzphase“ bezeichnet werden soll. „Es besteht Einigkeit darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist und nicht werden soll.“ In diese klaren Worte fasst Manfred Kanther, der letzte Innenminister der Regierung Kohl, 1998 das Dogma der Abwehrphase. Kurz danach versprach Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung „eine entschlossene Politik der Integration [...]“. Die Realität lehrt uns, dass in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten eine unumkehrbare Zuwanderung stattgefunden hat. „Und unter den beiden Regierungen Merkel wurde dieser Weg mit noch mehr Konsequenz und Einfallsreichtum fortgesetzt. „Integration ist eine Schlüsselaufgabe dieser Zeit“ – auf diese Formel komprimierte Angela Merkel die Aufgabe in der Regierungserklärung zu ihrem Amtsantritt im November 2005.

Die Akzeptanzphase beruht auf zwei Grundeinsichten:

- Deutschland brauchte Einwanderer aus demografischen und ökonomischen Gründen, braucht sie heute und wird sie auch in absehbarer Zukunft brauchen.

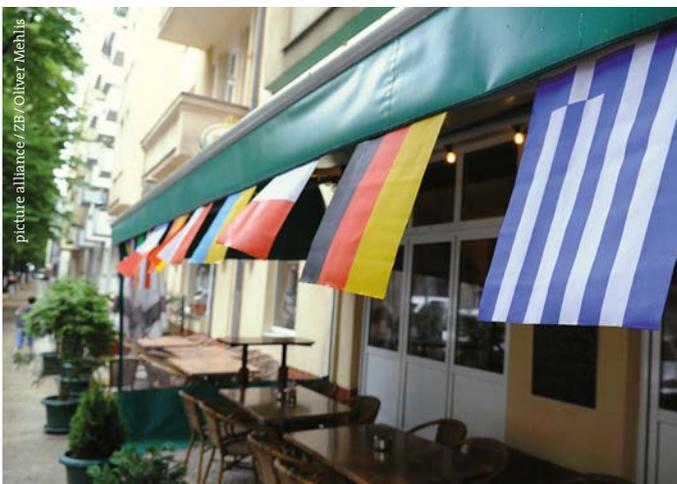
- Wer Einwanderer braucht, muss diese in die Kerngesellschaft integrieren. Wenn dies nicht geschieht, führt dies zu Problemen und Konflikten.

Diese Grundeinsichten waren bei vielen Migrations- und Integrationsforschern schon seit vielen Jahren vorhanden. Sie kamen zum Beispiel im „Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung“ (Bade 1993) zum Ausdruck, einem von 60 Professoren unterzeichneten Plädoyer für eine neue Migrations- und Integrationspolitik.

Seit der Jahrtausendwende werden die beiden Grundeinsichten von großen Teilen der politischen Eliten mit durchaus unterschiedlichen Nuancen akzeptiert und in politische Maßnahmen umgesetzt. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erleichtert seit 2000 die Einbürgerung und ermöglicht jungen Ausländerinnen und Ausländern durch das „Optionsmodell“ bis spätestens zum 23. Lebensjahr die doppelte Staatsangehörigkeit. Die derzeit regierende Große Koalition hat die Optionspflicht für den überwiegenden Teil der jungen Migrantinnen und Migranten abgeschafft. Wer bis zum 21. Geburtstag mindestens 8 Jahre in Deutschland gelebt oder 6 Jahre eine Schule besucht hat oder wer in Deutschland einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, kann Bürger zweier Staaten bleiben.

2005 trat das erste Zuwanderungsgesetz der deutschen Geschichte in Kraft. Im selben Jahr wurde in Nordrhein-Westfalen das erste Integrationsministerium eines Bundeslandes geschaffen und mit Armin Laschet (CDU) besetzt, der ein Jahr später einen „Aktionsplan Integration“ vorlegte. Inzwischen existieren in weiteren sechs westdeutschen Ländern Ministerien oder Senatorenämter, zu deren Amtsbezeichnung der Zusatz „Integration“ gehört.

2006 begannen zwei Serien von bisher acht Islamkonferenzen und sechs Integrationsgipfeln, um – in durchaus nicht unumstrittener Art – Integrationsprobleme auch mit Vertretern der Migrantinnen und Migranten sowie ihrer Organisationen zu besprechen. Auf Initiative der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU) entwickelten zahlreiche Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft (darunter auch Migranten) in den Jahren 2006/2007 einen „Nationalen Integrationsplan“, dem 2011 ein „Nationaler Aktionsplan“ folgte – beides ebenfalls Premierer in der deutschen Geschichte.



In Europa zu Hause: Vor einem griechischen Restaurant hängen während der Fußball-Europameisterschaft 2012 die Fahnen der teilnehmenden Länder, so auch die deutsche und die griechische Flagge. Integration bedeutet nicht die Aufgabe der eigenen Identität.



Die Religionswissenschaftlerin Tuba Isik-Yigit und die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder im Mai 2010 vor Beginn der zweiten Deutschen Islamkonferenz. Die Islamkonferenz war 2006 vom damaligen Innenminister Schäuble ins Leben gerufen worden, um die Integration der Muslime in Deutschland zu verbessern.

### „Einheit der Verschiedenen“

Seit 20 Jahren sind nicht mehr so viele Menschen nach Deutschland gezogen wie 2013. [...] Die meisten Immigranten stammen aus europäischen Nachbarländern, immer mehr aus den Euro-Krisenländern Italien und Spanien, aber auch aus Kroatien oder Rumänien. Griechen, Ungarn und Bulgaren dagegen entschlossen sich seltener als 2012, eine neue Heimat in Deutschland zu suchen.

Wie sie dann ist, diese neue Heimat, und wie Deutschland sich wandelt mit den Neuen, verraten die Zahlen nicht. Um solche Fragen kümmert sich dafür [...] Bundespräsident Joachim Gauck, der zu einer Einbürgerungsfeier ins Schloss Bellevue geladen hat, am Tag vor dem 65. Geburtstag des Grundgesetzes.

23 Neubürger mit ihren Familien sitzen da, manche sind in Deutschland geboren, manche haben Vorfahren in Bolivien, Polen, Ghana. Gauck wird ihnen eine Urkunde überreichen und das Grundgesetz. Vorher aber hält er eine Rede, deren Botschaft lautet: Nehmt Abschied. „Hören wir auf, von ‚wir‘ und ‚denen‘ zu reden“, sagt Gauck. „Es gibt ein neues deutsches ‚Wir‘, die Einheit der Verschiedenen.“

Wer wissen will, wie Gauck dieses neue Wir versteht, muss ihm auf eine Gedankenreise folgen, die beim Lob auf den prosperierenden Rechtsstaat beginnt, der Menschen aus aller Welt anziehe. „Jeder fünfte von uns hat inzwischen familiäre Wurzeln im Ausland“, sagt Gauck, bevor er zur Frage vorstößt, was das heißt: deutsch zu sein. Ein Blick ins Land zeige, „wie skurril es ist, wenn manche der Vorstellung anhängen, es könne so etwas geben wie ein homogenes, abgeschlossenes, gewissermaßen einfarbiges Deutschland“.

[...]. Er [...] erzählt von Begegnungen mit Menschen, die beglückt gewesen seien, „weil sie hier so lieben und so glauben können, wie sie es wollen“. Das habe Gaucks Blick verändert, und diesen Perspektivwechsel wünsche er dem Land. Wer vietnamesische Eltern habe, wolle sich nicht fragen lassen, woher er „eigentlich“ komme. Das signalisiere: „Du gehörst nicht wirklich zu uns.“ Statt Menschen, die hier zu Hause seien, zu „Anderen“ zu machen, müssten „Alt-Deutsche“ zum Wandel im Kopf bereit sein. Umdenken sei von allen gefragt: „Es braucht unsere, es braucht eine geistige Öffnung.“

Eine Gauck-Rede über Einwanderung wäre aber keine, kämen nicht auch Konflikte zur Sprache: „Ghettobildung, wo es sie gibt, Jugendkriminalität, patriarchalische Weltbilder und Homophobie, Sozialhilfekarrieren und Schulschwänzer“. Kulturelle und soziale Ursachen seien „nicht in einen Topf“ zu werfen. Aber wer das Grundgesetz missachte, habe mit „null Toleranz“ zu rechnen. „Es kann keine mildernden Umstände geben für kulturelle Eigenarten, die unseren Gesetzen zuwiderlaufen.“

Als Gauck zum Ende kommt, sieht man zufriedene Gesichter. „Das war ein Paradigmenwechsel, eine Absage an die Integrationsdebatte der letzten 20 Jahre“, sagt die Migrationsforscherin Naika Foroutan. „An die Stelle von ‚Multikulti ist gescheitert‘ hat Gauck die ‚Einheit der Verschiedenen‘ gesetzt. Das ist ein neues Leitmotiv.“ Der so Gelobte hört das nicht. Er steht bei den neuen Staatsbürgern, ist beschäftigt. Mit Kennenlernen.

Constanze von Bullion, „Wir bunten Deutschen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Mai 2014

Erwähnenswert ist auch der Paradigmenwechsel im öffentlichen Diskurs über Migration und Integration. Aus einem Diskurs über „unerwünschte Ausländer“, in dem das realitätsfremde Dogma „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ dominierte und der Begriff „Integration“ nicht vorkam, ist ein Diskurs über das Wie der als notwendig anerkannten Migration und Integration geworden (Geißler 2010).

## Migrantengruppen

Das multiethnische Segment ist in sich ausgesprochen vieltalig, differenziert und dynamisch. Die verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten unterscheiden sich nicht nur durch ihre unterschiedlichen ethnischen und kulturellen Wurzeln, sondern auch durch Unterschiede im Rechtsstatus, in den Zuwanderungsmotiven und im Grad der Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft.

### (Spät-)Aussiedler

(Spät-)Aussiedler und ihre Familien stellten 2011 mit 4,2 Millionen fast die Hälfte der Migrantinnen und Migranten mit deutschem Pass. Seit 1950 werden deutschstämmige Zuwanderer aus dem Osten und aus Südosteuropa nicht mehr „Flüchtlinge“ oder „Vertriebene“ genannt, sondern „Aussiedler“, seit 1993 „Spätaussiedler“. Sie sind „deutsche Volkszugehörige“ im Sinne des Grundgesetzes (Art. 116) und erhalten nach ihrer Einreise die deutsche Staatsangehörigkeit. Aus-

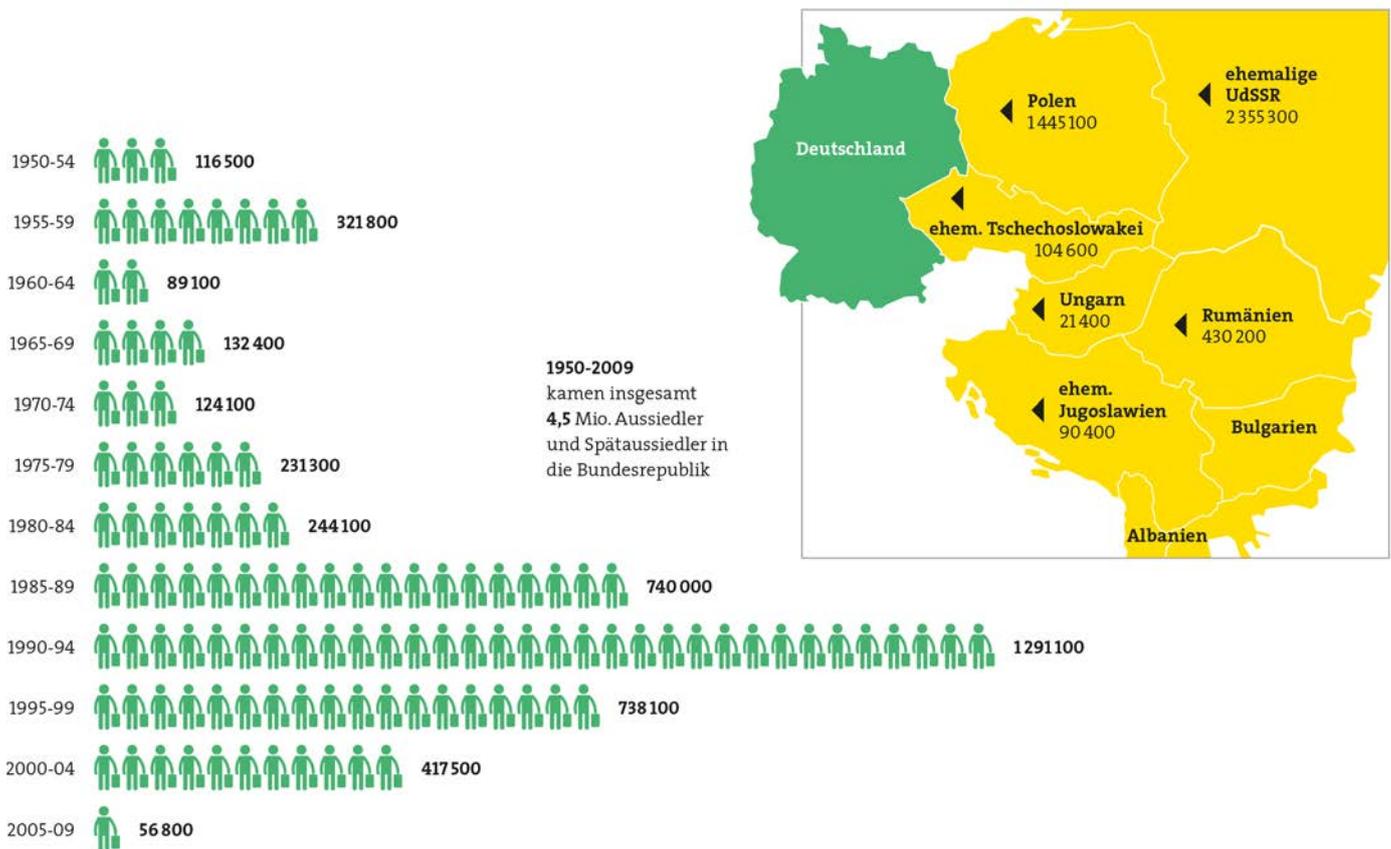
siedler sind geschichtsträchtige Migranten, sie verbinden das moderne Einwanderungsland Deutschland mit seinen lange zurückliegenden Perioden als Auswanderungsland.

Fast die Hälfte der (Spät-)Aussiedler (knapp 2,4 Millionen) kommt aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Es sind in der Regel Nachkommen der deutschen Auswanderer, die seit Katharina der Großen – einer deutschen „Heiratsmigrantin“ auf dem russischen Zarenthron (von 1762 bis 1796) – angeworben worden waren, um unbesiedeltes, aber fruchtbares russisches Land insbesondere an der Wolga zu kultivieren („Wolga-Deutsche“). Nach dem Überfall Hitlers auf die Sowjetunion wurden sie während des Zweiten Weltkrieges von Stalin als angebliche Kollaborateure verfolgt und in die asiatischen Teile seines Imperium vertrieben, besonders nach Kasachstan und Sibirien.

Die zweitgrößte Gruppe – knapp 1,5 Millionen – stellen die deutschen Minderheiten aus Polen, und 430 000 (Spät-)Aussiedler sind Remigranten aus Rumänien. Teile ihrer Vorfahren, zum Beispiel die „Siebenbürger Sachsen“, waren bereits im 12. Jahrhundert vom ungarischen König als Siedler in das Gebiet des heutigen Rumänien geholt und mit Privilegien ausgestattet worden.

Die Größenordnung des Zuzugs unterliegt erheblichen Schwankungen. Zwischen 1950 und 1987 wanderten jährlich zwischen 20 000 und 60 000 Aussiedler ein. Mit dem Fall der Ausreisebeschränkungen in Osteuropa stieg ihre Zahl dann sprunghaft an: Allein zwischen 1988 und 1994 wurden fast 2 Millionen Aussiedler aufgenommen, mit dem Höhepunkt im Jahr 1990, als 397 000 Personen kamen. Politische Restriktio-

## (Spät-)Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa seit 1950



Bergmoser + Höller Verlag AG, Zahlenbild 40 522; Quelle: Bundesverwaltungsamt

nen – Kontingentierung auf etwa 200 000 pro Jahr und Bindung des Zuzugs an die Zustimmung zu einem Aufnahmeantrag (1990), später auch an ausreichende Deutschkenntnisse (1996) – bremsten die Zuwanderung ab. Diese Maßnahmen wurden von materiellen Zuwendungen an „deutsche Volkzugehörige“ in Osteuropa begleitet, um sie zum Verbleib insbesondere in Russland und Kasachstan zu bewegen und den Aussiedlungsdruck zu mildern. Seit den 1990er-Jahren ging daraufhin die Zahl der Aussiedler kontinuierlich zurück – von über 104 000 im Jahr 1999 auf 36 000 im Jahr 2005. Seit 2006 kommen nur noch wenige Tausend pro Jahr.

Auch die Herkunftsregionen veränderten sich. Polendeutsche siedelten bereits seit den 1950er-Jahren in relativ großer Zahl über, mit einem Maximum von gut 500 000 zwischen 1988 und 1990. Seit Ende der 1990er-Jahre ist ihre Zuwanderung so gut wie abgeschlossen. Die Rumäniendeutschen nutzten den Zusammenbruch des kommunistischen Regimes und zogen insbesondere in der kurzen Zeit zwischen 1989 und 2004 nach Deutschland. Auch die Russlanddeutschen profitierten von der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ im Zuge der Perestroika. Sie wanderten als letzte der drei Gruppen ein; seit 1992 stellen sie fast allein das gesamte Kontingent der Spätaussiedler. 2006 ist aber auch ihre Einwanderung so gut wie beendet.

Von den 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedlern, die seit 1950 nach Deutschland gekommen sind, leben 2011 noch 3,2 Millionen hier. In ihren Familien wurden nach der Einreise in Deutschland circa eine Million Kinder geboren.

### Arbeitsmigranten

Kräftige Spuren hat die Gastarbeiterphase hinterlassen. 6 Millionen Menschen – das sind 38 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – stammen aus früheren Anwerbestaaten. Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (2,9 Millionen), aus den Staaten des früheren Jugoslawien (1,4 Millionen) und aus Italien (780 000) belegen die Spitzenplätze in der Liste der größten Migrantengruppen (ohne Aussiedler).

Auch die früheren Gastarbeiter und ihre Nachkommen aus Griechenland (knapp 400 000), Spanien (160 000), Portugal (159 000) und Marokko (150 000) gehören zu den 20 größten Einwanderergruppen (siehe Tabelle S. 46). Die Angaben für Jugoslawien enthalten auch eine nicht genau quantifizierbare Zahl von Flüchtlingen aus den Kriegswirren beim Zerfall Jugoslawiens, und auch unter den Zuwanderern aus der Türkei sind zahlreiche Flüchtlinge, insbesondere Kurden. Eine weitere Million – darunter vermutlich auch ein Teil Heiratsmigrantinnen und -migranten – machen die Einwanderer aus den wichtigsten europäischen Nachbarländern (Österreich, Niederlande, Frankreich und Vereinigtes Königreich) sowie aus den USA aus. Noch mehr, nämlich knapp 1,3 Millionen Menschen, sind aus dem postsozialistischen Osteuropa, aus Polen, Rumänien und der Ukraine, zugewandert.

## Die 20 größten Migrantengruppen nach Herkunftsländern (2011, ohne Aussiedler)

Ausländer (AZR) <sup>1</sup>			Personen mit Migrationshintergrund 2011 (ohne Aussiedler)			
Herkunftsland	1980 (in 1000)	2011 (in 1000)	Herkunftsland	insgesamt (in 1000)	Ausländer (in 1000)	Deutsche
Türkei <sup>2</sup>	1462	1607	Türkei <sup>2</sup>	2929	1721	41%
Jugoslawien <sup>3</sup>	632	(863)	Ex-Jugoslawien <sup>3</sup>	1393	1022	27%
Italien	618	520	Italien	780	604	23%
Polen	60	468	Polen	712	392	45%
Griechenland	297	284	Russische Föderation	422	240	43%
Kroatien <sup>3</sup>	–	223	Griechenland	392	317	19%
Serbien <sup>3</sup>	–	198	Kroatien	360	270	25%
Russische Föderation <sup>4</sup>	51	195	Rumänien <sup>5</sup>	336	104	69%
Österreich	172	176	Kosovo	302	209	31%
Rumänien	10	159	Serbien	286	224	22%
Bosnien-Herzegowina <sup>3</sup>	–	153	Österreich	282	185	34%
Niederlande	– <sup>6</sup>	138	Niederlande	229	168	27%
Kosovo <sup>3</sup>	–	137	Bosnien-Herzegowina	228	171	25%
Ukraine	–	123	Ukraine	220	157	29%
Portugal	112	116	Frankreich	174	118	32%
Frankreich	– <sup>6</sup>	111	Vietnam	170	96	44%
Spanien	180	110	Kasachstan <sup>5</sup>	165	55	67%
USA	77	102	Spanien	160	113	29%
Vereinigtes Königreich	– <sup>6</sup>	98	Portugal	159	129	19%
Bulgarien	4	94	USA	159	93	42%
China	2	86	Vereinigtes Königreich	150	102	32%
			Marokko	150	59	61%
			Iran	146	54	63%
			Afghanistan	145	62	57%
<b>Summe</b>	<b>3677</b>	<b>4975</b>	<b>Summe</b>	<b>10 449</b>	<b>6665</b>	
<b>Ausländer insgesamt</b>	<b>4453</b>	<b>6931</b>	<b>Migrationshintergrund ohne Aussiedler insges.</b>	<b>11 754</b>		<b>39%</b>
			<b>Migrationshintergrund insgesamt (mit Aussiedlern)</b>	<b>15 962</b>	<b>7191</b>	

<sup>1</sup> Die letzte Volkszählung (Zensus 2011) mahnt zur Vorsicht beim Umgang mit den bisherigen Daten zu Migranten, weil das Ausländerzentralregister (AZR) und der Mikrozensus die Zahl der Ausländer um 1 Million bzw. 1,2 Millionen überschätzen. Bisher liegen keine Angaben zu den Herkunftsländern aus dem Zensus 2011 vor.

<sup>2</sup> davon schätzungsweise über 500 000 Kurden (2011)

<sup>3</sup> Die Staaten des ehemaligen Jugoslawien: Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro und Mazedonien. Da die heutigen Staaten Kroatien, Kosovo, Serbien und Bosnien-Herzegowina zu den 20 größten Gruppen gehören, werden sie in dieser Abbildung nochmals separat aufgelistet. Die Zahlen ihrer Personen mit Migrationshintergrund sind also bereits in der Zahl für (Ex-)Jugoslawien enthalten.

<sup>4</sup> 1980: UdSSR

<sup>5</sup> eventuell inkl. einer nicht quantifizierbaren Zahl von Spätaussiedlern

<sup>6</sup> keine Angaben

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Datenbasis für Ausländer (linke Spalten): Ausländerzentralregister (AZR); Datenbasis für Personen mit Migrationshintergrund (rechte Spalten): Mikrozensus.

### Flüchtlingsgruppen

In den Migrationsstatistiken lässt sich nicht eindeutig erkennen, wie viele der 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund Flüchtlinge sind, aber sie geben dazu einige Hinweise. Alle vier Jahre fragt der Mikrozensus die 15- bis 74-jährigen Zuwanderer nach dem Hauptgrund ihrer Einwanderung. 2008 gaben 570 000 Migrantinnen und Migranten „politische oder humanitäre Gründe“ bzw. „Asyl“ an. Etwa zwei Drittel von ihnen (370 000) sind Ausländer, ein Drittel (200 000) ist inzwischen eingebürgert. Diese Angaben sind allerdings unvollständig, weil die Jüngeren unter 15 Jahren und die in Deutschland geborenen Kinder der Flüchtlingsfamilien fehlen.

Die Flüchtlinge kommen aus vielen Ländern und Kulturen und unterscheiden sich insbesondere auch durch ihren unterschiedlichen Rechtsstatus.

– **Anerkannte Flüchtlinge:** Mindestens 360 000 Personen sind anerkannte Flüchtlinge mit unbefristeter Aufenthalts- oder Niederlassungsgenehmigung, Arbeitserlaubnis, Rechten auf soziale Sicherung sowie Ansprüchen auf Eingliederungshilfen. Neben den erwähnten 200 000 eingebürgerten Flüchtlingen lebten Ende 2012 45 000 ausländische Asylberechtigte sowie 71 000 ausländische anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK-Flüchtlinge) in Deutschland. So wurden zum Beispiel 1979 im Rahmen einer internationalen humanitären Hilfsaktion 35 000 *Boat-People* aus Vietnam aufgenommen. Weitere 51 000 Ausländer sind jüdische Emigranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie gehören zu der großen Gruppe von 213 000 jüdischen Zuwanderern insbesondere aus der russischen Föderation und der Ukraine, die vor allem zwischen 1993 und



picture alliance / dpa / Axel Heimken

Flüchtlinge kommen aus vielen Ländern und Kulturen nach Deutschland. Während der Bearbeitung ihres Asylantrags leben sie zum Teil in improvisierten Unterkünften. Eine Familie aus Tschetschenien 2013 vor einem Wohncontainer in Hamburg

2004 nach Deutschland kamen, wo ihnen aus historischen Gründen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wurde. Sie sind ausgesprochen gut gebildet; zwei Studien ermitteln Akademikeranteile von 51 bzw. 70 Prozent. Da in diesem Fall nur die Zuzüge statistisch erfasst sind, gibt es keine Angaben darüber, wie viele der jüdischen Einwanderer heute noch in Deutschland leben. Durch diese Zuwanderung ist die jüdische Gemeinschaft in Deutschland auf 104 000 Mitglieder angewachsen und zur drittgrößten in Europa geworden.

- **Flüchtlinge mit vorläufigem Bleiberecht oder Abschiebungsverbot:** Nach den Berechnungen des Nürnberger Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erhielten etwa 51 000 Flüchtlinge in den Jahren 2007 und 2008 ein vorläufiges Bleiberecht. Voraussetzung dafür war, dass sie sich mindestens sechs bis acht Jahre in Deutschland aufgehalten hatten sowie dauerhaft beschäftigt und nicht von staatlicher Unterstützung abhängig waren. Ende 2013 lebten weitere 43 000 Ausländer in Deutschland, denen der „subsidiäre Schutz“ gegen eine Abschiebung gewährt wurde, weil ihnen nach der Ausreise eine schwerwiegende Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit droht.
- **Geduldete:** Die etwa 160 000 „geduldeten Flüchtlinge“ – so die juristische Bezeichnung – befinden sich in einer schwierigen Situation ohne Perspektive: Aufgrund verschiedener rechtlicher Regelungen wird ihre Ausreisepflicht nicht umgehend durchgesetzt. Sie werden kurzfristig „geduldet“ – aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen, auch aus politischem Interesse oder weil „die Ausreise nicht durchsetzbar“ ist. Ihre Zukunft ist ungewiss.
- **Asylbewerber:** Genau 99 999 Asylbewerber, deren Verfahren am 31.1.2014 noch nicht abgeschlossen war, unterliegen strikten Reglementierungen: keine sofortige und unbe-



picture alliance / dpa / Inga Kjer

Ohne offizielle Arbeitserlaubnis können Asylsuchende keinen Job bekommen. Der Geschäftsführer einer Änderungsschneiderei in Pforzheim (re.) konnte einen Flüchtling einstellen.

schränkte Arbeitserlaubnis sowie seit 1994 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese wurden 2012 aufgehoben, weil sie in der bisherigen Form nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht dem in Deutschland rechtlich festgelegten menschenwürdigen Existenzminimum entsprachen. Über lange Zeit unterlagen die Asylbewerber der sogenannten Residenzpflicht und durften den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen. In den letzten Jahren hat die Mehrheit der Bundesländer diese starre Einengung der Bewegungsfreiheit allerdings aufgehoben.



2009 lebten schätzungsweise zwischen 138 000 und 330 000 Menschen illegal in Deutschland. Transparent vor der St. Thomas-Kirche in Berlin-Kreuzberg

### „Illegale“

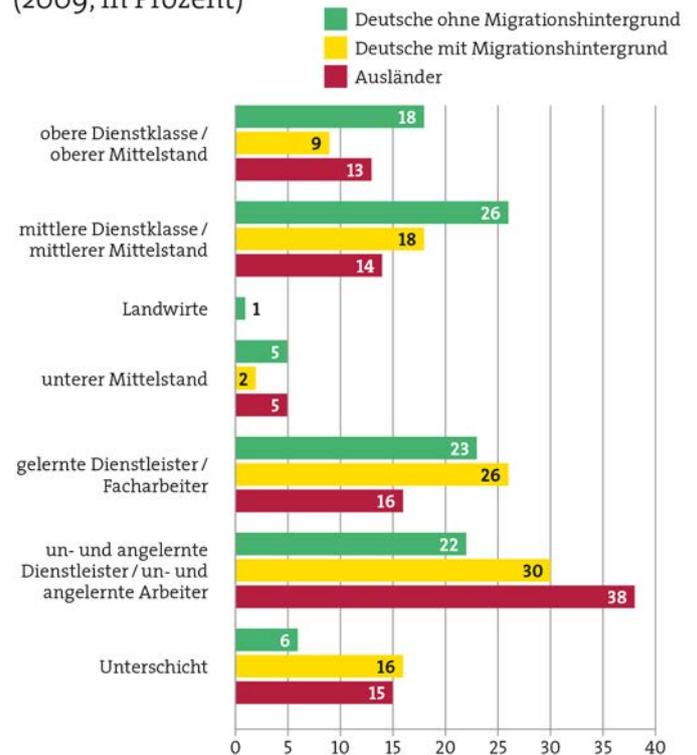
Als „Illegale“ werden Ausländer bezeichnet, die ohne Genehmigung oder mit gefälschten Papieren eingereist sind oder nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung nicht ausgereist oder „untergetaucht“ sind. Die Grenze zwischen „legaler“ und „illegaler“ Migration ist allerdings fließend. Mit der Osterweiterung der EU im Jahr 2004 dürfte die Zahl der Illegalen kleiner geworden sein, weil sich Migrantinnen und Migranten aus den neuen Mitgliedstaaten nunmehr legal in Deutschland aufhalten können. Nach einer Schätzung des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts lebten 2009 zwischen 138 000 und 330 000 Menschen illegal in Deutschland. Ihre Lebensbedingungen sind ausgesprochen prekär und belastend: hohe Ausbeutungsrisiken in illegalen Beschäftigungsverhältnissen, fehlende Krankenversicherung, permanentes Abschiebungsrisiko. 2011 wurde die Meldepflicht von Schulen und anderen Erziehungseinrichtungen abgeschafft, sodass die Gefahr, durch den Schulbesuch der Kinder entdeckt zu werden, weitgehend verschwunden ist.

## Soziallage und Lebenschancen

### Starke tendenzielle Unterschichtung

Die Lebenschancen der Migrantinnen und Migranten werden wesentlich von der starken tendenziellen Unterschichtung der deutschen Sozialstruktur durch Zuwanderer beeinflusst, das heißt Migranten sind in den unteren Schichten häufiger und in den höheren Schichten seltener platziert als Einheimische (siehe Schaubild). Gut 15 Prozent der Ausländer im Vergleich zu 6 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund gehören der Unterschicht an und bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend durch staatliche Mindestunterstützung (Sozialgeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe). Weitere 38 Prozent leben in Familien von Un- und Angelehrten, bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund sind es 22 Prozent. Die Schichtzugehörigkeit der Deutschen mit Migrationshintergrund ist nicht wesentlich besser als diejenige der Ausländer: 16 Prozent leben von staatlicher Mindestunterstützung und weitere 30 Prozent in Familien von Un- und Angelehrten. Besonders stark sind die Migranten aus der Türkei von den Unterschichtungstendenzen betroffen.

### Tendenzielle Unterschichtung (2009, in Prozent)



Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage Wiesbaden 2014, S. 290 (Datenbasis: Mikrozensus 2009; N = 489 349 Haushalte; berechnet von Sonja Weber-Menges).

Eine Sonderauswertung der Daten aus der Schulleistungsstudie PISA 2006 ermittelt die durchschnittlichen Unterschiede im sozioökonomischen Status zwischen den Familien von Einheimischen und Migranten im europäischen Vergleich (Geißler 2010). Dabei wird deutlich, dass die „Statuskluff“ in Deutschland besonders stark ausgeprägt ist: Unter den 15 wichtigsten Einwanderungsländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) belegt Deutschland zusammen mit Luxemburg Rang 1. In einigen europäischen Nachbarländern – Vereinigtes Königreich, Frankreich, Schweden und Norwegen – sind die Statusunterschiede zwischen Einheimischen und Migranten nur etwa halb so groß wie in Deutschland, und in klassischen Einwanderungsländern wie Kanada, Australien und Neuseeland fehlen sie völlig. Die starke tendenzielle Unterschichtung ist eine Hypothek, die uns die frühere Gastarbeiterpolitik, das lange Fehlen einer zukunftsorientierten Migrationspolitik und die damit zusammenhängenden Integrationsversäumnisse hinterlassen haben.

Die starke Unterschichtung beeinträchtigt die Lebenschancen der Migrantinnen und Migranten in verschiedenen Bereichen.

### Arbeitslosigkeit – Armut – Gesundheit

Ausländische Erwerbstätige verrichten überproportional häufig belastende und gefährliche Arbeiten. Da sie auch überdurchschnittlich in krisenanfälligen Branchen beschäftigt sind (schrumpfendes produzierendes Gewerbe, Stahlindustrie und Bau) und dort zusätzlich noch in den besonders bedrohten Positionen mit niedrigen Qualifikationsanforderungen, ist ihr Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren und in der Folge unter

die Armutsgrenze zu geraten, besonders hoch. 2013 betrug ihre Arbeitslosenquote 14,4 Prozent und lag um das 2,3-Fache über der Quote der Deutschen mit 6,2 Prozent. Ihre relativ niedrigen Einkommen – sie entsprechen denjenigen der Deutschen mit ähnlichen Qualifikationen, eine direkte Lohndiskriminierung besteht also nicht – und die hohen Arbeitsplatzrisiken haben zur Folge, dass viele Migranten an oder unter die Armutsgrenze geraten. 2010 lebten 32 Prozent der Ausländer und 26 Prozent aller Menschen mit Migrationshintergrund in relativer Armut (60-Prozent-Mediangrenze), von den einheimischen Deutschen waren es 12 Prozent.

Migrantinnen und Migranten sind häufiger krank und schätzen ihren Gesundheitszustand schlechter ein als Deutsche. Einige Studien, die dabei auch die Unterschiede im Bildungs- und Berufsstatus kontrollieren, zeigen, dass der höhere Krankenstand ein Unterschichtungseffekt ist und kein Migrationseffekt. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet das hohe Risiko psychosozialer Erkrankungen bei Flüchtlingen und Asylbewerbern, die traumatisierenden Erfahrungen wie politischer Verfolgung, Haft, Folter, Krieg oder gefährlicher Flucht ausgesetzt waren.

### Bildung und Ausbildung

Bildung ist der Schlüssel zur Integration der Nachkommen von Migrantinnen und Migranten. Im allgemeinbildenden Schulwesen konnten die zweite und dritte Generation der Ausländer ihre Bildungsdefizite in den drei letzten Jahrzehnten deutlich vermindern. Aber auch 2012 war ihr Risiko, auf eine Förderschule für Lernbehinderte überwiesen zu werden oder das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss zu verlassen, mindestens doppelt so hoch wie bei Deutschen (siehe Tabelle unten). Ein hoher Anteil von 33 Prozent erwarb immer noch den Hauptschulabschluss im Vergleich zu 17 Prozent der Deutschen. Beim Abitur ist die Situation fast genau umgekehrt: 37 Prozent der Deutschen erreichten diesen Abschluss, aber nur 16 Prozent der Ausländer.

Zwischen den verschiedenen Nationalitäten bestehen erhebliche Unterschiede beim Besuch der Sekundarstufe: Von den Schülerinnen und Schülern der ehemaligen Anwerbeländer gingen im Schuljahr 2011/2012 die Kroaten, Slowenen und Spanier am häufigsten auf ein Gymnasium. Bosnier, Griechen

### Schulabschlüsse von jungen Ausländern (1983-2012, in Prozent)

	ohne Haupt- schulab- schluss	Haupt- schulab- schluss	Real- schulab- schluss	Fach- hoch- schul- reife	allge- meine Hoch- schul- reife	alle Ab- schlüsse
<b>Ausländer</b>						
1983 <sup>1</sup>	31	44	19	2	4	100
1993	19	39	29	4	9	100
2003	17	36	32	7	9	101 <sup>2</sup>
2012	11	33	38	2	16	100
<b>Deutsche 2012</b>	5	17	40	2	37	101 <sup>2</sup>

<sup>1</sup>1983 früheres Bundesgebiet, ab 1993 Deutschland; <sup>2</sup>Kommt durch Rundungen zustande

Datenquellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.): Grund- und Strukturdaten 2003/2004, Berlin 2004 (für 1983 und 1993); Statistisches Bundesamt: Fachserie 11. Reihe 1, Wiesbaden 2005 (für 2003) und 2013 (für 2012)

und Tunesier liegen im Mittelfeld, während Italiener und Türken zusammen mit den Serben, Mazedoniern und Marokkanern die Schlusslichter bilden. Aber nicht alle Ausländer sind benachteiligt. So besuchen junge Menschen aus einigen Flüchtlings- bzw. Aussiedlerländern – wie Vietnam, dem Iran sowie Russland und der Ukraine (bei den letzten beiden machen jüdische Einwanderer einen großen Anteil aus) – fast so häufig ein Gymnasium wie Deutsche oder sogar häufiger.

Die Unterschiede zwischen Migranten und Einheimischen beim Schulbesuch sind nachweislich auf entsprechende Unterschiede in den Schulleistungen zurückzuführen, aber die Leistungsunterschiede sind wiederum zu großen Teilen Unterschichtungseffekte. So schneiden zum Beispiel 15-jährige Einheimische beim Lesen um 96 PISA-Punkte und in Mathematik um 93 Punkte besser ab als die in Deutschland geborene zweite Generation aus zugewanderten Familien. Dies entspricht immerhin dem Lernfortschritt von mehr als zwei Jahren. Vergleicht man dann junge Einheimische und Angehörige der zweiten Generation mit gleichem sozioökonomischem Status, dann halbiert sich die Kluft auf 48 bzw. 45 Punkte, also auf gut ein Jahr Lernfortschritt.

Die tendenzielle Unterschichtung ist in Deutschland nicht nur besonders stark, sondern ihre Folgen sind hier auch besonders verhängnisvoll, denn Deutschland gehört zu denjenigen Gesellschaften der OECD, in denen die Schulleistungsunterschiede der Jugendlichen aus verschiedenen Schichten besonders weit auseinanderklaffen (siehe S. 59).

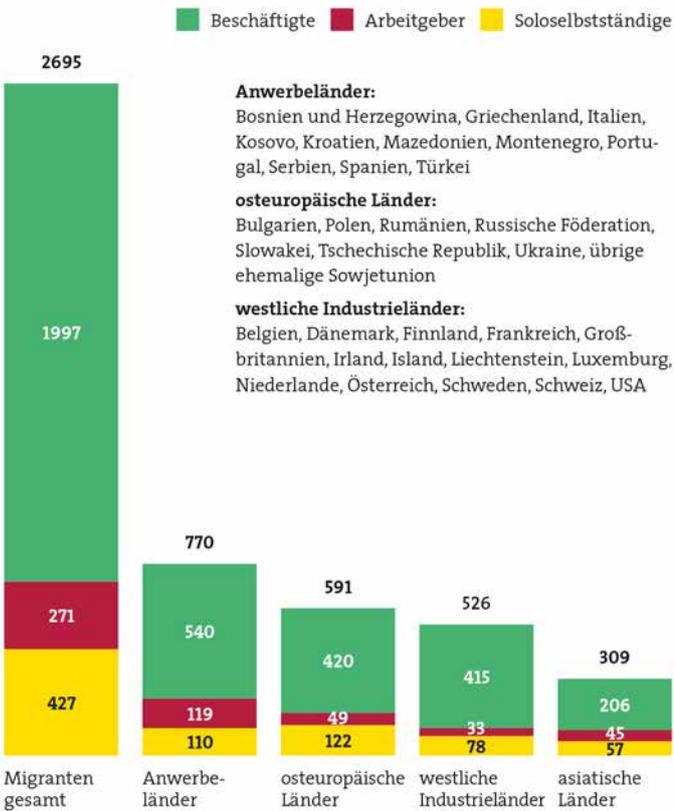
Alarmierend sind die Probleme der jungen Migrantinnen und Migranten in der beruflichen Ausbildung (siehe Schaubild unten). 2010 standen immer noch 38 Prozent der ausländischen 25- bis 34-Jährigen sowie ein Drittel der ersten Generation, die mit ihren Eltern eingewandert ist, ohne beruflichen Abschluss da. Bei der in Deutschland geborenen zweiten Generation sind die Defizite nicht ganz so dramatisch, aber auch hier ist der Anteil ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit 25 Prozent fast dreimal so hoch wie unter den Einheimischen (9 Prozent). Für viele junge Migrantinnen und Migranten ist damit der Weg in die Arbeitslosigkeit und Randständigkeit, für einige auch in die Kriminalität vorprogrammiert. Die Situation, die Heinz Kühn bereits vor über 30 Jahren diagnostizierte und kritisierte (siehe S. 41), hat sich bis heute nicht entscheidend verändert.

### 25- bis 34-jährige Migranten ohne beruflichen Abschluss oder Hochschulabschluss (2010, in Prozent)



Grafik nach Daten der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.): Zweiter Integrationsindikatorenbericht, Paderborn 2011, S. 47

### Beschäftigungsbeitrag von Migrantenunternehmen (Arbeitsplätze in Tausend, Hochrechnung), 2010



Datenquelle: Institut für Mittelstandsforschung, ifm-Mannheim-Datenpool „Migrantenunternehmen in Deutschland“, eigene Berechnungen.  
René Leicht / Marc Langhauser, Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland, hg. im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2014, S. 59 (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10948.pdf>)

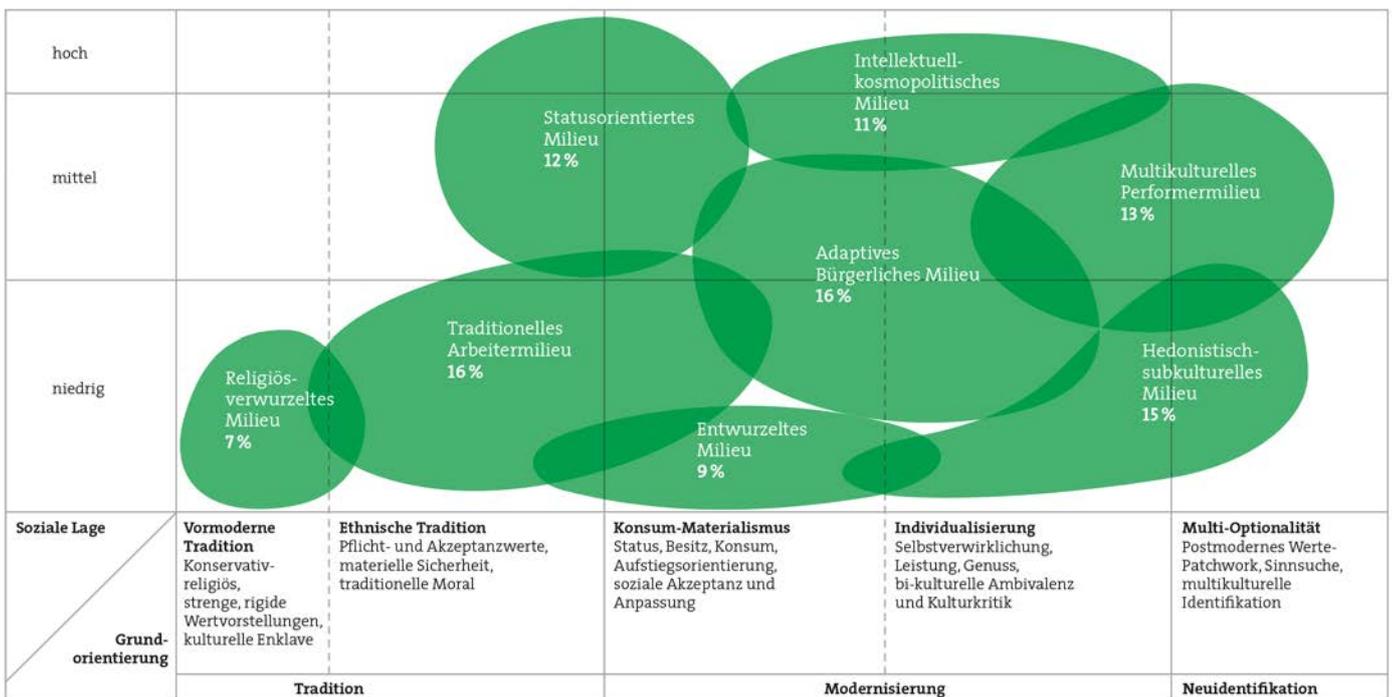
Wichtige Ursachen für die berufliche Bildungsmisere der Migrantinnen und Migranten sind ihre niedrigen Schulabschlüsse und ihre schlechten Schulnoten. Aber auch bei gleichen schulischen Voraussetzungen und trotz intensiverer Bewerbungsbemühungen werden sie seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen und anschließend eingestellt. Die ethnische Herkunft als solche spielt also bei der Auswahl mancher Betriebe eine Rolle. Besondere Schwierigkeiten hatten junge Menschen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund.

### Kulturelle Integration

Zu den wichtigen Erkenntnissen der internationalen Identitätsforschung gehört, dass ein großer Teil der Einwanderer biculturelle „hybride Persönlichkeiten“ ausbildet: Nach einer repräsentativen Studie der Bertelsmann-Stiftung von 2009 versuchen 74 Prozent der deutschen Migrantinnen und Migranten, die Werte und Traditionen ihres Herkunftslandes mit den deutschen zu verbinden. In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Ergebnis der internationalen Forschung wichtig: Biculturalität, also die Verbindung von Elementen zweier verschiedener Kulturen, ist kein Hindernis für die Integration, sondern begünstigt diese sogar. So fördert eine Studie zu jugendlichen Einwanderern in zwölf Ländern – darunter auch Deutschland – Folgendes zutage: Biculturell orientierte Jugendliche sind am besten integriert, und zwar erheblich besser als herkunftsorientierte, aber auch besser als assimilierte Jugendliche, deren Einstellungen sich der Gesellschaft, in der sie leben, angepasst haben (Berry u. a. 2006).

Das Sinus-Institut hat die Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2008 erstmals mit seinem subkulturellen Milieukonzept (siehe S. 77f.) untersucht und acht Migrantenmilieus identifiziert, die sich nach ihren „Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben“ unterscheiden (siehe Schaubild). Die Mehrheit von ihnen ähnelt inhaltlich den

### Die Sinus-Migranten-Milieus® in Deutschland 2008





Eine neue Idee zur kulturellen Integration ist das „House of One“. Es soll in Berlin-Mitte entstehen und unter seinem Dach einmal eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee beherbergen. Der Schauspieler Wolfgang Bahro, Pfarrer Gregor Hohberg, Rabbiner Ben Chorin, Imam Kadir Sancı und Architekt Wilfried Kühn (v.li.n.re.) am 3. Juni 2014 beim Auftakt der Spendenkampagne für das geplante Projekt.

Milieus der Einheimischen, und sie machen die große kulturelle Vielfalt innerhalb der Gruppe der Migrantinnen und Migranten deutlich. Ein Ergebnis der Studie ist besonders bedeutsam: Die Herkunftskultur der Migranten bestimmt nicht ihre Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu. Alle Milieus sind – so wie auch die räumlichen Migrantenviertel – multikulturell durchmischt. Das gilt selbst für das religiös verwurzelte Milieu, in dem man Einwanderer aus der Türkei oder islamischen Ländern vermuten könnte. Zwar sind sowohl Türkeistämmige (47 Prozent) als auch Muslime aus islamischen Ländern (54 Prozent) überproportional vertreten, aber fast die Hälfte der religiös Verwurzelten sind Christen und Angehörige anderer Religionen.

## Soziale Integration

Regelmäßige Kontakte zwischen Migranten und Einheimischen gehören inzwischen auch im privaten Bereich zur alltäglichen Normalität. Viele Migrantinnen und Migranten, insbesondere unter den Jüngeren, zählen auch Einheimische zu ihren drei engsten Freunden. Bei türkischen und griechischen Migranten ist der Anteil derjenigen, die enge Freundschaften ausschließlich zu Angehörigen der eigenen ethnischen Gruppe pflegen, besonders hoch.

Im Heiratsverhalten gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern und unterschiedlichen Herkunftskulturen. Am häufigsten sind Italiener mit einheimischen deutschen Frauen verheiratet (34 Prozent). Bei den Frauen ist der Anteil derjenigen, die sich für einen einheimischen deutschen Ehemann entschieden haben, unter den Polinnen am größten (29 Prozent). Von den Türkinnen haben lediglich 3 Prozent einen einheimischen Deutschen als Ehepartner.

In der breiten Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung hat die Akzeptanz der Migranten seit den 1980er-Jahren über zwei Jahrzehnte langsam, aber nahezu kontinuierlich zugenommen. Nach dem Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) gaben 2010 gut zwei Drittel der Migrantinnen und Migranten an, keinerlei Benachteiligungen in Schule und Ausbildung, bei der Arbeitssuche und am Arbeitsplatz sowie bei Behörden und Ämtern erfahren zu haben; mehr als drei Viertel berichten dasselbe über ihre Nachbarschaft. Von sehr starken oder eher starken Diskriminierungen berichten 10 bis 11 Prozent in Hinblick auf die erstgenannten Bereiche und 5 Prozent in Hinblick auf die Nachbarschaft, am häufigsten die Einwanderer aus der Türkei und deren Nachkommen. Fast alle fühlen sich in Deutschland sehr wohl (60 Prozent) oder eher wohl (35 Prozent) – damit übertreffen sie sogar noch geringfügig die Einheimischen (93 Prozent).



picture alliance / dpa / Jan Woitas

Die Zuwanderung weckt auch Ängste vor Überfremdung, die rechte Sympathisanten und NPD-Mitglieder für ihre politischen Ziele ausnutzen. Protest im November 2013 gegen ein geplantes Heim für Asylbewerber

Eine Minderheit der Deutschen hat weiterhin deutliche Vorbehalte gegenüber Migrantinnen und Migranten. Nach einer Langzeitstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist der Anteil der „Ausländerfeinde“ in Westdeutschland zwischen 2002 und 2012 geringfügig von 24 auf 22 Prozent zurückgegangen. In Ostdeutschland ist er allerdings von 30 auf 38 Prozent gestiegen. Besonders drastisch sind die Ost-West-Unterschiede am rechten gewalttätigen Rand. Es kommt nicht von ungefähr, dass der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) in Thüringen entstanden ist und die Mörder als „Zwickauer Terrorzelle“ mit einer Heimstatt in Sachsen bekannt geworden sind. Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass die Hälfte der etwa 10 000 gewaltbereiten Rechtsextremisten in den neuen Ländern lebt. Zwischen 2001 und 2008 wurden vom Verfassungsschutz in Deutschland 880 Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund pro Jahr registriert. Pro 100 000 Einwohner liegt die Zahl in Ostdeutschland um das 3,4-Fache über der westdeutschen, pro 100 000 Ausländer sogar um fast das 14-Fache (Glaab/Weidenfeld/Weigl 2010).

## Politische Integration

In den 1990er-Jahren beginnt allmählich auch die politische Integration der Migrantinnen und Migranten. Die uneingeschränkten politischen Teilhaberechte – das aktive und passive Wahlrecht – werden nur den Einwanderern mit deutscher Staatsbürgerschaft gewährt. Bei der Bundestagswahl 2013 hatten gut 9 Prozent der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund. Dazu gehören alle Aussiedler; sie stellen damit die größte Gruppe.

Nach dem Beginn der Gastarbeiterphase dauerte es vier Jahrzehnte, bis 1994 die ersten beiden Abgeordneten aus Einwandererfamilien – Cem Özdemir für Bündnis 90/Die Grünen und Leyla Onur für die SPD – in den Bundestag gewählt wurden. 2013 hatten nach den Recherchen des Mediendienstes Integration 37 Abgeordnete des neu gewählten Bundestages einen Migrationshintergrund, sie stellen 5,9 Prozent aller



picture alliance / dpa / Daniel Naupold

Seit Dezember 2013 ist Aydan Özoğuz, hier im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, als Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration die erste deutsche Staatsministerin auf Bundesebene mit Migrationshintergrund.

Parlamentarier. 13 von ihnen gehören der SPD an, jeweils 8 der CDU und den Linken, 7 den Grünen und einer der CSU. Im vorangehenden Bundestag waren die Migrantinnen und Migranten nur mit 21 Abgeordneten (3,4 Prozent) vertreten.

In den Landesparlamenten sieht es deutlich ungünstiger aus: Von den 1825 Abgeordneten der 16 Landesparlamente stammten 2009 lediglich 39 (2,1 Prozent) aus eingewanderten Familien. Auch in den 77 deutschen Großstädten mit mindestens 100 000 Einwohnern, in denen im Durchschnitt circa ein Viertel der Einwohner einen Migrationshintergrund hat, stellten die Migrantinnen und Migranten im Jahr 2011 lediglich 198 von 4670 Ratsmitgliedern (4,2 Prozent); 2006 waren es erst 116. In einigen Städten mit großen Migrantenanteilen wie zum Beispiel Mannheim oder Hagen – Hagen hat den

höchsten Migrantenanteil in ganz Nordrhein-Westfalen – sind die Einwanderer bisher nicht im Stadtrat vertreten.

Die zunehmende Zahl der Wählerinnen und Wähler mit Migrationshintergrund sowie die steigenden politischen Aktivitäten der Migranten – insbesondere der zweiten Generation – dürften einen Beitrag dazu geliefert haben, dass sich die politischen Eliten Deutschlands im letzten Jahrzehnt zunehmend der lange Zeit vernachlässigten Integration der Migrantinnen und Migranten geöffnet haben.

## Resümee und Perspektiven

Zusammenfassend lässt sich zur Entwicklung von Migration und Integration festhalten: Deutschland ist auf dem schwierigen Weg von einem Gastarbeiterland über ein Zuwanderungsland wider Willen zu einem modernen Einwanderungsland ein erhebliches Stück vorangekommen.

Es ist sicher, dass die Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund weiter zunehmen werden. Bereits die jüngere Altersstruktur der hier lebenden Migrantinnen und Migranten macht diese Zunahme vorhersehbar. Hinzu kommen weitere Zusammenhänge der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung: Deutschland ist wegen der niedrigen Geburtenraten, der Alterung seiner Bevölkerung und dem damit zusammenhängenden Schrumpfen seines Arbeitskräftepotenzials aus ökonomischen Gründen auf weitere zusätzliche Einwanderer angewiesen. Die meisten Schätzungen und Berechnungen gehen davon aus, dass in den kommenden Jahrzehnten etwa 200 000 weitere Einwanderer pro Jahr erforderlich sind (siehe S. 9 ff.). Die deutsche Politik, aber auch die deutsche Gesellschaft sowie die Migranten und ihre Organisationen stehen also vor der Aufgabe, die Integration der Einwanderer weiter voranzutreiben und den eingeschlagenen Weg zu einer angemessenen Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben fortzusetzen.

### Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung

[...] Deutschland verzeichnet seit vier Jahren eine kontinuierlich und rasch steigende Nettoeinwanderung, wie sie das Land seit zwanzig Jahren nicht erlebt hat. Während noch 2009 mehr Menschen Deutschland verließen als einwanderten, kamen 2010 127 000 mehr Menschen nach Deutschland als abwanderten. 2011 betrug der Einwanderungssaldo bereits 279 000, 2012 369 000, 2013 bereits am Ende des dritten Quartals 343 000. [...]

Die Grundhaltung der Bevölkerung zur Einwanderung ist schon seit längerem in Bewegung. Vor zehn Jahren waren noch 42 Prozent der Bürger der Meinung, Deutschland könne keine Einwanderung mehr verkraften. 2010 vertraten noch 28 Prozent diese Auffassung, zurzeit 18 Prozent. Diese Veränderung geht in hohem Maße auf die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes zurück, durch die Einwanderer weniger als Konkurrenten, sondern zunehmend als wichtige Ressource für die deutsche Wirtschaft gesehen werden. Vor zehn Jahren waren noch 59 Prozent überzeugt, dass Deutschland aufgrund der Lage auf dem Arbeitsmarkt keine Einwanderung braucht; das glauben heute nur noch 34 Prozent.

Dagegen setzte sich immer mehr die Einschätzung durch, dass Deutschland aufgrund seiner robusten Konjunktur und auch aufgrund seiner demographischen Entwicklung auf Einwanderer angewiesen ist. 2003 sahen lediglich 16 Prozent in der demographischen Entwicklung ein starkes Argument zugunsten von mehr Einwanderung, heute 40 Prozent. Die Überzeugung, dass Einwanderung notwendig ist, um den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zu decken, hat im selben Zeitraum von 13 auf 39 Prozent zugenommen. So stabil sich diese Trends entwickelt haben, müssen sie allerdings auch als Warnung interpretiert werden, dass ein längerer Konjunkturreinbruch hier zu einer Trendwende führen könnte.

Solange der Arbeitsmarkt in einer guten Verfassung ist, sieht die Mehrheit in Einwanderung kein Problem – vorausgesetzt, dass Struktur und Qualifikation zu dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt passen. 59 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Auffassung; gleichzeitig sprechen sich 53 Prozent dafür

aus, Maßnahmen gegen Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme zu treffen. Die Mehrheit glaubt, dass viele Einwanderer von dem sozialen Netz angezogen werden. Auch diese Einschätzung ist in den vergangenen Monaten signifikant schwächer geworden: Im Frühjahr 2013 waren davon noch 67 Prozent überzeugt, jetzt 57 Prozent. Die Einschätzung, dass dies eher Ausnahmen sind, hat sich binnen weniger Monate von 14 auf 32 Prozent erhöht.

Die Gründe für die zunehmende Gelassenheit sind neben der Verfassung des Arbeitsmarktes und der intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema persönliche Beobachtungen der Bürger. Die Mehrheit zieht die Bilanz, dass in der eigenen Region nur wenig oder kaum etwas von Einwanderung zu spüren ist. 31 Prozent berichten von einem erheblichen Zuzug; dies sind ähnlich viele wie vor einem Jahr. 23 Prozent haben den Eindruck, dass die Einwanderung in ihrer Region Probleme verursacht hat, vor knapp einem Jahr waren es 26 Prozent. [...]

Die zunehmende Gelassenheit in Deutschland spiegelt sich auch in der Bilanz des Zusammenlebens von Deutschen und hier lebenden Ausländern. 45 Prozent ziehen hier eine positive Bilanz, 39 Prozent eine kritische, wobei lediglich 5 Prozent den Eindruck haben, das Zusammenleben funktioniere überhaupt nicht gut. Vor knapp einem Jahr überwogen noch die kritischen Stimmen. Damals bewerteten 43 Prozent das Zusammenleben positiv, 47 Prozent negativ. Die Integrationserfolge hält jedoch die überwältigende Mehrheit für unbefriedigend. Gut zwei Drittel bezweifeln, dass die hier lebenden Ausländer integriert sind, wobei die Gründe oft eher in der unzureichenden Integrationsbereitschaft einzelner Einwanderergruppen als in unzureichenden Integrationsbemühungen des eigenen Landes verortet werden. Gleichzeitig rangieren verstärkte Bemühungen um Integration jedoch in der politischen Agenda der Bürger immer auf den letzten Plätzen. [...]

Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach, „Mehr Gelassenheit beim Thema Zuwanderung“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Februar 2014

RAINER GEISSLER

# Bildungsexpansion und Bildungschancen

Die sogenannte Bildungsexpansion gehört zu den auffälligsten Erscheinungen des sozialen Wandels seit den 1950er-Jahren. Die Bildungschancen von Kindern aus verschiedenen Schichten sind weiterhin sehr ungleich verteilt, und die Bildungsbenachteiligung lässt sich wegen ihrer hochkomplexen Ursachen nur schwer mildern.

## Bildungsexpansion

Moderne Gesellschaften werden zu Recht häufig als „Wissensgesellschaften“ bezeichnet, denn Wissen und Bildung haben zunehmend an Bedeutung für die Entwicklung und die Konturen einer modernen Sozialstruktur gewonnen. Mit „Bildungsexpansion“ wird die enorme Ausdehnung des Bildungswesens in den vergangenen Jahrzehnten bezeichnet, insbesondere der Ausbau der Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien sowie der Fachschulen, Fachhochschulen und Universitäten. Immer mehr junge Menschen besuchen weiterführende Bildungseinrichtungen, erwerben mittlere oder höhere Bildungsabschlüsse und verweilen immer länger im Bildungssystem.

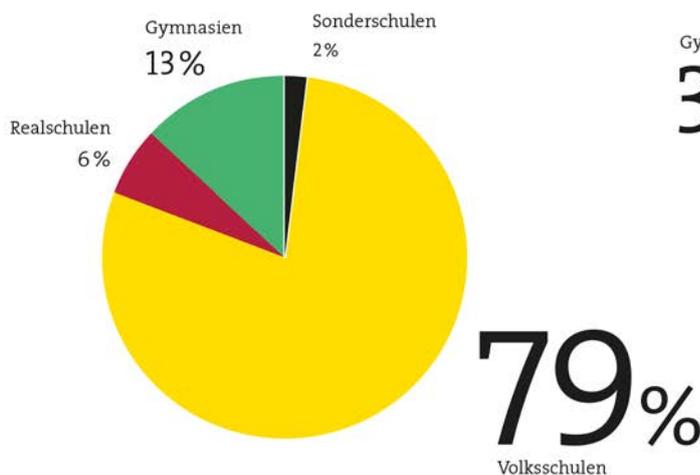
Dieser Trend wird drastisch sichtbar, wenn man die heutige Verteilung der jungen Menschen auf die verschiedenen Schulformen mit der Situation in den 1950er-Jahren vergleicht (siehe Schaubild). Die damalige Volksschule war in den ersten

Nachkriegsjahrzehnten eine echte „Hauptschule“. 1952 wurde sie noch von 79 Prozent der Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse besucht. Nur etwa ein Fünftel der Jugendlichen ging seinerzeit auf weiterführende Schulen – 13 Prozent auf Gymnasien und 6 Prozent auf Realschulen. 1960 waren die Abiturientinnen und Abiturienten noch eine kleine exklusive Gruppe; lediglich 6 Prozent eines Schülerjahrgangs erwarben die allgemeine Hochschulreife.

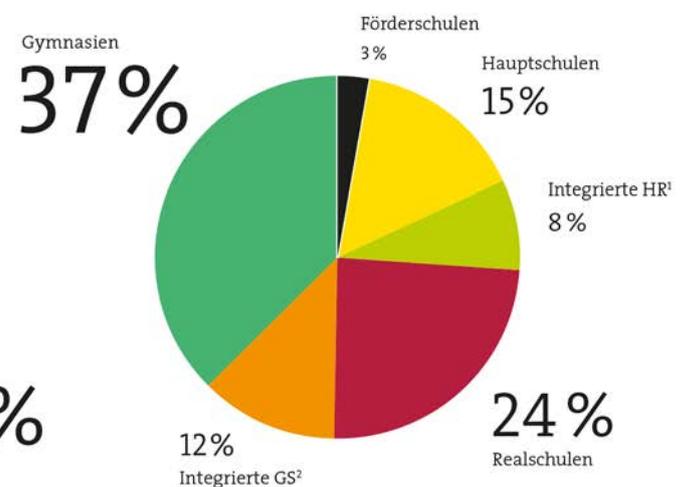
Seit Beginn der 1990er-Jahre ist das Gymnasium zur meistbesuchten Schulform avanciert. 2012 gingen 37 Prozent der Vierzehnjährigen auf ein Gymnasium, 24 Prozent besuchten eine Realschule und 20 Prozent integrierte Schulen. 2011 schlossen 35 Prozent des entsprechenden Schülerjahrgangs mit dem Abitur ab. Die Hauptschule dagegen wird ihrem Namen schon seit den 1970er-Jahren nicht mehr gerecht. 2012 wurde sie nur noch von 15 Prozent der Achtklässler besucht, in vielen Großstädten liegt die Besuchsquote noch erheblich niedriger. In einigen der neuen Bundesländer ist die Hauptschule im Zuge der Umgestaltung des sozialistischen Bildungswesen gar nicht erst eingerichtet worden, und derzeit wird sie in zahlreichen Ländern mit der Realschule zu integrierten Schulen, die unterschiedliche Namen tragen, zusammengefasst. Diese Zahlen verdeutlichen den Boom der Gymnasien, Realschulen und integrierten Schulen und die damit verbundene Krise der Hauptschule.

## Bildungsexpansion – Schulbesuch an verschiedenen Schularten (1952 und 2012)

Früheres Bundesgebiet 1952  
7. Klasse



Deutschland 2012  
8. Klasse



¹ Schularten mit mehreren Bildungsgängen (integrierte Haupt- und Realschulen), hauptsächlich in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt

² Integrierte Gesamtschulen einschließlich Freie Waldorfschulen

Eigene Grafik nach Daten im Jahrbuch der Schulentwicklung 6/1990; Statistisches Bundesamt 2012



Das Gymnasium ist seit Beginn der 1990er-Jahre die meistbesuchte Schulform, die Hauptschule dagegen geriet in die Krise. Oberstufenunterricht in einem Gymnasium in Bad Honnef



Viele Abiturienten nehmen im Anschluss ein Hochschulstudium auf. Überfüllte Vorlesung in einem Hörsaal der Technischen Universität Dresden 2013

Die Hochschulen haben sich noch dramatischer ausgedehnt als die Gymnasien. 1960 nahmen nur 6 Prozent eines Jahrgangs ein Universitätsstudium auf und weitere 2 Prozent ein Fachhochschulstudium. Bis 2010 sind diese Anteile auf 23 Prozent bzw. 15 Prozent gestiegen.

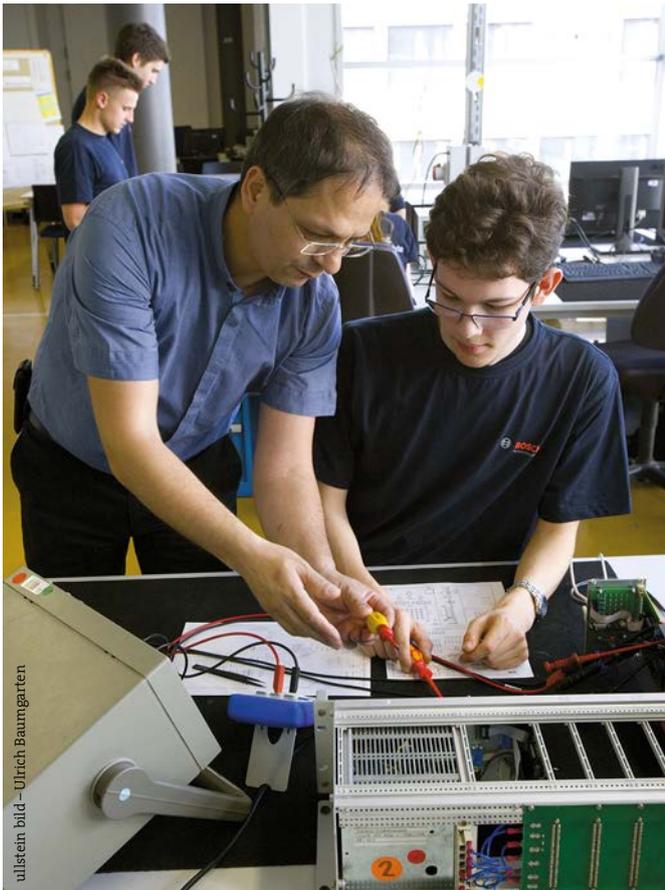
Die andere Seite des Qualifikationsspektrums markiert die Problemzone der Bildungsexpansion. Zwar ging der Anteil der Jugendlichen, die das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss verlassen, von 17 Prozent im Jahr 1960 über 8 Prozent in den 1990er-Jahren auf 5 Prozent im Jahr 2012 zurück, aber viele junge Menschen erwerben keinen beruflichen Bildungsabschluss und haben entsprechend schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Insgesamt hatten 2010 in Deutsch-

land von den 25- bis 34-Jährigen 15 Prozent keine Berufsausbildung abgeschlossen, bei den jungen Ausländern waren es sogar 38 Prozent.

Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht stellt sich die Bildungsexpansion als eine kontinuierliche Höherqualifizierung der Bevölkerung dar. Die Qualifikationsstruktur der Gesellschaft verbessert sich langsam, aber stetig, weil die schlechter qualifizierten älteren Jahrgänge wegsterben und besser ausgebildete jüngere Jahrgänge nachwachsen. Schichtungssoziologisch lässt sich die Höherqualifizierung der Bevölkerung als „Umschichtung nach oben“ interpretieren: Untere Bildungsschichten schrumpfen, mittlere und höhere Bildungsschichten dehnen sich aus.

Bis in die 1960er-Jahre hinein waren die typischen Erwerbstätigen ungelernete Arbeitskräfte; diese stellten in den 1950er-Jahren große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung. 2001 bildeten sie nur noch ein kleines Segment des Arbeitsmarktes im Umfang von 21 Prozent in den alten und 11 Prozent in den neuen Bundesländern. Entgegen mancher optimistischen Prognose ist der Anteil der Geringqualifizierten im vergangenen Jahrzehnt nicht weiter zusammengeschrumpft. 2009 stellten Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund in Deutschland ein Drittel der Un- und Angelernten.

Die typischen Erwerbstätigen von heute sind die gelernten, zum Teil auch angelernten Fachkräfte; diese stellten 2010 in Westdeutschland 53 Prozent und in Ostdeutschland 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen überdurchschnittliche Qualifikationsabschlüsse erworben. Der Anteil von Fachschulabsolventen, Technikern und Meistern lag 2010 bei 8 Prozent (West) bzw. 13 Prozent (Ost). Besonders stark war das Wachstum der Hochschulabsolventen: Der Anteil der Erwerbstätigen mit Universitätsabschluss ist von 3 Prozent in den 1960er-Jahren auf 11 Prozent (West) bzw. 10 Prozent (Ost) gestiegen. Und weitere



Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland absolviert eine Berufsausbildung, meist im dualen System von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb – hier in der Robert Bosch GmbH in Stuttgart 2014.

7 Prozent (West) und 6 Prozent (Ost) haben ein Studium an einer Fachhochschule abgeschlossen, die es in den 1960er-Jahren – mit Ausnahme einiger Vorläufer wie zum Beispiel Ingenieurschulen – noch gar nicht gab. Die Bildungsexpansion setzte in der Bundesrepublik bereits in den 1950er-Jahren ein, verlief dann allerdings nicht gleichmäßig, sondern im Wechsel von Schub und Stagnation. Ein kräftiger Schub erfolgte im Zusammenhang mit den bildungspolitischen Debatten der 1960er-Jahre. Die BildungsökonomInnen hoben den Nutzen der Bildung für das Wirtschaftswachstum hervor („Bildung als Humankapital“), und viele Bildungsforscher und -politiker wiesen auf die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bildungschancen hin. „Bildung ist Bürgerrecht“ lautet zum Beispiel der Titel einer einflussreichen Schrift von Ralf Dahrendorf aus dem Jahre 1965. Der Ruf nach besseren Bildungschancen verstummte dann in den späten 1970er-Jahren, und die 1990er-Jahre markierten in Westdeutschland eine Phase der Stagnation. Die Anteile der jungen Menschen, die eine Studienberechtigung erwarben sowie ein Studium begannen und abschlossen, nahmen nur noch sehr geringfügig oder auch gar nicht mehr zu.

Im vergangenen Jahrzehnt erhielt die Bildungsexpansion erneut einen deutlichen Schub, der durch die bis heute anhaltenden öffentlichen Debatten über zwei Problembereiche ausgelöst wurde: Zum einen machten die international vergleichenden Bildungsstudien der OECD deutlich, dass der Hochschulsektor in Deutschland weniger stark ausgebaut ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. Allerdings sind die Bildungsunterschiede nicht so groß, wie die Statistiken suggerieren, weil das Niveau der Hochschulausbildung in den verschiedenen Län-

dern nur bedingt miteinander vergleichbar ist. Zum anderen diskutieren Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Migrationsexperten über das zunehmende Defizit an Fachkräften und Akademikern in Teilbereichen des deutschen Arbeitsmarktes. Seriöse Prognosen gehen davon aus, dass der bereits bestehende Mangel in den kommenden Jahren zunehmen wird. Nach einer Studie des Basler Prognos-Instituts von 2009 werden 2015 etwa 3 Millionen Arbeitskräfte in Deutschland fehlen, davon circa 1 Million mit Hochschulabschluss. In diesem Zusammenhang nannte der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, die hohe Quote von Schul- und Studienabbrechern eine „schlimme Verschwendung“.

## Ursachen und Folgen

Den strukturellen Motor der Bildungsexpansion bilden zwei miteinander verknüpfte Stränge der gesellschaftlichen Entwicklung, die beide zu einem stetig wachsenden Bedarf an besseren Qualifikationen führen.

Den einen Strang hat der Soziologe Helmut Schelsky bereits 1961 als die Entfaltung der „wissenschaftlich-technischen Zivilisation“ bezeichnet. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt durchdringen immer stärker das tägliche Leben in der Arbeitswelt und in der Freizeit, in der Öffentlichkeit und im Privatleben. Der rasante Siegeszug des Computers und die „digitale Revolution“, wie die zunehmende Vernetzung kommunikativer und sozialer Prozesse genannt wird, machen erneut deutlich, dass technische Neuerungen die Anforderungen an die Fähigkeiten der Menschen erhöhen. Der Einsatz neuer Sozialtechnologien setzt spezielle Kenntnisse voraus, um die immer komplizierter werdenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abläufe besser planen, kontrollieren und steuern zu können.

Der zweite Entwicklungsstrang lässt sich mit Stichworten wie „zunehmende Komplexität“, „zunehmende Verflechtungen“ oder „zunehmende Arbeitsteilung“ kennzeichnen. Verwissenschaftlichung und Technisierung gehen einher mit einer zunehmenden Spezialisierung und Differenzierung der Sozialstruktur sowie mit der Entstehung immer größerer Zusammenhänge, durch die das Leben des Einzelnen mitbestimmt wird. Der französische Soziologe Émile Durkheim hat diesen langfristigen Trend der zunehmenden Komplexität und beruflichen Spezialisierung bereits 1893 in seinem Klassiker „Über soziale Arbeitsteilung“ beschrieben. Ein Aspekt der zunehmenden Verflechtungen wird heute unter dem Schlagwort „Globalisierung“ diskutiert, das heißt der Zunahme globaler Zusammenhänge und weltweiter Konkurrenz. Die zentrale Bedeutung von Wissen und Bildung in einer modernen Gesellschaft – verwissenschaftlicht, technisiert, differenziert, umgreifend verflochten, globalisiert – ist offensichtlich: Sie sind eine wesentliche Voraussetzung und Triebkraft für die ökonomische und soziale Entwicklung.

Die Höherqualifizierung der Bevölkerung hat das soziale Leben in vielen Bereichen beeinflusst:

- Seit einem halben Jahrhundert weist der wirtschaftswissenschaftliche Begriff des „Humankapitals“ darauf hin, dass das Wachstum von Wirtschaft und Wohlstand eng mit der „Ressource Mensch“ zusammenhängt, also mit dem Bildungsstand der Bevölkerung, ihrem Wissen, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten. In der neueren empirischen Wachstumsforschung besteht Einigkeit darüber, dass dem Bildungssektor eine Schlüsselfunktion für den Wohlstand einer Gesellschaft zukommt.

- Besser qualifizierte Menschen verlangen nach mehr Mitbestimmung. Daher geht von der Bildungsexpansion ein Demokratisierungsdruck auf die Macht- und Herrschaftsstrukturen aus.
- Die zunehmende Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten lässt sich zum Teil auf den Anstieg des Bildungsniveaus zurückführen.
- Mädchen und Frauen konnten die neuen Chancen auf eine bessere Bildung in besonderem Maße nutzen und frühere Bildungsbenachteiligungen nach und nach beseitigen (siehe S. 64 ff.). Die Bildungsexpansion leistet dadurch einen Beitrag zur Verringerung der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern.
- Der Ausbau der Fach- und Hochschulen beeinflusst die altersspezifische Differenzierung der Sozialstruktur. Immer mehr junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren verweilen im Bildungssystem und treten erst relativ spät ins Berufsleben ein. Da diese Personen nicht mehr zu den Jugendlichen, aber von ihren Lebensbedingungen her auch noch nicht eindeutig zu den Erwachsenen gehören, werden sie „Postadoleszenz“ („Nachjugendliche“) oder auch „junge Erwachsene“ genannt; sie befinden sich in einer Übergangsphase vom Jugendlichen zum Erwachsenen.
- Ein höheres Bildungsniveau ist mit einem Mehr an Reflexion, Selbstfindung und Selbststeuerung verbunden und fördert die Tendenz zur Individualisierung. Menschen mit guter Bildung denken mehr als andere über eingefahrene Traditionen nach; auf der Suche nach ihrem individuellen Stil stellen sie traditionelle Werte und Normen eher infrage und weichen eher von dem ab, was üblich ist. Ein Mehr an Bildung fördert daher die Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen im Wertebereich sowie bei den Lebensformen und Lebensstilen.
- Während die bisher aufgelisteten Folgen der Bildungsexpansion durchaus als „sozial erwünscht“ angesehen werden können, gibt es auch unbeabsichtigte Auswirkungen auf das Privatleben. Indem die Bildungsexpansion zur Differenzierung der Formen des privaten Zusammenlebens

beiträgt, führt sie zum „Monopolverlust“ der bürgerlichen Familie mit entsprechenden „demografischen Nebenfolgen“. Folgende Entwicklungen hängen nachweislich mit einem höheren Bildungsniveau zusammen: spätere Heirat bei Frauen und Männern und späterer Zeitpunkt für die Geburt von Kindern, steigende Kinderlosigkeit, verstärkte Inanspruchnahme von Krippen oder Tagesmüttern für Kleinkinder, Rückgang der Eheschließungen und Zunahme der unehelichen Geburten, Zunahme von neuen Formen des Privatlebens wie nicht ehelichen Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften oder Single-Haushalten in der jüngeren Generation.

## Höhere Erfolgsaussichten

Bildung ist in der modernen Gesellschaft eine zentrale Ressource für Lebenschancen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen ihre gesellschaftlichen Chancen wahrnehmen und soziale Risiken minimieren können. Die folgenden Beispiele sollen diese allgemeine Aussage konkretisieren:

- **Berufsposition:** Der Einstieg oder Aufstieg in höhere berufliche Positionen ist immer häufiger an einen Hochschulabschluss gebunden. So hatten nach einer Studie von Erwin K. und Ute Scheuch (1997) zum Beispiel 82 Prozent aller leitenden Angestellten der deutschen Wirtschaft einen Hochschulabschluss – 36 Prozent waren sogar promoviert –, und nur 13 Prozent verfügten nicht über das Abitur. Unter den Jüngeren (bis 44 Jahre) hatten nur 4 Prozent keinen Hochschulabschluss vorzuweisen. Diese „Akademisierung“ vollzieht sich in ähnlicher Form auch in anderen Berufsfeldern sowie in den höheren Ebenen des politischen Bereichs, zum Beispiel den Parlamenten, den Parteien und selbst in den Gewerkschaftsführungen.
- **Einkommen und Lebensstandard:** Das individuelle „Bildungskapital“ – wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu nennt – lässt sich in der Regel über gesellschaftliche Füh-



„Akademisierung“: Wer beruflich hoch ein- bzw. aufsteigen will, benötigt meist einen Hochschulabschluss. Absolventen der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn bei ihrer öffentlichen Abschlussfeier

rungspositionen auch in entsprechend gute Einkommen und einen hohen Lebensstandard umsetzen. Nach der neuesten OECD-Studie verdienten 2010 Erwerbstätige, die ein mindestens dreijähriges Studium absolviert hatten, in Deutschland 82 Prozent mehr als Erwerbstätige mit einem Schulabschluss der Sekundarstufe II, zu denen auch die angelernten Fachkräfte gehören. Die Einkommensunterschiede zwischen den Gruppen mit unterschiedlichen Qualifikationen haben sich langfristig nicht verringert, wie manchmal angenommen wird, sondern zwischen 1984 und 2008 deutlich gespreizt.

- **Individuelle Lebensgestaltung:** Eine gute Qualifikation schafft darüber hinaus auch die psychischen Voraussetzungen für ein höheres Maß an individueller Lebensgestaltung und Lebensstilisierung, ein Herauslösen aus überkommenen Traditionen und Bindungen, eine Lebensführung nach eigenen Wünschen und Vorstellungen. Die viel beschworene Individualisierung des Lebens in der Moderne vollzieht sich nicht etwa mit gleichmäßiger Intensität in allen Schichten, wie häufig in falscher Verallgemeinerung behauptet wird, sondern ist vor allem ein Phänomen im Umfeld akademischer Milieus.
- **Armut und Arbeitslosigkeit:** Auch von den Risiken der modernen Gesellschaft sind nicht alle gleichmäßig betroffen – die modernen Risiken sind nicht „demokratisiert“, wie es eine verbreitete, aber irreführende Formulierung behauptet. Eine gute Ausbildung bietet natürlich keinen absoluten Risikoschutz, aber sie kann Risiken erheblich herabsetzen. So war die Gefahr, unter die Sozialhilfegrenze zu rutschen, 2004 für Personen ohne Hauptschulabschluss um das 13-Fache höher als für Hochschulabsolventen; in den Jahren 2007 bis 2009 waren Geringqualifizierte (höchstens Hauptschulabschluss) 5,5-mal häufiger armutsgefährdet als Hochschulabsolventen. Das Risiko der Ungelernten, arbeitslos zu werden, lag in den vergangenen drei Jahrzehnten stets um das 3- bis 9-Fache über dem der Studierten – 2009 war die Arbeitslosenquote der Erwerbspersonen ohne beruflichen Abschluss mit 22 Prozent um das 8,8-Fache höher als bei Hochschulabsolventen mit 2,5 Prozent.
- **Krankheit und Lebenserwartung:** Niedrigqualifizierte sind auch höheren gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Wer das Bildungssystem mit Volks- oder Hauptschulabschluss verlassen hat, ist häufiger von Herzinfarkt, Schlaganfall, Angina Pectoris, Diabetes, chronischen Rückenschmerzen, Arthrose, chronischer Bronchitis oder Krebs betroffen als Abiturientinnen und Abiturienten. Die Lebenserwartung steigt daher mit dem Bildungsniveau. Ursachen dafür sind die weniger belastenden Arbeitsbedingungen, bessere gesundheitsrelevante Kenntnisse sowie eine gesundheitsbewusstere Lebensführung (z. B. weniger Rauchen, mehr Sport) bei den besser Gebildeten sowie deren höhere Einkommen, die gesünderes Wohnen und eine gesündere Ernährung ermöglichen.
- **Kriminalität:** Junge Gymnasiasten landen nur äußerst selten hinter Gittern: Circa zwei Drittel der Häftlinge im Jugendstrafvollzug haben die Hauptschule nicht abgeschlossen, und nur etwa jeder Tausendste hatte ein Gymnasium besucht.

## Ungleiche Chancen

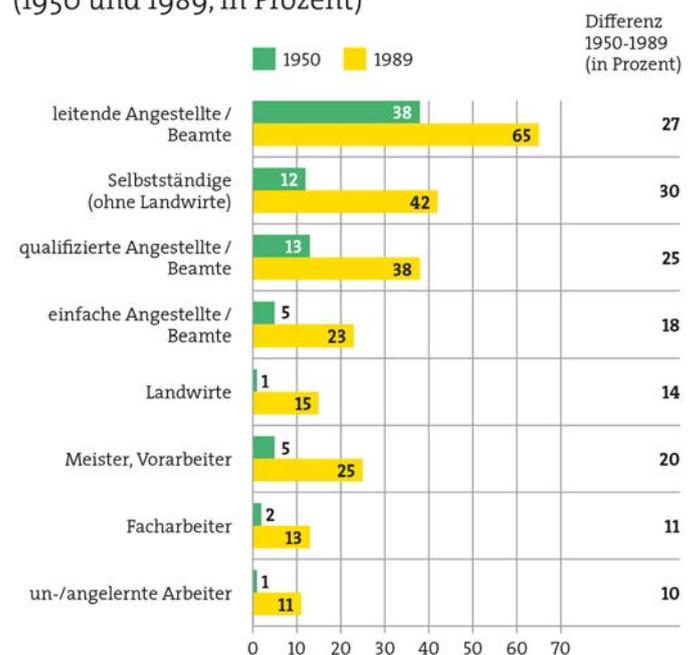
Die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung als wichtigem gesellschaftlichem Gut ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Unter Chancengleichheit wird in der Regel verstanden, dass alle – entsprechend ihren Fähigkeiten und Leistungen –

gleiche Chancen zum Erwerb mittlerer oder höherer Ausbildungsabschlüsse erhalten. Leistungsfremde Kriterien wie zum Beispiel Geschlecht, soziale Herkunft, Wohnort, Religion oder Nationalität sollen bei der notwendigen Auslese im Bildungssystem keine Rolle spielen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von „meritokratischer“, das heißt leistungsbezogener Chancengleichheit.

In den 1960er-Jahren bestand unter Bildungsforschern und -politikern Einigkeit darüber, dass die Bildungschancen ungleich verteilt waren, oder anders formuliert: dass im deutschen Bildungssystem neben der Auslese nach Leistung auch eine leistungsfremde, „nicht meritokratische“ soziale Auslese stattfand. Als wichtige benachteiligte Gruppen wurden Arbeiterkinder und Mädchen identifiziert. Ihre „Begabungsreserven“ – wie es damals hieß – würden im Bildungssystem nur sehr unzureichend entwickelt und ausgeschöpft. Während die Bildungsdefizite der Mädchen inzwischen verschwunden sind, erweisen sich die schichttypischen Chancenunterschiede als außerordentlich widerstandsfähig. In Deutschland ist es bislang nicht gelungen, die Bildungsbenachteiligung der Kinder aus sozial schwachen Schichten im Zuge der Bildungsexpansion entscheidend abzubauen.

Auf der Ebene des mittleren Bildungsniveaus sind die Chancen durchaus zugunsten der benachteiligten Schichten umverteilt worden. Vom Ausbau der Realschulen profitierten insbesondere die Kinder von Arbeitern (einschließlich Arbeiterelite), Landwirten und ausführenden Dienstleistern. Anders sieht es dagegen an den Gymnasien aus (siehe Schaubild). Die Hauptgewinner der gymnasialen Expansion in den 1970er- und 1980er-Jahren waren die Kinder – insbesondere die Töchter – des nicht landwirtschaftlichen Mittelstands sowie der höheren Dienstleistungsschicht, die bereits 1950 die besten Bildungschancen hatten. Recht gut mithalten konnten auch die Kinder der mittleren Angestellten und Beamten. Die Kinder

### Gymnasiale Chancen und soziale Herkunft<sup>1</sup> (1950 und 1989, in Prozent)



<sup>1</sup> Anteil der Kinder mit entsprechendem sozialem Hintergrund, die ein Gymnasium besuchen  
Datenquelle: Bernhard Schimpl-Neimanns, Soziale Herkunft und Bildungsbeteiligung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2000, Jg. 52, S. 654

## Schulbesuch und Klassenzugehörigkeit<sup>1</sup> (2000 und 2009, in Prozent)

Klasse des Haushaltsvorstands	PISA 2000					PISA 2009				
	HS	RS	IGS	GY	andere <sup>2</sup>	HS	RS	IGS	GY	andere <sup>2</sup>
obere Dienstklasse <sup>3</sup>	8	29	4	52	6	9	26	7	55	2
untere Dienstklasse <sup>4</sup>	12	32	9	45	2	12	29	11	43	5
Selbstständige <sup>5</sup>	23	34	8	26	10	22	30	8	32	8
Routinedienstleister <sup>6</sup>	22	32	12	24	9	17	35	8	31	7
Facharbeiter <sup>7</sup>	29	37	9	16	9	25	35	9	20	11
un- und angelernte Arbeiter	33	30	11	11	15	30	33	9	15	13

<sup>1</sup> Anteil der 15-Jährigen aus den verschiedenen Klassen, die die entsprechende Schulform besuchen

<sup>2</sup> Sonder- und Förderschulen sowie berufsbildende Schulen

<sup>3</sup> höhere Beamte, leitende Angestellte, akademische Freiberufler, größere Unternehmer (mehr als zehn Mitarbeiter), Hochschul- und Gymnasiallehrer

<sup>4</sup> Semiprofessionen, mittleres Management, Beamte im mittleren und gehobenen Dienst, technische Angestellte

<sup>5</sup> Selbstständige mit höchstens zehn Mitarbeitern oder ohne Mitarbeiter

<sup>6</sup> einfache (gelernte sowie un- und angelernte) Dienstleistungsberufe

<sup>7</sup> einschließlich Techniker, Meister, Vorarbeiter

Datenquelle: Timo Ehmke / Nina Jude, Soziale Herkunft und Kompetenzerwerb, in: Eckhard Klieme u. a. (Hg.), PISA 2009, Münster u. a. 2010

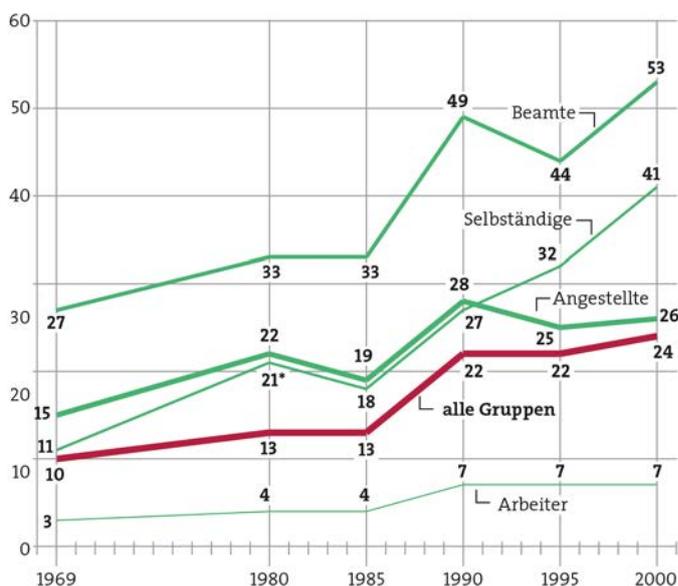
von einfachen Dienstleistern und der Arbeiterelite dagegen und insbesondere die Arbeiterkinder haben trotz gestiegener Chancen gegenüber allen anderen Gruppen an Boden verloren. Beim Wettlauf um die höheren Bildungsabschlüsse haben sich die Chancenabstände zwischen privilegierten und benachteiligten Gruppen vergrößert – die Bildungschancen haben sich nach dem sogenannten Matthäus-Effekt entwickelt: „Denn wer da hat, dem wird gegeben“ (Matthäus 25, Vers 29).

Die Kinder der Ungelernten sind die stark benachteiligten Schlusslichter im Bildungswettlauf geblieben. Die erste PISA-Studie aus dem Jahr 2000 hat gezeigt, dass sie häufiger als die Jugendlichen aus anderen sozialen Klassen die Hauptschule besuchen, und die Minderheit unter ihnen, die eine Sonderschule besuchen musste (7 Prozent), war fast so groß wie die Minderheit, die ein Gymnasium besuchen durfte (11 Prozent). Der nachfolgende „PISA-Schock“ hat etwas Bewegung in die Struktur der schichttypischen Bildungsungleichheit gebracht; die Chancen der Jugendlichen aus den stark benachteiligten Klassen – PISA arbeitet mit einem Klassenschema (vgl. Geißler 2014, S. 105 ff.) – haben sich etwas verbessert. Zwischen 2000 und 2009 ist der Anteil der 15-jährigen Gymnasiasten aus Familien von un- und angelernten Arbeitern von 11 auf 15 Prozent gestiegen, bei Facharbeitern, Meistern und Vorarbeitern von 16 auf 20 Prozent, bei Routinedienstleistern von 24 auf 31 Prozent und bei kleinen und mittleren Selbstständigen von 26 auf 32 Prozent (siehe Tabelle oben).

Der Matthäus-Effekt lässt sich auch beim zunehmenden Run auf die Universitäten gut erkennen: Den Ausbau der Hochschulen nutzten ebenfalls insbesondere junge Menschen aus Gruppen, deren Studienchancen bereits 1969 vergleichsweise gut waren (siehe Schaubild rechts) – Söhne und in noch stärkerem Maße Töchter von Selbstständigen (Zuwachs unter den Studienanfängern bis 2000 um 30 Prozentpunkte), von Beamten (26 Prozentpunkte) und von Angestellten (11 Prozentpunkte). Trendanalysen mit einem feineren Schichtmodell liegen leider nicht vor, aber es dürfte sich bei den Gewinnern der Hochschulexpansion um dieselben Schichten handeln, die auch von der Ausdehnung der Gymnasien in besonderem Maße profitierten. Der Zuwachs bei den Arbeiterkindern nimmt sich dagegen mit 4 Prozentpunkten sehr bescheiden aus. Nur jedes fünfzigste Kind ei-

nes Ungelernten begann Ende der 1980er-Jahre mit einem Universitätsstudium, im Vergleich zu 82 Prozent der Kinder von Freiberuflern (Ärzten, Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern etc.) – die Chance, an einer Universität zu studieren, war für die Letztgenannten also einundvierzig (!) Mal so hoch wie für die Kinder von Ungelernten. 1990 kletterte die Studienanfängerquote bei den Arbeiterkindern zwar mit 7 Prozent erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik über die Fünfprozentmarke. Dennoch war diese Jahrhundertquote bei den Arbeiterkindern nur halb so hoch wie allein die Zunahme der entsprechenden Quote bei den Kindern von Selbstständigen zwischen 1990 und 2000 (14 Prozentpunkte).

## Studienanfängerquote an Universitäten und soziale Herkunft<sup>1</sup> (alte Bundesländer 1969-2000, in Prozent der Gleichaltrigen)

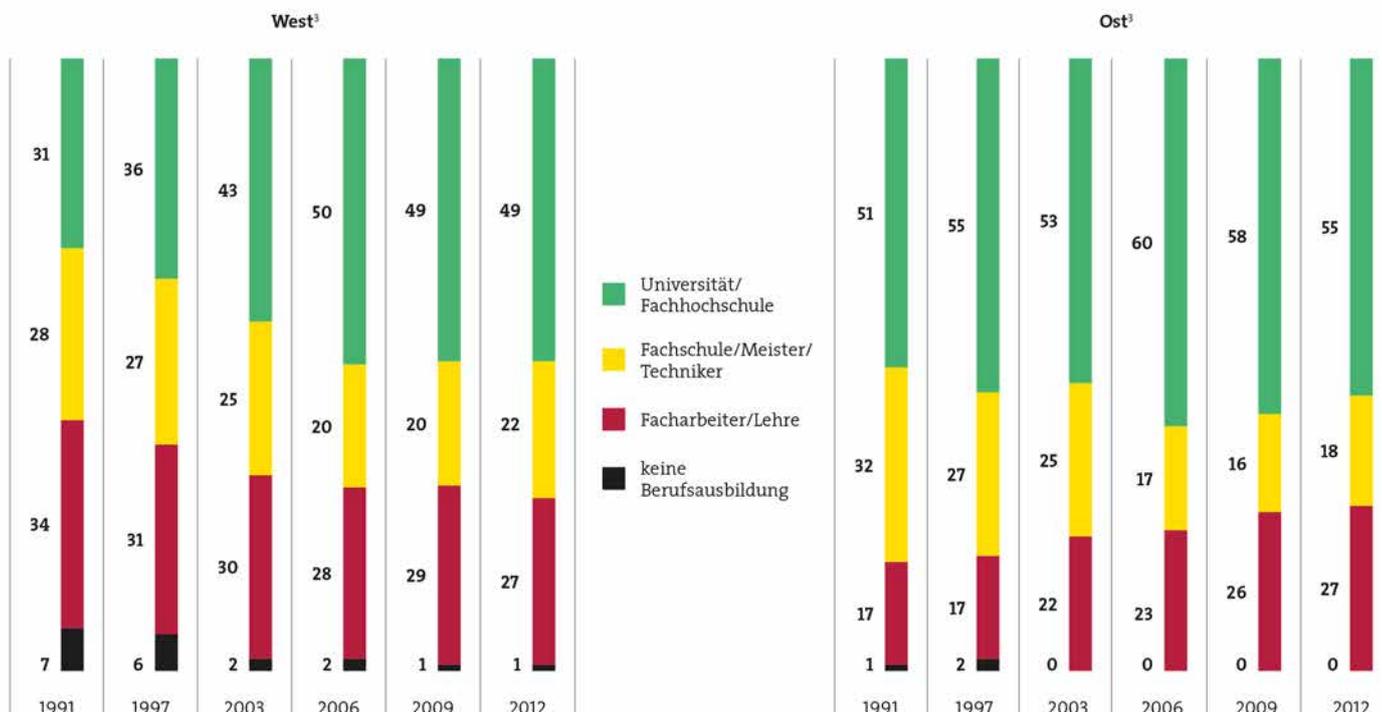


<sup>1</sup> Studienanfänger/-innen in Prozent der Gleichaltrigen

\*1982

Datenquellen: Soziologischer Almanach 1979; Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks

## Höchster beruflicher Abschluss der Eltern<sup>1</sup> von Studierenden<sup>2</sup> in West und Ost (1991-2012, in Prozent)



<sup>1</sup> Zuordnung nach dem beruflichen Abschluss des Elternteils mit dem höchsten Abschluss

<sup>2</sup> Studierende an Universitäten und Fachhochschulen

<sup>3</sup> ohne Berlin

Datenquelle: HIS – Institut für Hochschulforschung Hannover

Die skizzierten Entwicklungen lassen sich leider nicht über das Jahr 2000 hinaus verfolgen, weil keine Studienanfängerquoten mehr erhoben wurden. Stattdessen berechnet das Hannoveraner Hochschul-Informationssystem (HIS) die Sozialprofile der Studierenden nach dem höchsten beruflichen Abschluss der Eltern (siehe Schaubild). 2012 stammten von den Studierenden an westdeutschen Universitäten 49 Prozent aus Akademikerfamilien (Ost 55 Prozent), 22 Prozent hatten Väter und/oder Mütter mit Fachschul-, Meister- oder Technikerabschluss (Ost 18 Prozent) und 27 Prozent mit abgeschlossener Lehre (Ost ebenfalls 27 Prozent). Den jungen Menschen von Eltern ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist der Zugang zu den Hochschulen mit einem Prozent (Ost 0 Prozent) so gut wie versperrt. Offensichtlich macht der Rückgang der sozialen Auslese im Schulsystem vor den Toren der Hochschulen halt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Bildungsexpansion ein paradoxes Ergebnis produziert hat: Sie hat die Bildungschancen aller Schichten verbessert, ohne zugleich die gravierenden schichttypischen Ungleichheiten zu beseitigen.

### Der soziale Filter

Wo liegen die Ursachen für das enorme Beharrungsvermögen der sozialen Auslese – sie wird häufig „soziale Selektivität“ genannt – im deutschen Bildungssystem? Das komplizierte und vielschichtige Ursachengeflecht ist bisher nur

bruchstückhaft erforscht. Die folgende Skizze wichtiger Ursachenkomplexe orientiert sich an empirisch gut nachgewiesenen Sachverhalten.

### Schichttypische Lernmilieus in den Familien

Eine wichtige Ursache für schichttypische Bildungschancen sind schichttypische Schulleistungen. Der französische Soziologe Raymond Boudon nennt diese die „primären Effekte“ der schichttypischen Bildungsungleichheit. Allerdings muss in diesem Zusammenhang beachtet werden, dass die gemessenen („manifesten“) Schulleistungen nicht mit dem möglichen („latenten“) Leistungspotenzial eines Individuums gleichgesetzt werden dürfen. Die schichtspezifische Sozialisationsforschung hat bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren die große Bedeutung der schichttypischen Lernmilieus in den Familien herausgearbeitet: Die größeren finanziellen Ressourcen und der bessere kulturelle Anregungsgehalt in den statushöheren Familien fördern die Entwicklung von Fähigkeiten und Motivationen, die gute Schulleistungen und eine erfolgreiche Bildungskarriere begünstigen – wie zum Beispiel kognitive und sprachliche Fähigkeiten, Leistungsmotivation oder den Glauben an den Erfolg individueller Anstrengungen.

Um das Denken in schichttypischen Klischees zu vermeiden, sei hier allerdings mit Nachdruck darauf verwiesen, dass es weder in den bildungsnahen noch in den bildungsfernen Familien einheitliche Sozialisationsmilieus gibt; die Sozialisationsbedingungen variieren von Familie zu Familie. Dennoch ermöglicht das Aufwachsen in Familien von Ärztinnen, Lehrerinnen oder leitenden Angestellten in der Re-

gel – nicht in allen Einzelfällen – eine bessere Entwicklung des latenten Leistungspotenzials als das Aufwachsen in bildungsfernen Familien.

### Leistungsfremder sozialer Filter

Für die ungleichen Bildungschancen ist eine simple Erklärung weit verbreitet: Es liege an der Auslese nach Leistung – wer tüchtig und leistungsfähig sei, setze sich eben durch. Diese „meritokratische Erklärung“ ist bequem und beruhigt das soziale Gewissen, aber sie ist einseitig und unvollständig, ignoriert sie doch die bereits skizzierten Folgen der ungleichen Lernmilieus in den Familien. Vor allem aber übersieht sie, dass auch das manifeste Leistungspotenzial der jungen Menschen aus bildungsfernen Familien nicht angemessen ausgeschöpft wird. Die PISA-Studien haben diesen leistungsfremden sozialen Filter erneut eindrucksvoll belegt. So sind zum Beispiel die Chancen der 15-Jährigen mit Eltern aus der oberen Dienstklasse (im wesentlichen Akademikerfamilien), ein Gymnasium zu besuchen, um das 6-Fache höher als bei Jugendlichen aus Facharbeiterfamilien; und selbst bei gleichen kognitiven Grundfähigkeiten und gleicher Leseleistung besuchen die statushöheren Jugendlichen dreimal häufiger ein Gymnasium.

Die meritokratische Erklärung ist also nur die halbe Wahrheit, die andere Hälfte der Auslese erfolgt nach leistungsfremden sozialen Kriterien. Leistungsfremde Bildungsentscheidungen sind sowohl für die Familien als auch für die Schulen belegt. Wer diesen Filter ignoriert oder unterschätzt, unterliegt einer meritokratischen Illusion.

### Leistungsfremder Filter in den Familien

Sozial schwache Familien schicken ihre Töchter und Söhne auch bei guten Leistungen und entsprechender Schulempfehlung häufig nicht auf ein Gymnasium. Eltern aus oberen Schichten verhalten sich genau umgekehrt: Auch bei mäßigen Leistungen und entgegen den Lehrerempfehlungen ziehen sie häufig eine höhere Bildungseinrichtung vor. Bildungsentscheidungen im frühen Alter von 10 Jahren bergen hohe Risiken. Nach 4 Jahren Schulzeit sind Prognosen über die Leistungsentwicklung der Kinder in den folgenden 6 bis 9 Jahren schwierig. Dies ist insbesondere in den bildungsfernen Schichten der Fall, die in der Regel über keinerlei Erfahrung mit längeren Bildungswegen auf den höheren oder auch mittleren Ebenen des Bildungssystems verfügen. Dazu kommt der Mangel an Ressourcen für außerschulische Hilfen, zum Beispiel bei den Hausaufgaben, sowie die schlechtere Ausstattung mit finanziellen Ressourcen.

Auch bei der Entscheidung für ein Studium hat die Abiturnote nur wenig Einfluss. Nach einer Studie über sächsische Abiturientinnen und Abiturienten (Becker/Hecken 2008) entscheiden sich Jugendliche aus der oberen Dienstklasse quasi „automatisch“ für ein Studium, weil ihre Familien mit einer akademischen Ausbildung vertraut sind, die Erfolgsaussichten positiv einschätzen und kaum akzeptable Alternativen zu einem Studium wahrnehmen. Die Kosten des Studiums und die Situation am Arbeitsmarkt beeinflussen ihre Entscheidung nicht. Die Abiturientinnen und Abiturienten aus Arbeiterfamilien lassen sich dagegen häufig von einem Studium „ablenken“, weil sie im Hinblick auf ihren Studienerfolg und ihre Arbeitsmarktchancen unsicherer und pessimistischer sind und weil auch die erwarteten finanziellen Belastungen in ihrem Kosten-Nutzen-Kalkül eine Rolle spielen.

### Leistungsfremder Filter in den Schulen

Die Schule ist nicht in der Lage, die leistungsfremden Filtereffekte der Familie zu kompensieren, im Gegenteil: Auch an deutschen Schulen wird gegen das meritokratische Leistungsprinzip verstoßen, die genannten Effekte werden nochmals erheblich verstärkt. Es ist wiederholt belegt worden, dass Bewertungen durch Lehrerinnen und Lehrer auch von leistungsfremden sozialen Kriterien beeinflusst sind, die zulasten der Kinder aus sozial schwachen Familien gehen. Zur Benotung bilanziert der Erziehungswissenschaftler Hartmut Ditton den Forschungsstand im Jahr 2010 wie folgt: „Kinder der unteren Schichten werden, gemessen an ihren tatsächlichen Leistungen, zu schlecht, Angehörige der mittleren, vor allem aber der oberen Sozialgruppe werden bezogen auf die tatsächlichen Leistungen deutlich zu gut benotet.“

Dramatischer und für die Bildungskarriere wichtiger sind die Auswirkungen des leistungsfremden Filters bei den Lehrerempfehlungen am Ende der Grundschulzeit. Diese wichtige Weichenstellung beim Übergang in die Sekundarstufe beeinflusst die Bildungskarrieren entscheidend, weil die eingeschlagenen Bildungswege nur schwer korrigierbar sind. Der starke Einfluss leistungsfremder Kriterien auf diese Empfehlungen zulasten der Kinder aus unteren Schichten wurde mehrfach empirisch nachgewiesen. Besonders eindrucksvolle Daten hierzu förderte 1996 die sogenannte LAU-Studie an 13 000 Hamburger Fünftklässlern zutage: Grundschullehrerinnen und -lehrer legen bei Kindern aus bildungsfernen Familien erheblich strengere Leistungsmaßstäbe bei der Empfehlung für das Gymnasium an als bei Kindern aus bildungsnahen Familien. Die Leistungsanforderungen nehmen mit der Bildungsferne der Familien kontinuierlich zu: Damit eine Gymnasialempfehlung wahrscheinlich wird, reichen bei Kindern von Vätern mit Abitur 65 Punkte in einem Schulleistungstest aus; Kinder von Vätern ohne Hauptschulabschluss müssen dagegen 98 Punkte – als 50 Prozent mehr (!) – erreichen. Die Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchungen (IGLU) – sozusagen die „PISA-Studien für Viertklässler“ – belegen, dass sich an dieser Situation nichts verändert hat; zwischen 2001 und 2006 hat der Einfluss leistungsfremder Merkmale sogar noch etwas zugenommen.





Um Bildungsnachteile zu kompensieren, bedarf es spezieller Förderung. Deutschunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund an der Anna-Seghers-Schule in Mainz 2005

### Ungleiche schulische Lernmilieus

Eine Studie des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat empirisch belegt, dass es in der hierarchisch gestuften Sekundarstufe I ungleiche schulische Lernmilieus gibt. Leistungsstarke und Leistungsschwache aus allen Schichten lernen an Gymnasien mehr als an Realschulen und an Realschulen mehr als an Hauptschulen. Da die Schulformen schichttypisch besucht werden, haben die ungleichen Lernmilieus fatale Folgen: Je höher der Status der Jugendlichen ist, umso häufiger profitieren diese von den besseren Lernmilieus in den Gymnasien. Umgekehrt müssen sie umso häufiger mit schlechteren Lernmilieus vorliebnehmen, je niedriger ihr sozialer Status ist. Die Nachteile durch die ungleichen Lernmilieus in den Familien werden in den Schulen also nicht kompensiert, sondern durch ungleiche schulische Lernmilieus weiter verstärkt; die schichttypischen Leistungsunterschiede nehmen weiter zu.

### Institutionelle Barrieren

Internationale Vergleichsstudien wie PISA, IGLU und andere haben deutlich gezeigt: In allen Gesellschaften hängen die Schulleistungen und die damit verknüpften Bildungschancen von der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler ab, aber Deutschland gehört zu denjenigen Gesellschaften der OECD, in denen die Leistungsunterschiede zwischen Schülern aus den oberen und unteren Schichten besonders weit auseinanderklaffen. Genauere vergleichende Analysen der institutionellen Rahmenbedingungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten in Deutschland vor allem durch die frühe selektive Trennung und durch eine stark unterentwickelte Förderkultur institutionell benachteiligt werden. Je früher junge Menschen auf verschiedene Ebenen eines hierarchisch gestuften Bildungssystems verteilt werden (selektive Trennung), umso größer sind die Leistungsunterschiede zwischen den Kindern und Jugendlichen aus den oberen und unteren Bereichen des Schichtgefüges. Im Vergleich zu Ländern, die über ein leistungsstärkeres und zugleich sozial gerechteres Bildungssystem verfügen wie zum Beispiel Kanada, fehlt es an deutschen Schulen sowohl an Förderpersonal (Lehrer, Lehrassistenten, Schulpsychologen,

Therapeuten, Schulsozialarbeiter, Schulmediziner, Logopäden) als auch an entsprechenden Förderprogrammen und Förderkursen.

So hat zum Beispiel PISA 2009 festgestellt, dass in Deutschland nur 30 Prozent der Sekundarschulen für Migrantinnen und Migranten zusätzlichen Förderunterricht in der Landessprache des Aufnahmelandes anbieten und lediglich 11 Prozent entsprechende Vorbereitungskurse. Im OECD-Durchschnitt sind die entsprechenden Anteile jeweils etwa doppelt so groß. Deutschland nimmt damit unter den 21 Einwanderungsländern der OECD den letzten bzw. viertletzten Platz ein.

### Kein Widerspruch zum Leistungsprinzip

Schichttypische Chancenungleichheiten haben ein enormes Beharrungsvermögen und lassen sich wegen ihrer hochkomplexen Ursachen nur schwer mildern. Nachweislich falsch ist aber die Annahme, das Prinzip der Chancengleichheit stünde in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zum Leistungsprinzip. Die Klage, die Tore zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen seien zu großzügig geöffnet worden und ließen auch „Unfähige“ durch, ist durchaus ernst zu nehmen. Sie darf jedoch nicht gegen die Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit für die benachteiligten Gruppen ausgespielt werden, denn die Auslese nach Leistung greift bei Kindern aus unteren Schichten erheblich schärfer als bei anderen, wie die obigen Ausführungen zeigen.

Das Argument, ein Mehr an sozialer Chancengleichheit im Bildungssystem müsse mit Niveauverlusten erkaufte werden, wird eindrucksvoll durch die Ergebnisse der PISA-Studien widerlegt: Manche Länder sind erheblich leistungsstärker als Deutschland und gleichzeitig gelingt es ihnen, die Unterschiede in den Kompetenzen nach sozialer Herkunft deutlich kleiner zu halten. So hat zum Beispiel Kanada – wie Geißler/Weber-Menges 2010 zeigen – ein effizientes und zugleich sozial gerechtes Bildungssystem. Die Leistungsstarken sind besser als in Deutschland, und die Kompetenzunterschiede zwischen Kindern aus oberen und unteren Schichten sind – wegen der erheblich intensiveren Förderung der Kompetenzen von Leistungsschwachen – nur gut halb so groß wie in Deutschland.

## Eine Schulform – verschiedene Ausprägungen

[...] Die Stadtteilschulen leben von der Idee der Integration. In einer Stadt wie Hamburg, in der jeder zweite Jugendliche einen Migrationshintergrund hat und Arm und Reich immer weiter auseinanderdriften, sollen die Stadtteilschulen auch in Zukunft für den sozialen Kitt sorgen. Schwächere Schüler würden, so die Idee, nicht mehr in Restschulen abgeschoben, wo man sie zu Außenseitern erzieht. [...]

Nur die grundlegende Kontroverse löste die neue Schulform nicht. Konservative glauben weiterhin, dass es besser ist, Schüler nach Leistungsfähigkeit in getrennten Gruppen zu unterrichten. [...] Linke hingegen meinen, dass es besser wäre, alle Schüler gemeinsam zu unterrichten – am besten auch Gymnasiasten. [...] Was funktioniert, da sind sich Wissenschaftler, Schulleiter und Lehrer einig, hängt davon ab, welche Schüler und welche Lehrer eine Schule hat.

[...] Besuch an der Max-Brauer-Schule in Bahrenfeld, eine der Vorzeige-Stadtteilschulen, prämiert mit zahlreichen Preisen. [...]

Eine siebte Klasse, beim Reinkommen fällt sofort auf, wie ruhig es ist und wie konzentriert die Kinder arbeiten. Ein Mädchen macht eine Geometrieaufgabe aus dem Mathebuch der Klasse 6, ihre Nachbarin versucht sich an einer Aufgabe aus dem Mathebuch der achten Klasse. Zwei Jungen malen eine Grafik für den Deutschunterricht, daneben lernt ein Mädchen Englischvokabeln. In der Mitte sitzt ein Junge mit Ohrenschützern. Er schreibt eine Mathearbeit. [...]

Deutsch, Mathe und Englisch lernen die Schüler an der Max-Brauer-Schule nicht im klassischen Fachunterricht, sondern im sogenannten Lernbüro. Das heißt: Es gibt, anders als früher, kaum Frontalunterricht. Jeder Schüler arbeitet überwiegend individuell an seinen Lernzielen. Hinzu kommen Projektunterricht, in dem die Kinder fächerübergreifend arbeiten, und Werkstätten, in denen die Kinder an dem arbeiten, was sie gut finden. Was die Schüler schon können und was nicht, welche Aufgaben sie als Nächstes machen, das wird in Absprache zwischen Schülern und Lehrern in einem Logbuch festgehalten. Eltern können darin jederzeit sehen, wo ihr Kind steht. Klassische Noten gibt es bis zur achten Klasse nicht.

[...] Die Max-Brauer-Schule wird auch von vielen bildungsorientierten Eltern ausgewählt. Etwa ein Drittel der Schüler haben eine Gymnasialempfehlung, davon sind andere Stadtteilschulen weit entfernt. Stärkere Anleitung, Aufgaben, die lebensnäher sind, vor allem aber Projekte, die Kinder selbstbewusster machen: Das rät Schulleiterin Andrea Runge anderen Schulen zur Bereicherung ihres Konzepts.

[...] Dienstag, vier Wochen nach Schulbeginn, 8.30 Uhr, Klasse 5b. Eine Schule in einem sozialen Brennpunkt, die lieber nicht genannt werden möchte, damit auch weiterhin Eltern dort ihre Kinder anmelden. „Die 5b ist die schwierigste Klasse, die wir je hatten“, sagt der Klassenlehrer.

Auf dem Stundenplan steht Mathe. Neben dem Klassenlehrer sind eine Erzieherin sowie eine Hilfskraft im Klassenraum, die als Schulbegleitung für einen der Schüler arbeitet. Der Schultag beginnt mit einem Spiel: 8er-Reihe. Die Schüler sollen zählen, jeder nennt eine Zahl. Wenn eine acht vorkommt oder die Zahl durch acht teilbar ist, schreien sie: Bumm! Bei vierzig endet die Reihe, nach dem Bumm! fällt keinem Kind ein, was die nächste Zahl sein könnte. „Na, das war nix“, sagt der Klassenlehrer. Aber immerhin sind die Schüler nun halbwegs konzentriert.

Von den 16 Schülern sind zwei als extrem verhaltensauffällig eingestuft. Einer von ihnen wurde in der vierten Klasse nicht

mehr unterrichtet – die Grundschule sah sich dazu nicht in der Lage. Vier Kinder können nur auf dem Niveau der ersten Klasse lesen. Zwei Schüler sind als Flüchtlinge vor einem Jahr nach Deutschland gekommen, sie sprechen kaum Deutsch. Eine Gymnasialempfehlung hat keines der Kinder.

Der Klassenlehrer teilt die Schulzeit in 20-Minuten-Einheiten: Erklären, Spiele, Gruppenarbeit, Arbeitsblätter, Lesephasen wechseln sich ab. Die beiden Hilfslehrer achten darauf, dass alle aufmerksam sind, helfen einzelnen Schülern, wenn sie etwas nicht verstehen. Jeder bekommt Aufgaben, die seinem Leistungslevel entsprechen.

Das funktioniert erstaunlich gut. „Uns fehlt es hier nicht an Geld. Wir sind oft zu zweit in der Klasse, derzeit sogar manchmal zu dritt“, sagt der Klassenlehrer. „Unsere Ausstattung ist super. Aber es wäre gut, wir hätten ein paar stärkere Schüler, die als Motivatoren und Vorbilder helfen und Ruhe in die Gruppe bringen.“ [...] „Einige von den Schülern werden nach jetzigem Stand nie einen Schulabschluss erreichen“, sagt der Sonderpädagoge der Schule. „Aber Inklusion bedeutet, auch sie hier zu unterrichten. [...]“

[...] Stadtteilschule am Hafen, Geschichtskurs, 13. Klasse. Funda Erler setzt sich aufs Lehrerpult. Die 32-jährige Lehrerin ist gerade aus der Elternzeit zurückgekehrt. In sieben Monaten soll ihr Kurs Abitur machen, die erste Klausur steht an. „Ich habe euch ein Arbeitsblatt mitgebracht, da stehen die wichtigsten Daten drauf. Und dann schauen wir uns heute noch ein paar Formulierungshilfen an.“ [...]

Erler, Tochter türkischer Einwanderer, war Redakteurin bei der Nachrichtenagentur dpa. Doch dann entschied sie sich, ihrem ursprünglichen Berufswunsch nachzugehen und wurde Lehrerin. „Es ist der tollste Job, den ich mir vorstellen kann“, sagt sie. „Es ist einfach erfüllend, Schülern helfen zu können.“

„Wir haben hier viele Schüler, die es am Gymnasium nicht packen würden, obwohl sie intelligent sind. Die Betreuung wäre nicht intensiv genug“, sagt Erler. „Ich fühle mich verantwortlich, dass die ihr Abi schaffen.“ Viele ihrer Schüler hätten Schwierigkeiten mit der Sprache. „In der Oberstufe habe ich Jugendliche, die sind erst seit zwei Jahren in Deutschland. Da müssen wir auch noch über die Bedeutung bestimmter Wörter sprechen.“

Die erste Geschichtsstunde ist fast um. Die Schüler arbeiten in Gruppen. Ein türkischer Junge erklärt einem Klassenkameraden das Wartburgfest. Die Tür geht auf, ein Mädchen schleicht in die Klasse. „Alles okay?“, fragt Erler, geht zu ihr, nimmt sie in den Arm und flüstert ihr etwas ins Ohr.

„[...] [V]iele haben riesige Probleme“, sagt Erler später. Die Schule müsse vieles aus dem Elternhaus kompensieren. „Meine Schüler haben alle meine Handynummer, wenn sie Hilfe brauchen“, sagt sie. Und Hilfe brauchen viele. Einige leben in Familien, in denen Alkohol und Gewalt Alltag sind. Sie müssen sich um ihre kleinen Geschwister kümmern oder die Eltern zu Behörden oder zum Arzt begleiten, weil die kein Deutsch können.

„Unsere Kids leisten häufig so viel mehr als andere, aber das wird von vielen nicht gesehen, geschweige denn wertgeschätzt. Manchmal sind das Schicksale, da könnte ich heulen“, sagt Erler. „Aber die Kinder sind nicht dumm. Die haben auch das Recht, den bestmöglichen Schulabschluss zu machen, oder nicht?“ [...]

Oliver Hollenstein, „Der Klassenkampf geht weiter“, in: DIE ZEIT Nr. 41/2014 vom 1. Oktober 2014

RAINER GEISSLER

# Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern

**Neben den schichtspezifischen Differenzierungen gehören die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu den wesentlichen Merkmalen moderner Gesellschaften. Während die Benachteiligung der Frauen im Bildungssystem inzwischen verschwunden ist, lebt sie in abgeschwächter Form in der Arbeitswelt, der Politik und insbesondere der Familie fort.**

In der industriellen Gesellschaft hatte sich eine besondere Form der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung herausgebildet, und zwar in der Arbeitswelt, im öffentlichen Leben und in der Privatsphäre. Zwischen Frauen und Männern existierten typische Unterschiede in den sozialen Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Rollenanforderungen, die sich über geschlechtsspezifische Sozialisationsprozesse auch auf die Persönlichkeit, auf Einstellungen, Motivationen und Verhaltensweisen niederschlugen. So geht die Sozialstrukturanalyse davon aus, dass soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern nicht von natürlichen, biologischen Unterschieden herrühren, sondern dass ihnen im Wesentlichen soziale Ursachen zugrunde liegen.

Wie in allen entwickelten Gesellschaften sind auch in Deutschland Differenzierungen dieser Art in den letzten Jahrzehnten abgeschwächt worden. Offenbar gehört die Tendenz zur Minderung der sozialen Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern zu den allgemeinen „emanzipatorischen Trends“ (Norbert Elias 1989) der modernen Gesellschaft. Mit der Verringerung der geschlechtstypischen Unterschiede erhöht sich zugleich die Sensibilität gegenüber den verbliebenen. Es breitet sich das Bewusstsein aus, dass viele der weiterhin bestehenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern sozial ungerecht sind; die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern wird zunehmend „entlegitimiert“.

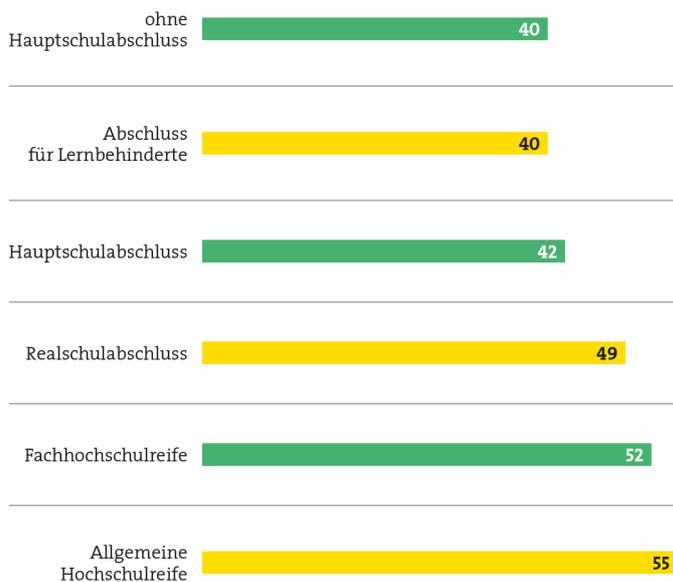
## Bildung und Ausbildung

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten erwies sich der Bildungsbereich als derjenige gesellschaftliche Sektor, in dem sich geschlechtstypische Ungleichheiten am schnellsten und besten abbauen ließen. Mädchen erzielten schon immer

die besseren Schulnoten und blieben seltener sitzen. Aber erst die Diskussion um die Ungleichheit der Bildungschancen in den 1960er-Jahren ermutigte sie dazu, die besseren Schulleistungen auch in angemessene Bildungsabschlüsse umzusetzen.

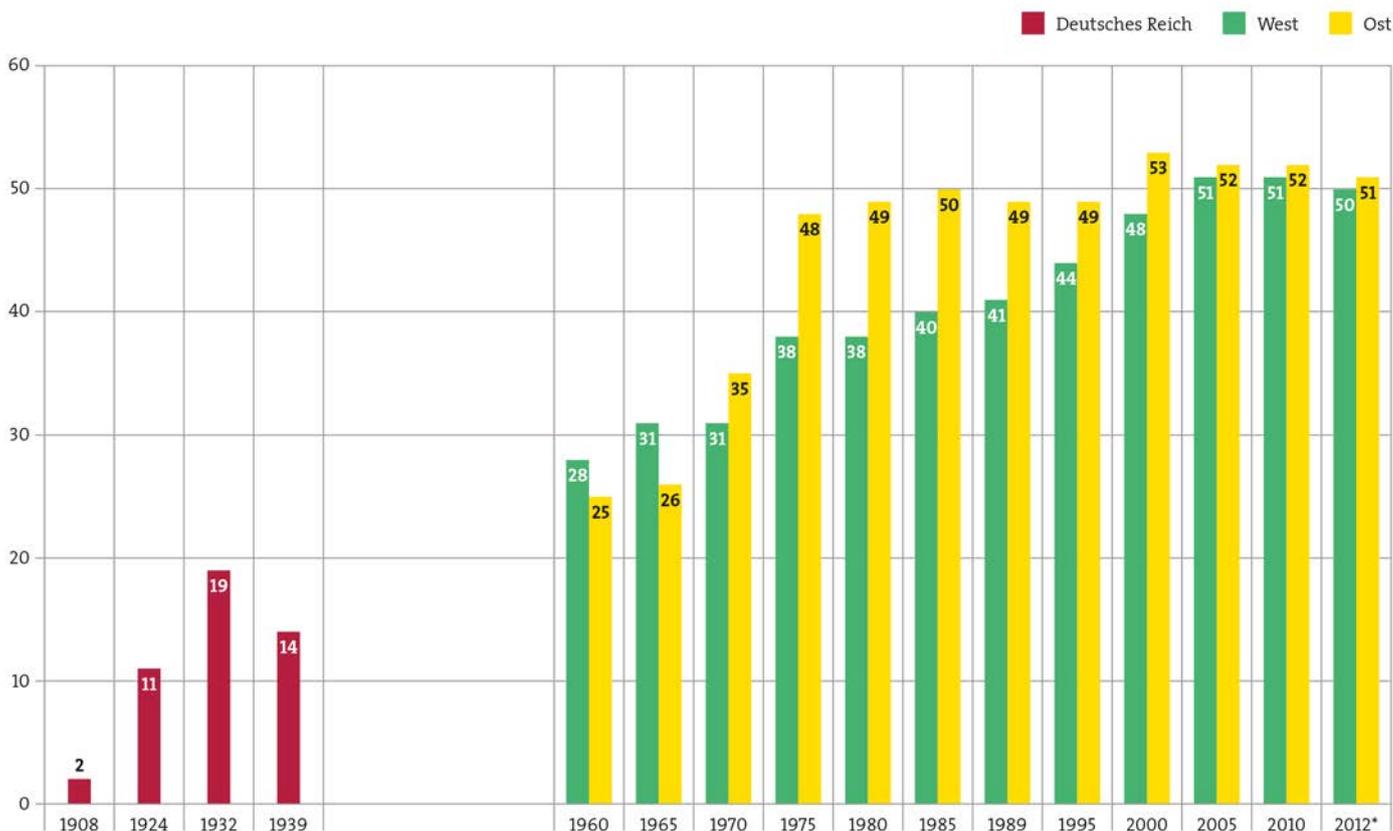
Anfang der 1980er-Jahre entsprach ihr Anteil an den Abiturienten ihrem Anteil an der Bevölkerung; in der DDR war dies bereits etwa zwei Jahrzehnte vorher der Fall gewesen. Inzwischen hat sich der früher erhebliche weibliche Bildungsrückstand im allgemeinbildenden Schulsystem im Zuge der Bildungsexpansion (siehe S. 54 ff.) in einen leichten Bildungsvorsprung verwandelt. Unter den Schulabgängern ohne und

### Anteil der Schulabgängerinnen mit unterschiedlichen Schulabschlüssen (2012, in Prozent)



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

## Frauenanteil unter Studierenden an Universitäten (1908-2012, in Prozent)



\*Die Rundungen suggerieren einen zu großen Unterschied zwischen Ost und West. Die genauen Zahlen sind: 50,42 Prozent für West und 50,52 Prozent für Ost.

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, S. 376

mit Hauptschulabschluss stellten Mädchen 2012 nur Minderheiten von 40 bzw. 42 Prozent; dafür waren sie unter den Abiturienten mit 55 Prozent und beim Erwerb der Fachhochschulreife mit 52 Prozent überrepräsentiert (siehe Schaubild S. 64).

Die Barrieren, auf die junge Frauen auf dem Weg in die Hochschulen stießen, waren höher und schwerer aus dem Weg zu räumen. Noch 1960 waren in beiden deutschen Gesellschaften fast drei Viertel der Studierenden Männer (siehe Schaubild oben). Durch eine stärkere Reglementierung bei der Zulassung zum Studium, aber auch durch eine gezielt mütterfreundliche Gestaltung von Studienbedingungen (kostenlose Kinderbetreuung an den Hochschulen, besondere Unterkünfte, Kinderzuschläge bei Stipendien, Sonderregelungen beim Studienablauf) konnten in der DDR die Studienchancen der Frauen innerhalb eines Jahrzehnts denen der Männer angeglichen werden. In der Bundesrepublik vollzog sich die Entwicklung zögerlicher. Der Anteil der Frauen an den Universitäten stagnierte in den 1980er-Jahren bei etwa 40 Prozent, 1995 lag er bei 44 Prozent. Erst im vergangenen Jahrzehnt konnten die Frauen mit den Männern gleichziehen. 2012 lagen die Frauenanteile unter den Studierenden an Universitäten in Ost und West bei 50,5 bzw. 50,4 Prozent.

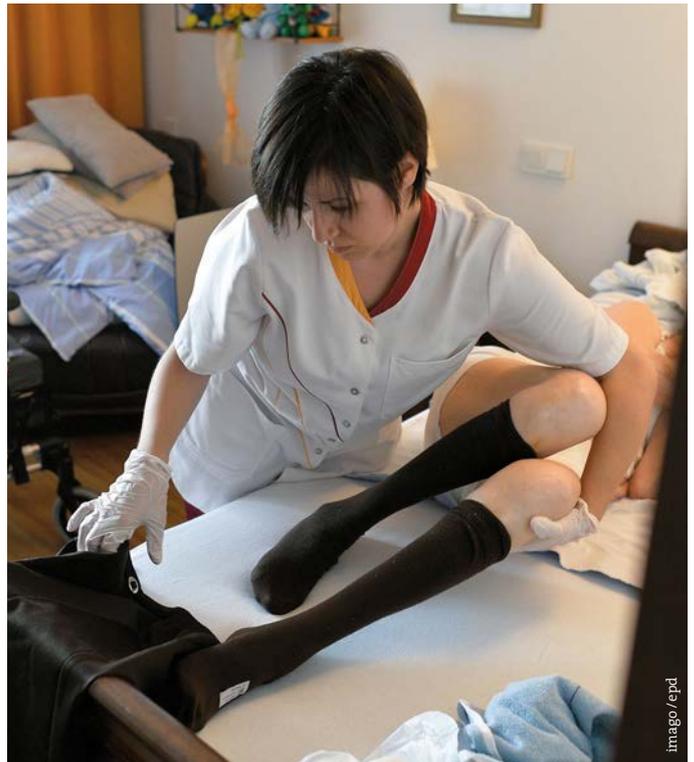
Seit einigen Jahren macht die Formel von den Jungen als den „neuen Bildungsverlierern“ die Runde. Die Ursachen für die männlichen Bildungsdefizite sind bisher nur sehr unzureichend erforscht. Es wird darauf verwiesen, dass Jungen erheblich häufiger von Erziehungsproblemen und Verhaltensauf-

fälligkeiten betroffen sind, zum Beispiel als Patienten in entsprechenden Therapiezentren oder als Betroffene des Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms (ADS) oder einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Umstritten ist, ob durch die starke Feminisierung der Erziehung in Kindertagesstätten und Grundschulen „weiblich geprägte Schulbiotope“ entstanden sind, die den Bedürfnissen von Jungen nach männlichen Vorbildern, körperlicher Bewegung, Sach- und Technikorientierung, Konkurrenzverhalten und „Aufmüpfigkeit“ nicht angemessen entsprechen. Allerdings sollte angemerkt werden, dass sich die Benachteiligung der „alten Bildungsverlierer“ – der Kinder aus bildungsfernen Familien (siehe S. 58 ff.) oder bestimmten Migrantengruppen (siehe S. 49 f.) – in ganz anderen Dimensionen bewegt. Im Vergleich zu deren dramatischen Bildungsdefiziten, die zudem noch in weitere soziale Benachteiligungen eingebettet sind, nehmen sich diejenigen der Jungen eher harmlos aus.

Die Geschlechterproportionen an den weiterführenden Bildungseinrichtungen beleuchten nur einen Aspekt der geschlechtstypischen Chancengleichheit. Zu Recht hebt die Frauenforschung hervor, dass traditionelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Entscheidung für bestimmte Schul- und Studienfächer und insbesondere auch bei der Berufsausbildung weiterhin fortbestehen. Frauen tendieren nach wie vor dazu, sich auf „frauentypische“ Studiengänge wie Erziehungs-, Sozial-, Sprach- und Kulturwissenschaften zu konzentrieren. Ihr Anteil an den Studienanfängern der Ingenieurwis-



picture alliance / dpa-Themen dienst / Caroline Seidel



imago/epd

Frauen wählen – auch heute noch – nur selten technische Berufe. Ausbildung zur Land- und Maschinenbaumechatronikerin in der Werkstatt eines Landmaschinenbetriebes in Borken, NRW. Häufiger entscheiden sie sich für Dienstleistungsberufe, zum Beispiel im Bereich der Pflege. Krankenschwester auf der Demenzstation eines Pflegeheims in Frankfurt am Main 2013

senschaften machte 2011 gerade einmal 20 Prozent (West) bzw. 19 Prozent (Ost) aus und in Mathematik/Naturwissenschaften lediglich 34 bzw. 35 Prozent.

In der Berufsausbildung stößt die Gleichstellung der Mädchen und Frauen auf größere Probleme als im Schul- und Hochschulbereich. Frauen sind in der Berufsausbildung an Vollzeitschulen zum Beispiel für Erzieherinnen, Kranken- und Altenpflegerinnen oder Physiotherapeutinnen stark überrepräsentiert. Obwohl diese Ausbildungen vergleichsweise lange dauern und teuer sind (keine durchgängige Ausbildungsvergütung, zum Teil hohe Schulgelder), lässt sie sich nicht in entsprechende Gehälter auf dem Arbeitsmarkt umsetzen. Ein Jahr nach Ausbildungsabschluss verdienen Frauen durchschnittlich 14 Prozent weniger als Männer. Nachteilig wirkt sich weiterhin aus, dass sich junge Frauen in wenigen Ausbildungsberufen zusammendrängen. 2011 waren in Deutschland 52 Prozent der weiblichen Auszubildenden auf die zehn häufigsten Berufe konzentriert, von den männlichen Auszubildenden waren es lediglich 36 Prozent. Frauen sind – wie schon vor 25 Jahren – hauptsächlich in Dienstleistungsberufen mit Tätigkeitsprofilen wie Pflegen, Helfen, Verkaufen, Assistieren, Betreuen zu finden und nur selten in der Produktion oder in technischen Berufen. Eine interessante Abweichung von dieser Struktur gibt es beim Kochen. Der Beruf des Kochs steht mit 32 300 Auszubildenden bei den Männern auf Rang 10. Unter den Frauen rangiert Köchin lediglich auf Platz 18, nur 6900 wollen diese „Hausfrauenpflicht“ zu ihrem Beruf machen. Eventuell lassen sich die Frauen auch von den niedrigen Einkommen abschrecken, denn den Vollzeit arbeitenden Köchinnen werden nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes nur 2027 Euro pro Monat bezahlt, während Köche mit 3351 Euro das 1,7-Fache verdienen.

## Arbeitswelt

„Erfolgreich in der Schule – diskriminiert im Beruf“ – dieser plakative Titel eines Aufsatzes von Hannelore Faulstich-Wieland und anderen aus dem Jahr 1984 weist mit Nachdruck darauf hin, dass sich bessere Bildungschancen der Frauen nicht angemessen in bessere Berufschancen umsetzen lassen. Auch heute noch sind die Männerprivilegien in der Arbeitswelt erheblich widerstandsfähiger als im Bildungssystem.

Frauen sind in den vergangenen Jahrzehnten in allen entwickelten Gesellschaften immer stärker in den Arbeitsmarkt vorgedrungen. Die Erwerbstätigkeit gehört inzwischen zum Lebensentwurf der modernen Frau. In den alten Bundesländern stieg die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren von 46 Prozent im Jahr 1970 auf 71 Prozent im Jahr 2012 an. In Ostdeutschland, wo die Berufstätigkeit aller Frauen zu DDR-Zeiten eine Selbstverständlichkeit (und Pflicht) war, liegt sie mit 76 Prozent weiterhin etwas höher. Trotz der Arbeitsmarktkrise hat sie den Stand von 1991 (77 Prozent) fast gehalten.

Der Anstieg der Erwerbsquote ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass verheiratete Frauen und Mütter immer häufiger einer bezahlten Arbeit nachgehen bzw. nach der Familienphase (Kinderbetreuung) wieder in den Beruf zurückkehren. Mütter mit Kindern von über zwölf Jahren arbeiten heute genauso häufig wie kinderlose Frauen. Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen in der Zahl der absolvierten Wochenstunden. Von den westdeutschen Müttern arbeitete 2010 jeweils ein knappes Viertel Vollzeit bzw. weniger als 15 Stunden pro Woche. Bei den ostdeutschen Müttern dagegen haben mehr als die Hälfte eine Vollzeitstelle, und nur 6 Prozent sind geringfügig beschäftigt. Und auch Teilzeitarbeit verrichten in den neuen Bundesländern viele

## Verdienste von Männern und Frauen (Vollbeschäftigte, 1950-2011)

	durchschnittlicher Bruttostundenlohn von Arbeitern und Arbeiterinnen in der Industrie			durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von Angestellten in Industrie und Handel		
	Männer (in Euro)	Frauen (in Euro)	Frauenverdienste in Prozent der Männerverdienste	Männer (in Euro)	Frauen (in Euro)	Frauenverdienste in Prozent der Männerverdienste
1950	0,73	0,44	60 %			
1960	1,48	0,96	65 %	370	207	56 %
1970	3,33	2,29	69 %	783	469	60 %
1980	7,24	5,24	72 %	1749	1126	64 %
1990	10,82	7,92	73 %	2575	1969	65 %
2004 West	16,37	12,49	76 %	3847	2738	71 %
2004 Ost	11,55	9,06	78 %	2881	2229	77 %
	durchschnittlicher Bruttostundenlohn von Arbeitnehmern und -nehmerinnen im produzierenden Gewerbe			durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von Arbeitnehmern und -nehmerinnen im Dienstleistungsbereich		
	Männer (in Euro)	Frauen (in Euro)	Frauenverdienste in Prozent der Männerverdienste	Männer (in Euro)	Frauen (in Euro)	Frauenverdienste in Prozent der Männerverdienste
2011 West	24,30	19,71	81 %	4002	3186	80 %
2011 Ost	15,51	13,04	84 %	2962	2838	96 %

1950-1990 früheres Bundesgebiet  
2004 West früheres Bundesgebiet, 2004 Ost frühere DDR  
2011 West mit Berlin, 2011 Ost ohne Berlin

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, S. 384 (Datenquelle: Statistisches Bundesamt)

lediglich der Not gehorchend, weil Vollzeitstellen nicht zur Verfügung stehen.

Obwohl Frauen zunehmend in die bezahlten Arbeitsprozesse einbezogen werden, haben sich in der Arbeitswelt markante Ungleichheiten zu ihrem Nachteil erhalten. Zum einen existieren geschlechtsspezifisch geteilte Arbeitsmärkte, die für Frauen tendenziell schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrigere Einkommen, ein niedrigeres Sozialprestige sowie höhere Armuts- und zum Teil auch Arbeitsplatzrisiken mit sich bringen. Zum anderen stoßen Frauen auf erhebliche Hindernisse beim Aufstieg in die höheren Etagen der Berufshierarchien. Diese Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt soll im Folgenden durch einige ausgewählte Daten dokumentiert werden.

Der Einkommensabstand (bei Vollerwerbstätigkeit) zu den Männern hat sich zwar im letzten halben Jahrhundert langsam und kontinuierlich verringert, aber auch heute verdienen Männer noch erheblich mehr Geld (siehe Tabelle). Westdeutsche Frauen erzielten 1990 als vollbeschäftigte Angestellte nur 65 Prozent und als Arbeiterinnen 73 Prozent der Bruttoverdienste ihrer männlichen Kollegen. In der DDR sah es für Frauen etwas besser aus; vollbeschäftigte Frauen kamen 1989 auf 76 Prozent der Männerverdienste. Der „Gender Pay Gap“, wie die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern heute häufig genannt wird, hat sich in den zwei vergangenen Jahrzehnten in beiden Teilen Deutschlands weiter geschlossen. In Westdeutschland lag er 2011 bei 19 bzw. 20 Prozent, in den neuen Bundesländern ist er im produzierenden Gewerbe mit 16 Prozent etwas kleiner, und im Dienstleistungsbereich verdienen vollzeitbeschäftigte ostdeutsche Frauen hier inzwischen fast dasselbe wie Männer.

Die Lohnungleichheit hat sehr vielfältige Ursachen. Am stärksten schlägt die „indirekte Benachteiligung“ durch die

Struktur der geschlechtstypischen Aufteilung des Arbeitsmarktes zu Buche. Teile der Differenz sind zurückzuführen auf weniger Überstunden, kürzere Wochenarbeitszeiten, längere Familienpausen, weniger übertarifliche Zulagen (z. B. für Schichtarbeit oder andere Arbeiterschwernisse), Beschäftigung in kleineren Betrieben mit weniger Aufstiegsmöglichkeiten, seltenere Forderungen der Frauen nach mehr Gehalt und stärkere Zurückhaltung beim Auftreten in Gehaltsverhandlungen; in Westdeutschland auch auf weniger Berufsjahre und kürzere Betriebszugehörigkeiten. Wichtig ist auch ein anderer Ursachenkomplex: Frauen sind häufiger in schlechter bezahlten Berufspositionen, Lohngruppen und Branchen tätig. Ab und zu offenbart der *Gender Pay Gap* skurrile Verwerfungen: So wird die Pflege von Tieren als „Männerberuf“ besser bezahlt als die Pflege von Menschen – ein typischer „Frauenberuf“.

Auch unter den Selbstständigen ist der Frauenanteil in den drei vergangenen Jahrzehnten gestiegen – zwischen 1991 und 2011 in Westdeutschland von 25 auf 31 Prozent und in Ostdeutschland von 28 auf 33 Prozent. Zugenommen haben insbesondere die Kleinbetriebe: 2008 arbeiteten zwei Drittel der Frauen ohne Mitarbeiterinnen, waren also Solo-Selbstständige. Die Situation der weiblichen Selbstständigen ist häufiger unsicher, instabil und von kurzer Dauer, unter den „Ich-AGs“ sind Frauen überproportional vertreten. Der „Gender Income Gap“ ist bei den Selbstständigen mit 35 Prozent deutlich größer als bei den Arbeitnehmerinnen.

Frauen haben es erheblich schwerer als Männer, beruflich Karriere zu machen. Zwar rücken sie inzwischen zunehmend in die höheren Ebenen der Berufswelt vor, dennoch vollzieht sich beim Aufstieg in die leitenden Positionen eine deutliche Auslese nach Geschlecht. Es gilt weiterhin die Regel von der nach oben hin zunehmenden Männerdominanz: je höher die



Thomas Pfaffmann / Baake Cartoons

Ebene der beruflichen Hierarchie, umso kleiner der Anteil der Frauen und umso ausgeprägter die Dominanz der Männer. Die Chefetagen der Berufswelt sind inzwischen keine „frauenfreien Zonen“ mehr; immer häufiger gelingt Frauen der Aufstieg bis in die Spitzenpositionen. Aber auch heute bilden sie dort nur kleine Minderheiten, wie die folgenden Beispiele aus verschiedenen Bereichen zeigen.

**Hochschulen**

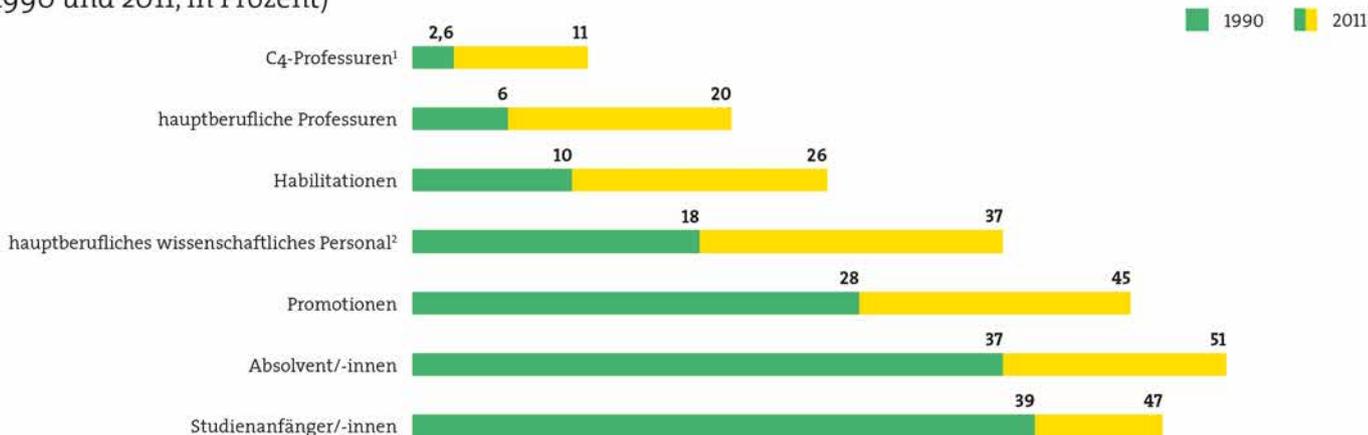
Das Schaubild zum Frauenanteil an den Hochschulen zeigt wichtige Veränderungen zugunsten der Frauen in den beiden

letzten Jahrzehnten, macht aber zugleich auch das „Frauensterben“ auf dem Weg nach oben drastisch sichtbar. Die deutsche Professorenschaft ist eine männerdominierte Gesellschaft geblieben. Von den Professuren war 2011 nur jede fünfte durch eine Frau besetzt, von denjenigen mit der besten Besoldung und Ausstattung, den C4-Professuren, ist es lediglich gut jede zehnte.

**Gesundheitswesen**

Auch in den Führungspositionen des „weiblichen Berufsfeldes“ Gesundheitswesen dominieren die Männer. 2010 waren mehr als drei Viertel der Studienanfänger für den Arztberuf weib-

**Frauenanteile in der Hochschulhierarchie (1990 und 2011, in Prozent)**



<sup>1</sup>1990 früheres Bundesgebiet; 2011 Deutschland

<sup>2</sup>C4 und entsprechende Besoldungsgruppen; <sup>3</sup>ohne Professor/-innen

Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, S. 388

lich, aber die Führungspositionen des Gesundheitssektors – die Lehrstühle und Chefarztsessel – waren 2012 weiterhin zu über 90 Prozent von Männern besetzt.

## Medien

In den einflussreichen Massenmedien wiederholt sich dieses Muster. In den Redaktionen des ZDF waren 1999 bereits 42 Prozent Frauen tätig. Die Spitzen der zwölf öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die zusammen die ARD bilden, waren allerdings bis 2002 „frauenfreie Zonen“, alle Intendanten waren Männer. 2003 eroberte mit Dagmar Reim erstmals eine Frau eine Intendantenposition beim neu geschaffenen Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Von 2007 bis 2013 wurde auch der große Westdeutsche Rundfunk und seit 2011 der Mitteldeutsche Rundfunk von einer Frau geleitet – der WDR von Monika Piel, der MDR von Karola Wille.

## Wirtschaft

Auch in den Chefetagen der größten Wirtschaftsunternehmen sind Frauen weiterhin Ausnahmereisnerungen geblieben. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) waren Anfang 2010 von den Vorständen der größten 200 Unternehmen (ohne Finanzsektor) nur 2,5 Prozent weiblichen Geschlechts, lediglich ein Unternehmen wurde von einer Chefin geführt. In den Aufsichtsräten lag der Frauenanteil bei knapp 10 Prozent. Der Sprung in den Vorsitz eines Aufsichtsrates gelang lediglich zwei Frauen. So ist es nicht verwunderlich, dass auch in der CDU die umstrittene Frauenquote kein Tabuthema mehr ist: Die damalige Arbeitsministerin Ursula von der Leyen schlug 2011 eine verbindliche Quote von 30 Prozent für Vorstände und Aufsichtsräte vor. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD wurde 2013 vereinbart, dass Aufsichtsräte in voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen, die ab 2016 neu besetzt werden, eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent aufweisen müssen.

Die Ursachen für die Schwierigkeiten der Frauen beim beruflichen Aufstieg sind vielschichtig. Das wichtigste Hindernis ist die traditionelle geschlechtstypische Rollenaufteilung in der Familie, die den Frauen die Hauptlast bei der Kindererziehung und privaten Haushaltsführung aufbürdet. Aber auch geschlechtstypische Sozialisationsprozesse sowie Vorurteile gegenüber Frauen in der Arbeitswelt spielen eine Rolle. So beklagten 74 Prozent der westdeutschen und 75 Prozent der ostdeutschen Frauen im Jahr 2010, dass sie mehr leisten müssten als Männer, um akzeptiert zu werden.

Männer beobachten die aufstiegsmotivierte Frau offenbar häufig mit einem besonders kritischen Blick und zweifeln an ihrer Kompetenz, Belastbarkeit und Führungsfähigkeit. Dazu kommen unter Umständen noch geschlechtstypische Vorbehalte nach dem Muster „Wenn der Chef mit der Faust auf den Tisch haut, ist er dynamisch; wenn die Chefin mit der Faust auf den Tisch haut, ist sie hysterisch.“ Da die wichtigen formellen und informellen Netzwerke in den höheren Bereichen der Berufswelt von Männern beherrscht werden und in der Regel Männer über den beruflichen Aufstieg von Frauen entscheiden, können die geschilderten Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Frauen reale Wirkung entfalten.

Mehrere neue Studien belegen, dass die Vorbehalte gegenüber Frauen in Führungspositionen einer empirischen Untersuchung nicht standhalten. Dorothea Assig und Andrea Beck brachten diese Ergebnisse schon 1998 auf die Formel: „Sie bewältigt insgesamt die modernen Management-Anforderungen besser als er.“ Managerinnen sind demnach nicht nur kommunikativer und in-

tegrativer, teambewusster, ehrlicher und offener, sondern auch entscheidungsfreudiger, innovativer, die besseren Planer und wirtschaftlich erfolgreicher. Eine Untersuchung aus dem Jahr 1996 über 22 000 französische Unternehmen hat gezeigt, dass von Frauen geleitete Betriebe doppelt so schnell wuchsen und doppelt so rentabel waren wie Unternehmen, die von Männern geführt wurden.

In der neueren Forschung sind die skizzierten Thesen allerdings nicht unumstritten. Bei einer Befragung von Führungskräften der deutschen Wirtschaft im Jahr 2010 stimmte jedoch eine klare Mehrheit der Männer (West 75 Prozent, Ost 74 Prozent) und insbesondere der Frauen (West 86 Prozent, Ost 83 Prozent) der Einschätzung zu, dass die Beteiligung von Frauen im gehobenen Management den ökonomischen Erfolg eines Unternehmens erhöht.

## Politik

Nach und nach fassen die Frauen auch im politischen Bereich Fuß. Dennoch sind die Folgen der jahrhundertelangen Ausgrenzung der Frauen von der Politik auch heute noch deutlich spürbar. So bekundeten 47 Prozent der westdeutschen Männer im Jahr 2010 sehr starkes oder starkes Interesse für Politik, aber nur 19 Prozent der Frauen (Hanf u. a. 2011). Entsprechend schlechter ist dann auch der politische Informationsstand der Frauen.

In den Parteien sind die Frauen bis heute mehr oder weniger starke Minderheiten geblieben, ihr parteipolitisches Engagement haben sie seit 1997 kaum gesteigert (siehe Tabelle). Ende 2012 stellten sie bei der CSU nur 19,5 Prozent der Mitglieder, bei der FDP 23 Prozent, bei der CDU 25,6 Prozent und bei der SPD 31,5 Prozent. Die höchsten Frauenanteile finden sich bei den Grünen (37,8 Prozent) und den Linken (37,7 Prozent). 2010 waren nur 2 Prozent (West) bzw. 1 Prozent (Ost) der Frauen Mitglieder einer politischen Partei im Vergleich zu 5 Prozent (West) bzw. 3 Prozent (Ost) der Männer.

Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Parlamentarierinnen in den vergangenen drei Jahrzehnten kontinuierlich zugenommen hat. Ihr Anteil an den Bundestagsabgeordneten stieg von knapp 9 Prozent im Jahr 1980 über 21 Prozent im Jahr 1990 auf 36 Prozent im 2013 gewählten 18. Deutschen Bundestag. Die Werbung der Parteien um die Gunst der Wählerinnen, aber auch die Quotendiskussion dürften diese Entwicklung begünstigt haben.

Auch in politischen Spitzenämtern tauchen Frauen inzwischen häufiger auf. Seit Konrad Adenauer 1961 mit Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) die erste Frau in sein Kabinett holte,

## Frauenanteile an Parteimitgliedern

(1991-2012<sup>1</sup>, in Prozent)

	CSU	FDP <sup>2</sup>	CDU	SPD	B'90/ Grüne <sup>3</sup>	PDS / Die Linke
1991	15,4	–	25,6	27,7	–	43,9
2001	17,6	24,2	25,2	29,5	37,4	45,7
2012	19,5	23,0	25,6	31,5	37,8	37,7

<sup>1</sup> Stand jeweils 31.12.

<sup>2</sup> Daten erst ab 1996 verfügbar

<sup>3</sup> Daten erst ab 1998 verfügbar

Datenquelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland. Version 2013, Berlin 2013, S. 16

regierten bis 1987 auf Bundesebene stets ein bis zwei Frauen mit; sie waren allerdings stets für „frauentypische“ Bereiche wie Gesundheit, Familie, Jugend oder später auch Bildung zuständig – bis auf Marie Schlei, von 1976 bis 1978 Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1988 berief Helmut Kohl erstmals eine dritte Frau vorübergehend in seine Regierungsmannschaft, und 1992 eroberte mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) erstmals eine Politikerin ein sogenanntes klassisches Ressort, das Justizministerium. In der Regierungszeit von Gerhard Schröder (1998-2005) wurden zunächst ein Drittel, später dann sechs von dreizehn Ministerien von Frauen geleitet, und auch von den 26 parlamentarischen Staatssekretären waren 2005 elf weiblichen Geschlechts. Im November 2005 gelang es schließlich Angela Merkel als erster Frau, ins Zentrum des Herrschaftssystems einzurücken und Bundeskanzlerin zu werden. Ihr Kabinett startete mit zehn Männern und fünf Frauen in die Amtszeit – ein Proporz, mit dem die Kanzlerin auch in ihrer zweiten Amtsperiode im Jahr 2013 regierte und seitdem in der Großen Koalition weiterhin regiert – unter anderem mit Ursula von der Leyen als erster deutscher Verteidigungsministerin.

Auf Landesebene gelang es den Frauen leichter, in die bisherige Männerdomäne der Kabinette einzudringen. 1996 hatten sie immerhin 46 von 172 Regierungsämtern (27 Prozent) inne. Allerdings dauerte es bis 1993, ehe mit Heide Simonis (SPD) in Schleswig-Holstein die erste Frau zur Ministerpräsidentin (bis 2005) gewählt wurde. Und es gingen wieder über eineinhalb Jahrzehnte ins Land, ehe ihr in Thüringen Christine Lieberknecht (CDU; 2009-2014), in Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft (SPD; ab 2010) im Saarland Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU; ab 2011) sowie in Rheinland-Pfalz Marie Luise Dreyer (SPD; ab 2013) folgten. Die Frauenanteile in den Landesregierungen waren zudem nach 1996 leicht rückläufig; 2005 war nur noch ein Fünftel der Regierungsämter von Frauen besetzt.

Auch zwei weitere der vier höchsten Staatsämter wurden bereits von Frauen erobert – das Bundestagspräsidium schon relativ früh von Annemarie Renger (SPD; 1972-1976) und später nochmals von Rita Süssmuth (CDU; 1988-1998) sowie das Präsidium des Bundesverfassungsgerichts von Jutta Limbach (SPD; 1994-2002). Lediglich das höchste Staatsamt wartet noch auf die Besetzung durch eine Bundespräsidentin.

Im europäischen Vergleich sind die Chancen der deutschen Frauen, in einflussreiche politische Ämter aufzusteigen, gut. Im Jahr 2003 lag Deutschland beim Frauenanteil in den nationalen Regierungen und Parlamenten der 15 EU-Länder auf den Rängen 3 bzw. 6.

Die Ursachen für die Probleme der Frauen, sich angemessen und erfolgreich in die Politik einzubringen, werden von Beate Hoecker (APuZ 24-25/2008) treffend skizziert: Die politischen Institutionen, informellen Strukturen und Karrieremuster sind männlich geprägt. Ihre Regeln entsprechen der typischen Lebenswirklichkeit der Männer und kollidieren mit derjenigen der Frauen. Aus ihren beruflichen Erfahrungen und Karrieren bringen Männer das Fachwissen und das Wissen über die Bedeutung sozialer Netzwerke ein. Für die „Ochsentour“ zum Aufbau einer Hausmacht stehen ihnen – im Gegensatz zu vielen Frauen – die erforderliche Zeitsouveränität und Abkömmlichkeit zur Verfügung.

## Familie

Die Schwierigkeiten bei der Gleichstellung der Frauen in Beruf und Politik hängen insbesondere mit ihrer Rolle in der Familie zusammen. In der bürgerlichen Gesellschaft waren dem Mann die bezahlte Erwerbsarbeit außer Haus sowie die öffentlichen Aktivitäten zugewiesen, der Frau oblagen die unbezahlten privaten Verpflichtungen bei der Haushaltsführung und der Kindererziehung. Übernimmt die Frau zusätzliche Verpflichtungen in Beruf oder Politik, muss man sie in der Familie entlasten, um sie nicht zu überlasten. Die eingefahrene traditionelle Rollentrennung zwischen Männern und Frauen in den Familien erweist sich jedoch als sehr zählebig. „An der traditionellen Zuweisung der Frauen zur Hausarbeit und Kindererziehung hat sich nur wenig geändert“ (Huinink u. a. 2004).

Obwohl Frauen immer häufiger einem Beruf nachgehen, nehmen ihnen die Männer nur zögerlich Teile der häuslichen Aufgaben ab. Am ehesten lassen sie sich noch dazu erwärmen, die Vaterrolle zu spielen und sich an der Betreuung der Kinder



Gespräch zum Thema „Frauen an die Macht!“ im Juli 2014 mit (v.l.n.re.) Margot Käßmann, der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, der derzeitigen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Moderator Günther Jauch und Hillary Rodham Clinton, der ehemaligen Außenministerin und First Lady der USA



*Kinderbetreuung ist auch heutzutage häufig noch Frauensache. Das Dilemma zwischen familiärem und beruflichem Engagement lösen sie eher als Männer durch Abstriche an ihren Karrierewünschen.*

zu beteiligen. Der harte Kern der traditionellen Hausarbeiten – Waschen, Putzen und Kochen – wird jedoch weiterhin in den meisten Familien von den Frauen erledigt.

Die Starrheit der herkömmlichen Arbeitsteilung in der Familie war und ist das Haupthindernis für die Gleichstellung der Frauen in Arbeitswelt und Politik. Dies lässt sich unter anderem an den folgenden Punkten konkretisieren:

- Viele Mütter mildern die Kollision von Familien- und Berufspflichten durch den vorübergehenden Ausstieg aus dem Beruf oder durch Teilzeitarbeit. Die Entscheidung für eine dieser Varianten ist gleichbedeutend mit mindestens vorübergehendem Verzicht auf beruflichen Aufstieg, in vielen Fällen bedeutet sie auch beruflichen Abstieg.
- Spitzenberufe sind meist „Anderthalb-Personen-Berufe“. Sie sind auf einen helfenden Partner zugeschnitten, der dem Berufstätigen den Rücken freihält, damit dieser Zeit und Energien möglichst vollständig dem Beruf widmen kann. Die Rolle der Helfenden fällt nach dem traditionellen Rollenverständnis der Frau zu und bedeutet für sie Abstriche an ihren eigenen beruflichen Ambitionen.
- Weitere wichtige Voraussetzungen für Spitzenkarrieren sind der Einstieg im richtigen Alter und das ständige „Am-Ball-Bleiben“. Frauen können diese Bedingung häufig nicht erfüllen, weil wichtige Fundamente für den beruflichen Aufstieg in einer Lebensphase gelegt werden, in der sie durch Kinder besonders stark in Anspruch genommen sind.
- Frauen sind eher bereit, Konflikte zwischen Beruf und Familie zugunsten der Kinder und des Partners zu lösen und Abstriche an ihren Karrierewünschen vorzunehmen. Auch junge und gut gebildete Paare, in deren Köpfen sich ein gleichberechtigtes, „egalitäres“ Rollenverständnis entwickelt hat, geraten als Eltern in eine „Zeit- und Verfügbarkeitszwickmühle“ und lösen das Dilemma meist unter Rückgriff auf das herkömmliche Rollenverhalten. So hat auch das 2007 eingeführte Elterngeld mit dem „Lockmittel“ der Partnermonate die väterliche Zurückhaltung nur geringfügig aufgelockert. Es wird nicht nur 12, sondern 14 Monate lang bezahlt, wenn sich die Partner die Elternzeit teilen und eine/r von ihnen mindestens zwei Monate übernimmt. Bei den 2010 geborenen Kindern beteiligten sich 25 Prozent der Väter an der Elternzeit, aber drei Viertel davon nur während der beiden Partnermonate, lediglich 6 Prozent verzichteten ein ganzes Jahr lang auf einen Teil ihrer Berufstätigkeit.

Welchen Verzicht im familiären Bereich Frauen leisten müssen, die auf beruflichen Aufstieg setzen, wird aus einer Studie deutlich, die das Sinus-Institut im Auftrag des Familienministeriums durchgeführt hat: Frauen in den Führungspositionen der westdeutschen Privatwirtschaft leben fast doppelt so häufig allein wie Männer (31 Prozent der Frauen, 16 Prozent der Männer), und 60 Prozent von ihnen sind kinderlos geblieben (Männer 25 Prozent).

## Ostdeutsche Frauen – Verliererinnen der Einheit?

In der DDR gehörte die Gleichstellung der Frau von Beginn an zu den offiziellen Zielen der sozialistischen Gesellschaftspolitik. Diese „Emanzipation von oben“ vollzog sich paternalistisch-autoritär: Sie wurde von Männern gesteuert und war dem öffentlichen Diskurs entzogen. Motiviert war sie ideologisch, politisch und ökonomisch: Ideologisch war die Gleichheit von Männern und Frauen ein Element der egalitären Utopie von der kommunistischen Gesellschaft. Politisch sollten die Frauen durch den Abbau von Nachteilen für das neue sozialistische System gewonnen werden. Und ökonomisch stellten sie ein dringend benötigtes Arbeitskräftepotenzial für die Wirtschaft dar. Empirische Daten belegen, dass diese Politik den Frauen in der DDR einen strukturellen Gleichstellungsvorsprung im Vergleich zu den westdeutschen Frauen einbrachte – im Bildungssystem, in der Arbeitswelt, in einigen politischen Sektoren und auch in der Familie, hier allerdings sehr abgeschwächt.

Durch die Wiedervereinigung ist das modernere „realsozialistische“ Arrangement der Geschlechter in gewisse Schwierigkeiten geraten. Teile des Gleichstellungsvorsprungs sind mit dem Verschwinden der Lenkungsmechanismen, dem Abbau frauenpolitischer Unterstützungsmaßnahmen und unter dem Einfluss der Arbeitsmarktkrise beim Umbau der Wirtschaftsordnung weggeschmolzen. Sind die ostdeutschen Frauen also die Verliererinnen der Einheit? Diese mitunter auftauchende plakative These wird den differenzierten Entwicklungen im Verhältnis der Geschlechter nicht gerecht und bedarf einiger Relativierungen. Die höhere und längere Arbeitslosigkeit der Frauen in den ersten Jahren der Vereinigung gehört seit einem Jahrzehnt der Vergangenheit an. Geblieben ist der Zwang zur meist ungewollten Teilzeitarbeit mit Folgen für das Privatleben: Bei einem Teil der Paare und in Familien wird das gewünschte „Doppelverdiener-Modell“ zu einem „Eineinhalbverdiener-Modell“ herabgestuft.

Auf dem Negativkonto der Vereinigung lassen sich drei weitere Folgen verbuchen:

- Die Arbeitsmarktkrise und der Abbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung haben zu einer gewissen „Retraditionalisierung“ der häuslichen Arbeitsteilung geführt. So hat sich zum Beispiel der Zeitaufwand für Hausarbeiten zuungunsten der Frauen verschoben, egal ob diese ganztags, in Teilzeit oder gar nicht erwerbstätig sind.
- Der Abbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung, insbesondere der Kinderkrippen, erschwert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- In Bedrängnis geraten sind die vielen alleinerziehenden Mütter. Sie gehören zu den „neuen“ Problemgruppen in der Armutszone (siehe S. 34f.).

Trotz aller Probleme hat der „doppelte weibliche Lebensentwurf“ – die hohe Erwerbsorientierung, das Streben nach beruflichem

Erfolg und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – nicht nur weiterhin Bestand, er hat sich eher noch verstärkt. Bei den Frauen und auch bei den Männern ist er fest verwurzelt. Im Osten ist die weibliche Erwerbsquote weiterhin höher als im Westen, und das „Doppelverdiener-Modell“ wird erheblich häufiger gelebt. Gut qualifizierte Frauen in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und öffentliche Verwaltung können sich nach der Vereinigung im Arbeitsmarkt behaupten.

In den wirtschaftlichen Führungspositionen haben sie ihre Anteile im letzten Jahrzehnt gesteigert und den deutlichen Vorsprung gegenüber ihren westdeutschen Kolleginnen nicht eingebüßt. So waren im Jahr 2012 nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zu den Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten in Ostdeutschland 32 Prozent der Führungspositionen in Frauenhand – im Vergleich zu 22 Prozent in Westdeutschland –, und 16 Prozent der ostdeutschen Unternehmen werden von einer Frau geleitet – von den westdeutschen sind es nur 10 Prozent. Und im großen Dienstleistungssektor ist die Einkommenslücke zu den Männern, anders als in Westdeutschland, fast geschlossen worden (siehe Tabelle auf S. 67).

Es gibt also unter den ostdeutschen Frauen nicht nur Verliererinnen, sondern auch Gewinnerinnen. Dies wird auch in den Antworten zur sogenannten Gewinn-Verlust-Bewertung deutlich: 2010 sahen 38 Prozent der ostdeutschen Frauen „fast zwanzig Jahre deutsche Einheit“ eher als Gewinn und 26 Prozent eher als Verlust an. Bei den Männern waren diese Propor-

tionen allerdings mit 47 Prozent Gewinnern versus 23 Prozent Verlierern günstiger.

Auch im politischen Bereich haben die ostdeutschen Frauen ihren Modernisierungsvorsprung gehalten: Sie sind politisch stärker interessiert und in wichtigen Institutionen besser vertreten. 2012 waren von den ostdeutschen Abgeordneten des Deutschen Bundestags 39 Prozent Frauen, von den westdeutschen waren es nur 31 Prozent. Es kommt offensichtlich nicht von ungefähr, dass die erste deutsche Bundeskanzlerin in der DDR aufgewachsen ist und die Ostdeutschen im dritten Kabinett Merkel mit zwei Frauen vertreten sind – Johanna Wanka (CDU) als Ministerin für Bildung und Forschung und Manuela Schwesig (SPD) als Familienministerin.

In der Regel unterliegt die ostdeutsche Sozialstruktur einem massiven Anpassungsdruck an westdeutsche Verhältnisse. Bei der geschlechtstypischen Ungleichheit lassen sich jedoch umgekehrte Einflüsse von Ost nach West ausmachen: Rückständige Westverhältnisse passen sich moderneren Ostverhältnissen an. Hinter den öffentlichen Diskussionen um den Ausbau der Kinderbetreuungsstätten und Ganztagschulen, um Pflegeurlaub, Elterngeld, Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit mit Beschäftigungsgarantie, um die besondere Unterstützung studierender Mütter, die berufliche Frauenförderung oder die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und häuslichen Pflichten stehen – meist unausgesprochen – auch Regelungen, Einstellungen und Selbstverständlichkeiten, die in der DDR bereits einmal in einem anderem politischen Kontext Realität waren.

## Vereinbarkeit von Karriere und Familie ...

### ... eine Illusion ...

Seit fünf Jahren treffen sich die Ärztin, die Unternehmensberaterin und die beiden Anwältinnen jeden Donnerstagnachmittag. Am Anfang waren sie zu viert, zusammen im Geburtsvorbereitungskurs, später zu acht, und mittlerweile sind sie elf und sprengen jedes Wohnzimmer. Zu den vier Kindergartenkindern haben sich drei kleine Geschwister gesellt, und vielleicht kommen noch mehr hinzu. Fragt man die Freundinnen nach den vergangenen fünf Jahren, sagen sie, dass es eine unglaubliche Zeit gewesen sei, intensiv, anstrengend, aber auch voller Glücksgefühle, die sie vorher nicht erahnt hätten.

Nach ihren Jobs gefragt, werden die Freundinnen einsilbiger. Denn in dem Maße, wie ihre Familien wuchsen, sind ihre Karriereaussichten geschrumpft. Hätte man sie vor fünf Jahren gefragt, ob die Kinder etwas daran ändern würden, hätten die Freundinnen den Kopf geschüttelt. Sie hätten von Vorgesetzten erzählt, die sie dabei unterstützen wollen, trotz der Kinder aufzusteigen. Sie hätten ihre Ehemänner gelobt, die auch Elternzeit nehmen wollen. Zwei Freundinnen wollten ohnehin nach sechs Monaten wieder an den Schreibtisch zurückkehren – natürlich in Vollzeit.

Es ist anders gekommen. Weil der Chef auf einmal nicht mehr so verständnisvoll war, als die Tochter den dritten Infekt in zwei Monaten hatte. Weil der Vater zwar sechs Monate Elternzeit genommen, aber noch nie eine Dienstreise wegen Scharlach abgesagt hat. Vor allem aber, weil auch die Freundinnen, die fest vorhatten, schnell wieder durchzustarten, sich nach der Geburt einfach nicht mehr vorstellen konnten, zehn Stunden am Tag von ihren Kindern getrennt zu sein.

Jeden Tag erleben sie eine Binsenweisheit, die so banal ist, dass sie sich im Nachhinein wundern, warum sie es nicht ha-

ben kommen sehen: Wer Karriere machen will, muss viel arbeiten. Wer viel arbeitet, hat wenig Zeit für Kinder. [...]

Wie es ist, Kinder aufzuziehen, weiß erst, wer welche hat. Bei den meisten Frauen verschieben sich die Prioritäten. [...]

Die Freundinnen haben ihren Kindern bewusst den Vorzug gegeben. Aber sie würden sich wünschen, dass ihre Vorgesetzten den gleichen Blick auf das (Arbeits-)Leben haben wie die Eltern eines Kleinkindes: als eine Abfolge verschiedener Phasen, die nicht linear verlaufen müssen. Im Moment mögen die Kinder im Mittelpunkt stehen. Aber das kann morgen anders sein. Und dann möchten die Freundinnen noch eine Chance.

Judith Lembke, „Vereinbarkeit ist eine Lüge“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 2014 © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv.

### ... oder eine (hart erkämpfte) Möglichkeit?

**DIE ZEIT:** [...] Wie viel Zeit haben Sie in dieser Woche mit Ihren Kindern verbracht?

**B.H.:** Viel weniger als mit Arbeit. Ich bringe meine Tochter morgens um acht Uhr in den Kindergarten, und abends sehe ich sie selten vor sieben, halb acht.

**N.V.:** [...] [Z]u Hause war ich diese Woche gar nicht. [...] Das ist aber die Ausnahme. Normalerweise bin ich nur an drei Tagen in der Woche nicht zu Hause.

**J.F.:** Ich arbeite 80 Prozent und versuche, die Kinder so gegen 16 Uhr aus der Kita und dem Hort abzuholen. Zweimal in der Woche arbeite ich länger, da unterstützen uns die Großeltern.

**P.K.:** Ich arbeite Vollzeit, genau wie mein Mann. Wir sehen zu, dass einer von uns um 19 Uhr zu Hause ist. [...]

**ZEIT:** Dieses Lebensmodell, nicht nur Kinder haben zu wollen, sondern die Karriere in vollem Umfang noch dazu – wie akribisch haben Sie das geplant?

**N.V.:** Ich glaube nicht, dass man das planen kann. Mir war immer klar, dass ich beides will, das schon. [...] Aber solche Vorstellungen umzusetzen, das hat ja mit viel mehr Faktoren zu tun. Ganz entscheidend: Finde ich einen Mann, der meine Lebensplanung teilt? [...]

**B.H.:** Ich hatte lange Zeit keinen Mann, mit dem ich ein Kind hätte bekommen können. Ich [...] habe einfach mit Vollgas Karriere gemacht. Dann traf ich meinen Mann. Wir haben erst mal die Zweisamkeit genossen, und dann kam das Kind.

**J.F.:** [...] Man geht in die Schule, macht ein Studium, erlernt einen Beruf, ist eine eigenständige Person. Und dann kriegt man ein Kind und soll plötzlich nichts anderes mehr machen, als sich darum zu kümmern? Das war für mich nie im Entferntesten eine Option! Dann habe ich in einer Kanzlei gearbeitet und war in meinem Büro irgendwann die einzige angestellte Anwältin mit Kindern.

**ZEIT:** Wo waren die anderen?

**J.F.:** Nicht mehr da. [...] In einem solchen Umfeld haben Sie als junge Mutter keinen Ansprechpartner. [...] Sie stehen überwiegend Männern gegenüber, die sich in Ihre Lage nicht hineinversetzen können [...], weil bei ihnen im Hintergrund die Frau alles abdeckt, die Kinder, den Haushalt. Und dann denken diese Chefs, das Problem sei nur die Vereinbarkeit, und bieten Teilzeit an.

**ZEIT:** Das ist es aber nicht?

**J.F.:** Es geht doch auch um Inhalte! Wenn die Frauen nach dem Wiedereinstieg das Gefühl haben, man setzt sie einfach irgendwohin, obwohl sie schon einiges an Berufserfahrung haben, dann fühlen sie sich entwertet. Aber wenn sie merken, der Chef hat sich was überlegt, bietet ihnen trotz reduzierter Arbeitszeit Aufstiegschancen an, dann sind sie motiviert. [...]

**P.K.:** [...] Extrem wichtig ist es, von Anfang an den Partner einzubeziehen. Denn in der Tat ist das, was wir hier machen, ohne Partner oder Netz und doppelten Boden kaum zu schaffen.

**ZEIT:** Ihre Männer packen also mit an?

**B.H.:** Mein Mann ist in der Regel unter der Woche unterwegs. Natürlich übernimmt er Aufgaben, wenn er da ist, aber das ist nicht planbar. Aber es geht auch so. [...]

**N.V.:** Bei uns ist mein Mann derjenige, der die Familienfäden zusammenhält. Er arbeitet genauso viel wie ich, ist aber etwas flexibler. Die Terminabsprache ist ein wichtiger Bestandteil unseres Sonntagabendgesprächs. Wer ist wann wo?

**P.K.:** [...] Mein Mann macht alles, was mit Küche, Einkaufen und Fußballverein zu tun hat. Ich koordiniere die Kinderbetreuung und die Schulsachen. Konflikte gibt es bei Themen, die außerhalb der Alltagsroutine liegen [...].

[...] **DIE ZEIT:** (W)ie gehen Sie mit der Frage um: Ist das überhaupt gut für mein Kind?

**B.H.:** [...] Ich weiß, dass meine Tochter sich wünscht, dass ich manchmal mehr Zeit für sie hätte. Also versuche ich das zu kompensieren. Wenn wir zusammen sind, bin ich vielleicht intensiver Mutter als viele andere, die sehr viel mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen. [...]

**P.K.:** [...] Wenn ein Vater die Entscheidung trifft, Vollzeit zu arbeiten, würde ihm niemand Egoismus unterstellen. Jeder würde sagen: „Der sorgt für die Familie.“ Ich wehre mich dagegen, dass das Arbeiten von Müttern allein der Selbstverwirklichung dient. Es trägt genauso zum Familieneinkommen bei, und ich kenne nicht wenige Fälle, in denen die Frauen die Hauptverdiener in der Familie sind. [...]

**ZEIT:** [...] Was passiert, wenn in diesem komplizierten Gefüge, das Sie sich geschaffen haben, einer nicht mehr funktioniert – das Kind, die Kita, das Au-pair oder Sie selbst? [...]

**P.K.:** Wir standen [...] schon mal plötzlich ohne Kinderfrau da. Von einem Tag auf den anderen musste ich vier Wochen lang Homeoffice machen. Aber da zeigt sich die Flexibilität auf beiden Seiten: In meinem Job muss ich gelegentlich auch mal ein Wochenende durcharbeiten oder eine echte Abend- oder sogar Nachtschicht einlegen. Da biete ich Flexibilität. Aber ich fordere sie auch ein. Ein guter Arbeitgeber beharrt nicht auf starren Anwesenheiten.

**ZEIT:** Beschweren sich die Kinder denn nie, dass Sie so wenig zu Hause sind?

**P.K.:** Wir haben eine Vereinbarung, dass ich nicht mehr als zwei Abendtermine pro Woche habe. Wenn es mehr sind, beschweren sie sich. Dann gleiche ich das in der nächsten Woche wieder aus.

**N.V.:** [...] Ich darf nicht sagen: „Ich bin zum Abendessen da“, und dann nicht kommen. [...] Aber wenn ich sage: „Ich bin jetzt drei Tage nicht da, aber am Donnerstag komme ich zurück“, dann können sie damit gut umgehen. [...]

**B.H.:** Ich versuche, zu den wichtigsten Veranstaltungen da zu sein. Zu Aufführungen im Kindergarten oder beim Vorspielen. Selbst wenn es um zwei Uhr nachmittags ist. Dann lasse ich alles stehen und liegen.

**ZEIT:** Und das ist mit Ihrem Job vereinbar?

**B.H.:** Das ist ja das Gute daran, wenn man Karriere macht: Die Freiheiten nehmen zu! Viele denken, wir rennen immer nur mit dem Kofferchen unterm Arm hierhin und dorthin und sind nur im Stress. Dabei wird es einfacher. Man muss sich nicht rechtfertigen, warum man mal kurz weg muss. [...]

**ZEIT:** Wären Ihre Jobs [...] weg gewesen, wenn Sie eine [...] lange Auszeit genommen hätten?

**P.K.:** Ich wurde eingestellt, da war ich mit meinem ersten Kind schwanger. Ich habe meinem Chef damals versichert, dass ich vier Monate nach der Geburt wieder einsteigen würde. Das hat er mir geglaubt, und ich habe es auch gemacht.

**N.V.:** Mir ist aber auch aufgefallen: Es gibt da durchaus einen Ost-West-Unterschied. Von all den Freundinnen, die mit mir in Leipzig studiert haben, blieb fast keine ein ganzes Jahr zu Hause.

**ZEIT:** In den Diskussionen um den Spagat zwischen Beruf und Familie mehren sich die Stimmen, die von einer "Vereinbarkeitslüge" sprechen. Es jedem recht zu machen funktioniert einfach nicht. Einer leidet, zerbricht, geht unter. Warum haben Sie selbst so gar keine Zweifel an Ihrem Modell?

**N.V.:** Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, es wäre einfach. Es ist nicht einfach. Aber ich habe diese Wahl bewusst getroffen und bin damit zufrieden. Wenn ich nicht mehr zufrieden bin, muss ich etwas ändern.

**P.K.:** Ich denke auch, dass es möglich ist. [...] Der Partner sollte wissen: Ich erwarte, dass wir uns die Verantwortung für die Kinder teilen. Den Kindern sollte klar sein: Mama und Papa arbeiten, das bedeutet, dass ihr Verantwortung übernehmt, eure Schulsachen selber packt. Und natürlich Klarheit gegenüber dem Chef: Da muss man als Frau auch mal den Blinker setzen und die Lichthupe verwenden, damit überhaupt einer merkt, dass sie weiter vorankommen will.

[...]

„Zu Hause war ich diese Woche gar nicht“, Interview mit vier vollzeitberufstätigen Müttern, in: Die ZEIT Nr. 43 vom 16. Oktober 2014. Das Gespräch führten Margarete Moulin und Jeanette Otto

RAINER GEISSLER

# Facetten der modernen Sozialstruktur

Um die Sozialstruktur einer modernen Gesellschaft zu analysieren, gibt es vier Ansätze mit unterschiedlichen Fragestellungen: das Modell der sozialen Schichten und Klassen, das Modell der sozialen Lagen, das Modell der sozialen Milieus und das Modell der Exklusion und Inklusion. Die Kontroverse um das Schichten-Klassen-Modell, die insbesondere in Deutschland geführt wurde, ist im vergangenen Jahrzehnt wieder abgeflaut.

## Soziale Schichten und Klassen

Die Begriffe Klasse und Schicht werden in den Sozialwissenschaften sehr unterschiedlich verwendet, allgemeingültige Definitionen gibt es nicht. In der Regel fassen die beiden Begriffe Menschen zu einer Klasse oder Schicht zusammen, die sich in einer ähnlichen sozioökonomischen Lage befinden. Mit dieser Lage sind aufgrund ähnlicher Lebenserfahrungen ähnliche Persönlichkeitsmerkmale wie Einstellungen, Wertorientierungen, Bedürfnisse, Interessen oder Mentalitäten sowie ähnliche Lebenschancen und Lebensrisiken verbunden.

Klassenanalysen sind meist durch vier Merkmale gekennzeichnet:

- eine starke ökonomische Orientierung an den Markt- und Erwerbchancen der Klassenangehörigen,
- die Analyse von Konflikten und Machtbeziehungen zwischen den Klassen,
- die historische Orientierung – Klassen werden in ihrer Entwicklung erfasst,
- durch die theoretische Orientierung: Klassenanalysen beschreiben nicht nur, sondern analysieren die Ursachen von Ungleichheiten, Konflikten, Machtbeziehungen und Entwicklungen.

Auch Schichtanalysen können eines oder mehrere dieser Merkmale aufweisen. Die Schichtungsanalyse kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Sie wurde von Theodor Geiger – einem von den Nationalsozialisten nach Skandinavien vertriebenen Klassiker der deutschen Soziologie – in Auseinandersetzung mit der offiziellen, das heißt von den kommunistischen Parteien vertretenen Marx'schen Klassentheorie in den 1930er-Jahren entwickelt und wird heute noch in modernisierten Varianten eingesetzt.

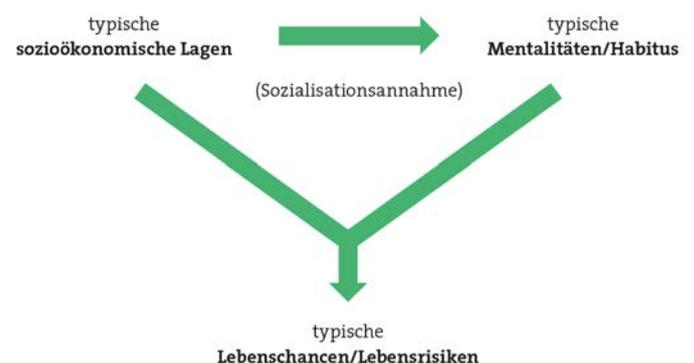
Das Klassenkonzept war in Deutschland wegen seiner Anklänge an die Marx'sche Revolutionstheorie lange Zeit verpönt, obwohl es auch in modernen nicht marxistischen Versionen – zum Beispiel von dem französischen Klassiker Pierre Bourdieu – vorliegt. Im vergangenen Jahrzehnt haben es die PISA-Studien der OECD wieder salonfähig gemacht, denn sie arbeiten mit dem sogenannten EGP-Klassenschema des englisch-schwedischen Teams Robert Erikson, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero.

Die Schicht- und Klassenanalytiker gliedern die Bevölkerung nach „Schichten“ bzw. „Klassen“ und beachten dabei Unterschiede in zwei Bereichen: Zu einer Schicht oder Klasse werden Menschen mit ähnlichen „äußeren“ Lebensbedingungen sowie ähnlichen „inneren“ Persönlichkeitsmerkmalen zusammengefasst. Zu den äußeren Lebensbedingungen – sie werden auch als sozioökonomische Lage bezeichnet – gehören insbesondere die Berufsposition, Einkommen und Besitz, das Qualifikationsniveau sowie Einfluss und Sozialprestige. Häufig orientieren sich Schicht- und Klasseneinteilungen an der Berufsposition, weil damit die anderen Schicht- und Klassenkriterien tendenziell verknüpft sind. So setzen hohe Berufspositionen in der Regel eine gute Qualifikation voraus und ermöglichen vergleichsweise hohe Einkommen, hohes Sozialprestige und großen Einfluss.

Schicht- und Klassenanalysen gehen davon aus, dass Menschen in ähnlichen Lebensbedingungen ähnliche Lebenserfahrungen machen und die „äußere“ sozioökonomische Lage daher einen gewissen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung und das Verhalten der Menschen ausübt. Man nimmt an, dass sich schicht- und klassentypische Mentalitäten und Lebensstile – ein sogenannter schicht- und klassentypischer Habitus – herausbilden. Sie entstehen durch komplexe Sozialisationsprozesse in Familien, Gleichaltrigengruppen, weiteren sozialen Netzwerken und Milieus. Diese Sozialisationsannahme unterstellt im Gegensatz zum Marxismus nicht, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt bzw. dass die „äußeren“ Lebensbedingungen die „inneren“ Merkmale und Verhaltensweisen festlegen. Aber es wird empirisch überprüft, in welchen Bereichen und wie stark innere und äußere Strukturen zusammenhängen.

Eine weitere wichtige Grundannahme ist, dass das Zusammenwirken von schicht- und klassentypischen Lebensbedingungen sowie entsprechenden Mentalitäten und Verhaltensweisen schicht- und klassentypische Lebenschancen zur Folge hat: Schichten und Klassen unterscheiden sich auch durch typische Privilegien und Benachteiligungen.

## Schichten-Klassen-Analyseschema



**Schichtmodelle**

Die Versuche in den 1950er- und 1960er-Jahren, die komplexen realen Strukturen zu wesentlichen Grundmustern zu vereinfachen, haben zu unterschiedlichen Schicht- und Klassenmodellen und zu widersprüchlichen Vorstellungen über die Sozialstruktur geführt. Das Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ des Soziologen Helmut Schelsky ging davon aus, dass die kollektiven Auf- und Abstiegsprozesse in einer Gesellschaft mit hoher sozialer Mobilität die Klassen und Schichten aufgelöst und zu einer sozialen Nivellierung in der gesellschaftlichen Mitte geführt haben. Ralf Dahrendorf wies dagegen auf die nach wie vor bestehenden Mobilitätsbarrieren hin und setzte der Nivellierungsthese sein „Hausmodell“ der sozialen Schichtung entgegen, in dem er sieben Klassen und Schichten unterschied.

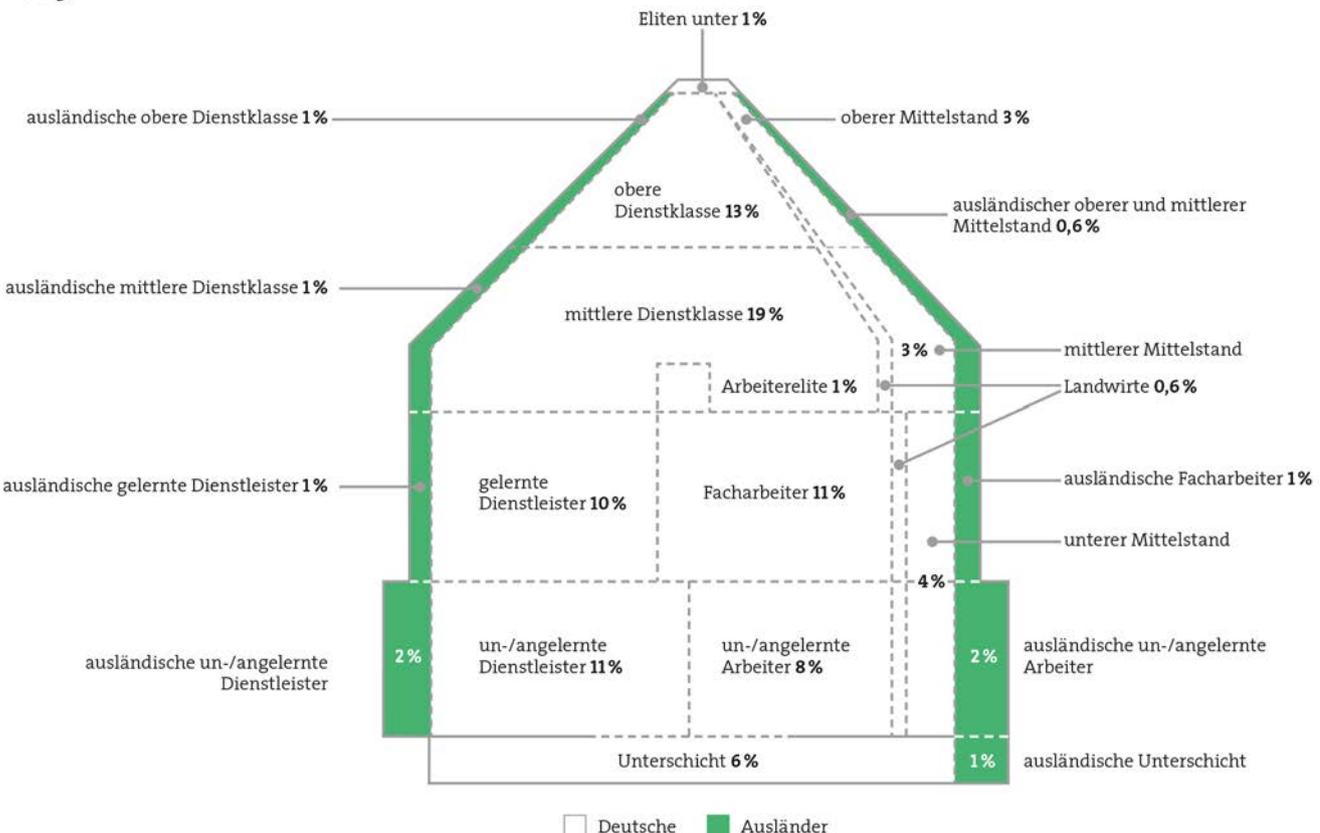
Dahrendorf verglich die Gesellschaft mit einem Haus: An der Spitze stehen wie immer die Eliten. Im Obergeschoss residieren nebeneinander die bürokratischen Helfer der Eliten, die Dienstklasse, „insbesondere nichttechnische Verwaltungsangestellte aller Ränge“, sowie der „alte Mittelstand“ der Selbstständigen. Im Hauptgeschoss wohnen die große Arbeiterschicht und der „falsche Mittelstand“ der einfachen Dienstleistungsberufe. Dessen soziale Stellung unterscheidet sich nicht von derjenigen der Arbeiter, er zählt sich jedoch seinem Selbstverständnis nach „fälschlicherweise“ zur Mittelschicht. Die Arbeiterelite (hier Meister und Vorarbeiter) hat sich dagegen nach oben hin vom Rest der Arbeiterschaft abgesetzt. Der Keller des Hauses ist bevölkert von der Unter-

schicht der „Dauererwerbslosen, Unsteten, Rückfallkriminellen, Halbanalphabeten u. a.“, die mitunter auch als „Bodensatz der Gesellschaft“, „sozial Verachtete“ oder „Lumpenproletariat“ bezeichnet wurden.

Ein modernisiertes Hausmodell für die soziale Schichtung der Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2009 orientiert sich an dem von Dahrendorf erkannten Grundmuster, zieht jedoch einige weitere Differenzierungslinien ein und macht die massiven Umschichtungen im vergangenen halben Jahrhundert deutlich.

Die Dienstklassen und Dienstleister haben sich mit der Entwicklung zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft enorm ausgedehnt – auf Kosten des Mittelstands im oberen Bereich und in der Mitte der Gesellschaft, aber auch auf Kosten der Arbeiterklassen in der unteren Mitte und insbesondere im Untergeschoss. Innerhalb der beiden oberen Etagen machen die beiden Dienstklassen inzwischen fünf Sechstel der Bewohner aus, während der früher dominierende Mittelstand der Selbstständigen auf gut ein Sechstel zusammengedrückt wurde. Auch in den beiden unteren Etagen, wo einst die Arbeiterschicht vorherrschte, gibt es inzwischen mehr Dienstleister als Arbeiter. Der Umfang der un- und angelernten Dienstleister ist inzwischen größer als derjenige der un- und angelernten Arbeiter. Ein Teil des Mittelstands ist ebenfalls in der unteren Hälfte platziert. Im Kellergeschoss der Unterschicht leben Erwerbsunfähige und Langzeitarbeitslose, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch „Hartz IV“ (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) oder Sozialhilfe finanzieren.

**Soziale Schichtung der deutschen Bevölkerung 2009**



Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, S. 101 (Datenbasis: Mikrozensus 2009; N = 489 349 Haushalte; berechnet von Sonja Weber-Menges)

Deutlich erkennbar sind auch die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland und die tendenzielle Unterschichtung durch Ausländer (siehe S. 48) – hinzugekommen ist ein „Anbau“ für die ausländischen Schichten. Die Unterbringung der Ausländer neben dem Haus der Deutschen signalisiert, dass diese neuen Schichten sozioökonomisch und soziokulturell nicht voll in die Kerngesellschaft integriert sind. Seit den 1980er-Jahren haben sich über den beiden ausländischen Arbeiter- und Dienstleisterschichten auch ein kleiner ausländischer Mittelstand sowie kleine ausländische Dienstklassen entwickelt.

Eine wichtige qualitative Veränderung wird im Schaubild nicht sichtbar: Das vergleichsweise einfache Wohnhaus der 1960er-Jahre hat sich inzwischen in eine ansehnliche Residenz mit Appartements verwandelt, deren Komfort nach oben hin zunimmt; selbst im Kellergeschoss ist es – von einigen Ecken abgesehen – inzwischen etwas wohnlicher geworden.

Um Missverständnissen bei der Interpretation von Schichtmodellen vorzubeugen, müssen vier Besonderheiten der Schichten in modernen Sozialstrukturen beachtet werden:

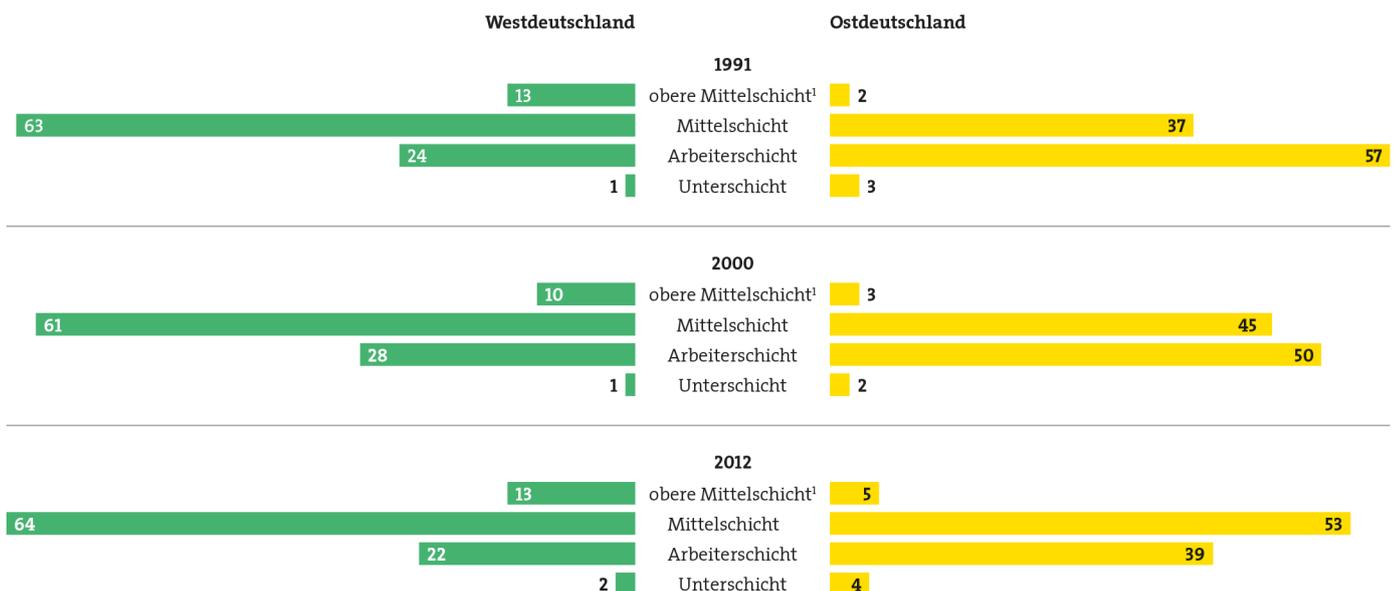
- Die eingezeichneten Linien im Modell bedeuten nicht, dass Schichten scharf voneinander abgegrenzt sind. Scharfe Abstufungen dieser Art existieren in ständischen Gesellschaften oder im Kastensystem; in modernen Sozialstrukturen dagegen weisen Schichten keine klaren Grenzen auf, sie gehen vielmehr ineinander über und überlappen sich zunehmend.
- Es gibt eine langfristige historische Tendenz zur Differenzierung und Auflockerung der Schichtstruktur: Die Zusammenhänge zwischen äußeren Lebensbedingungen einerseits und Mentalitäten und Verhaltensweisen andererseits lockern sich in einigen Bereichen auf; schichttypische und schichtunspezifische Verhaltensweisen existieren nebeneinander. So sind zum Beispiel die Minimalformen politischer Teilhabe wie die Beteiligung an Bundestagswahlen weitge-

hend unabhängig von der Schichtzugehörigkeit, während das Engagement in Parteien oder Bürgerinitiativen in höheren Schichten erheblich stärker ausgeprägt ist als in unteren Schichten.

- Schichttypische Unterschiede sind im Zeitalter des Massenkonsums manchmal nicht auf den ersten Blick an der lebensweltlichen Oberfläche zu beobachten, sie müssen erst durch sozialwissenschaftliche Studien sichtbar gemacht werden. So steht zum Beispiel heute in den Wohnungen aller Schichten das sofort wahrnehmbare Farbfernsehgerät, aber die Art, wie es genutzt wird und welche Sendungen geschaut werden, ist nach wie vor schichttypisch unterschiedlich.
- Schließlich sind die Schichten durch soziale Mobilität durchlässiger geworden. Menschen wechseln häufiger von einer Schicht in eine andere; auch die Chancen, sozial aufzusteigen, haben zugenommen. Die Etagen und Räume im modernen Haus der sozialen Schichtung sind nicht streng gegeneinander abgeschottet, sondern Durch- und Übergänge ermöglichen häufiger als früher „offenes Wohnen“.

Ein einfaches Vier-Schichten-Modell, das lediglich die subjektive Schichteinstufung als Kriterium heranzieht, macht erhebliche stabile Ost-West-Unterschiede deutlich (siehe Schaubild). Diese haben sich im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung kaum verändert. Während sich Westdeutschland schon seit Langem als „Mittelschichtengesellschaft“ versteht, war Ostdeutschland in den 1990er-Jahren in seinem Selbstverständnis eine „Arbeitergesellschaft“ geblieben. Erst um die Jahrtausendwende wandelte sich das ostdeutsche Selbstverständnis in Richtung „Mittelschichtengesellschaft“. Es dauerte dann weitere zehn Jahre, bis sich im Jahr 2010 erstmals nach der Vereinigung eine Mehrheit der Ostdeutschen (57 Prozent) in die Mittelschichten einstuft. 2012 sahen sich 53 Prozent der Ostdeutschen den Mittelschichten zugehörig, im

## Subjektive Schichteinstufung (1991-2012, in Prozent)



<sup>1</sup> einschließlich Oberschicht

Datenquelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Datenreport 2013, Bonn 2013

Vergleich zu 64 Prozent der Westdeutschen. 39 Prozent der Ostdeutschen (Westdeutsche 22 Prozent) stufen sich in die Arbeiterschicht ein. Vermutlich wirkt in den neuen Ländern noch die sozialistische Arbeiterideologie nach; eventuell spielt bei der niedrigeren Selbsteinstufung der Ostdeutschen auch das verminderte, aber weiterhin bestehende Lebensstandarddefizit gegenüber dem Westen eine Rolle.

## Soziale Lagen

Schichtmodelle berücksichtigen im Wesentlichen „vertikale“ Ungleichheiten zwischen oben und unten. Sie sind weitgehend blind für „horizontale“ Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, alt und jung, verschiedenen Generationen oder auch Regionen, Verheirateten und Ledigen, Kinderreichen und Kinderlosen. Um die Vielgestaltigkeit und Vieldimensionalität der Ungleichheitsstruktur besser zu erfassen, wurden gegen Ende der 1980er-Jahre Modelle der „sozialen Lagen“ entwickelt. Sie berücksichtigen neben den vertikalen zugleich auch horizontale Ungleichheiten.

Die Wohlfahrtsforschung untersucht, wie materielle Ressourcen („objektive Wohlfahrt“) und „Lebenszufriedenheit“ („subjektive Wohlfahrt“) über die Bevölkerung verteilt sind und verwendet dazu auch das feine Raster des Lagenmodells. So werden zum Beispiel für ein am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) benutztes Modell neben dem „vertikalen“ Kriterium Berufsposition die „horizontalen“ Kriterien Geschlecht, Alter (unter/über 60 Jahre) und Region (Ost/West) herangezogen. Aus der Kombination dieser vier Merkmale entstehen 64 Sozillagen, die einen relativ differenzierten Einblick in die Verteilung der materiellen Ressourcen und die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung vermitteln.

So lassen sich etwa Arbeitslose sowie Un- und Angelernte als Problemgruppen mit geringen Ressourcen, niedriger Selbsteinstufung, vielen Sorgen und einem hohen Grad an Unzufriedenheit identifizieren. Die Defizite der Un- und Angelernten sind in den neuen Bundesländern gravierender als in den alten. Den Gegenpol dazu bilden die leitenden Angestellten und höheren Beamten in Westdeutschland: Mit guten materiellen Ressourcen können sie ein relativ sorgenfreies und zufriedenes Leben führen, und sie stufen sich auf der Oben-unten-Skala mit Abstand am höchsten ein.

Das beispielhaft angeführte Lagenmodell macht aber auch deutlich, dass der Versuch, die Vielgestaltigkeit der Ungleichheitsstruktur gesamthaft in einem Modell einzufangen, schnell an Grenzen stößt. Obwohl in den 64 Sozillagen wichtige Ungleichheitskriterien wie Unterschiede zwischen Stadt und Land, Nationalität, Familienstand und Generation unberücksichtigt bleiben, mutet es bereits recht unübersichtlich an.

## Soziale Milieus

Neben dem Sozillagenansatz gehört die Milieuforschung zu den wichtigen neueren Ansätzen der deutschen Sozialstrukturanalyse. Sie wurde in den 1980er-Jahren vom Sinus-Institut für die Markt- und Wahlforschung entwickelt und dort seitdem sehr erfolgreich eingesetzt. Man kann sie

als „subjektivistischen“ oder „kulturalistischen“ Ansatz der Sozialstrukturanalyse bezeichnen: Während die Schichtanalyse eine Bevölkerung zunächst nach ähnlichen „objektiven Lebensbedingungen“ oder „objektiven Sozillagen“ untergliedert und dann untersucht, welche Mentalitäten, Einstellungen, Verhaltensweisen und Lebenschancen mit diesen unterschiedlichen Lebensumständen typischerweise verknüpft sind, gruppiert der Milieuansatz die Menschen zunächst nach „subkulturellen Einheiten“, nach Unterschieden in ihren Wertorientierungen und Lebensstilen.

Das Sinus-Institut definiert den zentralen Milieu-Begriff wie folgt: „Soziale Milieus fassen, um es vereinfacht auszudrücken, Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, die also gleichsam ‚subkulturelle‘ Einheiten innerhalb der Gesellschaften bilden.“ Die Bevölkerung wird nach ihren Wertorientierungen und Lebenszielen, ihren Einstellungen zu Arbeit, Freizeit und Konsum, Familie und Partnerschaft, ihren Zukunftsperspektiven, politischen Grundüberzeugungen und Lebensstilen befragt und dann nach diesen Merkmalen zu „sozialen Milieus“ bzw. „subkulturellen Einheiten“ zusammengefasst. Die Abgrenzungen zwischen den sozialen Milieus ähneln den Grenzlinien in den Schichtmodellen: Sie markieren keine scharfen „realen“ Grenzen; Milieus sind wie Schichten keine klar voneinander abgrenzbaren Gruppen, sondern es gibt fließende Übergänge, Zwischenformen und Überschneidungen.

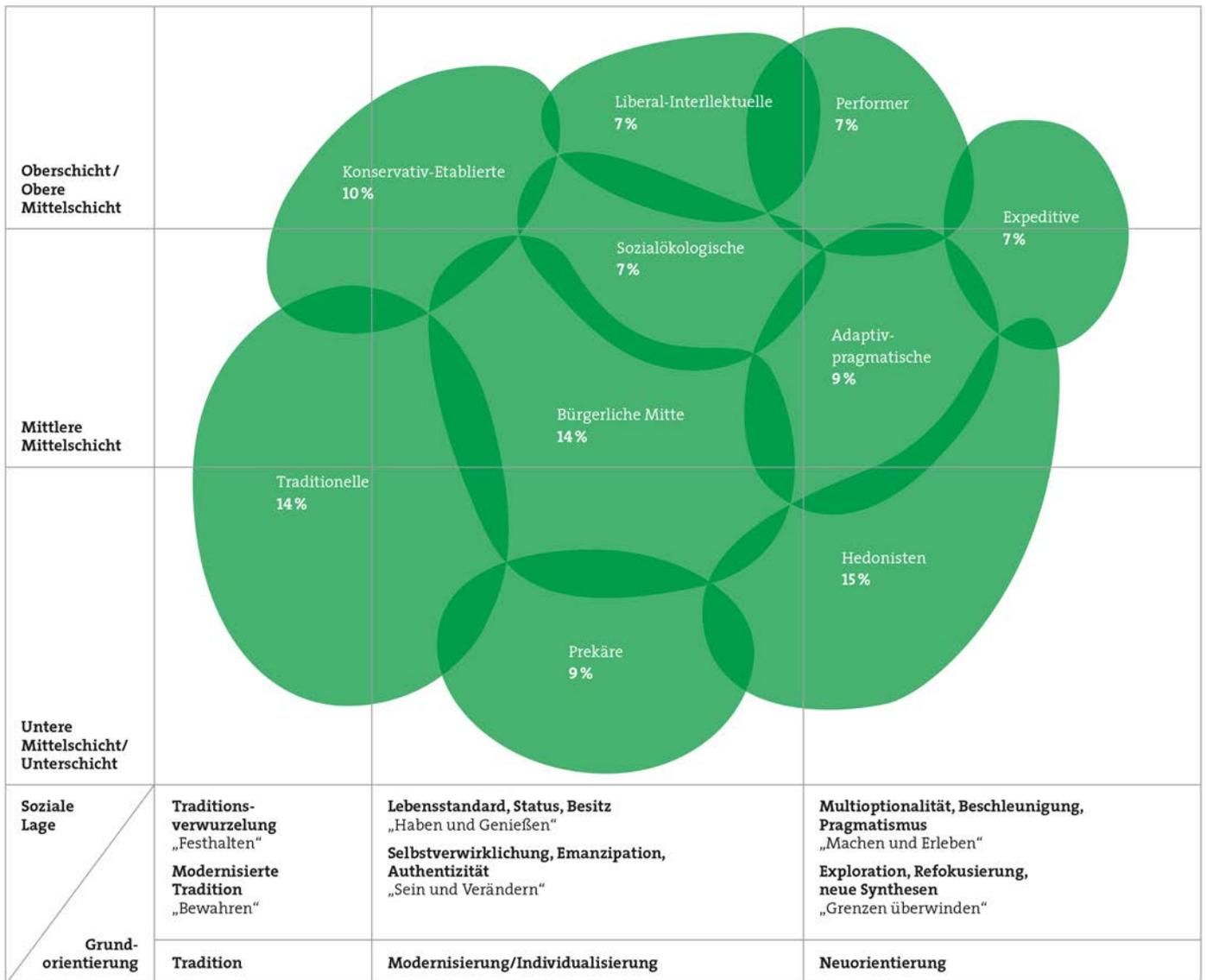
Sinus gruppiert die deutsche Bevölkerung 2012 zu zehn Milieus, die auf einer waagerechten Achse nach ihren Grundorientierungen drei verschiedenen Modernisierungsphasen zugeteilt sind (siehe Abbildung S. 78) Die senkrechte Achse stellt den Zusammenhang der Milieustruktur mit einer dreistufigen Schichtstruktur her und zeigt, in welchen Schichten die verschiedenen Milieus verankert sind. Dabei wird dreierlei deutlich:

- Im oberen Bereich der Schichtungshierarchie haben sich andere Milieus herausgebildet als in der Mitte und in der Mitte andere als in der unteren Ebene.
- Die meisten Milieus sind in zwei Schichten verankert.
- Auf denselben Ebenen des Schichtgefüges haben sich unterschiedliche Milieus entwickelt, wobei die „kulturelle Pluralisierung“ in der gesellschaftlichen Mitte deutlich weiter vorangeschritten ist als oben und unten – ein Phänomen, das Theodor Geiger bereits in der deutschen Sozialstruktur der 1920er-Jahre diagnostizierte.

Die Größe und die inhaltliche Ausprägung der Milieus sind ständigen Veränderungen unterworfen. Ein Vergleich der heutigen Situation mit der Milieustruktur von 1982 zeigt den Bedeutungsverlust traditioneller zugunsten moderner Orientierungen sowie eine weitere Differenzierung der Milieustruktur in der Mitte. So haben sich die traditionellen Milieus des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft vom Umfang her mehr als halbiert und sind heute zu den „Traditionellen“ zusammengefasst. Seit 1991 ist zu den acht Milieus der 1980er-Jahre das „Neue Arbeitermilieu“ als neuntes Milieu hinzugekommen, heute umbenannt in „Adaptiv-Pragmatische“. Bei der Aktualisierung im Jahr 2000 entstand am modernen Rand der gesellschaftlichen Mitte eine zehnte Gruppierung, das „postmoderne Milieu“; heute wird dieses mit der Bezeichnung „Performer“ den „sozial gehobenen Milieus“ zugeordnet.

Einen interessanten Ansatz der Milieuanalyse hat die Hannoveraner Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) in Anlehnung an das klassische Werk

Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2014



**Sozial gehobene Milieus**

**Konservativ-Etablierte (10 Prozent):** Das klassische Establishment – Verantwortungs- und Erfolgsethik, Exklusivitäts- und Führungsansprüche versus Tendenz zu Rückzug und Abgrenzung, Statusorientierung und Standesbewusstsein.

**Liberal-Intellektuelle (7 Prozent):** Die aufgeklärte Bildungselite mit liberaler Grundhaltung und postmateriellen Wurzeln, Wunsch nach selbstbestimmtem Leben, vielfältige intellektuelle Interessen.

**Performer (7 Prozent):** Die multioptionale, effizienzorientierte Leistungselite mit globalökonomischem Denken – Selbstbild als Konsum- und Stil-Avantgarde, hohe IT- und Multimedia-Kompetenz.

**Expeditive (7 Prozent):** Die ambitionierte kreative Avantgarde – unkonventionell und individualistisch, mental und geografisch mobil, online und offline vernetzt und immer auf der Suche nach neuen Grenzen und neuen Lösungen.

**Milieus der Mitte**

**Bürgerliche Mitte (14 Prozent):** Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream – generelle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung, Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen.

**Adaptiv-Pragmatische (9 Prozent):** Die moderne junge Mitte der Gesellschaft mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nutzenkalkül – zielstrebig und

kompromissbereit, hedonistisch und konventionell, flexibel und sicherheitsorientiert, starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit.

**Sozialökologische (7 Prozent):** Idealistisches, konsumkritisches/-bewusstes Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen“ Leben – ausgeprägtes ökologisches und soziales Gewissen, Globalisierungs-Skeptiker, Bannerträger von Political Correctness und Diversity.

**Milieus der unteren Mitte/Unterschicht**

**Traditionelle (14 Prozent):** Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs-/Nachkriegsgeneration – in der alten kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur verhaftet.

**Prekäre (9 Prozent):** Die um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht mit starken Zukunftsängsten und Ressentiments – Anschluss halten an die Konsumstandards der breiten Mitte als Kompensationsversuch sozialer Benachteiligungen, geringe Aufstiegsperspektiven und delegative/reaktive Grundhaltung, Rückzug ins eigene soziale Umfeld.

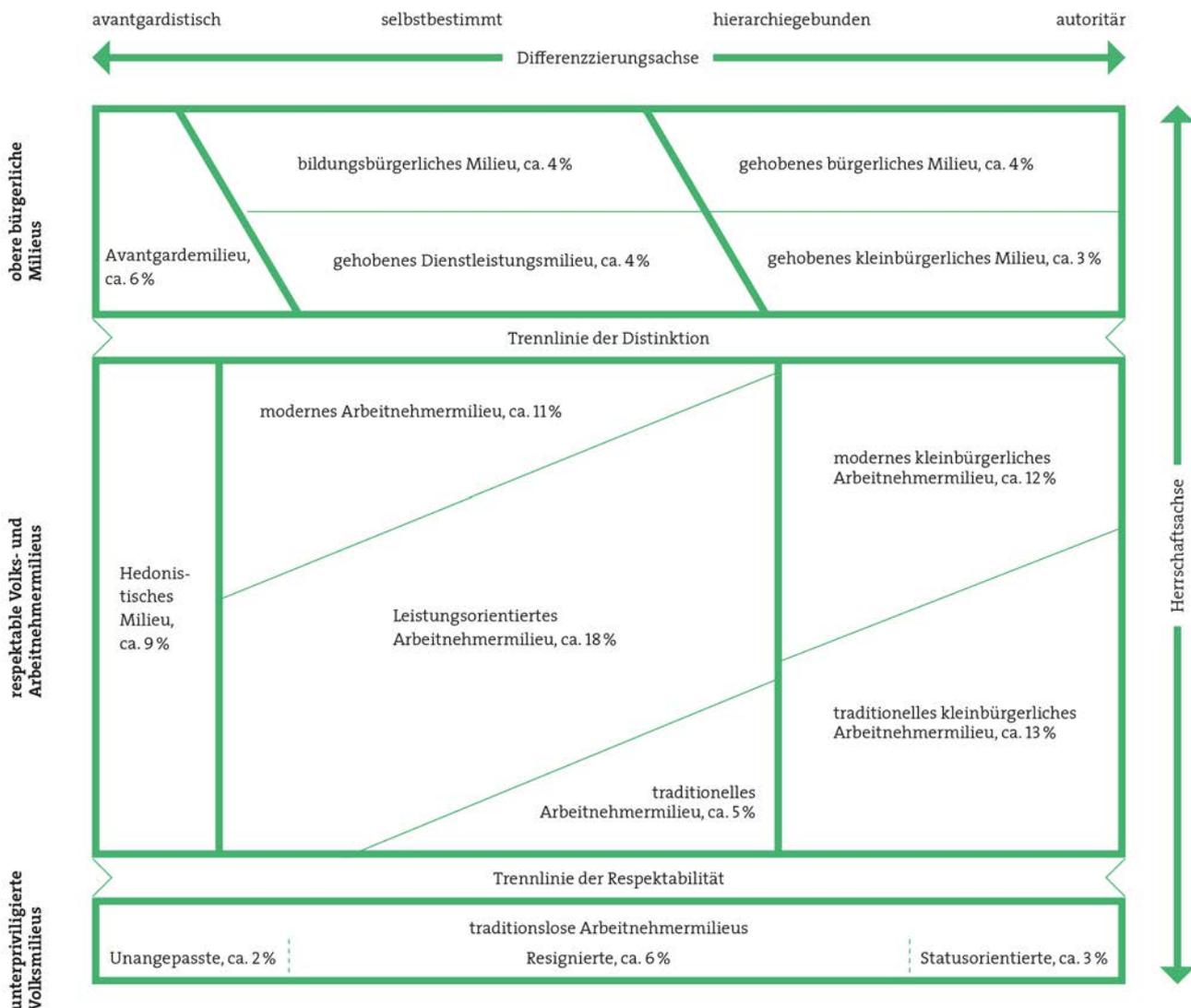
**Hedonisten (15 Prozent):** Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mittelschicht – Leben im Hier und Jetzt, Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft.

des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (1979) entwickelt. Dieser hatte Lebensstilforschung und Klassentheorie eng miteinander verzahnt.

Michael Vester u. a. (2001) verknüpfen die Sinus-Milieus mit der Klassenanalyse und den sozialkritischen Fragestellungen der traditionellen Ungleichheitsforschung. Milieus werden als „Nachfahren der früheren Stände, Klassen und Schichten“ angesehen. Im Zentrum der Analyse stehen sowohl horizontale Differenzierungen als auch vertikale Ungleichheiten (siehe Schaubild). Horizontal werden die Klassen nach der beruflichen Spezialisierung in „Klassenfraktionen“ untergliedert, die unterschiedliche Mentalitäten entwickelt haben. Sie verdeutlichen die fortschreitende Dynamik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die vertikale Einteilung arbeitet vertikale Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Milieus heraus – Herrschaftsbeziehungen,

Distinktion (Ab- und Ausgrenzung), soziale Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten. Vertikal wird die Grobstruktur der Gesellschaft dreigeteilt: Etwa ein Fünftel der Bevölkerung gehört zu den fünf „oberen bürgerlichen Milieus“ mit Privilegien bei Macht, Besitz und Bildung. Die „Trennlinie der Distinktion“ grenzt sie von der großen Mehrheit (ca. 70 Prozent) der sechs „respektablen Volks- und Arbeitnehmermilieus“ ab. Deren soziale Stellung ist durch Statussicherheit („Respektabilität“) gekennzeichnet, die in den modernen Milieus stärker ausgeprägt ist als in den traditionellen. Abgedrängt nach unten und jenseits der „Trennlinie der Respektabilität“ leben die „unterprivilegierten Volksmilieus“. Es sind „traditionslose Arbeitnehmer“ mit in der Regel niedrigen Qualifikationen. Zu ihnen gehören „Resignierte“ und „Unangepasste“, aber auch „Statusorientierte“ ohne Erfolg. Sie umfassen gut ein Zehntel der Bevölkerung.

### Soziale Milieus in Westdeutschland (2003)



Statistische Grundlage der Milieuprofile: Repräsentative Erhebung (n = 2699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: Michael Vester u. a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main 2001); Neuformulierung der früheren Milieubezeichnungen aufgrund einer differenzierenden Neuauswertung dieser Erhebung (in: Wolfgang Vögele u. a. [Hg.]: Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002); Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach: Sigma – Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen: Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de, 22.9.2003).

Michael Vester (Konzept) / Daniel Gardemin (Grafik), Leibniz Universität Hannover, 2004/2012

## Exklusion/Inklusion

Das Modell von Exklusion und Inklusion ist das jüngste der vier Modelle. Sein zentrales Konzept der Exklusion – auf Deutsch am besten mit „soziale Ausgrenzung“ wiedergegeben – begann seine Karriere in den 1990er-Jahren in Frankreich bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der sogenannten neuen Armut, der Arbeitslosigkeit und der räumlichen Segregation. Wichtige Impulse für die weitere Ausbreitung in Europa kamen aus dem politischen Raum: Seit den 1990er-Jahren kämpft die Kommission der Europäischen Union gegen die „*social exclusion*“. Diese fortdauernden Bemühungen wurden unter anderem daran sichtbar, dass das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ ausgerufen wurde. Die deutsche Sozialforschung reagierte mit einiger Verzögerung, aber seit Ende der 1990er-Jahre greift auch sie das Konzept der Exklusion häufiger auf (z. B. Martin Kronauer 2010) und verwendet es in zahlreichen, zum Teil umstrittenen Varianten.

Vom Klassen-Schichten-Modell unterscheidet sich das Exklusion-Inklusion-Modell in drei wesentlichen Punkten:

- Im Zentrum steht nicht die vertikale Aufteilung der Gesellschaft in oben, Mitte und unten, sondern die beiden Pole drinnen und draußen. Es geht nicht darum, wer wo in der Gesellschaft steht, sondern darum, wer „drinnen“ oder „draußen“ ist.
- Soziale Ungleichheit wird nicht – wie im vertikalen Modell und im Modell der sozialen Lagen – als graduell abgestufte Ungleichheit zwischen verschiedenen Schichten, Geschlechtern, Altersgruppen oder anderen Gruppen erfasst, sondern im Zentrum der Analyse steht ein gesellschaftlicher Bruch, eine Spaltung der Gesellschaft in Zugehörige und Ausgeschlossene, „Überzählige“ (Marx), an den Rand Gedrängte. Im Fokus stehen die extrem Benachteiligten, denen ein Platz im anerkannten gesellschaftlichen Gefüge verweigert wird. Exklusion wird dabei mehrdimensional begriffen: Wichtige Dimensionen sind die Arbeitslosigkeit als Ausschluss vom Erwerbsleben, Armut sowie räumliche Ausgrenzung durch Wohnen und Leben in Armutsvierteln oder sozialen Brennpunkten. In den Blick genommen werden auch die Auflösung der sozialen Netzwerke, der Ausschluss von einer angemessenen politischen und kulturellen Teilhabe sowie psychische Folgen wie ein geschädigtes Selbstbild, lähmende Gefühle der Erniedrigung und Missachtung, der Chancen- und Perspektivlosigkeit. Es geht aber nicht nur um den Blick auf die verschiedenen Dimensionen von Exklusion, sondern auch um die Erforschung der Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen, ihre wechselseitige sich steigernde Verstärkung.
- Das bipolare Modell wird häufig zu einem Drei-Zonen-Konzept erweitert, wie es der französische Soziologe Robert Castel (2000) entwickelt hat. Dieser platziert zwischen den beiden Polen Exklusion und Inklusion eine Zwischenzone und nennt sie die „Zone der sozialen Verwundbarkeit“, in Deutschland in der Regel „Zone der Prekarität“ genannt. Diese Zone verbindet das Drinnen mit dem Draußen. Sie lenkt den Blick auf Zonen der prekären Unsicherheit im Drinnen, auf Gruppen, deren Inklusion instabil geworden ist und die daher Gefahr laufen, ins Draußen zu rutschen und ausgegrenzt zu werden. So wird zum Beispiel in der vertikalen Struktur eine „verunsicherte Mitte“ (Martin Kronauer) ausgemacht mit versperrten Aufstiegschan-

cen, schwindender Arbeitsplatzsicherheit, zunehmenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des Lebensstandards und unsicheren Zukunftsaussichten der Kinder.

Im Vergleich zu den anderen Modellen hat das Exklusion-Inklusion-Modell einen stark eingeschränkten Blickwinkel. Es ist fokussiert auf eine kleine Gruppe von extrem Benachteiligten sowie auf die gesellschaftlichen Gefahrenzonen, auf Gruppen, deren Position im Drinnen prekär geworden ist. Dabei muss hervorgehoben werden, dass dieser Fokus auf extreme Benachteiligung und Prekarität von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist.

Ein analytischer Vorteil des Modells besteht darin, dass es ermöglicht, Exklusionsprozesse und -risiken in vielen Bereichen der Sozialstruktur, in verschiedenen Schichten, Soziallagen und Milieus ausfindig zu machen. Das Modell kann Ausgrenzungsprozesse und -risiken erfassen, die zum Teil „quer“ zur vertikalen Ungleichheitsstruktur und zur Milieustruktur liegen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu (1998) hat diese Sichtweise auf die Formel gebracht: „Prekarität ist überall“ (siehe S. 39). Exklusion passiert – wie Heinz Bude (2008) zeigt – in den Milieus der Unterprivilegierten genauso wie unter Pfarrern, Rechtsanwälten und Professoren oder unter Managern und Bankern.

Allerdings suggerieren diese Einzelbeobachtungen ein falsches Bild vom Umfang der Zonen von Exklusion und Prekarität auf den verschiedenen Ebenen des Gefüges der sozialen Ungleichheit. Die verarmten, in einem sozialen Brennpunkt lebenden Professoren und Banker dürften Ausnahmefälle sein, aber es gibt Zigtausende von armen, arbeitslosen Ungelernten. Quantitative Analysen belegen, dass Ausgrenzung und Prekarität sehr deutlich schichttypisch ungleich verteilt sind. Das Exklusion-Inklusion-Modell erfasst soziale Realität daher am besten, wenn es in Kombination mit dem Klassen-Schichten-Modell eingesetzt wird.

## Jenseits von Klasse und Schicht?

In der deutschen Sozialstrukturforschung wird seit den 1980er-Jahren kontrovers darüber diskutiert, ob sich die Klassen und Schichten im Zuge der Modernisierung der Gesellschaft auflösen oder bereits aufgelöst haben. Anhänger der Auflösungsthese – in der wissenschaftlichen Literatur wird sie häufig „Entstrukturierungsthese“ genannt – sind unter anderem Ulrich Beck („Risikogesellschaft“, 1986) und Gerhard Schulze („Die Erlebnisgesellschaft“, 1993). Zu ihren Kritikern gehören zum Beispiel Michael Vester („Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“, 1993/2001) und Rainer Geißler („Die Sozialstruktur Deutschlands“, 1992/2014).

Die Auflösungstheoretiker dominierten den Mainstream der deutschen Sozialstrukturforschung seit den ausgehenden 1980er-Jahren fast zwei Jahrzehnte lang. Sie heben insbesondere die folgenden sozialstrukturellen Entwicklungstendenzen hervor:

- Steigender Wohlstand und Massenkonsum lassen – begünstigt durch staatliche Umverteilung – auch die unteren Schichten zunehmend an den Privilegien der mittleren und oberen Schichten teilhaben (komfortable Wohnungen, Autos, Farbfernseher, Urlaubsreisen etc.). Frühere Statussymbole haben ihre unterscheidende Kraft verloren, weil sie heute allen zugänglich sind.

- Auch die neuen Risiken der „Risikogesellschaft“, wie sie Ulrich Beck nennt, kennen keine Schichtgrenzen, sie sind „demokratisiert“: Von Massenarbeitslosigkeit, Umweltgefährdungen oder atomarer Bedrohung sind alle Gruppen der Gesellschaft bedroht.
- Schichttypische Milieus mit entsprechenden schichttypischen Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen haben sich nach und nach aufgelöst. Dieser Entwicklung liegen zwei zentrale Ursachen zugrunde: Zum einen werden die Lebensbedingungen und Soziallagen immer differenzierter und vielfältiger (Differenzierung und Diversifizierung der Sozialstruktur); zum anderen hat der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel einen starken Individualisierungsschub ausgelöst, der die Menschen aus ihren bisherigen Bindungen löst und ihre Verhaltensspielräume erheblich erweitert. Steigender Wohlstand lockert die materiellen Bindungen, der moderne Sozialstaat löst traditionelle Solidaritäten auf, zunehmende Freizeit lockert die zeitlichen Bindungen, zunehmende Mobilität die sozialen und räumlichen Bindungen und das höhere Bildungsniveau schließlich die psychosozialen Bindungen, da es mehr Nachdenklichkeit und Selbstfindung ermöglicht und fordert.
- Die Schichten werden im Alltag immer weniger wahrgenommen und bestimmen immer weniger die alltäglichen Handlungen und Beziehungen. Menschen identifizieren sich nicht mehr mit bestimmten Schichten.
- Die zunehmende soziale Mobilität wirbelt die Lebenswege und Lebenslagen der Individuen durcheinander und verhindert die Herausbildung schichttypischer Milieus.

Auch die Gegner der Auflösungsthese sehen den Anstieg des Lebensstandards, die zunehmende Vielfalt der Lebensbedingungen, den Individualisierungsschub und die zunehmende Mobilität als wichtige Entwicklungstendenzen in der modernen Sozialstruktur an. Aber sie halten die entstrukturierenden Auswirkungen dieses Wandels auf das Schichtungssystem, wie sie die Auflösungstheoretiker beschreiben, für stark überzeichnet. Die Schichtstruktur der modernen Gesellschaft – so ihre These – ist nicht verschwunden, sondern sie ist dynamischer, mobiler und pluraler geworden. Kennzeichen einer modernen Gesellschaft ist nicht die Auflösung der sozialen Schichtung, sondern ein dynamisches, pluralisiertes Schichtgefüge, das wegen seiner Vielfalt auch unübersichtlicher und auf den ersten Blick schwerer erkennbar geworden ist. Die Schichtungstheoretiker führen die folgenden, empirisch belegten Argumente ins Feld:

- Wichtige Lebenschancen – wie Bildungs- und Aufstiegschancen, Chancen auf eine hohe Erbschaft, auf politische Teilhabe, auf angenehme und qualifizierte Arbeit – und wichtige Lebensrisiken – wie Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, Kriminalisierung – sind auch heute noch „schichttypisch“ verteilt.
- Auch viele Wertorientierungen, Lebensstile und Verhaltensweisen – einige davon mit abgrenzendem (distinktivem) Charakter – variieren weiterhin von Schicht zu Schicht. Dazu gehören unter anderem die Erziehungsziele, die Nutzung der Massenmedien, der hochkulturellen Angebote (Theater, Opern, Konzerte, Museen) und des Internets, die sportlichen Aktivitäten oder die Partnerwahl. So sind zum Beispiel nur 1,5 Prozent der Frauen mit Hauptschulabschluss mit einem Akademiker verheiratet, und von den Männern mit Hauptschulabschluss hat nur

jeder dreihundertste eine Ehepartnerin mit Universitätsabschluss. Mehrere Studien belegen, dass sich die Heiratskreise über die Generationen hinweg nicht sozial geöffnet, sondern weiter sozial geschlossen haben. Auch die zu sozialen Milieus zusammengefassten Lebensauffassungen und Lebensweisen sind im oberen Bereich des Schichtgefüges anders ausgeprägt als in der Mitte und dort wiederum anders als in den unteren Ebenen (siehe S. 78). Und auch für die soziale Selbsteinstufung spielt die Schichtungshierarchie weiterhin eine wichtige Rolle.

- Die oft erwähnten Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse erfassen nicht alle gesellschaftlichen Gruppen gleichmäßig, sondern vollziehen sich in höheren Schichten intensiver; denn mit höherem Wohlstand ist auch eine Befreiung aus materiellen Zwängen und mit höherem Bildungsniveau ein höheres Maß an Selbstreflexion und eine weitgehendere Lösung aus traditionellen Bindungen verknüpft.
- Auch im Alltagsbewusstsein sind die Schichten weiterhin präsent. Umfragen unter Studierenden und unter Arbeitern und Angestellten von Industriebetrieben belegen, dass fast alle von einer fortbestehenden Schichtstruktur (einige auch von einer fortbestehenden Klassenstruktur) ausgehen. Nach einer empirischen Studie von Rainer Geißler und Sonja Weber-Menges sind lediglich 3 Prozent der Studierenden und 6 Prozent der industriellen Arbeitnehmer (von den Ungelernten bis zu den leitenden Angestellten) der Ansicht, dass es heute keine Schichten oder Klassen mehr gibt.
- Schließlich spiegelt sich der traditionelle „Klassengegensatz“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auch heute noch in der Wahrnehmung von Konflikten durch die Bevölkerung wider, wie eine Repräsentativumfrage im Jahr 2010 zutage gefördert hat. Zusammen mit den Konflikten zwischen Arm und Reich sowie zwischen Deutschen und Ausländern wird der Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern als dominante Konfliktlinie wahrgenommen, während der „Generationenkonflikt“ zwischen jung und alt oder der „Geschlechterkampf“ lediglich als zweit- bzw. dritrangig eingestuft werden.

Seit einigen Jahren ist es um die Auflösungsthese stiller geworden; die Schichten-Klassen-Gesellschaft kehrt in die Köpfe des Mainstreams der deutschen Sozialstrukturforscher zurück – in der sozialen Wirklichkeit und in den Köpfen der Bevölkerung war sie nie verschwunden. Für dieses Umdenken lassen sich mehrere Ursachen ausmachen: die öffentlichen Diskussionen um die zunehmende Polarisierung des Wohlstands, um die Ausbreitung von Armut und Prekarität und um die schrumpfende Mittelschicht sowie nicht zuletzt die durch PISA wiederbelebte Debatte um die deutsche Altlast der schichttypischen Bildungsungleichheit (siehe S. 58 ff.).

## Literaturhinweise

### Übergreifend

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2013, 430 S.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands, 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden 2014, 560 S.

Hradil, Stefan (Hg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1260), Frankfurt am Main 2012, 584 S.

Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich, 2. Auflage, Wiesbaden 2006, 304 S.

Huinink, Johannes / Schröder, Torsten: Sozialstruktur Deutschlands, 2. überarbeitete Auflage, Konstanz 2014, 288 S.

Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel, 9., völlig überarbeitete Auflage, Konstanz und München 2012, 304 S.

### Struktur und Entwicklung der Bevölkerung

Bundesministerium des Innern (Hg.): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und zukünftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, 248 S.

Hradil, Stefan: Bevölkerung. Die Angst vor der demografischen Zukunft. In: ders. (Hg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1260), Frankfurt am Main 2012, S. 41-66

Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen (bpb-Schriftenreihe, Bd. 508), Frankfurt am Main 2005, 270 S.

Niephaus, Yasemin: Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in Gegenstand, Theorien und Methoden, Wiesbaden 2012, 232 S.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, 49 S.

### Materielle Lebensbedingungen

Druyen, Thomas / Lauterbach, Wolfgang / Grundmann, Matthias (Hg.): Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensbildung, Wiesbaden 2009, 297 S.

Frick, Joachim R. / Grabka, Markus M.: Die personelle Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland nach dem Mauerfall. In: Krause, Peter / Ostner, Ilona (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, Frankfurt am Main 2010, S. 493-511

Frick, Joachim R. / Grabka, Markus M. / Hauser, Richard: Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte, Berlin 2010, 235 S.

Goebel, Jan / Habich, Roland / Krause, Peter: Ost-West-Angleichung von Einkommen und Zufriedenheit im Lebenszyklus. In: Krause, Peter / Ostner, Ilona (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010, Frankfurt am Main 2010, S. 463-491

Hauser, Richard: Einkommen und Vermögen. In: Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 157-170

### Rolle der Eliten in der Gesellschaft

Bürklin, Wilhelm / Rebenstorf, Hilke: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, 482 S.

Gabriel, Oscar W. / Neuss, Beate / Rütger, Günther: Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung (bpb-Schriftenreihe, Bd. 506), Bonn 2006, 325 S.

Hartmann, Michael: Elitensoziologie. Eine Einführung, Frankfurt am Main / New York 2004, 203 S.

Hoffmann-Lange, Ursula / Bürklin, Wilhelm: Eliten, Führungsgruppen. In: Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Auflage, Opladen 2001, S. 170-182

Münkler, Herfried / Straßenberger, Grit / Bohlender, Matthias (Hg.): Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt a. M. / New York 2006, 537 S.

### Armut und Prekarität

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 33-34 / 2008: Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung, 42 S.; online verfügbar unter [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 51-52 / 2010: Armut in Deutschland, 46 S.; online verfügbar unter [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Bude, Heinz: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft (bpb-Schriftenreihe, Bd. 687), München 2008, 141 S.

Butterwegge, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1158), Frankfurt am Main 2012, 400 S.

Huster, Ernst-Ulrich / Boeckh, Jürgen / Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, Wiesbaden 2008, 623 S.

Kronauer, Martin: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main / New York 2008, 284 S.

### Migration und Integration

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Bericht der Beauftragten über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Juni 2012). Berlin 2012, 728 S.

Finkelstein, Kerstin E.: Eingewandert. Deutschlands „Parallelgesellschaften“ (bpb-Schriftenreihe, Bd. 589), Berlin 2006, 227 S.

Geißler, Rainer / Weber-Menges, Sonja: Migrantenkinder im Bildungssystem – doppelt benachteiligt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 49/2008, S. 14-22; online verfügbar unter [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Meier-Braun, Karl-Heinz / Weber, Reinhold (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe – Fakten – Kontroversen (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1389), Stuttgart 2014, 264 S.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin 2010, 253 S.

Seifert, Wolfgang: Migration. Vom Gastarbeiter zum Menschen mit Migrationshintergrund. In: Hradil, Stefan (Hg.): Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1260), Frankfurt am Main 2012, S. 67-94

### Bildungsexpansion und Bildungschancen

Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebensverlauf, Bielefeld 2012, 343 S.

Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. 4., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2010, 503 S.

Cortina, Kai S. u. a.: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, völlig überarbeitete Neuauflage, Reinbek bei Hamburg 2008, 846 S.

Hadjar, Andreas / Becker, Rolf (Hg.): Die Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen, Wiesbaden 2006, 362 S.

OECD (Hg.): Bildung auf einen Blick. OECD-Indikatoren, Paris 2012, 687 S.

Quenzel, Gudrun / Hurrelmann, Klaus (Hg.): Bildungsverlierer. Neue Ungleichheiten, Wiesbaden 2010, 589 S.

### Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern

Allmendinger, Jutta: Frauen auf dem Sprung. Wie junge Frauen heute leben wollen (bpb-Schriftenreihe, Bd. 1024), München 2009, 112 S.

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 24-25 / 2008: Art. 3 GG: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, 38 S.; online verfügbar unter [www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

Becker, Ruth / Kortendiek, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung, 3., erweiterte und durchgesehene Auflage, Wiesbaden 2010, 968 S.

Bundesministerium des Innern (Hg.): Frauen machen Neue Länder, Würzburg 2010, 64 S.

Hanf, Thomas u.a.: Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen, in: Raj Kollmorgen u.a. (Hg.): Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen, Wiesbaden 2011, S. 249-300

Lenz, Karl/Adler, Marina: Geschlechterverhältnisse. Einführung in die sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung, 2 Bde., Weinheim und München 2010 und 2011, 264 und 291 S.

Facetten der modernen Sozialstruktur

Beck, Ulrich: Jenseits von Klasse und Schicht. In: ders.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 121-160

Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hg.): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2014, 423 S.

Geißler, Rainer: Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48/1996, S. 319-338

Groß, Martin: Klassen, Schichten, Mobilität. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, 246 S.

Habich, Roland: Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2013, S. 181-188

Solga, Heike/Powell, Justin/Berger, Peter A. (Hg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, 492 S.

Vester, Michael u.a.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main 2001, 594 S.

## Der Autor

Prof. em. Dr. Rainer Geißler ist Soziologe an der Fakultät I – Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Siegen. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit; Bildungssoziologie und Sozialisationsforschung; Migration und Integration; die Gesellschaft Kanadas; Soziologie der Massenkommunikation sowie Soziologie des abweichenden Verhaltens.

Seine Anschrift lautet: Universität Siegen / Fakultät I / Adolf-Reichwein-Straße 2 / 57068 Siegen / E-Mail: geissler@soziologie.uni-siegen.de

## Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb), E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Magdalena Langholz (Volontärin)

Außenredaktion und -lektorat:

Jürgen Hahnemann, [sprach-bild.de](mailto:sprach-bild.de), 64385 Reichelsheim

Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:

Milena Rommel, Würzburg; Alwin Schuster, Nürnberg; Prof. Dr. Michael Vester, Institut für politische Wissenschaft an der Leibniz-Universität, Hannover

Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von fotolia (berc, Eisenhans, eyetronic, fuxart, Gina Sanders, JS, Katja Xenikis, Kzenon, Monkey Business, NAN.); Photocase (Francesca Schellhaas, simonthon); picture alliance / dpa; epd-bild / Jörg Stipke

Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 50 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

November 2014

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.



## Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für

politische Bildung/bpb

Postfach 501055

18155 Rostock

Fax.: 03 82 04/66-273 oder

E-Mail: [bestellungen@shop.bpb.de](mailto:bestellungen@shop.bpb.de)

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

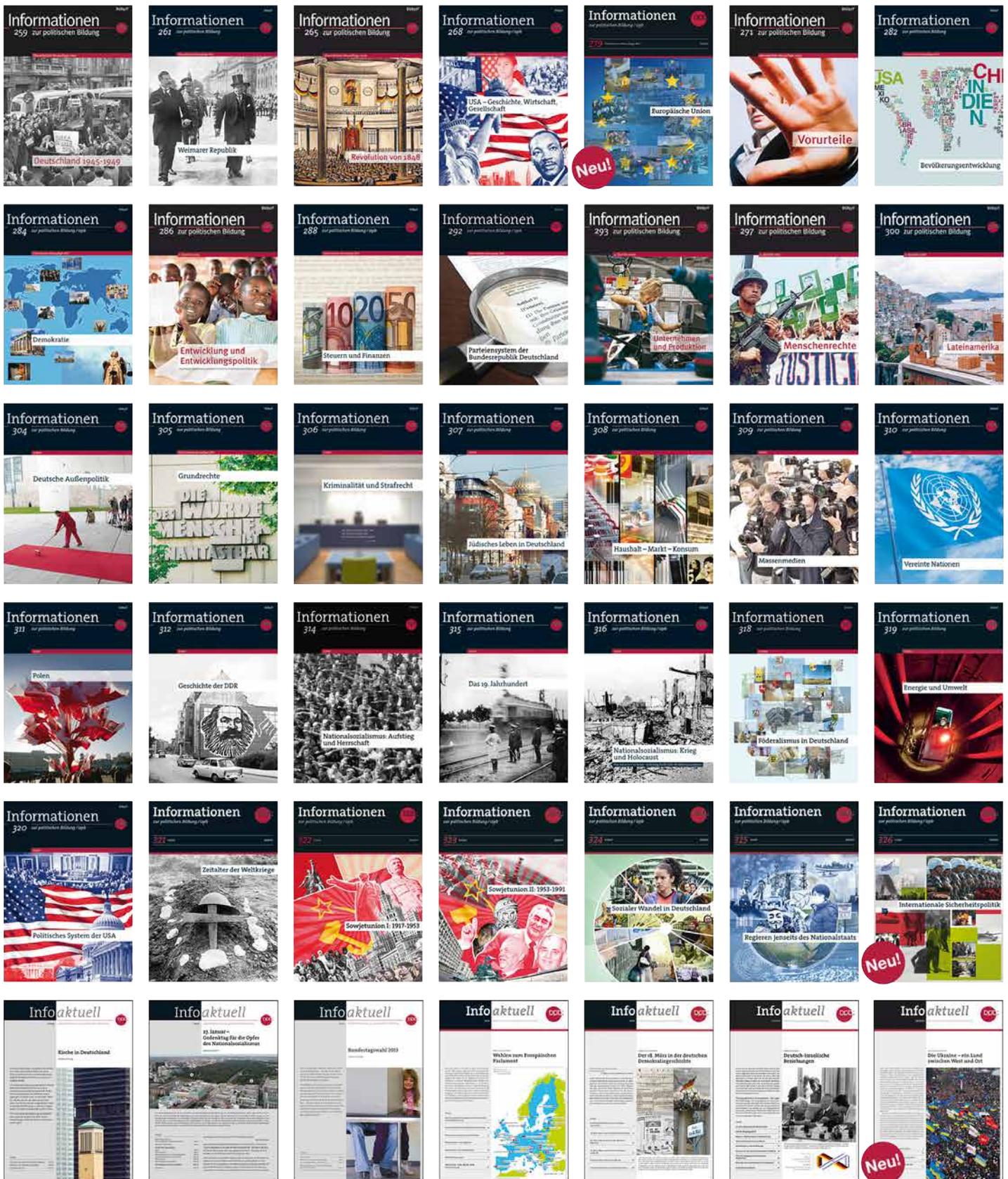
Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an [informationen@abo.bpb.de](mailto:informationen@abo.bpb.de)

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.



# Kompaktes Wissen. In Heftform.



Die Informationen zur politischen Bildung  
 Recherchieren und bestellen: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb)

**bpb:** Bundeszentrale für  
 politische Bildung